



Beteiligungsbericht 2009



Kreis Offenbach

Impressum

Herausgeber

Kreisausschuss des Kreises Offenbach
Fachdienst Finanzen
20.3 Bereich Beteiligungsmanagement
Werner-Hilpert-Strasse 1
63128 Dietzenbach

Ansprechpartner:

Herr Horst Kreher	Telefon	06074/8180-5240
Leitung	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	h.kreher@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Herr Rainer Bauer	Telefon	06074/8180-5408
	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	r.bauer@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Stand: **31.12.2009**

Redaktionsschluss: **30.09.2010**

Vorwort

Der Kreis Offenbach legt mit dem Beteiligungsbericht 2009 mittlerweile nun schon den siebten Beteiligungsbericht vor, der in gewohnter Weise ausführliche Informationen über seine Eigengesellschaften, Beteiligungen an Unternehmen, Mitgliedschaften in Zweckverbänden, seinen Eigenbetrieb und seine Anstalt öffentlichen Rechts bereitstellt.

Eine Vielzahl von gesetzlichen Aufgaben nimmt der Kreis Offenbach zur Daseinsvorsorge für seine Einwohnerinnen und Einwohner, so zum Beispiel in den Bereichen Verkehr und Infrastruktur, Ver- und Entsorgung sowie Bildung, Jugend-, Sozial-, Kultur- und Gesundheitswesen, wahr.

Nachdem sich die ökonomischen und fiskalischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik in den zurückliegenden Jahren zunächst positiv entwickelt hatten und hiervon insbesondere der Bundeshaushalt profitierte, erreichte der sich seit 2006 bis zum Ausbruch der Finanzkrise im zweiten Halbjahr 2008 abzeichnende gesamtwirtschaftliche Aufschwung zeitverzögert die kommunale Ebene und somit auch insbesondere die Landkreise. Diese Entwicklung wurde jedoch jäh durch den Ausbruch der weltweiten Finanzkrise zum Erliegen gebracht.

Spätestens mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehmann Brothers im September 2008 erlangte die weltweite Finanzkrise eine Dimension, die in ihrer Dramatik und ihren Auswirkungen nur mit der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre bzw. dem Beginn der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu vergleichen ist.

Dem engagierten Eingreifen der Regierungen und Notenbanken weltweit war es zu verdanken, dass das globale Finanzsystem nicht zusammenbrach. Trotz starker Rückgänge des nationalen wie auch internationalen Wirtschaftswachstums konnte durch konjunkturpolitische Maßnahmen Schlimmeres verhindert werden.

Den politischen Gremien des Kreises Offenbach bleibt es auch in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld ein besonderes Anliegen, regionale Wirtschaftsförderung zu betreiben und dabei sowohl die Qualität der Leistungen als auch die erforderlichen Infrastrukturen zu erhalten bzw. auszubauen.

Ziel unserer Politik wird auch weiterhin sein, zum einen sowohl der Wirtschaft als auch der Bevölkerung unseres Kreises Impulse für Wachstum und Wohlstand zu geben, zum anderen erreichte Standards zu sichern. Der Kreis Offenbach versteht sich als Partner der Wirtschaft und verwirklicht sein Leitbild durch bereits eingegangene und geplante Partnerschaften zwischen öffentlicher Verwaltung und privaten Unternehmen.

Der kommunalen Aufgabenerfüllung und Betätigung in privatwirtschaftlich organisierten Beteiligungen kommt weiterhin eine große Bedeutung zu. Öffentliche Aufgaben müssen – wie in der Vergangenheit erfolgreich betrieben – auch zukünftig noch effektiver und



Vorwort

wirtschaftlicher erbracht werden, wobei der Einfluss der politischen Gremien des Kreises gewahrt sein muss.

Der Beteiligungsbericht hat sich zwischenzeitlich als jährlich aktualisierte Informationsgrundlage für die politischen Gremien sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger etabliert. Er trägt maßgeblich zur Steigerung der Transparenz der Betätigung des Kreises Offenbach bei.

Erstmals mit dem Beteiligungsbericht 2009 ist Ihnen die Lektüre des Beteiligungsberichtes auch auf der Homepage des Kreises Offenbach unter www.kreis-offenbach.de möglich.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich auf diesem Wege interessante und aufschlussreiche Einblicke in das „Unternehmen Kreis Offenbach“.



Carsten Müller

Kreisbeigeordneter

Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht

Gemäß § 123a Abs. 1 HGO „hat die Gemeinde zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Gemeinde mindestens über den fünften Teil der Anteile verfügt.

Das Gesetz verlangt die Aufnahme von Unternehmen, die in einer Rechtsform des Privatrechts geführt werden, und an denen die Gemeinde mit mindestens 20 % beteiligt ist. Es ist an keiner Stelle des Gesetzestextes angegeben, ob im Bericht nur unmittelbare oder auch mittelbare Beteiligungen dargestellt werden sollen.

Im Rahmen dieses Beteiligungsberichtes werden daher alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Kreises an Unternehmen des privaten Rechts über die gesetzliche Mindestanforderung hinaus, aufgeführt, auch solche unterhalb von 20%.

Wie bereits auch in den Berichten der zurückliegenden Jahre, sind auch wiederum die Mitgliedschaften in Zweckverbänden und der einzige Eigenbetrieb des Kreises sowie die Kommunale Anstalt öffentlichen Rechts „Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR)“ bzw. deren wirtschaftliche Daten im Beteiligungsbericht wiedergegeben.

Der Begriff „Redaktionsschluss“ ist im Beteiligungsbericht so zu verstehen, dass alle in den Beteiligungsbericht eingehenden Angaben zu einer Beteiligung, einem Zweckverband bzw. Eigenbetrieb, die per Stand 31.12.2009 bis zum 30.09.2010 dem Bereich Beteiligungsmanagement vorliegen, in den Bericht eingearbeitet sind.

Im Beteiligungsbericht findet sich zu Beginn der Darstellung jeder „Beteiligung“ ein Hinweis auf das entsprechende Berichtsjahr.

Grundsätzlich ergibt sich so die Systematik, dass im diesjährigen Bericht - 2009 - im Wesentlichen die jeweiligen „Unternehmensdaten“ des Jahres 2008 wiedergegeben werden. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass die entsprechenden Daten in aller Regel den testierten Berichten über den Jahresabschluss entnommen und diese zunächst von den Organen der Gesellschaft – Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlung – zu beschließen sind, ehe sie rechtsverbindlich werden.

Bei den nachfolgend aufgeführten Beteiligungen bzw. des Zweckverbandes sind die von den jeweiligen Gremien der Gesellschaften bzw. des Zweckverbandes festgestellten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2009 und somit Angaben zum Geschäftsjahr 2009 in den vorliegenden Beteiligungsbericht aufgenommen:

- Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark
- FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main
- Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
- Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

Kreis Offenbach
Beteiligungsbericht 2009

- ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main
- KVG - Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach
- KVVG - Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach
- Kommserve gGmbH, Dietzenbach
- Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Frankfurt
- Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main
- Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
- RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen
- Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main

Im Falle der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 20.05.10 den Jahresabschluss 2009 festgestellt und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Der entsprechende Beschluss der Gesellschafterversammlung hierzu steht zum Redaktionsschluss noch aus.

Im Falle des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Heppenheim, haben die Gremien des Verbandes den Haushaltsplan für 2010 sowie die Jahresrechnung 2008 beschlossen. Die entsprechenden Angaben sind in den Beteiligungsbericht eingearbeitet.

Generell ist zum Aufbau des Beteiligungsberichtes zu sagen, dass die Unternehmensdaten der jeweils letzten drei Jahre dargestellt werden. Darüber hinaus sind die Abweichungen des laufenden Jahres zum Vorjahr in den Zahlen der Bilanz in der Spalte Veränderung aufgezeigt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes	3
Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht	4
➤ Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	4
➤ Der Begriff der Beteiligung	5
➤ Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach	6
Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach	
➤ KVVG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	19
➤ Kreis-Verkehrs-Gesellschaft mbH, Dietzenbach (KVG)	39
➤ Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark	55
➤ Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm	69
➤ Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm	85
➤ SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen	97
➤ Sonnengarten Glienicke, GbR's, Berlin Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30	109
➤ Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin	131
➤ Wirtschaft und Wirtschaftsförderung	
➤ Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	151
➤ Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main	167

Inhaltsverzeichnis

Seite

Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach (Fortsetzung)

➤	Verkehr und Infrastruktur	
➤	RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	183
➤	Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main	195
➤	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus (RMV)	207
➤	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main	233
➤	Ver- und Entsorgung	
➤	Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main (ZWO)	265
➤	Rhein-Main-Abfall GmbH, Offenbach am Main (RMA)	277
➤	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Heppenheim	297
➤	Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit	
➤	Kommserve gGmbH, Dietzenbach	309
➤	Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach	325
➤	Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR), Dietzenbach	337
➤	Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg v.d. Höhe	371
➤	Mitgliedschaften	387

Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Zielsetzung

Zielsetzung des Beteiligungsberichtes ist es, den Gremien des Kreises sowie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über das Beteiligungsvermögen des Kreises Offenbach zu ermöglichen.

Der Beteiligungsbericht soll ein Nachschlagewerk sein, dem die wirtschaftliche Situation der Unternehmensbeteiligungen des Kreises Offenbach zu entnehmen ist.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht setzt sich im Wesentlichen aus zwei Teilen zusammen.

Neben einem Teil mit allgemeinen Informationen zum Bericht wie

- Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung
- Definition des Begriffes „Beteiligung“
- Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach

besteht der Beteiligungsbericht aus einer Gesamtübersicht aller Beteiligungen, die wiederum in insgesamt fünf Einzelübersichten gegliedert ist.

Innerhalb des Beteiligungsberichtes nimmt die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH - eine Sonderstellung ein. Als unmittelbare Beteiligung des Kreises Offenbach hält die KVBG ihrerseits Anteile an Unternehmen unterschiedlicher Sparten entsprechend der Gliederung des Beteiligungsberichtes.

Im Anschluss an die graphische Übersicht der einzelnen Aufgabenbereiche sind die Beteiligungen in der Einzeldarstellung grundsätzlich wie folgt gegliedert:

- Rechtliche und wirtschaftliche Daten
- Gesellschaftszweck, Verbandszweck bzw. Gegenstand des Eigenbetriebes
- Organe der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- Angaben zu Gesellschaftern, Verbandsmitgliedern
- Beteiligungen
- Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises
- Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis
- Verbindlichkeiten der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)
- Lagebericht bzw. Auszüge aus dem Lagebericht
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Angaben zum Haushalt / Wirtschaftsplan

Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht

1. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz garantiert Gemeinden und Gemeindeverbänden in Artikel 28 Abs. 2 das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung zu regeln. Diese verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personal-, Finanz- und Vermögenshoheit auch die Organisationshoheit ein. Kommunen haben das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung ihrer Aufgaben erfolgen soll.

Mit In-Kraft-treten des Gesetzes zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze (GVBl I, Seite 54ff, vom 09. Februar 2005) wurde der Dritte Abschnitt des sechsten Teiles der HGO „Wirtschaftliche Betätigungen der Gemeinde“ maßgeblich geändert.

Gemäß § 52 Abs. 1 Hessische Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 Hessische Gemeindeordnung (HGO) darf ein Landkreis sich wirtschaftlich betätigen, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Darüber hinaus bestimmt § 122 HGO, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Nach § 122 muss

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsgremium, erhalten
- gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Diese Voraussetzungen für eine Beteiligung gelten auch dann, wenn eine Gesellschaft, an der die Gemeinde oder der Gemeindeverband mit insgesamt mehr als 50% beteiligt ist, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

Nach § 121 Abs. 8 HGO sind wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist.

2. Der Begriff der Beteiligung

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsbücher definiert als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob der Anteil in Wertpapieren verbrieft ist oder nicht“. Als Beteiligung gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Im Gegensatz dazu liegt den Vorschriften des Gemeindefinanzrechts ein umfassenderer Beteiligungsbegriff zugrunde. § 122 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) befasst sich mit „Beteiligungen an Gesellschaften“. Die Formulierungen des § 122 Abs. 6 lassen den Schluss zu, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft als Beteiligung ansieht. Zudem formuliert § 126 HGO „Beteiligungen an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“. Dies kann beispielsweise ein eingetragener Verein sein.

Insofern setzt die Verwendung des Begriffes der Beteiligung nicht zwingend voraus, dass es sich bei der Beteiligung um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB bzw. des § 121 HGO handelt.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht ist der Begriff der Beteiligung deshalb auch weit gefasst. In den Beteiligungsbericht sind alle

- privatrechtliche Gesellschaften

sowie

- (Kommunale) Anstalten öffentlichen Rechts
- Eigenbetriebe
- öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Vereine und Genossenschaften

aufgenommen, an denen der Landkreis Offenbach beteiligt ist.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die jeweiligen Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile aufgeteilte Stammkapital beteiligt. Eine persönliche Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft erfolgt nicht.

Gesetzlich zwingend vorgeschriebene Organe der Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bildung eines Aufsichtsrates für Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist fakultativ. Die Kommune muss jedoch mit der Bildung eines entsprechenden Überwachungsorgans einen angemessenen Einfluss sicherstellen (§ 122 Abs.1 Nr. 3 HGO).

Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Die gesetzliche Definition der GbR beschreibt § 705 BGB. Durch den Gesellschaftsvertrag verpflichten sich die Gesellschafter gegenseitig, die Erreichung eines gemeinsamen Zweckes in der durch den Vertrag bestimmten Weise zu fördern, insbesondere die vereinbarten Beiträge zu leisten (wobei der Beitrag auch in der Leistung von Diensten bestehen kann - § 706 Abs. 3 BGB -).

Grundsätzlich erfolgt eine gemeinsame Vertretung/Geschäftsführung durch alle Gesellschafter. Hiervon abweichend kann aber die Geschäftsführung im Gesellschaftsvertrag auf einen oder mehrere Gesellschafter übertragen werden.

Für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts gelten keine Formvorschriften bzw. Eintragungserfordernisse. Der Gründungsaufwand einer GbR ist gegenüber anderen Gesellschaftsformen gering.

Grundsätzlich haften alle Gesellschafter unbegrenzt und persönlich für Gesellschaftsverbindlichkeiten, im Innenverhältnis der Gesellschafter besteht jedoch ein Ausgleichsanspruch gegen Mitgesellschafter, so dass der einzelne Gesellschafter nur entsprechend seiner Beteiligung (quotale) haftet.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Kommanditgesellschaft

Das Recht dieser Gesellschaftsform ist den §§ 161 – 177 des Handelsgesetzbuches (HGB) geregelt.

Namens gebend für die Gesellschaft sind die "Kommanditisten": Sie sind von der laufenden Geschäftsführung ebenso freigestellt wie von der Haftung mit ihrem Privatvermögen. Als "Teilhafter" müssen sie nur mit ihrer Einlage für die Gesellschaft gerade stehen.

Wichtiger für die Gläubiger ist der "Komplementär": Dieser persönlich haftende Gesellschafter muss mit seinem kompletten Vermögen gegenüber den Gläubigern des Unternehmens eintreten.

Eine KG besteht aus jeweils mindestens einem Voll- und einem Teilhafter, es kann aber auch mehrere Kommanditisten und / oder Komplementäre geben.

Eine besondere Form der Personengesellschaft KG stellt die GmbH & Co. KG dar. Hier übernimmt die Rechtspersönlichkeit einer Kapitalgesellschaft den Part des Komplementärs, als dessen "Privatvermögen" das Gesellschaftsvermögen der GmbH betrachtet wird. Diese Konstruktion kombiniert also Merkmale der Personengesellschaft mit denen einer Kapitalgesellschaft.

Aktiengesellschaft (AG)

Die Aktiengesellschaft verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Das Grundkapital ist in Aktien aufgeteilt. Die Aktionäre sind mit einem Teil des Grundkapitales der AG beteiligt, ohne persönlich für Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Formvorschriften und Direktionen vor.

Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die über organisatorische Selbstständigkeit, eigene Wirtschaftsführung und eigene Personalwirtschaft verfügen. Finanzwirtschaftlich gelten Eigenbetriebe als Sondervermögen. Im Falle der Landkreise entscheidet der Kreistag über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geführt werden soll.

Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Zweckverband

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung. Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand und die Versammlung.

Anstalt öffentlichen Rechts

Anstalten des öffentlichen Rechts werden durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts. Eine Anstalt des öffentlichen Rechts hat keine Mitglieder, sondern Benutzer. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur Körperschaft des öffentlichen Rechts dar.

Anstalten öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung.

Gemäß § 1 des Hessischen Offensiv-Gesetzes (HessOffensivG) vom 20. Dezember 2004, GVBl. I S. 491 sind die kreisfreien Städte und Landkreise kommunale Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch; sie führen die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende als Selbstverwaltungsangelegenheit durch.

Gemäß § 2b HessOffensivG können die kommunalen Träger nach § 1 sowie nach § 2a Abs. zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts errichten.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Eingetragener Verein

Der eingetragene Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, dabei ist der Zweck unabhängig vom jeweiligen Mitgliederbestand. Die Rechtsfähigkeit erlangt ein Verein durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht.

Organe des Vereines sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

Gesamtübersicht

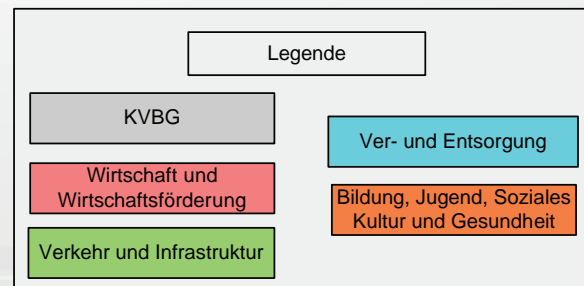
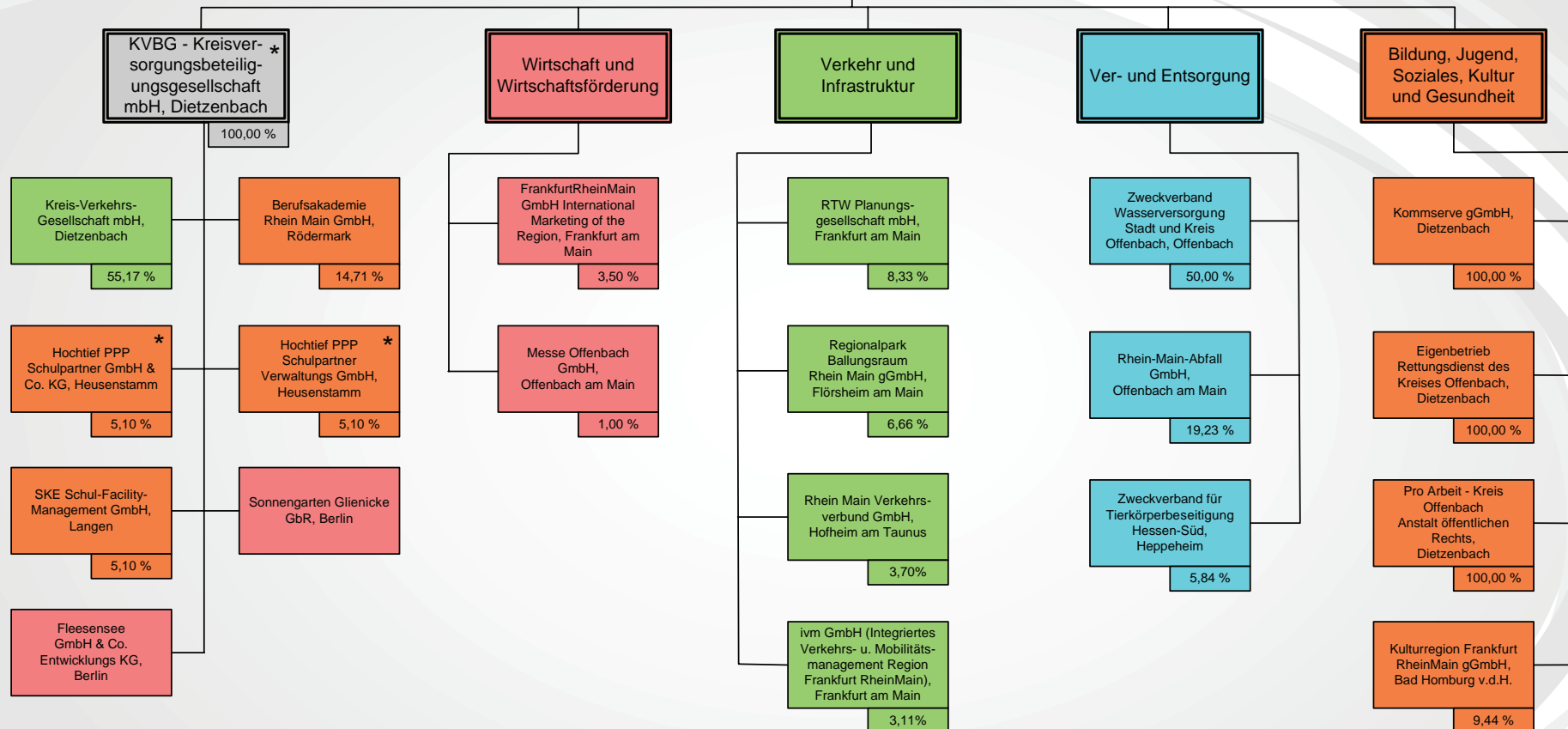
Redaktionsschluss:

31.12.2009

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Gesamtübersicht -

Kreis Offenbach



KVBG

Kreisversorgungs- beteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach

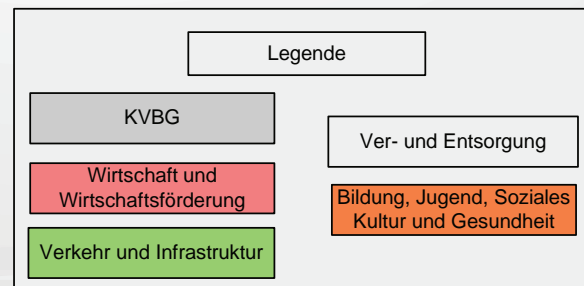
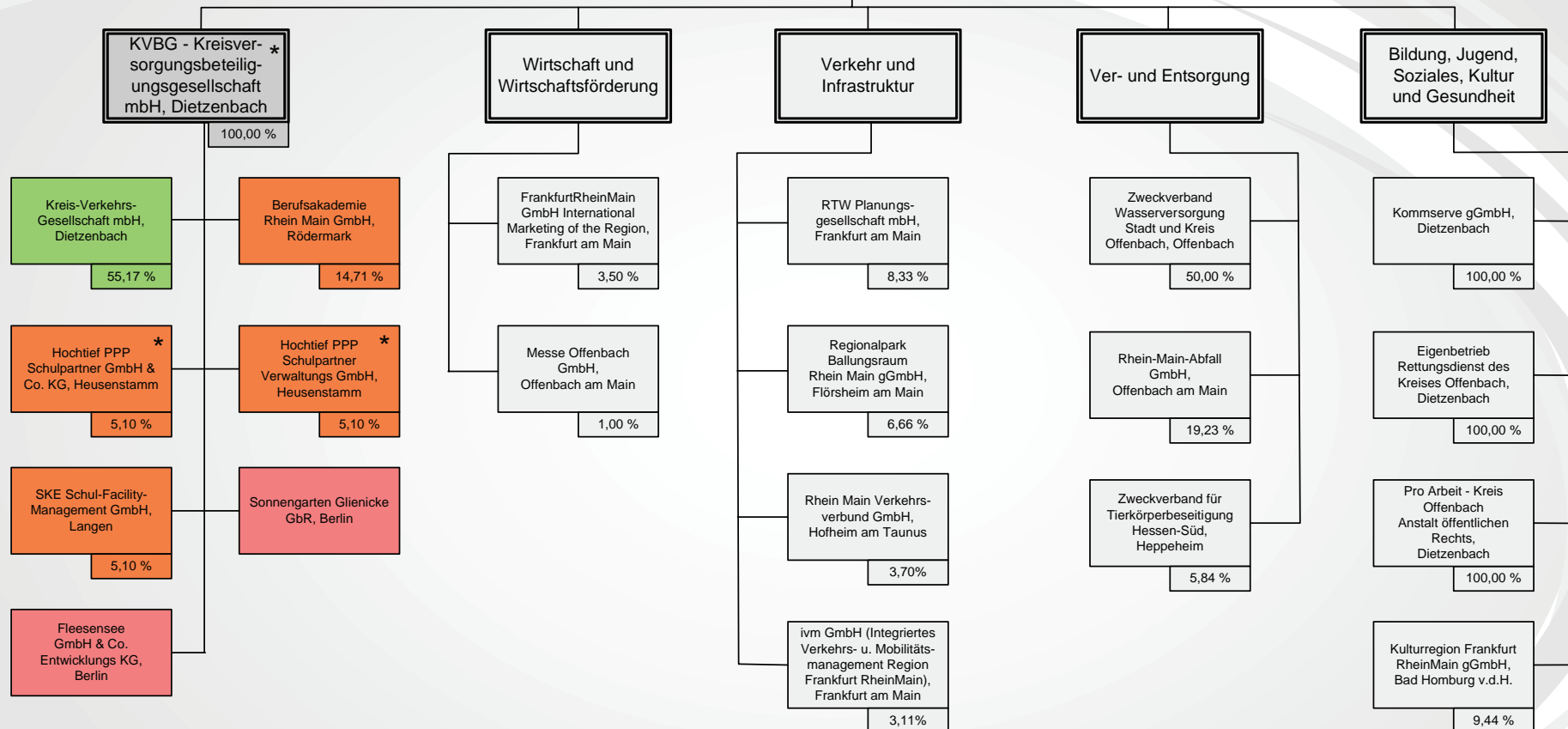
Redaktionsschluss:

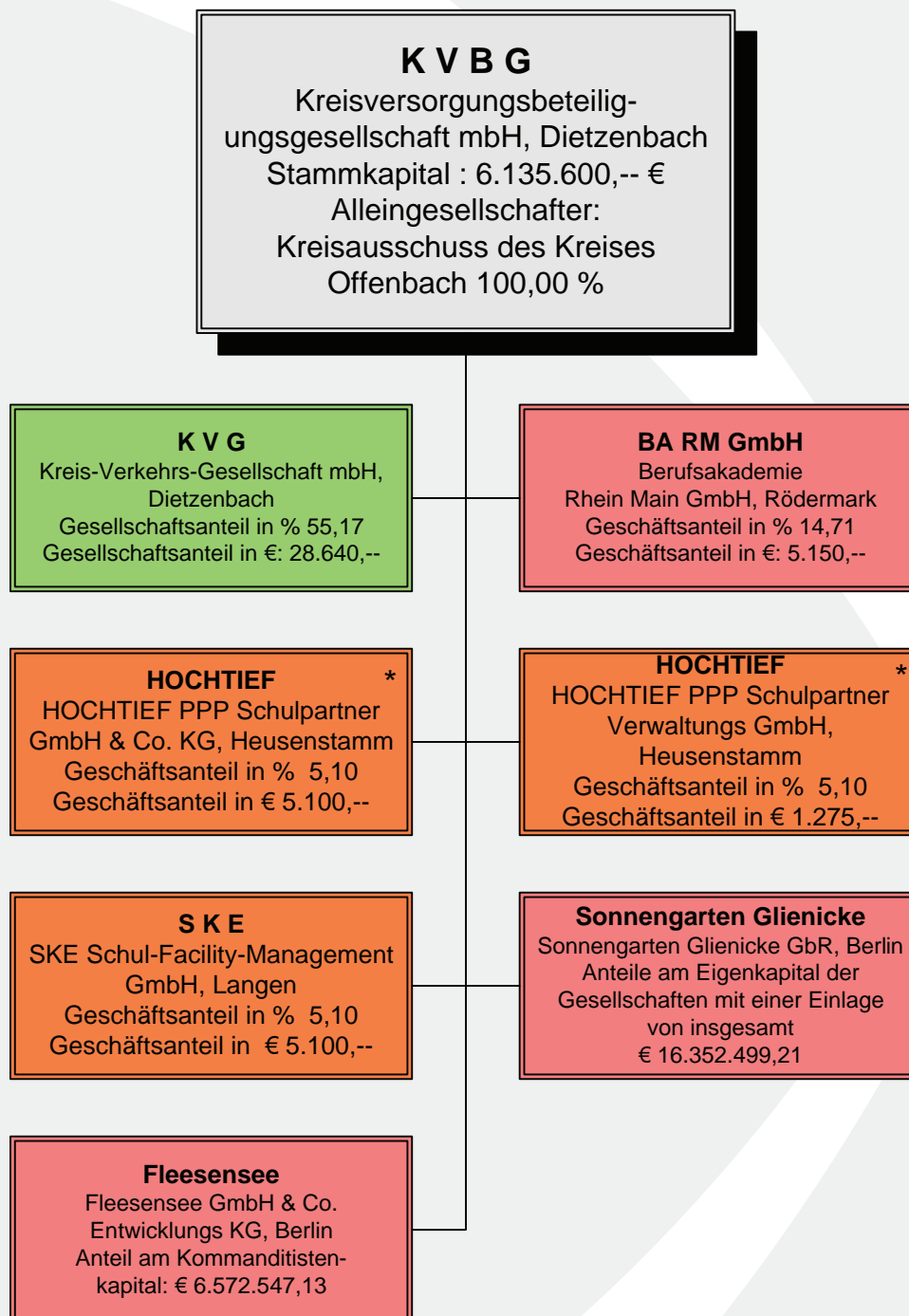
31.12.2009

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - KVBG mbH -

Kreis Offenbach





KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

Am 23. September 1980 wurde die Energieversorgung Offenbach Kreis-Beteiligungsgesellschaft mbH mit Firmensitz in Offenbach und einer Stammeinlage in Höhe von DM 12.000.000,-- vom Kreis Offenbach (Stammeinlage DM 11.900.000,--) und der Stadtwerke Offenbach GmbH (Stammeinlage DM 100.000,--) als Gesellschafter gegründet. Ursprünglicher Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung an der Energieversorgung Offenbach Aktiengesellschaft (EVO AG). Am 15. Dezember 1980 hat dann der Gesellschafter Stadtwerke Offenbach GmbH seine Geschäftsanteile an den Kreis Offenbach abgetreten, seither war der Kreis Offenbach alleiniger Gesellschafter.

Am 12. November 1990 wurde dann die Firma der Gesellschaft in KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH und der Unternehmensgegenstand dahingehend geändert bzw. erweitert, dass Gegenstand des Unternehmens „der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen“ ist.

Innerhalb des Beteiligungsportfolios des Kreises Offenbach nimmt die KVBG eine herausgehobene Position ein.

Nach dem im Jahre 2000 vollzogenen Verkauf des an der Energieversorgung Offenbach AG gehaltenen Aktienpaketes an die MVV Energie AG, Mannheim, standen insgesamt drei Anlagealternativen der Wiederanlage des Veräußerungserlöses zur Disposition

1. Gesamte Ausschüttung des Veräußerungserlöses an den Kreis mit entsprechenden steuerlichen Verpflichtungen
2. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Wiederanlage ausschließlich in Festgeld
3. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Investition in Beteiligungen in Form von Immobilien- und Geldfonds und in die Errichtung einer Stiftung.

Aufgrund von Gremienentscheidungen der Gesellschafterversammlung wurde der Anlagealternative 3 der Vorzug eingeräumt und so auch die Errichtung der Stiftung „Miteinander Leben“ beschlossen und diese gegründet.

Bei der Wiederanlage des Veräußerungserlöses war unter anderem von Bedeutung, dass diese noch im Jahre 2000, dem Jahr des Ertrages, erfolgen musste, um entsprechende Steuervorteile hieraus ziehen zu können. Die Steuerersparnis betrug insgesamt ca. 7,5 Mio. €, die sich zusammensetzen aus steuerlichen Verlustzuweisungen für

- | | |
|--|------------|
| - Sonnengarten Glienicke Fonds in Höhe von | 4,9 Mio. € |
| - Fleesensee | 1,2 Mio. € |
| - durch Gründung der Stiftung | 1,4 Mio. € |

**KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

Zum Zeitpunkt der Re-Investition gab es für Geldanlagen keinen ministeriellen Erlass, der Richtlinien für kommunale Anlagegeschäfte vorgab. Die Anlagen erfolgten nach den Grundsätzen des Gemeindefinanzrechts und somit in analoger Anwendung der Grundsätze für die Versicherungswirtschaft.

Gegen die Investition in die Immobilienfonds Glienicke und Fleesensee gab und gibt es Vorbehalte hinsichtlich des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde. An dieser Stelle sei auf die Ausführungen bei den angesprochenen Beteiligungen unter der Rubrik „F. Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ hingewiesen.

Gegenüber dem Zeitpunkt der Anlage im Jahre 2000 und der heutigen Situation hat sich die Rechtslage geändert. Mit dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport vom 18.02.2009 „Richtlinien zu kommunalen Anlagegeschäften und derivativen Finanzierungsinstrumenten“ sowie des im Zuge der Erlassbereinigung mit Ablauf des 31.12.2008 außer Kraft getretenen Erlass des HMdIS vom 21.03.2003 sind u.a. der Erwerb von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen zur Geldanlage nicht zulässig. Gemäß den Bestimmungen des Erlasses liegt eine Geldanlage vor, wenn die Gemeinde (der Kreis) über die Rendite hinaus keine eigenen kommunalpolitischen Ziele verfolgt.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind. Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

Anschrift	Werner Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-5400
Telefax	06074/8180-5940
E-Mail	beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	23. September 1980
Stammkapital	6.135.600,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt unverändert der mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 01.06.2005 mit Nachtrag vom 26.09.2005 notariell beurkundete und insgesamt neu gefasste Gesellschaftsvertrag. Die Änderung des Gesellschaftsvertrags wurde am 09.08./26.09.2005 beim Handelsregister angemeldet, die Eintragung der Änderung im Handelsregister erfolgte am 08.12.2005.
Handelsregistereintrag	HRB 4930 beim Amtsgericht Offenbach am Main

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das Verwalten und Veräußern von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen die Versorgungs-, Bildungs- und Wirtschaftsförderungsaufbau im Kreis Offenbach wahrnehmen.

Gegenstand des Unternehmens ist außerdem die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Bereichen Kultur, Soziales, Bildung und Erziehung sowie Völkerverständigung.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder diesem unmittelbar oder mittelbar nützlich erscheinen, insbesondere auch zum Abschluss von Unternehmenserträgen, Interessengemeinschaften und ähnlichen Verträgen.

Außerdem ist Gegenstand des Unternehmens die Unterstützung der Kreisverwaltung und Dritter bei der Organisation und Ausrichtung von Veranstaltungen, Ausstellungen usw. insbesondere durch die Bereitstellung von personellen Dienstleistungen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Der Kreisausschuss ist die Gesellschafterversammlung.

Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr 2009 (Stand: 31.12.2009)

Vorsitzender	Herr Peter Walter
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Carsten Müller
-----,,-----	Frau Sonja Arnold
-----,,-----	Herr Heinz Eyßen
-----,,-----	Frau Heide Heß

**KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr 2009 (Stand: 31.12.2009) (Fortsetzung)	
Mitglied	Herr Gerd Hibbeler
-----,,-----	Herr Frank Lortz
-----,,-----	Frau Margot Süß
-----,,-----	Herr Frank Taulien
-----,,-----	Herr Axel Vogt
-----,,-----	Herr Walter Winter
-----,,-----	Frau Heide Wolf

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2009 Stand (31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Peter Walter
Mitglied	Herr Bernd Abeln
-----,,-----	Frau Maria Becht
-----,,-----	Frau Ingeborg Fischer
-----,,-----	Frau Maria Sator-Marx
-----,,-----	Herr Rolf Wenzel

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dieter Jahn	bis 30.09.2009
-----,-----	Herr Horst Kreher	ab 01.10.2009

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird nach § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) verzichtet.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	6.135.600,00

**KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen (Stand: 31.12.2009)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach	55,17	28.640,00
Berufsakademie Rhein-Main GmbH, Rödermark	14,71	5.150,00
HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm	5,10	5.100,00
HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm	5,10	1.275,00
SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen	5,10	5.100,00
Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin		6.572.847,13
Sonnengarten Glienicke Fonds, Glienicke *		16.352.499,21

* = Beim Kauf der Sonnengarten Glienicke Fonds wurden € 13.388.721,62 bezahlt und aktiviert. Daneben wurden zum Bilanzstichtag Zahlungen der Anteilseigner an die Fonds als weitere nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 4.463.777,60 aktiviert. Im Geschäftsjahr 2008 wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von € 1.500.000,00 vorgenommen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Beteiligungsmanagement

Buchungsstelle 20.30.01.71250030

	2010	2009	2008
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	6.550.000	6.400.000	6.150.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

**KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Einzahlung aus Investitionszuweisung und -zuschüssen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

Buchungsstelle 65.01.01.2005.82801810

	2010	2009	2008
Schulprojekt	1.000.000	1.000.000	1.000.000

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	26.843.872	28.865.162	30.102.844

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	28.865.162
Zunahmen	0
Abnahmen	2.021.290
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	26.843.872

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

Berichtsjahr 2009	in €
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 03.07.1996 in Höhe von	2.351.942,65
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 03.07.1996 in Höhe von	2.556.459,41
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 22.05.1997 in Höhe von 1.533.875,64 €; valutiert per 31.12.2009 noch in Höhe von	1.022.583,76
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 22.05.1997 in Höhe von	1.687.263,21

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2009

Vorbemerkung

Der Aufsichtsrat trat im vergangenen Jahr zu sechs Sitzungen zusammen. Die Gesellschafterversammlung führte sechs Sitzungen durch.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Verkauf der Anteile an der Hessische Flugplatz GmbH Egelsbach

Mit Wirkung zum 25.03.2009 wurde der gesamte Anteil (39,23 %) an der Hessischen Flugplatz GmbH in Egelsbach an die Firma Netjets verkauft.

Der Verkaufserlös in Höhe von 1.470.550,00 Euro wurde zur Tilgung von Verbindlichkeiten verwendet.

2. Beteiligung an der neu gegründeten Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH

Die KVBG hat sich an der am 14. August 2009 neu gegründeten Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH mit 5,1 % (1.275,00 Euro) beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Hochtief PPP Schulpartner GmbH Co. KG, die die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach zum Gegenstand hat.

Die Hochtief PPP Schulpartner GmbH wurde formwechselnd gemäß §§ 190 ff. UmwG am 14. August 2009 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt. Die KVBG ist hier unverändert mit einer Kommanditeinlage von 5.100,-- Euro beteiligt.

3. Wechsel in der Geschäftsführung

Der Geschäftsführer, Herr Dieter Jahn, ist zum 30.09.2009 in den Ruhestand getreten.

Ab 01.10.2009 hat Herr Horst Kreher die Geschäftsführung der KVBG übernommen.

4. Verlustübernahme

Die Höhe des gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der KVBG zu übernehmenden Verlustes ist im Vergleich zum Vorjahr um 46 T € gesunken.

Ein Risikofrüherkennungssystem in instrumentalisierter Form liegt aufgrund der Unternehmensgröße nicht vor. Die Risiken, d.h. insbesondere Liquidität und Entwicklung der Finanzanlagen, werden von der Geschäftsführung überwacht.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage

Vermögens- und Finanzlage	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Aktivseite						
Sachanlagen	- 1)	- 2)	- 1)	- 2)	-	- 2)
Finanzanlagen	51.736	93,4%	52.446	93,9%	-710	-1,4%
Langfristiges gebundenes Vermögen	51.736	93,4%	52.446	93,9%	-710	-1,4%
Kurzfristige Forderungen gegen						
- verbundene Unternehmen	555	1,0%	-	-	555	-
- den Gesellschafter	567	1,0%	567	1,0%	-	- 2)
- Sonstige Vermögensgegenstände	2.470	4,5%	2.828	5,1%	-358	-12,7%
Flüssige Mittel	81	0,1%	1	- 2)	80	- 3)
Kurzfristig gebundenes Vermögen	<u>3.673</u>	<u>6,6%</u>	<u>3.396</u>	<u>6,1%</u>	<u>277</u>	<u>8,2%</u>
	<u>55.409</u>	<u>100,0%</u>	<u>55.842</u>	<u>100,0%</u>	<u>-433</u>	<u>-0,8%</u>
Passivseite						
Eigenkapital	28.532	51,5%	26.944	48,2%	1.588	5,9%
Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.596	11,9%	7.618	13,6%	-1.022	-13,4%
Langfristige Mittel	35.128	63,4%	34.562	61,8%	566	1,6%
Rückstellungen	33	0,1%	33	0,1%	-	- 2)
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber						
- Kreditinstituten	2.685	4,8%	2.462	4,5%	223	9,1%
- verbundene Unternehmen	-	-	330	0,6%	-330	-100,0%
- dem Gesellschafter	17.441	31,5%	18.441	33,0%	-1.000	-5,4%
- Sonstige Verbindlichkeiten	122	0,2%	14	0,0%	108	- 3)
Kurzfristige Mittel	<u>20.281</u>	<u>36,6%</u>	<u>21.280</u>	<u>38,2%</u>	<u>-999</u>	<u>-4,7%</u>
	<u>55.409</u>	<u>100,0%</u>	<u>55.842</u>	<u>100,0%</u>	<u>-433</u>	<u>-0,8%</u>

1) = unter 0,5 T€

2) = unter 0,05 %

3) = über 100,0 %

**KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage (Fortsetzung)

Die Veränderung der Finanzanlagen resultiert aus einem Zugang von rd. 786 T€ (im Wesentlichen die Beteiligung Sonnengarten mit rd. 343 T€, Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG mit rd. 190 T€ sowie aus dem Wertpapierdepot Augsburger Aktienbank rd. 114 T€ und dem KVB-Universal-Fonds rd. 139 T€) und einem Abgang durch den Verkauf der Beteiligung an der Hessischen Flugplatz GmbH in Höhe von rd. 1.497 T€ .

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen Forderungen an die KVG bezüglich der Umsatzsteuerabrechnung 2009 (rd. 256 T€) sowie den Vorauszahlungen für den Verlustausgleich 2009 (rd. 299 T€).

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten den Körperschaftsteuer-Erstattungsanspruch gemäß § 37 KStG (2.217 T€; Vorjahr 2.433 T€), der sich durch Aufzinsung (die Rückzahlung erfolgt in zehn Jahresraten ab 1.1.2008) um 116 T€ erhöht und um die Erstattung der zweiten Rate (332 T€) vermindert hat.

Die Zunahme des Eigenkapitals beruht auf dem Jahresüberschuss 2009. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme betrug zum 31.12.2009 51,5 % (Vorjahr 48,2 %).

Auf die Darlehen erfolgt keine Tilgung, weil sie bei Endfälligkeit in einer Summe zurück-zuzahlen sind. Der Rückgang der langfristigen Darlehensverbindlichkeiten beruht auf einer Umgliederung des Darlehens bei der Postbank von rd. 1.022 T€ in den kurzfristigen Bereich, da es im nächsten Jahr fällig ist. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind um rd. 223 T€ gestiegen.

Die Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter beinhalten Kassenkredite, die sich zum Stichtag um 1.000 T€ durch Rückzahlung mindern.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten insgesamt sind geringer als zum Stichtag des Vorjahres- abschlusses (-999 T€).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war insbesondere durch die vom Gesellschafter gewährten Kassenkredite als auch durch den Kreditrahmen bei der Commerzbank AG jederzeit gewährleistet.

**KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage (Fortsetzung)

Die folgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelfonds:

	2009	2008	Verände- rung
	in T€	in T€	in T€
Periodenergebnis	1.588	-6.499	8.087
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Finanzanlagevermögens	0	5.457	-5.457
+ /./. Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	26	268	-242
+ Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-197	2.301	-2.498
+ Zunahme /./. Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.222	31	-1.253
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	195	1.558	-1.363
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.471	351	1.120
./. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-787	-644	-143
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	684	-293	977
./. Auszahlungen aus der Tilgung eines kurzfristigen Darlehens des Kreises Offenbach	-1.022	-1.000	-22
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.022	-1.000	-22
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-143	265	-408
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-2.461	-2.726	265
Finanzmittelfonds am Ende der Periode (flüssige Mittel und kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten)	-2.604	-2.461	-143

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Ertragslage

	2009	2008	Verbesserung(+)/ Verschlechterung (./.)	
	in T€	in T€	in T€	in %
Finanzerträge	702	658	44	6,8%
Finanzaufwendungen	1.070	1.264	-194	-15,3%
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.073	4.119	-46	-1,1%
Finanz- und Beteiligungsergebnis	-4.441	-4.725	284	+6,0%
Betriebserträge	93	55	38	69,1%
Betriebsaufwendungen				
- Personalaufwand	163	123	40	32,5%
- sonstige betriebliche Aufwendungen	236	112	124	- 1)
- sonstige Steuern	40	16	24	- 1)
Betriebsergebnis	<u>-346</u>	<u>-196</u>	<u>-150</u>	<u>-76,5%</u>
Vergleichbares Ergebnis	<u>-4.787</u>	<u>-4.921</u>	<u>134</u>	<u>-2,7%</u>
Neutrale Erträge				
- nicht rückzahlbarer Zuschuss des Kreises	6.400	4.150	2.250	54,2%
- Körperschaftsteuer und Solidaritatzuschlag für Vorjahre	0	2	-2	-100,0%
- Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen	0	1	-1	-100,0%
Neutrale Aufwendungen				
- Wertberichtigung				
Finanzanlagevermögen	0	5.457	-5.457	-100,0%
- Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen	26	267	-241	-90,3%
Langfristige Mittel	6.374	-1.571	7.945	- 1)
Steuer vom Einkommen und vom Ertrag	-1	7	-8	- 1)
Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (./.)	1.588	-6.499	8.087	- 1)

¹⁾ = über 100,0 %

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Die Ertragslage der KVBG hat sich im Vergleich zum Vorjahr erheblich verbessert. Das Geschäftsjahr 2009 wird mit einem Jahresüberschuss von 1.588 T€ (Vorjahr -6.499 T€) beendet.

Das Finanz- und Beteiligungsergebnis hat sich um 284 T€ (6,0 %) verbessert. Hierzu beigetragen haben geringere Darlehenszinsen in den Finanzaufwendungen (-194 T€) und niedrigere Aufwendungen aus der Verlustübernahme der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH (-46 T€) sowie höhere Finanzerträge, insbesondere durch gestiegene Erträge aus Beteiligungen (+225 T€) bei rückläufigen Erträgen aus dem KVB-Universal-Fonds (-19 T€) und der Augsburger Aktienbank (-139 T€).

Somit verbessert sich das vergleichbare Ergebnis (+ 134 T€) trotz eines um 150 T€ schlechteren Betriebsergebnis.

Die Betriebserträge beinhalten hauptsächlich Erträge, die aus den abgerechneten Beratungs- und Managementleistungen im Rahmen des Organschaftsverhältnisses mit der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH (20 T€) und aus der Personalgestellung (71 T€; Vorjahr 33 T€) stammen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in den Betriebsaufwendungen erhöhen sich im Wesentlichen durch gestiegene Rechts- und Beratungskosten (+117 T€).

Das Neutrale Ergebnis hat sich um 7.945 T€ verbessert. Hierzu haben insbesondere die im Vorjahr einmalig vorgenommenen Wertberichtigungen bei den Finanzanlagen (5.457 T€) sowie der um 2.250 T€ gestiegene Zuschuss des Kreises Offenbach geführt.

Künftige Entwicklung

Das Nachschusssrisiko der KVBG für nicht erzielbare kalkulierte Mietzinsen der Sonnengarten Glienicke Fonds wird sich bei einem relativ stabilen Vermietungsstand um die 350.000,00 € pro Jahr bewegen.

Die i.d.R. zum 1.1.2013 endfälligen Darlehen der Sonnengarten Glienicke Fonds werden durch die zeitgleich fälligen Auszahlungen der Lebensversicherungen nicht vollständig getilgt. Soweit der Schuldendienst, unter Berücksichtigung ersparter Zinsen, nach den vorgenommenen Tilgungen nicht durch die Fonds selbst erbracht werden kann, werden vertraglich vereinbarte Nachschusspflichten der Gesellschafter und mithin der KVBG anfallen, deren Höhe nach derzeitiger Berechnung bei ca. 3 Mio € liegt.

**KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Künftige Entwicklung (Fortsetzung)

Dieser Betrag hängt mit der Finanzierungskonzeption der Fonds zusammen und kann bei positiver Wertentwicklung der Lebensversicherungen entsprechend geringer ausfallen. Derzeit ist - nach Möglichkeit - die Refinanzierung dieser Verbindlichkeiten vorgesehen, wodurch sich die Nachschusspflichten über einen mehrjährigen Zeitraum entsprechend verteilen werden.

Weitere Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft bestehen im Wesentlichen in der Kursentwicklung der Kapitalmarktanlagen, in den Mieterträgen der Sonnengarten Glienicke Fonds, der wirtschaftlichen Entwicklung der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG - mit der ein Beteiligungsverhältnis besteht - und der Ertragsentwicklung bei der durch einen Gewinnabführungsvertrag mit der Gesellschaft verbundenen Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH.

Die Ertragslage der Gesellschaft wird auch in Zukunft so sein, dass sie auf einen nicht rückzahlbaren Zuschuss des Kreises Offenbach (Zuschuss zum Ausgleich des Erfolgsplans als Teil des Wirtschaftsplans) angewiesen sein wird. Für einen Prognosezeitraum bis einschließlich 2010 sind keine den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken erkennbar.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

L. Bilanz

	2009	2008	Verände- rung-	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2	0	188
Sachanlagen	2	2	0	188
- Anteile an verbundenen Unternehmen	16.381.139	16.038.203	342.936	17.308.673
- Beteiligungen	6.779.334	8.084.882	-1.305.548	9.513.632
- Wertpapiere des Anlagevermögens	28.575.324	28.322.960	252.363	31.055.076
Finanzanlagen	51.735.797	52.446.046	-710.249	57.877.381
Anlagevermögen	51.735.799	52.446.048	-710.249	57.877.569
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	555.345	0	555.345	0
- Forderungen gegen den Gesellschafter	566.951	566.951	0	2.247.623
- Sonstige Vermögensgegenstände	2.469.652	2.827.878	-358.225	3.448.070
- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.591.948	3.394.828	197.120	5.695.693
- Guthaben bei Kreditinstituten	80.937	720	80.217	5.160
Umlaufvermögen	3.672.885	3.395.548	277.337	5.700.853
Rechnungsabgrenzungsposten	360	360	0	336
	55.409.044	55.841.956	-432.912	63.578.758
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	6.135.600	6.135.600	0	6.135.600
- Gewinnvortrag	20.808.194	27.307.314	-6.499.120	28.080.297
- Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	1.588.378	-6.499.120	8.087.499	-772.983
Eigenkapital	28.532.172	26.943.794	1.588.378	33.442.914
- Sonstige Rückstellungen	33.000	33.000	0	33.000
Rückstellungen	33.000	33.000	0	33.000
- Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	9.280.789	10.080.342	-799.553	10.349.127
- Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	17.440.989	18.440.989	-1.000.000	19.508.045
- Verbindlichkeiten gg. verbundenen Unternehmen	0	329.456	-329.456	193.760
- Sonstige Verbindlichkeiten	122.093	14.375	107.718	51.912
Verbindlichkeiten	26.843.872	28.865.162	-2.021.290	30.102.844
	55.409.044	55.841.956	-432.912	63.578.758

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6.493.564	4.205.960	3.670.383
Personalaufwand	162.471	123.402	127.455
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0	186	323
Sonstige betriebliche Aufwendungen	261.538	378.762	65.282
Erträge aus Beteiligungen	258.132	32.850	67.060
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	324.574	482.389	497.640
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	119.574	142.625	172.655
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	5.456.850	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.070.416	1.263.580	1.178.098
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.073.251	4.119.175	3.799.603
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.628.169	-6.478.131	-763.023
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Erstattete Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-589	-4.550	664
Sonstige Steuern	40.379	16.439	10.624
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	1.587.201	-6.499.120	-772.983

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Am 30. September im Jahre 1992 wurde die Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH als lokale Nahverkehrsgesellschaft vom Kreis Offenbach und den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Umlandverband Frankfurt zu einem Zeitpunkt gegründet, als der Rhein-Main-Verkehrsverbund (seit 1995 bestehend) noch nicht existierte.

Schon zu Beginn der 90er Jahre wurde seitens der Gesellschafter es als wichtig und notwendig angesehen, öffentlichen Personennahverkehr und Verkehrsplanung generell einheitlich zu fördern, örtliche Planung von Verkehrslinien etc. über die eigene Gebietskörperschaft hinausgehend, abzustimmen und auch zu betreiben.

Es setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eigene Verkehrsmaßnahmen nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn entsprechende Abstimmungen mit benachbarten Kommunen getroffen werden konnten. Letztlich konnten so durch Maßnahmenbündelungen Ergebnisse auch wirtschaftlich effizienter umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit des Kreises Offenbach mit den Kreiskommunen und dem Umlandverband Frankfurt (Rechtsnachfolger Planungsverband Ballungsraum Frankfurt / Rhein-Main) trug so dann schon früh Früchte. Zu nennen sind das Projekt Anruf-Sammel-Taxi sowie die Inbetriebnahme der Buslinie 969 Kreisquerverbindung Langen – Seligenstadt.

Traditionell war im Kreis Offenbach der Schienenverkehr gegenüber dem Regionalbusverkehr bzw. der Bedeutung für den gesamten Sektor des Öffentlichen Personennahverkehrs stark unterrepräsentiert, dies insbesondere im Vergleich zum gesamten Geschäftsgebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV). Diese Situation hat sich jedoch mit Inbetriebnahme der beiden S-Bahn-Strecken Dietzenbach und Rodgau am Jahresende 2003 grundlegend geändert; es kam so zu weitreichenden strukturellen Veränderungen im ÖPNV innerhalb des Kreisgebietes und der Schienenverkehr hat an Bedeutung gewonnen.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Anschrift	Masayaplatz 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/6966900
Telefax	06074/6966909
E-Mail	internetexpress@kvg-offenbach.de
Internet	www.kvg-offenbach.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform:	GmbH
Gründungsdatum:	30. September 1992
Stammkapital:	51.910,-- €
Gesellschaftsvertrag:	Der zurzeit gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 30.09.1992, zuletzt geändert am 26. November 2002
Handelsregistereintrag:	HRB 8669 Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist eine lokale Nahverkehrsgesellschaft. Sie nimmt im Gebiet des Kreises Offenbach die nachfolgend dargestellten Aufgaben wahr:

- Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Offenbach sowie den angrenzenden Verkehrsräumen und die Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs im Kreis Offenbach nach einheitlichen Gesichtspunkten und Planungen
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beteiligten Gesellschafter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs
- die sofortige oder spätere Übertragung einzelner oder aller Verkehrsleistungen von den Gesellschaftern unter Weitergabe der damit im Zusammenhang stehenden öffentlichen Zuwendungen auf die Gesellschaft
- die gegenseitige Unterrichtung der Gesellschafter über alle wesentlichen Verkehrsmaßnahmen und –vorhaben innerhalb ihrer Gebietskörperschaft und die zugrunde liegenden Überlegungen und Planungen

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren
- die Einrichtung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen
- die Beteiligung an Unternehmen, die die oben genannten Zwecke fördern

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellvertretender Vorsitzender, für die Stadt Neu-Isenburg	Herr Oliver Quilling
Stellvertretende Vorsitzende, für die Gemeinde Mainhausen	Frau Ruth Dissler
Mitglied für die KVBG	Herr Frank Berg
-----,,-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----,,-----	Herr Wolfgang Crynen
-----,,-----	Herr Arne Göhler
-----,,-----	Frau Heide Heß
-----,,-----	Herr Clemens Jäger
-----,,-----	Frau Margrit Jansen
-----,,-----	Herr Jürgen Kaiser
-----,,-----	Herr Michael Rickert
-----,,-----	Herr René Rock
-----,,-----	Frau Gisela Schmalenbach

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand 31.12.2009) (Fortsetzung)		
Mitglied für die KVBG	Herr Norbert Schultheis	
-----,-----	Herr Karl-Heinz Stier	
-----,-----	Herr Walter Winter	
für die Stadt Dietzenbach	Herr Stephan Gieseler	bis 30.06.09
-----,-----	Herr Dietmar Kollmer	ab 01.07-16.11.09
-----,-----	Herr Jürgen Rogg	ab 17.11.09
für die Stadt Dreieich	Frau Andrea Mühl	bis 23.06.09
-----,-----	Herr Dieter Zimmer	ab 24.06.09
für die Gemeinde Egelsbach	Herr Rudi Moritz	
für die Gemeinde Hainburg	Herr Bernhard Bessel	
für die Stadt Heusenstamm	Herr Michael Hajdu	
für die Stadt Langen	Herr Frieder Gebhardt	
für die Stadt Mühlheim	Herr Heinz Hölzel	
für die Stadt Obertshausen	Herr Hubert Gerhards	
für die Stadt Rodgau	Frau Hildegard Ripper	
für die Stadt Rödermark	Herr Alexander Sturm	
für die Stadt Seligenstadt	Herr Dieter Burkard	

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Jürgen Hoffmann
------------------------	----------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Jahre 2009 nicht an.

Die Bezüge des Geschäftsführers betragen im Geschäftsjahr 2009 brutto € 78.320,87.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH	55,176	28.640,00
Stadt Dreieich	3,448	1,790,00
Stadt Dietzenbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Egelsbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Hainburg	3,448	1,790,00
Stadt Heusenstamm	3,448	1,790,00
Stadt Langen	3,448	1,790,00
Gemeinde Mainhausen	3,448	1,790,00
Stadt Mühlheim	3,448	1,790,00
Stadt Neu-Isenburg	3,448	1,790,00
Stadt Obertshausen	3,448	1,790,00
Stadt Rodgau	3,448	1,790,00
Stadt Rödermark	3,448	1,790,00
Stadt Seligenstadt	3,448	1,790,00
	100,00	51.910,00

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

	Anteil in %	Anteil in €
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	2,5 %	6.250,00

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Gemäß § 5 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPVNG) sind die Landkreise auf ihrem Gebiet zuständige Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs. Sie sind Aufgabenträger im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes und zuständige Stelle im Sinne des § 4 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), Die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs obliegt den Verkehrsunternehmen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

Vorbemerkung

Der Aufsichtsrat trat im vergangenen Jahr zu vier Sitzungen zusammen. Die Gesellschafterversammlung führte eine Sitzung durch. Der Beirat der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft traf sich regelmäßig, Themen des Aufsichtsrates wurden vorbereitet und Belange der Kooperationsunternehmen behandelt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Zusammenarbeit mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH kann weiterhin als grundsätzlich positiv bezeichnet werden. Im Verbundgebiet stiegen die Fahrgastzahlen im Jahr 2008 wiederum an, von 649 auf 655 Millionen Fahrten.

Die Ergebnisse der Verbunderhebung 2004 wurden auch der Einnahmenaufteilung 2008 zugrunde gelegt. Damit wurden die mit dem Betriebsstart der Rodgau-S-Bahn einhergehenden Verlagerungen der Verkehre wiederholt deutlich. Es standen für die KVG einschließlich der Kooperationsunternehmen nach der EAV 2007 unter Berücksichtigung von Kassentechnischen Einnahmen von T€ 6.566 und einem Fremdnutzerausgleich von T€ 3.186 noch T€ 3.381 für die Verteilung innerhalb der Gesellschaft zur Verfügung. Die Kassentechnischen Einnahmen 2008 stiegen auf T€ 7.152 (+ 8,93%) und der abzuführende Fremdnutzerausgleich auf T€ 3.326 (+ 4,41%). Das daraus resultierende zur Verteilung innerhalb der Gesellschaft zur Verfügung stehende Delta erhöhte sich auf T€ 3.826 (+ 13,18%). Das positive Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass von Seiten der KVG erfolgreich eine Liniennacherhebung durch den RMV im Herbst 2008 auf verschiedenen Linien beantragt werden konnte, die zu dem Ergebnis einer höheren Einnahmenezuscheidung für das Jahr 2008 führte.

Der im Jahr 1998 unterzeichnete Einnahmenaufteilungsvertrag ist auch für die Abrechnung des Jahres 2007 EAV/ABR 2007 angewandt worden. Die Integration der Anruf-Sammel-Taxi-Systeme in das Einnahmenaufteilungsverfahren ist weiterhin nicht vollständig befriedigend gelungen. Die Einnahmen werden unverändert im Rahmen einer Vorabzuscheidung auf die EAV zugeschieden. Die Kooperationsunternehmen und die KVG erarbeiteten jedoch im Beirat gemeinsam ein akzeptables Modell zur Einnahmenaufteilung, das auch bei der EAV 2008 Anwendung gefunden hat. In Zusammenarbeit mit dem RMV wird eine Harmonisierung der AST-Tarife angestrebt, die jedoch auch im Jahr 2009 nicht erreicht werden konnte.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Das Ergebnis der Einnahmenezuscheidung 2007 ohne Kooperationsfördermittel für die Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH veränderte sich gegenüber dem Vorjahr wie dargestellt um + 13,18 %. Die Strukturhilfe, sowie die Zusage aus Durchtarifierungsverlusten beträgt T€ 337 und liegt damit 1,2 % unter der des Jahres 2007 (T€ 341).

Positiv entwickelte sich das Regionalbusdefizit und zwar von T€ 1.128 in 2007 auf T€ 627 (./ T€ 501) in 2008 bei einem Umlagensatz von 11,16 % gegenüber 10,62% in 2006. Die Reduzierung der Umlage beruht im Wesentlichen auf der Beschlussfassung des RMV-Aufsichtsrates am 18.11.2008, wonach die Geschäftsführung des RMV beauftragt wurde, durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten, dass die regionale SPNV-Umlage möglichst auf dem derzeitigen Niveau (orientiert an der Umlage 2007) weitergeführt werden kann und auch die RBNV-Umlage ab 2008 auf einem akzeptablen Niveau (orientiert an der Umlage 2006) bleibt.

Die Rückzahlung der SPNV-Umlage (Schiene) hat sich auf dieser Grundlage an dem Wert € 0 orientiert. Sie veränderte sich von einer Rückzahlung in Höhe von T€ 120 auf eine Rückzahlung von T€ 0,3 in 2008. Die Veränderung des Umlagensatzes von 8,03 % in 2007 auf 7,99 % in 2008 hatte dabei keine nennenswerte Wirkung auf die Höhe der Rückzahlung der Umlage.

Die Regionalbusumlage wurde zu 59% von den Gesellschaftern und zu 41% von der KVG getragen. Grundlage ist das im lokalen Nahverkehrsplan 2003-2007 festgelegte Defizit-Aufteilungsmodell. Die Gültigkeit des Nahverkehrsplans wurde bis 2010 verlängert. Die Fortschreibung ist derzeit in der Bearbeitung und wird zum Jahresende 2010 abgeschlossen sein.

Die Aufwendungen für die Partnerschaftsfinanzierung Schiene betragen im Jahr 2009 T€ 2.912 gegenüber einem Ergebnis von T€ 2.872 in 2008. Sie resultieren aus der jährlich mit 1,5% fortgeschriebenen Basis des Jahres 2007 von T€ 2.666 zuzüglich der Zusatzbestellung für den Betrieb der Odenwaldbahn von T€ 209.

Die Höhe der Verlustübernahme der KVBG sinkt gegenüber dem Vorjahr um T€ 45 von T€ 4.119 auf T€ 4.073 und fällt um T€ 400 niedriger aus, als in der dritten Wirtschaftsplan-Fortschreibung des Geschäftsjahres 2009 erwartet. Das Ergebnis ist im Wesentlichen durch die positiven periodenfremden Einflüsse aus dem Ergebnis der Einnahmenaufteilung 2008 auf der Grundlage der Verbunderhebung 2004 veranlasst.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Darstellung der Projekte

Im Jahr 2006 wurde das Projekt der Errichtung Dynamischer Fahrgastinformationstafeln (DFI), mit der Errichtung der DFI in Rodgau-Jügesheim im Dezember 2006, fertig gestellt. Für 2008 und 2009 war eine Weiterführung vorgesehen. Leider wurde in 2008 kein positiver GVFG-Bescheid erteilt. Sollte in 2010 eine GVFG-Förderung erfolgen, wird das Projekt weitergeführt. Ebenso ist beabsichtigt entlang der modernisierten Odenwaldbahn sich an einem Gemeinschaftsprojekt der Anliegergebietskörperschaften zum Aufbau entsprechender DFI zu beteiligen.

Lokalisierungen regionaler Buslinien wurden von Seiten des RMV nicht umgesetzt, da Finanzierungsfragen weiterhin nicht geklärt werden konnten. Die Linie OF-64 (regionaler Teil) wurde allerdings zum Fahrplanwechsel im Dezember 2007 vom RMV gegen Übernahme der Unterdeckung übernommen. Die Linie ging in die lokale Verantwortung der Verkehrsbetriebe Dreieich GmbH über.

Für die Einrichtung neuer Angebote und auch weiterer kleinerer Zusatzbestellungen im Busbereich engagieren sich die Gesellschafter auch weiterhin, so dass auch wie bisher ein attraktiver Verkehr, der möglichst auf die Wünsche der Bürger abgestimmt ist, angeboten werden kann.

Die Mobilitätszentrale hat sich im Jahr 2009 weiterhin etabliert und wird von den Kundinnen und Kunden sehr gut angenommen. Der Fahrscheinverkauf in der Mobilitätszentrale trägt wesentlich zur unterjährigen Liquidität der KVG bei. Auch der Fahrscheinverkauf der insgesamt sechs Vorverkaufsstellen und der zwei Cardomaten konnte gesteigert werden. Der Ausbau der Vorverkaufsstellenstruktur soll auch im Jahr 2010 fortgesetzt werden.

Die KVG ist außerdem in das RMV-Projekt der Erstellung einer Haltestellen-Datenbank gemeinsam mit weiteren lokalen Nahverkehrsgesellschaften eingebunden. Die entsprechende Software wurde fertig gestellt und befindet sich bei der KVG im Einsatz.

Das Projekt „Mobilitätsportal“ wird mit Unterstützung des RMV fortgesetzt. Das Projekt wird durch das „RBL-light“ ergänzt. Mittels des rechnergestützten Betriebsleitsystems werden die Ist-Daten der Busse erfasst und verarbeitet. Das System soll in Abstimmung mit dem RMV bei künftigen Ausschreibungen von Busleistungen Anwendung finden. In 2008 wurden mit den Unternehmen Stadtbuss Mühlheim, Stadtwerke Rodgau, Verkehrsbetriebe Dreieich und Stadtwerke Langen Verträge zum Einsatz des „RBL-light“ geschlossen. Zur Risikobegrenzung wurde das System entsprechend dem Systemfortschritt am Markt etabliert.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Darstellung der Projekte (Fortsetzung)

Im Jahr 2009 erfolgte die Ausstattung von Fahrzeugen im Gebiet der LNO Offenbach mbH. Als neue Kunden wurden zusätzlich das Verkehrsunternehmen Transdev (VLD) mit Sitz in Limburg/Neuwied und für den lokalen Bereich bzw. Regionalbusbetrieb im Kreis Offenbach das Verkehrsunternehmen First Group gewonnen. Zum 31.12.2009 waren insgesamt 222 Fahrzeuge im RBL-light-System der KVG unter Vertrag. Zur Risikobegrenzung wird das System entsprechend dem Systemfortschritt auch zukünftig weiter ausgebaut, um es nachhaltig am Markt zu etablieren.

Darüber hinaus beteiligt sich die KVG an dem Projekt „10-Minuten-Garantie“ im RMV gemeinsam mit der LNO Offenbach, der DaDiNa und der traffiQ.

Ausgehend von den Erfahrungen im Projekt „10-Minuten-Garantie“ wurde als Ergänzung in 2009 ein gemeinschaftliches Projekt zur Bearbeitung der Kundenbeschwerden als EDV-gestütztes „Beschwerdemanagementsystem“ begonnen. Projektbeteiligte sind der RMV, die LNO Offenbach, der DaDiNa und der traffiQ sowie einzelne Verkehrsunternehmen.

Ein Konzept „Zukunftsfähiger ÖPNV in der Schülerbeförderung im Kreis Offenbach“ wurde gemeinsam mit IVM für ein Teilgebiet des Kreises Offenbach gestartet und in 2009 fortgesetzt. Für 2010 ist die Ausweitung auf das restliche Kreisgebiet geplant.

Das „Betriebliche Mobilitätsmanagement“ startete zum 1.1.2008 in Kooperation mit der LNO Offenbach und wendet sich an Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber in Stadt und Kreis Offenbach.

Das Projekt Bus- und Bahnbegleiterausbildung im Kreis Offenbach wurde nach Beendigung der dreijährigen Pilotphase als langfristiges Projekt implementiert. Bis zum Jahresende 2009 wurden in diesem Projekt insgesamt 386 Schülerinnen und Schüler ausgebildet. Projektbeteiligte sind der Kreis Offenbach, die 13 Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach, die im Rahmen einer Umlagefinanzierung sich an den Kosten beteiligen, sowie der RMV, das Polizeipräsidium Südosthessen und die 23 weiterführenden Schulen im Kreis Offenbach.

Zur Sicherung der Servicequalität beteiligt sich die KVG an einem gemeinschaftlichen Pilotprojekt des RMV, der DaDiNa, der HSB und der Mainzer Verkehrsgesellschaft.

Der lokale Nahverkehrsplan wird in 2010 mit einer Gültigkeit für die Jahre 2011-2016 fortgeschrieben.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Darstellung der Projekte (Fortsetzung)

Im Jahr 2010 werden weitere Gespräche mit dem Ziel von Vereinbarungen notwendig, um einen modifizierten Status Quo im Schienenverkehr zu erreichen. In der Folge würden derzeitige Zusatzbestellungen Schiene in den Bereich der Grundleistungen verlagert und eine Reduzierung der Partnerschaftsfinanzierung erreicht werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Den Erwartungen hinsichtlich eines durch die S-Bahn sich verändernden Nutzerverhaltens wurde mit der Vollerhebung Rechnung getragen. Es hat sich bestätigt, dass sich mit der Vollerhebung 2004 nicht nur die Fahrgastzuwächse positiv, sondern auch ein aufgrund der höheren Umsätze aus der Vertriebstätigkeit der KVG höherer Fremdnutzerausgleich, negativ ab der EAV 2005 ausgewirkt haben. In den Jahren 2008 und 2009 konnte der Vertrieb weiter gesteigert werden, so dass sich dies positiv in der EAV 2008 niederschlagen konnte. Für 2009 wird ebenfalls ein gutes Ergebnis erwartet. Inwieweit sich der Fremdnutzerausgleich mit der Verbunderhebung 2010 ungünstig auswirkt, kann derzeit nicht abgesehen werden.

Der lokale Nahverkehrsplan für den Kreis Offenbach 2003 – 2007 wurde im Dezember 2002 durch den Kreistag verabschiedet und wird durch die KVG dementsprechend fortlaufend umgesetzt. Da sich der geltende Nahverkehrsplan in der Praxis als durchweg umsetzbar erwiesen hat und seither nicht zu erwarten war, dass sich die Verkehrsverhältnisse im Kreis Offenbach wesentlich ändern werden, wurde auf der Grundlage der Neufassung des hessischen ÖPNV-Gesetzes, auf eine Fortschreibung verzichtet und die Gültigkeitsdauer um drei Jahre bis 2010 verlängert. Eine Weiterentwicklung des ÖPNV beschränkt sich dadurch auf die durch den Nahverkehrsplan definierten Zielvorgaben. Die Fortschreibung des lokalen Nahverkehrsplans 2011 - 2016 befindet sich in der Umsetzung und soll bis Dezember 2010 verabschiedet werden.

Im Projekt „Modernisierung der Odenwaldbahn“ erfolgte auf der Grundlage des vereinbarten Umsetzungskonzepts die Inbetriebnahme mit einem vorläufigen Betriebsprogramm zum Fahrplanwechsel 2005/2006. Die Fahrzeuge „Itino“ wurden dem Betreiber „VIAS GmbH“ von der „fahma GmbH“ beigestellt. Das elektronische Stellwerk wurde in 2008 fertig gestellt. Die Verhandlungen des RMV mit dem Fahrzeughersteller zur Beschaffung drei weiterer Fahrzeuge konnten erfolgreich umgesetzt werden. Die Fahrzeuge werden voraussichtlich durch eine Verzögerung bei der Genehmigung durch das Eisenbahn-Bundesamt erst im Frühjahr 2010 in Betrieb genommen werden können.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Die Linie 99 (ehemals 969) hat sich auch im Geschäftsjahr 2008 weiter in ihrer Funktion als Achse durch den Kreis Offenbach bewährt. Mit der Inbetriebnahme der Rodgau-S-Bahn wurde der Betrieb wesentlich durch die Einführung eines Halb-Stunden-Taktes in der Hauptverkehrszeit ausgeweitet. Die Linie wurde zwischen Rodgau-Jügesheim und Seligenstadt bzw. Rodgau-Jügesheim und Rodgau Nieder-Roden gesplittet. Die Linie wurde zum Dezember 2007 neu ausgeschrieben. Die KVG ist seitdem ausschließlich als LNO Besteller der Linie. Konzessionär und Betriebsführer ist der Auftragnehmer.

In den kommenden Jahren wird sich der ÖPNV immer mehr dem Wettbewerb stellen müssen und die Strukturen im Nahverkehr werden sich erheblich verändern. Diesen Strukturwandel muss die Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach nutzen und die Vorteile des Wettbewerbes für sich beanspruchen. Wichtig ist es hierbei, dass die Finanzierungsmodalitäten, die in den vergangenen Jahren entwickelt wurden, weiter optimiert werden. Insbesondere die Regeln der Partnerschaftsfinanzierung bedürfen weiterer Optimierungen. Entsprechende Verhandlungen wurden mit der Geschäftsführung des RMV weitergeführt. Ziel ist die Neudefinition des Status quo der Grundleistungen im Schienenverkehr zur Entlastung der Partnerschaftsfinanzierung.

Mit dem Ausschluss des § 45a PBefG in Hessen werden im Jahr 2010 die pauschalierten Beträge sowie die seither an Unternehmen geleisteten Zahlungen an die Lokalen Nahverkehrsorganisationen weitergeleitet. Im Jahr 2010 soll innerhalb des RMV über die Verteilung der seitherigen §45a-Mittel eine einvernehmliche Verteilungsregelung im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und dem RMV gefunden werden.

Die vom RMV beabsichtigte Lokalisierung seither regionaler Linien wird von Seiten der KVG weiterhin sowohl kritisch als auch als Chance betrachtet. Kritisch im Hinblick darauf, dass nur unzureichendes Zahlenmaterial über die zu lokalisierenden Linien vorliegt. Eine Chance liegt jedoch in der Möglichkeit, künftig direkt Einfluss auf die Durchführung von Linien und damit über gezielte Maßnahmen - in Grenzen - auf Aufwand und Ertrag einer Linie nehmen zu können. Entscheidend ist jedoch, dass der RMV gemeinsam mit dem Land Hessen mittelfristig durch entsprechende Zusagen die Gewähr bietet, dass der ÖPNV im seitherigen Umfang finanziell unterstützt wird. Diesbezügliche Gespräche führten jedoch, mit Ausnahme der Linie OF-64, noch nicht zu greifbaren Erfolgen, da der RMV seine Lokalisierungsabsichten noch immer nicht konkretisiert hat.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

An der Planung der Regionaltangente West beteiligt sich die KVG entsprechend der vom Kreis Offenbach formulierten Aufgabenstellungen. Die Nutzen-Kosten-Untersuchung sowie Folgekostenrechnungen wurden erstellt. Finanzierungsfragen der Investitionskosten werden nach einer positiven Entwicklung im „Rat der Region“ zwischen den Entscheidungsträgern der Gebietskörperschaften diskutiert. Zwischenzeitlich wurde eine Planungsgesellschaft RTW gegründet, an der der Kreis Offenbach beteiligt ist. Im Jahr 2009 war die KVG nicht direkt in das Projekt eingebunden. In 2010 soll die Beteiligung über einen Fachbeirat gewährleistet werden.

Die KVG beteiligte sich an der Diskussion einer mittelfristigen Konzeption für die Dreieichbahn. Die vorgelegte Machbarkeitsstudie zeigt leider nur begrenzte Möglichkeiten auf. Gemeinsam mit den betroffenen Städten und dem RMV soll dem Aufsichtsrat eine abgestimmte Position zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ziel wird es sein, kurze Umsteigebeziehungen in Buchschlag zwischen RTW und Dreieichbahn zu erreichen und damit auch langfristig eine Durchbindung der RTW auf die Dreieichbahn zumindest offen zu halten.

Die KVG war an der in 2003 gegründeten Vorbereitungsgesellschaft zur Einführung des Electronic Ticketing (cosmobil) beteiligt. Die Gesellschaft hat zum 31.12.2005 ihre Geschäftstätigkeit beendet. Bis zur vertragsgemäßen Beendigung der Gesellschaft wird der laufende Aufwand vom RMV getragen. Das Projekt Electronic Ticketing wird künftig innerhalb der Organisationsstruktur des RMV betrieben. Die KVG ist jedoch im Projektbeirat vertreten. Mit einer Einführung des Electronic Ticketing in den nächsten Jahren wird die Erwartung verknüpft, den Kunden bedarfsangepasste Tarifangebote machen zu können, die insgesamt jedoch zu einer Steigerung der Tarifeinnahmen führen sollen. Mit der Einführung eines Electronic Ticketing der VDV-Stufe 2 wird im Laufe des Jahres 2011 gerechnet. Erste Schritte zur Einführung des Handy-Tickets wurden in 2008 gemacht. Die Einführung eines Webshops im RMV wurde ebenfalls in 2008 umgesetzt.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

L. Bilanz

	2009	2008	Verände-	2007
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	16.039	24.290	-8.251	47.163
Betriebs- und Geschäftsausstattung	108.041	122.260	-14.219	143.721
Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	596	0	596	0
Sachanlagen	108.637	122.260	-13.623	143.721
Finanzanlagen	6.250	6.250	0	6.250
Anlagevermögen	130.926	152.800	-21.874	197.135
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	387.751	312.468	75.283	294.035
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	458.112	-458.112	196.815
Forderungen gegen Gesellschafter	44.105	116.139	-72.034	73.855
Sonstige Vermögensgegenstände	35.383	65.415	-30.032	21.152
	467.239	952.135	-484.896	585.858
Guthaben bei Kreditinstituten	1.297.448	202.185	1.095.262	378.647
Umlaufvermögen	1.764.687	1.154.321	610.367	964.505
Rechnungsabgrenzungsposten	20.800	8.031	12.769	8.673
	1.916.413	1.315.152	601.262	1.170.312
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	51.910	51.910	0	51.910
Eigenkapital	51.910	51.910	0	51.910
Sonstige Rückstellungen	787.985	361.297	426.688	280.466
Rückstellungen	787.985	361.297	426.688	280.466
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	209.144	653.015	-443.870	826.628
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	555.345	128.657	426.688	3.055
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	19.431	60.574	-41.143	245
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen eine Beteiligungsverhältnis besteht	122	325	-203	0
Sonstige Verbindlichkeiten	151.100	59.374	91.726	7.609
Verbindlichkeiten	935.143	901.945	33.198	837.537
Rechnungsabgrenzungsposten	141.375	0	141.375	400
	1.916.413	1.315.152	601.262	1.170.312

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 in €	2008 in €	2007 in €
Umsatzerlöse	777.195	528.055	1.174.867
Sonstige betriebliche Erträge	2.658.101	3.361.766	2.111.954
	3.435.296	3.889.821	3.286.820
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	3.910	3.190	3.037
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.771.058	1.750.405	2.026.524
Materialaufwand	1.774.968	1.753.594	2.029.561
Gehälter	492.976	453.765	440.932
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	138.802	127.125	125.116
Personalaufwand	631.778	580.890	566.048
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	40.499	42.698	42.502
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.067.698	5.662.730	4.469.147
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.402	30.921	20.840
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	4	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.073.251	-4.119.175	-3.799.603
Erträge aus Verlustübernahme	4.073.251	4.119.175	3.799.603
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	0	0	0

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gesellschafter der Berufsakademie Rhein Main GmbH sind die Stadt Rödermark und die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH (KVBG). Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und die KVBG mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

Die entsprechenden Gremienbeschlüsse seitens der Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH wurden von der Gesellschafterversammlung am 28. Juli 2008 bzw. vom Kreistag des Kreises Offenbach am 01. Oktober 2008 gefasst.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

Anschrift	Ober-Rodener-Straße 20, 63322 Rödermark
Telefon	06074/3101120
Telefax	06074/3101121
E-Mail	info@ba-rm.de
Internet	www.ba-rm.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27. Oktober 2008
Stammkapital	35.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27.10.2008.
Handelsregister	HRB 43780 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Berufsbildung gem. § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 der Abgabenordnung. Dieser Zweck wird verwirklicht durch die Entwicklung sowie den Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark und in Städten des Kreises Offenbach.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes dienlich sind oder das

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

B. Gegenstand der Gesellschaft (Fortsetzung)

Unternehmen zu fördern geeignet erscheinen, insbesondere sich unmittelbar oder mittelbar an anderen Unternehmen zu beteiligen, die ebenfalls ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2009 (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Alexander Sturm
Mitglied	Herr Thomas Brammer-Türck
-----,,-----	Herr Gerd Hibbeler
-----,,-----	Herr Franz Schrod
-----,,-----	Frau Margot Süß
-----,,-----	Herr Michael Uhe-Wilhelm

Der Aufsichtsrat erhielt im Jahr 2009 Vergütungen von insgesamt € 360.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Albrecht
------------------------	---------------------

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung verzichtet unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB auf die Angabe der Bezüge.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Rödermark	85,29	29.850,00
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach	14,71	5.150,00

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2009	2008
Verbindlichkeiten	46.000	53.807

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. September)	53.807
Zunahmen	0
Abnahmen	7.807
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	46.000

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor. Gegenstand der Berufsakademie Rhein-Main GmbH ist der Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark.

Gesellschafter der GmbH sind die Stadt Rödermark und die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH (KVBG). Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und die KVBG mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden folgende Studiengänge, jeweils mit der Regelstudiendauer von sechs Semestern angeboten:

- Studiengang Wirtschaft, mit den Spezialisierungen Handel, Bank, Spedition, Hotel/Gastronomie, Industrie
- Studiengang Wirtschaftsinformatik

Die Umsetzung der akkreditierten Bachelor-Studiengänge stand im Vordergrund der Aktivitäten. Anpassungen an strukturelle Veränderungen waren notwendig. Die Auflagen der Akkreditierung wurden zum überwiegenden Teil korrigiert. Für die Diplom-Absolventen wurden Bachelor-Zusatzstudiengänge konzipiert und umgesetzt.

Die vertrieblichen Aktivitäten verliefen in 2009 erfolgreich. Mit 91 Studienbeginnern wurde die Planzahl um elf Studierende übertroffen. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Neueinstellung von Studenten machte sich primär bei den mittelständischen Unternehmen bemerkbar. Die Großunternehmen blieben auf konstantem Ausbildungsniveau bzw. steigerten es geringfügig.

Rahmenbedingungen

Das Jahr 2009 verlief für die BA erfolgreich. Die Ziele konnten übertroffen werden, die offenen Studienplätze wurden besetzt. Die Kampagne Duales Studium des Landes Hessen führte dazu, dass das duale Studium in Hessen an Akzeptanz und Bekanntheitsgrad gewinnen konnte. Leider wurden auch vertriebsschwache Anbieter durch die Werbekampagne bekannt. Insofern bewirkte die größere Transparenz auch mehr Konkurrenz.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Überschuss von T€ 473. Die Erlöse betreffen im Wesentlichen Studiengebühren (T€ 1.022) und öffentliche Zuschüsse (T€ 201).

Personal

Im Geschäftsjahr waren der Geschäftsführer und vier Mitarbeiter in der Gesellschaft beschäftigt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögenslage

Insgesamt hat sich die Bilanzsumme um T€ 135 gegenüber dem Vorjahr erhöht, auf der Aktivseite hauptsächlich die liquiden Mittel und auf der Passivseite die Rücklagen.

Die beiden Positionen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten im Wesentlichen die Forderungen aus Studiengebühren, welche zum Großteil für den kompletten Ausbildungszeitraum in Rechnung gestellt und buchhalterisch abgrenzt werden.

Die langfristigen Passiva sind mit T€ 833 um T€ 473 gestiegen, was dem Jahresergebnis des Jahres 2009 entspricht.

Unter der Annahme einer vorläufigen Gewinnverwendung wurden der Jahresüberschuss und der Gewinnvortrag den Gewinnrücklagen zugeführt.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte zum 31.12.09 über liquide Mittel in Höhe von T€ 870 (Vorjahr 392 T€).

Sie erzielte einen Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 486.

Die Zahlungsbereitschaft war stets gegeben.

Ertragslage

Im Studienbetrieb waren in der Zeit von Januar bis September 247 Studierende und in der Zeit von Oktober bis Dezember 266 Studierende immatrikuliert. Weitere 78 Diplom-Absolventen besuchten den Bachelor - Zusatzstudiengang, der speziell für diese Zielgruppe konzipiert wurde.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten eine staatliche Zuwendung gemäß Berufsakademiegesetz in Höhe von T€ 201. Die Voraussetzungen hierfür wurden mit der Akkreditierung und der Anerkennung als gemeinnützige Einrichtung im Jahre 2008 gelegt.

Die Umsatzrentabilität beträgt 46,15%.

Zukünftige Entwicklung

Auch in den nächsten Jahren wird es eine Herausforderung sein, die Planzahlen zu erreichen. Die Wirtschaftskrise wird einige Unternehmen dazu veranlassen, die Anzahl ihrer Studienplätze zu reduzieren oder keine Neueinstellungen vorzunehmen. Diese Entwicklung wird sich vermutlich im Jahre 2010 auf die BA auswirken. In welcher Größenordnung ist derzeit noch schwer zu prognostizieren. Darüber hinaus ist eine wachsende Konkurrenz im dualen Studiensektor zu verzeichnen. Die weiterhin zum Teil zu beobachtenden schlechten Bewerberstrukturen erschweren zusätzlich die Beibehaltung der Qualitätsstandards.

Ab 2011 ist ein weiterer Studiengang „Außenwirtschaft“ geplant. Der Studiengang wird in Kooperation mit der Akademie für Welthandel in Frankfurt durchgeführt.

Die BA wird alle Anstrengungen unternehmen, die Planzahlen für 2010 zu erreichen. Eine zuverlässige Aussage zu den Studierendenzahlen für das Wintersemester 2010 ist zum jetzigen Zeitpunkt auf Grund der Planungsunsicherheit nicht möglich. Es zeigt sich, dass die Studienplätze in Wirtschaftsinformatik weiterhin nur mit großer Anstrengung zu besetzen sind. Die BA unterstützt die Partnerunternehmen im Rahmen der Rekrutierung. Werbespots im Rundfunk und Online-Stellenanzeigen werden von der BA initiiert.

Der Wirtschaftsplan weist für das Jahr 2010/09 einen Gewinn von T€ 37 aus. Die Vorplanungen für das neue Gebäude reduziert den ursprünglich geplanten Gewinn von T€ 77 um T€ 40. Für 2011 ist ein Gewinn von T€ 84 geplant.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Zukünftige Entwicklung (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Erfolg der Berufsakademie Rhein-Main hängt auch weiterhin im Wesentlichen von folgenden zentralen Faktoren ab

- wirtschaftliche Entwicklung
- Konkurrenzsituation
- Politische Rahmenbedingungen

Das kostenlose und zum Teil identische Studienangebot der öffentlich-rechtlichen Hochschulen sowie die gestiegene Konkurrenz durch andere Berufsakademien, erschweren auch weiterhin das Geschäft.

Eine hohe Qualität des Studiums, Flexibilität und Kundennähe werden sich jedoch auch weiterhin positiv auf unsere Akademie auswirken.

Die völlig ungleiche finanzielle Behandlung der privaten Bildungsträger im Vergleich zu den öffentlichen Hochschulen durch das Land Hessen, erschwert massiv den Marktzugang, zumal die FH's zunehmend duale bzw. kooperative Studiengänge anbieten. Die Studenten dualer Studiengänge an Hochschulen werden aus Gründen der Kostenersparnis mit den Vollzeitstudenten gemeinsam unterrichtet. Ebenfalls greift man auf vorhandenes Personal zurück. Die Investitionen sind somit sehr überschaubar. Die Hochschulen fordern jedoch mehr Personal für die Betreuung der Studiengänge. Dieses Geld wird das Land Hessen wohl kaum zur Verfügung stellen können. Insofern könnte sich die Abschaffung der Studiengebühren an Hochschulen positiv auf die BA auswirken. Die Performance und die Studentenzahlen der Berufsakademien, die Stärke der Hochschullobby (Land und Bund) und die Parteistrukturen der jeweiligen Landesregierungen werden über die langfristige politische Verankerung der Berufsakademien im tertiären Sektor entscheiden.

Die Berufsakademie Rhein-Main hat weiterhin die Chance, ob als Hochschule oder als BA, eine wichtige Bildungsgröße im dualen Studiensystem in Hessen zu repräsentieren. Das Angebot dualer Masterstudiengänge an Berufsakademien würde helfen, die Akzeptanz zu fördern. Im Rahmen der Novellierung des BA-Gesetzes könnte diese Öffnung aufgenommen werden. Die BA ist in die Novellierungsgespräche involviert und wird versuchen, auf eine entsprechende Änderung hinzuwirken.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Zukünftige Entwicklung (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Die Geschäftsführung und die Mitarbeiter der Berufsakademie werden auch weiterhin alle Kraft in die Weiterentwicklung der Berufsakademie lenken. Eine kostenbewusste, kundenorientierte und bedarfsgerechte strategische Vorgehensweise unter dem Blickwinkel des Wachstums und der Profitabilität wird auch weiterhin die Maxime sein.

Der Risikofrüherkennung wird durch eine ständige Markt- und Konkurrenzbeobachtung Rechnung getragen. Unsere Controllinginstrumentarien ermöglichen eine systematische und zeitnahe Kostenkontrolle und Kostenabweichungsanalyse.

Die Herausforderungen in einem volatilen und äußerst konkurrenzintensiven Markt sind weiterhin sehr hoch. Die BA plant derzeit den Bau eines neuen Akademiegebäudes auf dem von der Stadt Rödermark zur Verfügung gestellten Grundstück in Urberach.

Der steigende Bekanntheitsgrad, ein neues Gebäude und die sehr gute Qualität der Einrichtung werden uns auch künftig helfen, die positive Entwicklung zu festigen.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

L. Bilanz

	2009	2008	Verände-
	in €	in €	run- g in €
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	4	0
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.977	19.422	-445
Sachanlagen	18.977	19.422	-445
Anlagevermögen	18.981	19.426	-445
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	659.206	1.002.917	-343.711
Sonstige Vermögensgegenstände	3.591	4.535	-944
	662.797	1.007.452	-344.655
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	870.516	391.655	478.861
Umlaufvermögen	1.533.313	1.399.107	134.206
Rechnungsabgrenzungs- posten	2.172	639	1.534
	1.554.466	1.419.172	135.294
Passiva			
Gezeichnetes Kapital	35.000	35.000	0
Kapitalrücklage	247.868	247.868	0
Gewinnrücklage	550.145	0	550.145
Jahresüberschuss	0	76.764	-76.764
Eigenkapital	833.013	359.632	473.381
Sonstige Rückstellungen	38.133	24.883	13.250
Rückstellungen	38.133	24.883	13.250
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.040	44.027	-13.988
Sonstige Verbindlichkeiten	15.961	9.779	6.181
Verbindlichkeiten	46.000	53.807	-7.806
Rechnungsabgrenzungs- posten	637.320	980.850	-343.530
	1.554.466	1.419.172	135.294

2008 war ein Rumpfgeschäftsjahr vom 01.09. – 31.12.2008

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2009	2008
	in €	In €
Umsatzerlöse	1.024.646	260.500
Sonstige betriebliche Erträge	218.654	84.253
Löhne und Gehälter	252.754	74.511
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	36.573	8.577
Personalaufwand	289.327	83.089
Abschreibungen auf Sachanlagen	7.827	2.542
Sonstige betriebliche Aufwendungen	480.944	184.175
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.396	3.042
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	218	23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	473.381	77.967
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	1.203
Sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss	473.381	76.764
Gewinnvortrag	76.764	0
Zuführung Rücklagen	550.145	0
Bilanzgewinn	0	76.764

2008 war ein Rumpfgeschäftsjahr vom 01.09. – 31.12.2008

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

Anschrift	Rembrücker Straße 11, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Rumpfgeschäftsjahr 01.10. bis 31.12.2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH & Co. KG
Gründungsdatum	13. Oktober 2004
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 18.08.2009.
Handelsregistereintrag	HRA 41335 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unter Beachtung des Grundsatzes des unbedingten Vorrangs des ordnungsgemäßen Schulbetriebes. Ausgenommen sind der Unterrichtsbetrieb in diesen Schulen und die Trägerschaft der Schulen.

Die Gesellschaft kann ferner Betriebs- und Instandhaltungsleistungen für öffentliche Gebäude aller Art im Rhein-Main-Gebiet erbringen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm zu dienen geeignet sind und die seine Erfüllung nicht gefährden.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

B. Gegenstand des Unternehmens (Fortsetzung)

Die Gesellschaft darf insbesondere Dritte mit der Betreuung und Durchführung der baulichen Instandhaltung und Instandsetzung sowie der Bewirtschaftung der Schulimmobilien beauftragen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Bernward Kulle
Stellv. Vorsitzender	Herr Peter Walter
Mitglied	Frau Sandra Arendt
-----,,-----	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Dr. Roland Mörmel
-----,,-----	Herr Bernd Romanski
-----,,-----	Herr Hans-Jürgen Wehner

Im Berichtsjahr wurden keine Aufsichtsratsvergütungen geleistet, da keine Ansprüche geltend gemacht wurden.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Mathias Kura	vom 30.04.-31.08.2009
-----,,-----	Herr Raik Kratz	ab 31.08.2009
-----,,-----	Herr Thomas Windmeier	bis 30.04.2009
-----,,-----	Herr Alexander Zaruba	

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Ein Mitglied der Geschäftsführung ist nicht Angestellter der Gesellschaft und erhält somit keine Bezüge von der Gesellschaft. Dementsprechend unterbleibt die Angabe der Bezüge gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	94.900,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Schulbezogene Dienstleistungen

Buchungsstelle 40.01.11.54870010

	2010	2009	2008
Kostenerstattung PPP-Projekt Schulen	105.000	159.561	267.198

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

Buchungsstelle 65.01.01.61670050

	2010	2009	2008
Leistungsentgelt Facility Management	20.084.250	18.362.394	17.489.692

Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden, Anlagen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

Buchungsstelle 65.01.01/0111.84182130

	2010	2009	2008
Leistungsentgelt Sanierung Schulen	17.840.200	16.781.650	16.887.041

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	3.913.360	7.301.474	9.053.369

Berichtsjahr 2009 (Stand :31.12.2009)	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	7.301.474
Zunahmen	0
Abnahmen	3.388.114
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	3.913.360

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2009

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die HT PPP Schulpartner GmbH wurde gemäß Gesellschaftsvertrag vom 13. Oktober 2004 gegründet. Mit Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 hat die Gesellschafterversammlung die Umwandlung der Gesellschaft von einer GmbH in eine GmbH & Co. KG gemäß § 190 ff. Umwandlungsgesetz (UmwG) beschlossen. Die Umwandlung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 29. September 2009 wirksam. Mit Rechtsformwechsel war gemäß Gesellschaftsvertrag das Wirtschaftsjahr vom 1. Oktober bis 30. September abweichend zum Kalenderjahr festgelegt. Mit Gesellschafterbeschluss vom 11. November 2009 wurde das Geschäftsjahr der Gesellschaft wieder das Kalenderjahr. Die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2009 gilt als Rumpfgeschäftsjahr. Dementsprechend sind die Werte der Gewinn- und Verlustrechnung, des Anhangs und des Lageberichts des Rumpfgeschäftsjahres (drei Monate) nur eingeschränkt mit den Werten des Vorjahres (neun Monate) vergleichbar. Gesellschafter sind mit Stichtag 31.12.2009 HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, (Kapitaleinlage 0 €) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeister-services, Facility Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein-Main-Gebiet. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach (nachfolgend Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Das Geschäftsfeld der HTSP fällt in den Bereich der Public Private Partnership und unterliegt aufgrund des Pilotprojektcharakters und seiner Größe einer besonderen öffentlichen Wahrnehmung.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) – zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszyklenkosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Allein bei Schulen, Verwaltungsgebäuden und Krankenhäusern wird bis zum Jahr 2011 mit PPP-Projekten mit einem Vertragsvolumen von insgesamt 25 Mrd. € gerechnet. Der Trend ist steigend. Gefragt sind – möglichst international agierende – Partner, die die komplette Angebotspalette aus Planen, Finanzieren, Bauen und Betreiben erbringen.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung.

Nach unserer Auffassung werden sich die Kommunen auf Unternehmen wie HOCHTIEF konzentrieren, die über ein hohes Maß an Erfahrung in der erfolgreichen Umsetzung von PPP-Projekten national wie international verfügen. HOCHTIEF deckt die komplette Wertschöpfungskette und den Entstehungs- und Lebenszyklus eines Projektes ab. HOCHTIEF ist schon heute führend als Baudienstleister in Deutschland.

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01.01.2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreibungsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach.

Im Hinblick auf eine effektive und effiziente Leistungsausführung hat HTSP grundlegende Auftragsinhalte wie die Modernisierungs- und Sanierungsleistungen sowie die laufenden baulichen Instandhaltungsmaßnahmen an die HOCHTIEF Construction AG vergeben. Dies gilt entsprechend für die Instandsetzungsleistungen, Pflege der Außenanlagen sowie die Entsorgungsleistungen, die in Teilen an die HOCHTIEF Facility Management GmbH vergeben wurden. Dadurch wurden für die HTSP über die Vertragslaufzeit gesicherte Preisgrundlagen geschaffen.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Entwicklung der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die weiteren Facility Management Dienstleistungen werden vornehmlich mit eigenen Mitarbeitern in enger Kooperation mit der HOCHTIEF Facility Management GmbH ausgeführt.

Alle bisher geschuldeten vertraglichen Leistungen wurde termingerecht bzw. vorzeitig erfüllt.

Der Kreis Offenbach zahlt für Sanierungsleistungen und für Facility-Management-Leistungen jeweils eine feste monatliche Pauschale zzgl. der auf umsatzsteuerpflichtige Leistungen entfallenden Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe. Über eine Wertsicherungsklausel werden Änderungen bestimmter Indizes berücksichtigt. Die Vergütungsanpassung hat aufgrund von sechs Erfüllungstatbeständen stattgefunden. Diese gliedern sich in zwei Anpassungen im Jahr 2005, eine im Jahr 2007, zwei in 2008 sowie eine aktuelle in 2009 auf.

Für die operative Abarbeitung des Auftrages wurde vor Ort eine auftrags- und vertragsorientierte Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb der HTSP implementiert, welche durch ein implementiertes und zertifiziertes Qualitätsmanagement (QMS) überwacht wird. Mit Ende der Sanierungsaufgaben wird mit Wirkung zum 1. Januar 2010 eine Neuorganisation in der Aufbauorganisation der HTSP in Kraft treten, welche der ausschließlichen FM-Fokussierung Rechnung tragen wird. Auch diese Organisation ist Bestandteil der QMS der Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist weiterhin über die HOCHTIEF Facility Management GmbH im Finanz- und Rechnungswesen der HOCHTIEF Services eingebunden. Für die Bereiche Personal, Steuern, Recht sowie der Finanzen wird über Verträge mit HOCHTIEF Concessions AG auf Ressourcen von Zentralabteilungen der HOCHTIEF AG bzw. der HOCHTIEF Concessions AG zugegriffen.

Durch das Controllingssystem, basierend auf der Auftragszergliederung der Urkalkulation (Financial Model), werden Planabweichungen erfasst und die Ergebnisentwicklung sowie Zielerreichung fortlaufend analysiert.

Das in 2005 eingerichtete Qualitätsmanagementsystem wurde Ende 2006 mittels externem Audit durch die DQS GmbH (Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen) zertifiziert. Im Geschäftsjahr 2007, 2008 und zuletzt im November 2009 wurde dieses Zertifikat erneut durch DQS positiv bestätigt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP erzielte im abgelaufenen Rumpfgeschäftsjahr einen planmäßigen Umsatz von Mio. € 4,547. Der Rückgang des Umsatzes im Vergleich zu den neun Monaten des letzten Geschäftsjahres geht darauf zurück, dass keine Sanierungsleistungen abgerechnet wurden.

Der Auftragseingang im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von T€ 435 beruht im Wesentlichen auf der Beschaffung von Schulmöbeln.

Der Auftragsbestand beläuft sich zum 31. Dezember 2009 auf Mio. € 209,17.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31.12.2009 72 Mitarbeiter (Vorjahr 71), diese gliedern sich in 67 Mitarbeiter mit HTSP-Verträgen, 2 Kreis-übergeleitete Mitarbeiter auf HTSP, 1 Kreis-Beigestellte, 1 Kreis-dienstüberlassene Mitarbeiter und 1 Auszubildenden.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Umsatzsteuer- und Kapitalertragssteuerschulden konnten mittels Mittelzuflüssen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um T€ 5.275 reduziert werden; entsprechend ist die Bilanzsumme gesunken.

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen von T€ 17 entfallen mehrheitlich auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen den Kunden Kreis Offenbach. Diese enthalten T€ 6.205 an abgenommenen, aber bisher nicht abgerechneten Leistungen.

Die liquiden Mittel beinhalten eine Barsicherheit in Höhe von T€ 600 bei der Westdeutsche Immobilienbank AG, Mainz, für eine eventuelle Entschädigungsleistung bei Nichtabnahme von Finanzierungsmitteln. Ein Teilbetrag von T€ 300 ist als Verbindlichkeit gegenüber dem Gesellschafter Kreis Offenbach abgegrenzt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

1. Vermögenslage (Fortsetzung)

Die Verbindlichkeiten gegenüber HOCHTIEF Construction AG, Essen, in Höhe von T€ 1.610 beinhalten im Wesentlichen die Verbindlichkeit aus Wertsicherungen und aus Rechnungen der baulichen Instandhaltung.

Die Eigenkapitalquote beträgt 37,6% (Vj. 23,9%).

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden monatlichen Zahlungen des Auftraggebers sichergestellt. Diese Feststellung wird durch das vertraglich vereinbarte Financial Model sowie durch die Liquiditätsplanung unterlegt. Des Weiteren ist HTSP über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

Die Stichtagsliquidität der HTSP weist zum Stichtag 31.12.2009 ein Guthaben im Cash-Pooling der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH von T€ 10.168 (Vorjahr T€ 4.545) auf.

Das Sachanlagevermögen ist durch das Eigenkapital finanziert.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31.12.2009 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) in Höhe von T€ 814 (Vorjahr T€ 6.424) aus.

Die Umsatzerlöse in Höhe von T€ 4.547 setzen sich zusammen aus der Facility-Management-Leistung (T€ 3.494) und der baulichen Instandhaltung (T€ 1.053).

Die langfristig abgeschlossenen Kunden- und Lieferantenverträge führen im Zeitablauf zu konstanten positiven Rohgewinnmargen, die stichtagsbedingt variieren können.

Die Umsatzrendite (Jahresergebnis vor Steuern/Umsatz) konnte von 13% im Vorjahr auf 18% im Rumpfgeschäftsjahr gesteigert werden. Maßgeblich hierfür ist, dass im Berichtsjahr nur Umsätze für Instandhaltungsleistungen um FM-Leistungen mit einem höheren Wertschöpfungsbeitrag abgerechnet wurden.

Unter Berücksichtigung des Aufwands für Personalsonderzahlungen bewegt sich der Personalaufwand pro rata auf Höhe des Vorjahres.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Die vertraglich geschuldeten Sanierungsleistungen werden mit Stichtagsabnahme am 20. Januar 2010 abgeschlossen sein, die Mängelbeseitigungen und nachlaufenden Außenanlagenanierungen bis Ende 2010. Dadurch verringern sich in den nächsten Jahren die Umsatzerlöse pro Geschäftsjahr auf knapp Mio. € 20, parallel dazu reduzieren sich die Materialaufwendungen. Auf der Grundlage des Financial Model werden in den nächsten beiden Geschäftsjahren positive Jahresüberschüsse erwartet.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäudemanagement sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP hat mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Risiken liegen grundsätzlich in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Im Rahmen der engen Kooperation und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften ist sichergestellt, die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht zu erbringen. Hierzu zählt auch, dass bei Auftragsvergaben die Vertragsbedingungen mit dem Kunden Kreis Offenbach weitergegeben wurden.

Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es HTSP auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden. Zu diesem Zweck wurde ein Risikomanagement-Handbuch verfasst, das im Rahmen des Qualitätsmanagements der Gesellschaft stetig überwacht und den Anforderungen der Gesellschaft entsprechend angepasst wird. Darüber hinaus werden die Chancen und Risiken im Rahmen des laufenden Controllings (Monatsabschlüsse/Forecasts) regelmäßig ermittelt und dokumentiert.

IV. Sonstige Angaben

Die HTSP hatte mit der dritten Änderungsvereinbarung aus Wertsicherung auf den bankenfinanzierten Sanierungsanteil den wirtschaftlichen Erfolg nachhaltig verbessern können. Dies sichert auch für die restliche Sanierungsleistung die aktuelle Ergebnisqualität. Wir sind zuversichtlich, auch im Bereich Facility Management die bisher gute Auftragsqualität wie auch den wirtschaftlichen Erfolg zu erreichen.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

L. Bilanz

	1.10.- 31.12.09 *	1.1.- 30.9.09 *	Verände- rung	2008
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	121.756	114.800	6.956	125.954
Anlagevermögen	121.756	114.800	6.956	125.954
unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	3.516.932	920.192	2.596.740	10.684.978
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-2.167.190	-920.192	-1.246.999	-3.355.234
	1.349.741	0	1.349.741	7.329.744
Forderungen aus Lieferung und Leistung	6.311.290	18.948.502	-12.637.212	768.358
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.044.940	193.906	3.851.033	4.780.946
Sonstige Vermögensgegenstände	35.472	239.797	-204.326	9.245
	10.391.701	19.382.206	-8.990.504	5.558.549
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	602.402	602.934	-533	1.203.539
Umlaufvermögen	12.343.844	19.985.140	-7.641.296	14.091.832
Rechnungsabgrenzungsposten	2.486	0	2.486	0
	12.468.086	20.099.940	-7.631.854	14.217.786

* = Sowohl der Zeitraum vom 01.01. – 30.09.09 als auch der vom 01.10. – 31.12.09 waren Rumpfgeschäftsjahre.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	1.10.- 31.12.09 *	1.1.- 30.9.09 *	Verände- rung	2008
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Rücklagen	4.701.155	4.701.155	0	
Gewinnrücklagen	0	0	0	910.130
Gewinn-/Verlustvortrag	698.804	0	698.804	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	3.791.025
Eigenkapital	5.499.959	4.801.155	698.804	4.801.155
Rückstellungen für Pensionen	29.262	30.171	-909	66.426
Steuerrückstellungen	2.227.006	2.100.059	126.946	1.292.514
Sonstige Rückstellungen	798.500	728.801	69.699	756.218
Rückstellungen	3.054.767	2.859.031	195.736	2.115.158
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0
Erhaltene Anzahlungen	0	1.068.596	-1.068.596	978.109
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	906.227	2.790.862	-1.884.635	1.254.142
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.428.688	2.763.481	-334.794	4.432.623
Sonstige Verbindlichkeiten	578.445	5.816.814	-5.238.369	636.600
Verbindlichkeiten	3.913.360	12.439.754	-8.526.394	7.301.474
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	12.468.086	20.099.940	-7.631.854	14.217.786

* = Sowohl der Zeitraum vom 01.01. – 30.09.09 als auch der vom 01.10. – 31.12.09 waren Rumpfgeschäftsjahre.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	1.10.- 31.12.09 *	1.1.- 30.9.09 *	2008
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	4.547.484	49.457.841	43.510.682
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	2.596.740	-9.764.786	1.968.881
Sonstige betriebliche Erträge	434.623	1.087.093	1.273.182
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.047.423	2.637.025	3.725.319
Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.134.802	28.276.900	32.892.672
Materialaufwand	5.182.225	30.913.925	36.617.991
Löhne und Gehälter	850.750	2.076.111	3.127.691
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	188.089	566.084	805.412
Personalaufwand	1.038.839	2.642.195	3.933.103
Abschreibungen	10.256	22.081	38.106
Sonstige betriebliche Aufwendungen	383.519	518.639	904.234
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	64.728	306.147	846.695
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	215.278	565.625	884.640
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	813.458	6.423.832	5.221.366
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	114.654	783.787	1.430.341
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss	698.804	5.640.045	3.791.025

* = Sowohl der Zeitraum vom 01.01. – 30.09.09 als auch der vom 01.10. – 31.12.09 waren Rumpfgeschäftsjahre.

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

Anschrift	Rembrücker Straße 11, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Rumpfgeschäftsjahr 14.08. bis 31.12.2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	14. August 2009
Stammkapital	25.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 01.09.2009.
Handelsregistereintrag	HRB 44319 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm, die die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach zum Gegenstand hat.

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Mathias Kura	bis 31.08.2009
-----,-----	Herr Raik Kratz	ab 31.08.2009
-----,-----	Herr Alexander Zaruba	

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	23.725,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	1.275,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2009
Verbindlichkeiten	59

Berichtsjahr 2009 (Stand :31.12.2009)	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	0
Zunahmen	59
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	59

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2009

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm, (im Folgenden: HTSP VG) existiert seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH, Heusenstamm, zur HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm, (im Folgenden: HTSP) als Komplementärin dieser GmbH & Co. KG. Die HTSP VG wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. August 2009 gegründet; die Eintragung zum Handelsregister erfolgte am 11. September 2009: Gegenstand der HTSP VG ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der HTSP.

Gegenstand dieser KG ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeister-services, Facility Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein-Main-Gebiet. Grundlage dafür bildet ein Public Private Partnership (PPP)-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Gesellschafter der HTSP sind mit Stichtag 31. Dezember 2009 HATSP VG, (Kapitaleinlage: € 0) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gesellschafter der HTSP VG sind mit Stichtag 31. Dezember 2009 HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapitalanteil: € 23.725,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach, (Kapitalanteil € 1.275,--, 5,10%).

Bedingt durch die Bedeutung des Projektes Schulen Kreis Offenbach / Los Ost im Bereich der Public Private Partnership (PPP) und der besonderen öffentlichen Wahrnehmung gelten für beide Gesellschaften gemäß Gesellschaftsvertrag die handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften und die Prüfungserfordernisse nach § 53 HGrG.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) – zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszyklenkosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Allein bei Schulen, Verwaltungsgebäuden und Krankenhäusern wird bis zum Jahr 2011 mit PPP-Projekten mit einem Vertragsvolumen von insgesamt 25 Mrd. € gerechnet. Der Trend ist steigend. Gefragt sind – möglichst international agierende – Partner, die die komplette Angebotspalette aus Planen, Finanzieren, Bauen und Betreiben erbringen.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung.

Nach unserer Auffassung werden sich die Kommunen auf Unternehmen wie HOCHTIEF konzentrieren, die über ein hohes Maß an Erfahrung in der erfolgreichen Umsetzung von PPP-Projekten national wie international verfügen. HOCHTIEF deckt die komplette Wertschöpfungskette und den Entstehungs- und Lebenszyklus eines Projektes ab. HOCHTIEF ist schon heute führend als Baudienstleister in Deutschland.

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreibungsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach durch die HTSP vor deren Umwandlung. Die operative Projektführung wird vollständig durch die HTSP wahrgenommen. Gegenstand der HTSP VG ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der HTSP.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP VG erzielte im abgelaufenen Rumpfgeschäftsjahr planmäßig keinen Umsatz. Sämtliche operativen Verträge für die Umsetzung des Projektes Schulen Kreis Offenbach und zur Leistungserbringung werden durch die HTSP abgeschlossen.

Als Ausnahme gelten hier die folgenden:

- Abschluss des Dienstleistungsvertrages mit den Corporate Services der HOCHTIEF Concessions AG in den Bereichen Steuern, Recht und Financial Services durch die HTSP VG. Dienstleistungsverträge in den Bereichen Rechnungswesen, Controlling und Personaldienstleistungen werden durch die HTSP abgeschlossen.
- Abschluss des Geschäftsführervertrages mit dem Geschäftsführer Raik Kratz durch die HTSP VG, legitimiert durch beide Gesellschafter.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31.12.2009 keine Mitarbeiter.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von € 371,87 betreffen die HTSP und resultieren aus der anteiligen Haftungsvergütung gemäß Gesellschaftsvertrag.

Die liquiden Mittel bestehen aus Guthaben auf dem Girokonto der Commerzbank AG und betragen zum 31. Dezember 2009 € 24.909,60.

Die Verbindlichkeiten gegenüber HOCHTIEF Concessions AG, Essen, in Höhe von 59,37 beinhalten die Umsatzsteuervoranmeldung per 31. Dezember 2009.

Die Eigenkapitalquote beträgt 72,1%.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird zukünftig durch die laufenden monatlichen Aufwandserstattungen der HTSP sichergestellt. Des Weiteren ist beabsichtigt, die HTSP VG über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, einzubinden.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2009 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von € 6.777,90 aus.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken bestehen für die HTSP VG darin, als Komplementärin für die Verbindlichkeiten der HTSP in Anspruch genommen zu werden. Im Folgenden werden kurz die Chancen und Risiken der HTSP dargestellt:

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Die vertraglich geschuldeten Sanierungsleistungen werden mit Stichtagsabnahme am 20. Januar 2010 abgeschlossen sein, die Mängelbeseitigungen und nachlaufenden Außenanlagensanierungen bis Ende 2010. Dadurch verringern sich in den nächsten Jahren die Umsatzerlöse pro Geschäftsjahr auf knapp Mio. € 20, parallel dazu reduzieren sich die Materialaufwendungen. Auf der Grundlage des Financial Model werden in den nächsten beiden Geschäftsjahren positive Jahresüberschüsse erwartet.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäudemanagement sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP hat mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Risiken liegen grundsätzlich in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Im Rahmen der engen Kooperation und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften ist sichergestellt, die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht zu erbringen. Hierzu zählt auch, dass bei Auftragsvergaben die Vertragsbedingungen mit dem Kunden Kreis Offenbach weitergegeben wurden.

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Für HTSP VG ist somit festzuhalten, dass bedingt durch die hohe Sicherheit des Geschäfts der HTSP keine signifikanten Risiken zu erkennen sind. Sämtliche Verpflichtungen sind vertraglich abgedeckt und die Finanzausstattung bedingt durch die Kostenüberwälzung auf die HTSP in den nächsten Jahren sichergestellt.

IV. Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag sind nicht eingetreten.

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

L. Bilanz

	31.12.09 *	14.08.09 *	Veränderung
	in €	in €	in €
Aktiva			
Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0	25.000	-25.000
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	372	0	372
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	24.910	0	24.910
Umlaufvermögen	25.281	0	25.281
	25.281	25.000	281
Passiva			
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	0
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	-6.778	0	-6.778
Eigenkapital	18.222	25.000	-6.778
Sonstige Rückstellungen	7.000	0	7.000
Rückstellungen	7.000	0	7.000
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	59	0	59
Verbindlichkeiten	59	0	59
	25.281	25.000	281

* = Der Zeitraum vom 14.08. – 31.12.09 war ein Rumpfgeschäftsjahr.

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	31.12.09 *	14.08.09 *
	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	313	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.090	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.778	0
Jahresüberschuss	-6.778	0

* = Der Zeitraum vom 14.08. – 31.12.09 war ein Rumpfgeschäftsjahr.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

Anschrift	Paul-Ehrlich-Straße 11, 63225 Langen
Telefon	06103/83320-100
Telefax	06103/83320-111
E-Mail	ske@sfm-online.de
Internet	www.sfm-online.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	Am 10. Oktober 2003 wurde der Gesellschaftsvertrag der Granat 41. V V GmbH, Berlin, geschlossen und am 28. Oktober 2003 beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nr. HRB 90604 eingetragen. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2003 ist die Firma von Granat 41. V V GmbH in SKE Schul-Facility-Management GmbH geändert und das Stammkapital von € 25.000,-- um € 75.000,-- auf € 100.000,-- erhöht worden.
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 10.10.2003 in der Fassung vom 02. Juni 2004
Handelsregistereintrag	HRB 41313 beim Amtsgericht Langen

B. Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Gemäß § 10 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen aus sechs natürlichen Personen bestehenden Aufsichtsrat. Zwei Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Gesellschafter KVBG entsandt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Joachim Nolden
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Mitglied	Herr Rainer Beisel
-----,,-----	Herr Mario Dorn
-----,,-----	Herr Jochen Hauptmann
-----,,-----	Herr Peter Walter

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Ing. Johannes Huismann
-----,,-----	Herr Dipl.-Ing. Rainer Langer ab 09.12.09
-----,,-----	Herr Hermann Merkl bis 09.12.09

Für die Bezüge der Geschäftsführung macht die Gesellschaft von der Befreiung nach § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) Gebrauch, da nur ein Geschäftsführer von der Gesellschaft Bezüge erhält.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
SKE Service GmbH, Mannheim	94,90	94.900,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der SKE Schul-Facility Management GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen unberührt.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Schulbezogene Dienstleistungen

Buchungsstelle 40.01.11.54870010

	2010	2009	2008
Kostenerstattung PPP-Projekt Schulen	105.000	159.561	267.198

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

Buchungsstelle 65.01.01.61670040

	2010	2009	2008
Leistungsentgelt Facility Management	22.342.250	19.012.271	19.044.953

Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden, Anlagen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

Buchungsstelle 65.01.01/0111.84182120

	2010	2009	2008
Leistungsentgelt Sanierung Schulen	12.773.100	12.669.552	12.650.459

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	3.051.064	2.780.588	3.747.564

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	2.780.588
Zunahmen	270.476
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	3.051.064

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand unseres Unternehmens ist die Bewirtschaftung sowie die Instandsetzung und Instandhaltung von Schulgebäuden des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten. Zu den Tätigkeiten gehören neben der Ausführung von Bau- und Baudienstleistungen zum Beispiel auch die Durchführung von Hausmeister-Serviceleistungen sowie andere allgemeine auftragsbezogene Verwaltungsleistungen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Langen.

2. Tätigkeitsbeschreibung

Mit dem Kreis Offenbach (Auftraggeber und über eine Beteiligungsgesellschaft Minderheitsgesellschafter) wurde am 02.06.2004 ein Vertrag geschlossen, die kreiseigenen Schulen im „Los West“ (die Städte Dietzenbach, Neu-Isenburg, Dreieich und Langen sowie die Gemeinde Egelsbach) für 15 Jahre bis zum 30.09.2019 zu bewirtschaften. Der Vertrag ist in einen Sanierungs- und einen Bewirtschaftungsvertrag geteilt:

- Über den Sanierungsvertrag sind alle beauftragten Bauleistungen innerhalb der ersten fünf Jahre zu erbringen. Die einzelnen Teilleistungen waren festgelegt und mit Preisen versehen. Vertraglich geschuldet war im Zeitraum vom 01.10.2004 bis 30.09.2009 die Herstellung eines definierten Sollzustandes für alle Schulen des Loses. Diese Sanierungsarbeiten sind planmäßig fertig gestellt worden.
- Über den Bewirtschaftungsvertrag werden alle Dienstleistungen definiert, die mit der Bewirtschaftung der Liegenschaft anfallen. Zu nennen sind beispielsweise Energielieferungen, Müllentsorgung, Unterhaltsreinigung, jede Art von Reparaturen innerhalb und außerhalb der Gebäude, Pflege der Außenanlagen, ein Wartungsprogramm für alle wartungsfähigen Einbauten sowie Übernahme von kreiseigenem Personal. Die Leistungen werden durch ein pauschales monatliches Entgelt vergütet.

Wir verstehen uns als Projektgesellschaft, da sich die betriebliche Tätigkeit ausschließlich auf die Abwicklung der vom Kreis Offenbach beauftragten Leistungen beschränkt.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Tätigkeitsbeschreibung (Fortsetzung)

Mit Vertrag vom 17./20. November 2006 ist die SKE Facility-Management GmbH, Mannheim (kurz „SKE FMG“), mit Wirkung zum 01.01.2007 an Stelle der Bauunternehmung Ehrenfels GmbH (kurz „Ehrenfels“) in den zwischen der SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen (kurz „SKE-SFM“), und der Ehrenfels geschlossenen Generalunternehmervertrag vom 30.09.2004/18.02.2005 zur Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen eingetreten.

3. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Für den oben genannten Sanierungs- und Bewirtschaftungsvertrag besteht mit Wirkung zum 01.01.2007 ein Generalunternehmervertrag mit der SKE FMG, wodurch nahezu sämtliche Chancen und Risiken auf die SKE FMG übergegangen sind.

Die Erhöhung des Betriebsergebnisses im abgelaufenen Geschäftsjahr ist auf die Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge zurückzuführen. In den Folgejahren wird weiterhin mit positiven Betriebsergebnissen gerechnet.

4. Personalbestand

Der Personalbestand zum Jahresende 2009 hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag von 45 auf 41 Angestellte verringert.

Durch die Zertifizierung der gesamten SKE-Gruppe nach der Qualitätsmanagementnorm ISO EN 9001 sowie die aktive Einbeziehung der zuständigen Behörden (Gewerbeaufsicht, Berufsgenossenschaft, Bauaufsicht u.a.), Nutzer (Schulgemeinden) und Kunden wird der zentrale Leitgedanke unseres Handelns, die Erreichung einer hohen Kundenzufriedenheit durch Qualität der Leistung, kontinuierlich in die betrieblichen Prozesse eingebunden. Die der Zertifizierung zu Grunde liegende Qualitätssicherung wird flankiert durch die aktive Förderung und Investition in die kontinuierliche Weiterbildung unserer gesamten Belegschaft. Jeweils zum Jahresanfang werden in einem Schulungsplan die Fortbildungsmaßnahmen festgelegt.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

5. Auftragsbestand

Der Auftragsbestand stellt sich wie folgt dar in (Mio. €):

01.01.2009	Zugang	Abgang (Leistung)	31.12.09
254,5	2,5	-46,6	210,4

Über den Auftragsbestand ist Beschäftigung für die nächsten zehn Jahre gesichert. Der im Vergleich zum Vorjahr geringere Auftragseingang ist im Wesentlichen auf die deutliche Indexierungsanpassung im Vorjahr zurückzuführen. Eine weitere Begründung liegt im Abschluss des Sanierungsvertrages für die Schulen des Kreises Offenbach in 2009, in dessen Zusammenhang im Vorjahr umfangreiche Zusatzmaßnahmen abgewickelt wurden. Ab dem Geschäftsjahr 2010 werden somit nur noch Facility-Management-Leistungen für den Kreis Offenbach erbracht. Damit einhergehend sind auch um ca. 20 Mio. € geringere Umsatzerlöse für das Jahr 2010 eingeplant.

6. Vermögens- und Kapitalstruktur/Finanzierung/Liquidität

Mit Wirkung vom 01.01.2004 wurde mit der SKE GmbH ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

Durch die Verminderung der Bilanzsumme um € 5,8 Mio. auf € 3,8 Mio. ist die langfristige Eigenkapitalquote (im wirtschaftlichen Sinne) um 26,9 % auf 44,5 % gestiegen. Ursache ist im Wesentlichen der verminderte Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verringerung der sonstigen Rückstellungen.

Die laufende Finanzierung der Gesellschaft wird aus eigenen Mitteln sowie über die Muttergesellschaft SKE GmbH gesichert.

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die SKE-Gruppe wurde in 2006 grundlegend umstrukturiert. Teil dieser Maßnahmen war es, das gesamte Facility-Management-Geschäft der SKE mit deutschen Kunden auf die SKE Facility-Management GmbH, Mannheim, zu übertragen, um dort das kundenspezifische Know-how zu bündeln. Da das Geschäft mit deutschen Kunden auch im Rahmen unserer Projektgesellschaft ausgeführt wird, sind von uns im Zuge weitergehender Maßnahmen mit der SKE Facility-Management GmbH Vereinbarungen

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

**II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken
(Fortsetzung)**

getroffen worden, wonach die SKE Facility-Management-GmbH von uns zum 1. Januar 2007 Mitarbeiter übernahm und alle Auftragsleistungen der SKE-Schul-Facility-Management zu festen Preisen über ihren Geschäftsbetrieb steuert und ausführt.

Der Vertrag mit dem Landkreis Offenbach sah für die ersten drei Jahre der Vertragslaufzeit einen Leistungsstand von 60% der beauftragten Sanierungsarbeiten vor, dies entspricht bei einem Vertragsvolumen von rd. € 83,6 Mio. einem geforderten Leistungsfortschritt von € 50,2 Mio. Dieser Leistungsfortschritt war zum 31.12.2006 erreicht. In den Folgejahren wurden die Sanierungsarbeiten kontinuierlich fortgeführt und im Jahre 2009 der vereinbarte Endfertigstellungstermin zum 30. September 2009 vertragskonform eingehalten.

Aus dem Facility-Management-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, der noch eine Laufzeit bis zum 30. September 2019 hat, ist die SKE-SFM zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die gemäß Generalunternehmervertrag seit dem 01.01.2007 von der SKE FMG zu erbringen sind.

Durch den Generalunternehmervertrag mit der SKE Facility-Management GmbH und den damit nach Preis und Qualität garantierten Fremdleistungen sind die wesentlichen Chancen und Risiken auf den Vertragspartner übergegangen.

Am Ende der Vertragslaufzeit hat der Kreis Offenbach die Option, die Gesellschaft selbst oder über eine andere ihm gehörende Gesellschaft zu übernehmen; er kann sie aber auch im Beteiligungsbesitz der SKE belassen und mit einem Folgeauftrag ausstatten. Für die Projektgesellschaft fallen aus heutiger Sicht keine Schließungskosten an, die im Rahmen der Bilanzierung zu berücksichtigen wären.

Wir erwarten für die folgenden beiden Geschäftsjahre ein leicht positives Jahresergebnis.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

L. Bilanz

	2009	2008	Verände-	2007
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Anlagevermögen	0	0	0	0
unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0	6.611.630	-6.611.630	2.452.301
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	-5.873.965	5.873.965	-1.835.897
	0	737.665	-737.665	616.404
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	139.815	7.841.786	-7.701.971	2.561.590
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.655.824	889.916	2.765.907	1.132.648
Sonstige Vermögensgegenstände	19.253	35.765	-16.512	66.032
	3.814.892	8.767.468	-4.952.576	3.760.270
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.606	131.277	-125.671	2.673.086
Umlaufvermögen	3.820.498	9.636.409	-5.815.911	7.049.760
Rechnungsabgrenzungsposten	0	9.394	-9.394	39.456
	3.820.498	9.645.803	-5.825.305	7.089.216
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	100.000	100.000	0	100.000
Sonstige Rückstellungen	669.434	6.765.215	-6.095.782	3.241.652
Rückstellungen	669.434	6.765.215	-6.095.782	3.241.652
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	33.524
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.727.399	614.748	1.112.651	717.706
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.307.547	2.150.052	-842.505	2.979.630
Sonstige Verbindlichkeiten	16.118	15.788	330	16.703
Verbindlichkeiten	3.051.064	2.780.588	270.477	3.747.564
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	3.820.498	9.644.803	-5.825.305	7.089.216

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	46.591.759	37.819.781	32.827.120
Erhöhung (im Vj. Verminderung) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-6.611.630	4.159.329	393.993
Sonstige betriebliche Erträge	1.166.155	302.584	449.780
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.196.116	8.871.712	3.841.455
Aufwendungen für bezogene Leistungen	33.359.671	30.707.645	27.290.177
Materialaufwand	37.555.787	39.579.357	31.131.632
Löhne und Gehälter	1.548.993	1.483.781	1.469.694
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	432.128	444.589	456.894
Personalaufwand	1.981.121	1.928.370	1.926.588
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	401.088	135.437	149.584
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	247.272	104.131	468.997
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	147.918	154.727	406.100
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.307.641	587.935	525.985
Steuern vom Einkommen	90	90	90
Sonstige Steuern	0	0	381
	1.307.552	587.845	525.514
Gewinnabführung	1.307.552	587.845	525.514
Jahresüberschuss	0	0	0

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

Die Angaben zu den Gesellschaften beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2008

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaften

Rechtsform Gesellschaften bürgerlichen Rechts

Fonds	Gesellschafts- kapital in €	Gesellschafts- kapital inkl. Agio in €	Gründungsdatum	Gesellschafts- vertrag i.d.F. vom /letzte Änderung
01	3.328.510,15	3.494.935,65	04.09.1998	04.09.1998/ 28.12.2000
15	1.809.973,26	1.900.471,92	17.12.1998	17.12.1998/ 28.12.2000
23	2.101.409,63	2.206.480,11	17.12.1998	17.12.1998
24	2.121.861,31	2.227.954,37	17.12.1998	17.12.1998
26	997.019,17	1.046.870,13	17.12.1998	17.12.1998/ 21.12.2000
27	2.142.312,98	2.249.428,63	17.12.1998	17.12.1998
29	1.283.342,62	1.347.509,75	17.12.1998	17.12.1998
30	1.316.576,59	1.382.405,42	17.12.1998	17.12.1998

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

B. Zweck der Gesellschaften

Gegenstand der Gesellschaften ist die Verwaltung eigenen Grundvermögens.

Fonds	Grundstücksgröße in m ²	Gesamtwohnfläche in m ²	Anzahl Wohnungen	Stellplätze im Aussenbereich (A)/in Tiefgaragen(TG)
01	3.484	2.732,80	37	37 A
15	1.531	1.200,30	16	16 TG
23	1.552	1.216,10	16	16 TG
24	1.606	1.236,70	16	16 TG
26	1.233	781,80	6	12 A
27	1.330	1.314,20	18	10 TG / 8 A
29	1.042	834,80	11	3 TG / 8 A
30	967	834,80	11	3 TG / 8 A

C. Organe der Gesellschaften

Gesellschafterversammlungen

Geschäftsführungen

Angaben zur Geschäftsbesorgerin

Name	AL-BAN Immobilienfonds- Verwaltungsgesellschaft mbH
Anschrift	Berliner Straße 27, 13507 Berlin

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

D. Gesellschafter

Fonds	Gesellschafts- anteil KVBG in %	Gesellschafts- anteil in €	Gesellschafts- anteil Sonstige Gesellschafter in %	Gesellschafts- anteil Sonstige Gesellschafter in €
01	68,621	2.397.937,21	31,389	1.096.998,44
15	75,211	1.429.363,94	24,789	471.107,98
23	99,757	2.201.118,36	0,243	5.361,75
24	99,759	2.222.585,00	0,241	5.369,37
26	16,667	174.481,84	83,333	872.388,28
27	99,761	2.244.052,50	0,239	5.376,13
29	99,602	1.342.146,66	0,398	5.363,09
30	99,612	1.377.041,69	0,388	5.363,73

Die Berechnung der Anteile in € beinhaltet ein Agio in Höhe von 5 %.

Beim Kauf der Sonnengarten Glienicke Fonds wurden seitens der KVBG mbH € 13.388.721,62 bezahlt und aktiviert. Daneben wurden zum Bilanzstichtag Zahlungen der Anteilseigner an die Fonds als weitere nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 4.120.841,48 aktiviert.

Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Gesamtbeteiligung an den insgesamt acht Fonds der Sonnengarten Glienicke GbR´s eine Wertberichtigung von vormals € 17.509.563,10 in Höhe von € 1.500.000,00 = € 16.009.563,10 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

E. Beteiligungen der Gesellschaften

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaften, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

Fonds	2008 in €	2007 in €	2006 in €
01	4.914.090	4.912.549	4.991.167
15	2.127.609	2.145.148	2.160.115
23	2.008.020	2.040.204	2.050.531
24	2.045.750	2.083.853	2.092.376
26	1.180.813	1.205.093	1.211.240
27	2.176.151	2.210.042	2.212.079
29	1.406.938	1.431.068	1.431.684
30	1.378.069	1.399.446	1.395.630

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 01

	2008	2007	Verände- rung	2006
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	4.697.178	4.799.574	-102.396	4.901.969
Finanzanlagen	1.087.948	1.049.190	38.758	1.288.929
Anlagevermögen	5.785.126	5.848.764	-63.638	6.190.898
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	63.565	67.239	-3.673	315.379
Guthaben bei Kreditinstituten	30.057	11.357	18.700	68.951
Umlaufvermögen	93.622	78.595	15.027	384.331
Rechnungsabgrenzungsposten	120.970	171.025	-50.055	221.080
	5.999.718	6.098.384	-98.666	6.796.308
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	3.328.510	3.328.510	0	3.328.510
Rücklagen	1.794.748	1.700.555	94.193	1.781.085
Entnahmen	-9.304	-9.304	0	-9.304
Verlustvortrag	-3.833.925	-3.295.149	-538.776	-3.431.306
Jahresergebnis	-194.401	-538.776	344.376	136.157
Kapitalanteile	1.085.628	1.185.835	-100.207	1.805.142
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	4.892.872	4.893.597	-725	4.974.317
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.303	1.303	0	1.303
Sonstige Verbindlichkeiten	19.916	17.649	2.267	15.547
Verbindlichkeiten	4.914.090	4.912.549	1.541	4.991.167
	5.999.718	6.098.384	-98.666	6.796.308

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 01

	2008	2007	2006
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	228.946	244.964	222.666
neutrale Einnahmen	39.975	94	403.632
	268.921	245.059	626.298
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	40.749	43.209	42.108
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	16.723	21.447	20.016
Abschreibungen auf Sachanlagen	102.396	102.395	116.205
Sonstige Kosten	22.108	334.463	28.728
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	230.926	231.909	232.848
Damna	50.055	50.055	50.055
Zinsen	364	356	181
Summe Werbungskosten	463.321	783.835	490.141
Werbungskostenüberschuss	-194.401	-538.776	136.157

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 15

	2008	2007	Verände- rung	2006
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Ausstehende Einlagen	511	511	0	511
Sachanlagen	2.315.765	2.365.442	-49.677	2.415.118
Finanzanlagen	494.286	485.737	8.549	457.041
Anlagevermögen	2.810.051	2.851.179	-41.128	2.872.159
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.746	5.397	16.349	39.305
Guthaben bei Kreditinstituten	6.560	8.056	-1.496	23.697
Umlaufvermögen	28.306	13.453	14.853	63.002
Rechnungsabgrenzungsposten	46.491	67.949	-21.458	89.407
	2.885.359	2.933.092	-47.733	3.025.079
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.809.973	1.809.973	0	1.809.973
Rücklagen	700.324	630.708	69.616	599.644
Verlustvortrag	-1.652.737	-1.544.653	-108.084	-1.470.853
Jahresergebnis	-99.810	-108.084	8.274	-73.800
Kapitalanteile	757.750	787.945	-30.194	864.964
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.090.910	2.111.050	-20.140	2.121.733
Sonstige Verbindlichkeiten	36.698	34.097	2.601	38.382
Verbindlichkeiten	2.127.609	2.145.148	-17.539	2.160.115
	2.885.359	2.933.092	-47.733	3.025.079

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 15

	2008	2007	2006
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	113.054	113.260	116.584
neutrale Einnahmen	9.839	28.711	51.558
	122.894	141.971	168.142
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	17.871	18.455	19.415
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	19.415	15.407	8.177
Abschreibungen auf Sachanlagen	49.677	49.676	64.419
Sonstige Kosten	10.624	40.508	22.246
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	103.345	103.850	104.333
Damna	21.458	21.458	21.458
Zinsen für kurzfristiges Darlehen	314	701	1.895
Summe Werbungskosten	222.704	250.055	241.942
Werbungskostenüberschuss	-99.810	-108.084	-73.800

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 23

	2008	2007	Verände- rung	2006
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	2.224.452	2.272.013	-47.561	2.319.574
Finanzanlagen	465.244	451.293	13.951	442.734
Anlagevermögen	2.689.696	2.723.306	-33.610	2.762.308
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	42.054	36.730	5.324	76.601
Guthaben bei Kreditinstituten	1.651	16.195	-14.544	4.145
Umlaufvermögen	43.705	52.925	-9.220	80.746
Rechnungsabgrenzungsposten	0	24.136	-24.136	48.273
	2.733.402	2.800.368	-66.966	2.891.327
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.101.410	2.101.410	0	2.101.410
Rücklagen	639.483	613.605	25.878	594.340
Entnahmen	-6.756	-6.756	0	-6.756
Verlustvortrag	-1.948.095	-1.848.198	-99.897	-1.774.414
Jahresergebnis	-60.660	-99.897	39.237	-73.783
Kapitalanteile	725.381	760.164	-34.782	840.795
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.996.873	2.026.681	-29.808	2.045.718
Sonstige Verbindlichkeiten	11.147	13.523	-2.376	4.814
Verbindlichkeiten	2.008.020	2.040.204	-32.184	2.050.531
	2.733.402	2.800.368	-66.966	2.891.327

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 23

	2008	2007	2006
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	114.582	111.203	127.921
neutrale Einnahmen	13.951	4.701	10
	128.533	115.904	127.930
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	17.830	18.634	18.361
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	14.612	8.300	10.112
Abschreibungen auf Sachanlagen	47.561	47.561	56.852
Sonstige Kosten	9.107	40.333	13.558
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	75.947	76.836	77.694
andere Zinsen	0	0	24.137
Sonstige Steuern	0	0	1.000
Damnum	24.136	24.137	0
Summe Werbungskosten	189.193	215.800	201.714
Werbungskostenüberschuss	-60.660	-99.897	-73.783

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 24

	2008	2007	Verände- rung	2006
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	2.274.748	2.320.571	-45.823	2.366.394
Finanzanlagen	510.086	494.790	15.296	489.624
Anlagevermögen	2.784.834	2.815.361	-30.527	2.856.018
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.291	27.268	4.023	63.275
Guthaben bei Kreditinstituten	5.735	10.580	-4.845	17.038
Umlaufvermögen	37.026	37.848	-822	80.313
Rechnungsabgrenzungsposten	0	24.563	-24.563	49.126
	2.821.860	2.877.772	-55.912	2.985.457
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.121.861	2.121.861	0	2.121.861
Rücklagen	656.349	633.214	23.135	633.179
Entnahmen	-6.828	-6.828	0	-6.828
Verlustvortrag	-1.954.328	-1.855.132	-99.196	-1.800.054
Jahresergebnis	-40.945	-99.196	58.251	-55.078
Kapitalanteile	776.110	793.919	-17.809	893.080
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.032.470	2.066.047	-33.577	2.081.869
Sonstige Verbindlichkeiten	13.281	17.806	-4.526	10.507
Verbindlichkeiten	2.045.750	2.083.853	-38.103	2.092.376
	2.821.860	2.877.772	-55.912	2.985.457

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 24

	2008	2007	2006
	in €	in €	in €
Einnahmen			
Mieteinnahmen	130.337	120.089	149.327
neutrale Einnahmen	15.296	5.166	9
	145.633	125.255	149.336
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	20.085	21.042	20.100
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	9.787	9.707	12.177
Abschreibungen auf Sachanlagen	45.823	45.823	55.167
Sonstige Kosten	9.017	45.111	12.330
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	77.303	78.206	79.078
Damnum	24.563	24.563	24.563
Sonstige Steuern	0	0	1.000
Summe Werbungskosten	186.577	224.452	204.414
Werbungskostenüberschuss	-40.945	-99.196	-55.078

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 26

	2008	2007	Verände-	2006
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Sachanlagen	1.316.619	1.344.795	-28.176	1.372.971
Finanzanlagen	339.032	344.405	-5.373	324.059
Anlagevermögen	1.655.651	1.689.200	-33.549	1.697.030
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.119	19.764	-2.645	3.860
Guthaben bei Kreditinstituten	2.821	8.340	-5.518	23.899
Umlaufvermögen	19.940	28.104	-8.164	27.759
Rechnungsabgrenzungsposten	0	12.974	-12.974	25.945
	1.675.591	1.730.277	-54.687	1.750.734
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	997.019	997.019	0	997.019
Rücklagen	410.077	406.782	3.295	406.782
Entnahmen	-4.147	-4.147	0	-4.147
Verlustvortrag	-874.469	-860.360	-14.110	-817.263
Jahresergebnis	-33.702	-14.110	-19.593	-43.097
Kapitalanteile	494.777	525.184	-30.407	539.294
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.179.910	1.199.455	-19.546	1.210.495
Sonstige Verbindlichkeiten	904	5.638	-4.734	945
Verbindlichkeiten	1.180.813	1.205.093	-24.279	1.211.440
	1.675.591	1.730.277	-54.687	1.750.734

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 26

	2008	2007	2006
	in €	in €	in €
Einnahmen			
Mieteinnahmen	69.799	88.068	63.605
neutrale Einnahmen	0	0	1
	69.799	88.068	63.606
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	3.529	3.878	3.276
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	3.234	4.295	4.882
Abschreibungen auf Sachanlagen	28.176	28.176	32.789
Sonstige Kosten	10.657	7.389	6.800
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	44.932	45.469	45.986
Damnum	12.974	12.971	12.971
Sonstige Steuern	0	0	0
Summe Werbungskosten	103.501	102.178	106.703
Werbungskostenüberschuss	-33.702	-14.110	-43.097

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 27

	2008	2007	Verände- rung	2006
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	2.318.949	2.367.938	-48.989	2.416.927
Finanzanlagen	507.082	492.119	14.963	489.620
Anlagevermögen	2.826.031	2.860.057	-34.026	2.906.547
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	56.398	56.027	371	61.969
Guthaben bei Kreditinstituten	4.514	10.463	-5.949	13.087
Umlaufvermögen	60.912	66.490	-5.578	75.056
Rechnungsabgrenzungsposten	0	25.959	-25.959	51.921
	2.886.944	2.952.506	-65.563	3.033.524
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.142.313	2.142.313	0	2.142.313
Rücklagen	681.873	652.244	29.628	635.939
Entnahmen	-7.358	-7.358	0	-7.358
Verlustvortrag	-2.044.736	-1.949.449	-95.286	-1.849.276
Jahresergebnis	-61.300	-95.286	33.987	-100.174
Kapitalanteile	710.793	742.464	-31.671	821.445
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.147.564	2.182.898	-35.334	2.200.204
Sonstige Verbindlichkeiten	28.587	27.144	1.442	11.875
Verbindlichkeiten	2.176.151	2.210.042	-33.891,74	2.212.079
	2.886.944	2.952.506	-65.563	3.033.524

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 27

	2008	2007	2006
	in €	in €	in €
Einnahmen			
Mieteinnahmen	126.479	125.768	123.280
neutrale Einnahmen	14.963	0	1
	141.442	125.768	123.281
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	19.424	20.289	21.285
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	15.354	12.518	15.265
Abschreibungen auf Sachanlagen	48.989	48.989	63.867
Sonstige Kosten	11.336	30.659	13.515
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	81.680	82.637	83.561
Damnum	25.959	25.962	25.962
Sonstige Steuern	0	0	0
Summe Werbungskosten	202.742	221.054	223.455
Werbungskostenüberschuss	-61.300	-95.286	-100.174

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 29

	2008	2007	Verände- rung	2006
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	1.443.672	1.474.270	-30.598	1.504.868
Finanzanlagen	325.046	315.392	9.654	313.852
Anlagevermögen	1.768.718	1.789.662	-20.944	1.818.719
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.903	26.693	-790	32.034
Guthaben bei Kreditinstituten	6.818	6.856	-38	13.828
Umlaufvermögen	32.721	33.548	-827	45.861
Rechnungsabgrenzungsposten	0	16.278	-16.278	32.555
	1.801.439	1.839.488	-38.049	1.897.136
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.283.343	1.283.343	0	1.283.343
Rücklagen	436.664	421.931	14.733	412.901
Entnahmen	-4.424	-4.424	0	-4.424
Verlustvortrag	-1.292.429	-1.226.368	-66.061	-1.191.612
Jahresergebnis	-28.653	-66.061	37.408	-34.756
Kapitalanteile	394.501	408.420	-13.920	465.451
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.348.779	1.370.772	-21.994	1.381.071
Sonstige Verbindlichkeiten	58.159	60.295	-2.136	50.614
Verbindlichkeiten	1.406.938	1.431.068	-24.130	1.431.684
	1.801.439	1.839.488	-38.049	1.897.136

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 29

	2008	2007	2006
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	81.794	82.006	99.585
neutrale Einnahmen	9.846	0	0
	91.640	82.006	99.585
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	11.332	12.692	12.684
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	3.890	9.696	7.264
Abschreibungen auf Sachanlagen	30.598	30.598	37.910
Sonstige Kosten	6.877	26.899	7.733
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	51.318	51.907	52.474
Damnum	16.278	16.277	16.277
Sonstige Steuern	0	0	0
Summe Werbungskosten	120.293	148.068	134.341
Werbungskostenüberschuss	-28.653	-66.061	-34.756

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 30

	2008	2007	Verände- rung	2006
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	1.439.876	1.470.608	-30.732	1.501.340
Finanzanlagen	325.059	315.391	9.668	313.605
Anlagevermögen	1.764.935	1.785.999	-21.064	1.814.945
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	34.129	33.435	695	39.565
Guthaben bei Kreditinstituten	2.904	4.595	-1.691	12.451
Umlaufvermögen	37.033	38.030	-997	52.016
Rechnungsabgrenzungsposten	0	16.278	-16.278	32.555
	1.801.968	1.840.307	-38.339	1.899.516
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.316.577	1.316.577	0	1.316.577
Rücklagen	411.068	395.839	15.229	395.839
Entnahmen	-4.427	-4.427	0	-4.427
Verlustvortrag	-1.267.128	-1.204.102	-63.026	-1.157.824
Jahresergebnis	-32.191	-63.026	30.834	-46.278
Kapitalanteile	423.899	440.861	-16.962	503.887
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.348.813	1.370.742	-21.929	1.381.071
Sonstige Verbindlichkeiten	29.256	28.704	552	14.559
Verbindlichkeiten	1.378.069	1.399.446	-21.377	1.395.630
	1.801.968	1.840.307	-38.339	1.899.516

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 30

	2008	2007	2006
	in €	in €	in €
Einnahmen			
Mieteinnahmen	92.683	79.346	87.005
neutrale Einnahmen	0	0	0
	92.683	79.346	87.006
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	11.779	13.811	12.694
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	8.204	8.133	4.874
Abschreibungen auf Sachanlagen	30.732	30.732	38.050
Sonstige Kosten	6.563	21.512	8.915
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	51.318	51.907	52.474
Damnum	16.278	16.277	16.277
Sonstige Steuern	0	0	0
Summe Werbungskosten	124.874	142.372	133.284
Werbungskostenüberschuss	-32.191	-63.026	-46.278

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

Aus dem Erlös des Verkaufes der EVO-Anteile hat sich die KVVG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH im Zuge der Gesamtkonzeption der Wiederanlage als Kommanditist an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin, beteiligt.

Bei der vorliegenden steuerbegünstigten Kapitalanlage handelt es sich um eine Beteiligung in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Im Vordergrund dieser Beteiligung standen bzw. stehen Ausschüttungen/Entnahmen aus prospektierten Liquiditätsüberschüssen bezogen auf die Nominalbeteiligung.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG betreibt in Göhren-Lebbin an der Müritzseenplatte in Mecklenburg-Vorpommern das Freizeit- und Urlaubsresort „Land Fleesensee“.

„Land Fleesensee“, als eine der größten Resortanlagen in Nordeuropa, besteht aus insgesamt drei Hotelbetrieben, dem RadissonSAS Resort Schloßhotel, dem Robinson Club und dem Dorfhôtel. Zu dem Gesamtkomplex gehören darüber hinaus noch eine moderne Wasserwelt mit angegliedertem Sauna- und Wellnessbereich sowie großzügige Sportanlagen. Hierbei seien insbesondere die insgesamt sechs Golfplätze genannt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

Anschrift	Breite Straße 12, 14199 Berlin-Schmargendorf
Telefon	030/89711100
Telefax	030/89711-111
Internet	www.fleesensee.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2008

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Kommanditgesellschaft in Form einer GmbH & Co. KG
Gründungstag/-jahr	24. September 1994
Persönlich haftende Gesellschafterin	Fleesensee Verwaltungs GmbH, Berlin
Geschäftsführer der Komplementärin	Detlev U. Fricke, Berlin
Stammkapital	30.677,51 €
Kommanditkapital laut Handelsregister	96.634.165,56 €

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist neben der Entwicklung, der Errichtung und dem Betrieb (auch durch Managementgesellschaften) von Hotels, sowie gastronomischen und anderen touristischen Einrichtungen im Bereich des „Freizeit- und Urlaubsresort Land Fleesensee“ in Göhren-Lebbin in Mecklenburg-Vorpommern, die Koordination, die finanzielle Führung sowie die Übernahme aller sonstigen übergeordneten Aufgaben im Zusammenhang mit dem vorgenannten Projekt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer der Komplementärin

Detlev U. Fricke, Berlin

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Wile GmbH (vormals: Trigon Wohn- und Gewerbebauten GmbH, Berlin)	3,97	3.834,689,11
Katz, David, Berlin	0,79	766.937,82
Reitz, Freedom, Berlin	0,53	511.291,88
AIV Allgemeine Investitions-Verwaltung GmbH, Berlin	83,02	80.226,809,08
Diverse Kommanditisten	11,69	11.294,437,67
Gesamt	100,00	96.634,165,56

Die Beteiligung der KVBG mbH als Kommanditist ist in der vorstehend aufgeführten Position „Diverse Kommanditisten“ enthalten.

Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG eine Wertberichtigung von vormals € 8.052.847,13 in Höhe von € 1.480.000,00 = € 6.572.847,13 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

E. Anteilsbesitz

Konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporthotel KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Clubanlage KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH, Göhren-Lebbin (vormals: Fleesensee Hotels & Sports Marketing und Service GmbH, Berlin)	100,00	31.12.2008

Nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Schloss Blücher Dorf- und Tagungszentrum Betriebs GmbH, Berlin	100,00	---
Schloss Blücher Reitanlagen Management GmbH, Berlin	100,00	---

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei dieser Beteiligung um eine reine Kapitalanlage handelt und diese deshalb unzulässig ist.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2008	2007	2006
Verbindlichkeiten	50.012.468	47.845.031	49.146.785

Berichtsjahr 2008	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	47.845.031
Zunahmen	2.167.437
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	50.012.468

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns

Der Konzern - bestehend aus dem Mutterunternehmen und den fünf für den Betrieb der touristischen Einrichtungen im Resort Land Fleesensee verantwortlichen Tochterunternehmen sowie der Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH - konnte nicht im erhofften Maße die budgetierten Erwartungen oder das Vorjahresergebnis erreichen bzw. verbessern.

Das entspricht im Wesentlichen auch der touristischen Entwicklung in Deutschlands Norden insgesamt. Die Geschäftsentwicklung litt unter dem frühen Ostertermin im März, sowie unter dem ungünstigen kalendarischen Zusammentreffen von Mai-Feiertag und Himmelfahrt. Der Juni als Brückenmonat zwischen den Pfingstfeiertagen im Main und dem Beginn der Sommersaison fiel außerordentlich schwach aus. Schließlich lag auch der November mit bereit spürbarer Wirtschafts- und Finanzkrise durch Stornierung von Firmenveranstaltungen deutlich hinter den Erwartungen

Der Konzern erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag von T€ 13.731 (2007: T€ 816). Das Jahresergebnis resultiert im Wesentlichen aus den außerplanmäßigen Abschreibungen auf Grund und Boden (T€ 4.070) sowie Gebäuden (T€ 4.393) sowie den Wechselkursverlusten des Fremdwährungsdarlehens in Schweizer Franken (T€ 3.512).

Mit zusammen 296.141 Übernachtungen (Vorjahr: 315.918) konnten die drei Hotelbetriebe Radisson BLU, Robinson Club und Dorfhôtel bei einer durchschnittlichen Zimmerauslastung von rd. 63% (Vorjahr: 65%) zwar nicht an die Belegung des Vorjahres anknüpfen, sie erzielten allerdings einen Jahresumsatz in Höhe von € 22,79 Mio. und liegen damit in etwa auf Vorjahresniveau, wann auch knapp 4% unter den budgetierten Erwartungen. Das operative Betriebsergebnis (GOP) der Hotels insgesamt lag mit rd. € 4,7 Mio. rd. 14% unter den Erwartungen der Manager und 7,1% unter dem Vorjahresniveau, wozu überdurchschnittlich leider die unbefriedigende Geschäftsentwicklung im Dorfhôtel beigetragen hat. Das Betriebsergebnis (GOP) fiel damit auf 20,7% der Umsatzerlöse (Vorjahr noch 22,2%). Durch die abgeschlossenen Ergebnisgarantien mit den Betreibergesellschaften ergeben sich infolge der gesunkenen operativen Ergebnisse keine Auswirkungen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Die Golf- und Sporthotel KG konnte 2008 mit € 7,5 Mio. den budgetierten Gesamthotelumsatz nicht erreichen (minus 1%), lag allerdings T€ 433 (plus 6%) über den Umsätzen des Vorjahres. Die Zimmerauslastung wurde von 58,2% im Vorjahr auf 60,1% gesteigert und erreichte damit wieder das Belegungsniveau von 2006. Der Trend zu Package-Buchungen setzt sich fort und drückt auf den durchschnittlichen Zimmerpreis bei Individualgästen. Die Reisbürobuchungen entsprachen ungefähr dem Vorjahr. Im Tagungs- und Veranstaltungsgeschäft waren vor allem durch das EURO CAMP JEEP im Juli 2008 Zuwächse um 4,2% zu verzeichnen. Das seit Mai 2008 vom Schloss übernommene Veranstaltungsgeschäft mit der TENNE lief mit durchschnittlich nur einem Event pro Monat nur langsam an. Das Betriebsergebnis lag im Jahr 2008 bei € 1,37 Mio. (18,6% vom Umsatz) und konnte im Vergleich zum Vorjahr um T€ 133 gesteigert werden. Leicht verringerten Wareneinsätzen für Speisen und Getränke standen allerdings aufgrund von Tarifierhöhungen und personalintensiven Veranstaltungen höhere Personalaufwendungen gegenüber. Um die Servicequalität zu verbessern, investierte Das Hotel auch im Jahr 2008 T€ 24 in interne und externe Mitarbeiterschulungen.

Die Clubanlage KG konnte 2008 mit über 104.548 Übernachtungen das Vorjahresergebnis (110.138) nicht ganz erreichen. Die mit € 10,70 Mio. um 1,1% im Vorjahresvergleich geringeren Umsatzerlöse lagen auch 1,6% unter Budget. Das budgetierte Betriebsergebnis (GOP) wurde um 1,7% verfehlt, im Vorjahresvergleich war ein Minus von 10,2%. Damit sank der GOP-Anteil am Umsatz auf 20,8% (Vorjahr 22,9%). Die tarifliche Lohnerhöhung und nicht auf die Mitarbeiter umgelegte Kosten für Unterbringung ließen die Personalkosten um 3,3% ansteigen. Die durchschnittliche Zimmerauslastung lag bei 70,5% (Vorjahr 73,8%). Die Übernachtungszahlen im Gruppengeschäft (Business und Incentive) waren 2008 mit 14.266 auf Vorjahresniveau. Dieser Geschäftsbereich macht 17,4% der belegten Zimmer aus. Der Umsatz aus dem Gruppengeschäft 2008 ist um knapp 3% leicht angestiegen und machte 20% des Gesamtumsatzes aus.

Die Feriendorf KG blickt auf ein schwieriges Jahr 2008 zurück. Speziell die Monate April und Juni 2008 blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Dazu hat sicherlich die im April mit massivem TUI-Vertriebsdruck gestützte Eröffnung des im direkten Wettbewerb stehenden Dorfhoteles an der Ostseeküste in Boltenhagen (Weiße Wieck) beigetragen und zu einer Buchungsverschiebung bei der Dorfhôtel-Klientel im gesamt Frühjahr zu Lasten des Dorfhoteles Fleesensee geführt. Dies spiegelt sich in einer niedrigen Appartementsauslastung von 55% (minus 8% zum Vorjahr) mit 119.000 Übernachtungen (minus 13%) wider. Die Zahl der Ankünfte verringerte sich um 1.200 auf 7.000 im Jahr 2008.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Der Familienurlaub ist nach wie vor das mit Abstand dominante Marktsegment, während das Geschäft mit Gruppen im Jahr 2008 insgesamt schwach ausfiel. Die Appartementumsätze sind im Vergleich zum Jahr 2007 aufgrund der geringeren Belegung um 7,5% gesunken. Entgegen diesem Trend konnten jedoch die Umsätze pro verkauftem Appartement erfreulicherweise um knapp € 7 auf € 121 gesteigert werden. Der Erlös pro Gast erhöhte sich 2008 gegenüber dem Vorjahr um 5% auf € 12. Die Gesamterlöse des Hotels liegen jedoch mit € 4,6 Mio. knapp 7% unter dem Vorjahr und rd. 12% unter Budget. Auf der anderen Seite macht die hohe Gastzufriedenheit zuversichtlich, hier kurzfristig verlorene Gästepotentiale wiederzuerlangen. Diese spiegelt sich zum dritten Mal in Folge in der Auszeichnung der Zeitschrift GEO als bestes Familienhotel Europas wider.

Die noch aus dem bis Frühjahr 2008 für die Kur- und Thermen KG verantwortlichen Management rührenden Defizite in der Vermarktung des SPA als integraler Bestandteil des Resorts Land Fleesensee konnten nicht ohne Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2008 bleiben. Die Umsatzziele wurden im Jahr 2008 um € 242.158 (minus 11,2%) deutlich verfehlt, gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 7%. Daraus ergibt sich ein negatives Betriebsergebnis (GOP) von T€ 58,2. Durch ein straffes Kostenmanagement gegenüber dem Budget wurde auf die aktuellen Gegebenheiten und Umsatzrückgänge reagiert und die Ausgaben um T€ 94,9 gegenüber dem Budget reduziert und somit Einfluss auf das Ergebnis genommen. Die unzureichende Kooperation des früheren Managements mit den Hotelpartnern musste sich auch im vergangenen Jahr noch auswirken. Auch die rückläufige Entwicklung der Übernachtungen in den Hotels hat direkte Auswirkungen auf den Besuch des SPA. Der neu gestaltete Innensaunabereich wie auch die Erdsauna sowie die russische Banja im Außenbereich sind von den Gästen gut angenommen worden. Noch vor Ostern wurde dieser Open-Air-Saunabereich mit dem dazugehörigen Ruhehaus im Garten komplett eröffnet. Besondere Veranstaltungsformen sollen dazu beitragen, den Besuch des SPA für die Gäste des Resorts aus der gesamten Region zu vergrößern. Der Beautypavillon wurde im vergangenen Jahr renoviert und im unteren Bereich eine Praxis für Physiotherapie mit Kassenzulassung integriert.

Das Umsatzvolumen der Sportanlagen KG betrug in 2008 insgesamt rd. € 4,06 Mio., dies entspricht einem Umsatzrückgang von T€ 177 oder 4%. Bis auf den Kids Club, der den Umsatz durch verstärktes Marketing im Herbst es Jahres steigern konnte, war der Umsatzrückgang in allen Teilbereichen zu spüren. Die Zahl der gespielten Runden betrug 60.000 (Vorjahr 62.800). Der erwirtschaftete GOP in 2008 betrug T€ 459 und liegt damit erheblich unter dem Vorjahreswert von T€ 1.138. Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2008 sind Einmaleffekte von T€ 245 enthalten,

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

da nach dem Wechsel des Managements zur Jahresmitte und einer effektiven Revision im Wesentlichen für unterlassene Instandhaltung der Vorjahre, Restrukturierungsaufwendungen und Sonderabschreibungen erforderlich waren. Der GOP des Geschäftsjahres 2008 vor Einmaleffekten lag bei T€ 704. Die größten Abweichungen resultierten aus den Bereichen Golf Services (Greenfees), Verwaltung (Einmaleffekte) und Golf Arena (Golfunterricht). Daneben schlugen hier auch fehlende Synergien aus der unzureichenden Kooperation mit den Hotelpartnern zu Buche. Diese Potentiale waren in der Vergangenheit bei weitem nicht ausgeschöpft. Die optimistischen Erwartungen des früheren Managements hatten sich damit nicht erfüllt.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Ergebnisse des Konzerns zu bewerten. Der Konzern-Jahresumsatz lag bei 28,1 Mio. 0,9% unter dem des Vorjahres. Das Bruttobetriebsergebnis (GOP) des Vorjahres wurde um 17,9% verfehlt.

Die Eigenkapitalquote sank – bedingt durch den Konzernfehlbetrag und die Entnahmen – von 37,5% in 2007 auf 22,8% in 2008.

Im Geschäftsjahr setzt sich der Cash Flow wie folgt zusammen:

Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	T €	2.468,6
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	T €	-778,4
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	T €	<u>-2.248,4</u>
Cash Flow gesamt	T €	<u>-558,2</u>

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ 2.468,6) wurde im Berichtsjahr überwiegend für die Tilgung von Finanzkrediten (T€ 1.828,5) und für Ausschüttungen an Unternehmenseigner (T€ 419,9) verwendet.

Im Geschäftsjahr 2008 konnte im Konzern trotz deutlich verringerter Entnahmen nur eine geringe Liquiditätsreserve erwirtschaftet werden. Die Gründe für diesen geringer als geplant ausgefallenen Aufbau liegen nach wie vor insbesondere im Wegfall der ursprünglich vereinbarten Ergebnisgarantie für den Betrieb der Therme sowie der Sportanlagen und in dem aus der von der NordLB bewilligten Nachfinanzierung der Zusatzinvestitionen resultierenden Kapitaldienst. Negativ auf die Liquiditätssituation hat sich in 2008 auch die Verschlechterung des Wechselkurses zum Schweizer Franken im Vergleich zum Vorjahr ausgewirkt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Dementsprechend ist es nach wie vor nicht möglich, den Gesellschaftern die jährliche Entnahme von Liquiditätsüberschüssen in der anfangs prognostizierten Höhe zu ermöglichen. So beschloss die Gesellschafterversammlung vom 22. September 2008 eine im Verhältnis zum Vorjahr wiederum halbierte Liquiditätsentnahme von nur noch 0,425% bezogen auf die Pflichteinlage. Damit sollte eine Liquiditätsreserve in etwa gleicher Höhe nicht entnommen werden, die somit für betrieboptimierende Investitionen bereitgestellt werden kann. Entsprechend dem Beschluss der Gesellschafterversammlung konnte im Herbst 2008 die Liquiditätsentnahme für das Geschäftsjahr 2007 vorgenommen und an die Gesellschafter ausgezahlt werden.

Die Ertragslage des Unternehmens wird bestimmt von den Ergebnissen der fünf touristischen Einzelbetriebe. Die Jahresergebnisse der Tochtergesellschaften werden nach dem operativen Ergebnis durch die Absetzungen für Abnutzung auf das Anlagevermögen sowie Zinsen, Wechselkursschwankungen zum Schweizer Franken und Verwaltungskosten beeinflusst. Nach dem Kursverlust im Vorjahr wurde auch in 2008 ein Kursverlust von T€ 3.512 aus dem Ansatz des Fremdwährungsdarlehens zum Kurs am Bilanzstichtag verzeichnet. Des Weiteren wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund und Boden (T€ 4.070) sowie Gebäude (T€ 4.393) vorgenommen.

Die zunächst von zwei Kommanditisten gegen die Gesellschaft erhobenen Klagen auf Schadenersatz mit der Folge der Rückabwicklung ihrer Beteiligung sind in erster Instanz abgewiesen worden. Den von beiden Klägern eingelegten Berufungen beim Kammergericht (KG) Berlin wurden im wesentlichen abgewiesen, lediglich einem nachträglich gestellten Hilfsantrag auf Erstellung einer Auseinandersetzungsbilanz und Ermittlung eines Abfindungsguthabens für den Zeitpunkt ihres nach Auffassung des KG Berlin wirksamen Widerrufs (Zeitpunkte der Klageerhebung) wurde stattgegeben. Auf die Beschwerde der Gesellschaft gegen die Nichtzulassung der Revision durch das Kammergericht hat der BGH in einem Fall das Verfahren an das KG zurückverwiesen, dieses hat daraufhin die Klage endgültig abgewiesen. In dem anderen Fall hat der BGH das Verfahren bis zu einer in dieser Sache relevanten Entscheidung des Europäischen Gerichtshof (EuGH) ausgesetzt. Eine Reihe weiterer Kommanditisten sind offenbar unter dem Eindruck dieser noch nicht rechtskräftigen Auffassung des Kammergerichts dazu angeregt worden, ihrerseits vor dem Landgericht Berlin einen wirksamen Widerruf ihrer Beteiligung einzuklagen. In diesen Verfahren sind sowohl obsiegende als auch abweisende Urteile ergangen, die allesamt noch nicht rechtskräftig sind. Entscheidend ist die Frage, ob im Einzelfall tatsächlich eine „Haustürsituation“ bei der Einwerbung der Beteiligung vorgelegen hat.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Die seit Mitte 2005 beim Landgericht Berlin anhängige Klage der Relax Management GmbH auf Schadenersatz in Höhe von rund € 10,6 Mio. gegen die Gesellschaft und ihre Tochtergesellschaft Kur und Thermen KG ist auch in der Berufungsinstanz durch das Kammergericht Berlin als inhaltlich unbegründet durch einstimmigen Beschluss gem. §522 ZPO abgewiesen. Die Geschäftsführung ist bemüht, die Prozesskosten einzutreiben, wobei die Schuldnerin zwischenzeitlich Insolvenzantrag gestellt hat. Das Insolvenzverfahren wurde mangels Masse nicht eröffnet. Inwieweit von dem ehemaligen Geschäftsführer der Schuldnerin noch Zahlungen erlangt werden können bleibt abzuwarten, jedoch dürften die Chancen hier gering sein. Die erforderlichen Rückstellungen wurden allerdings in den vergangenen Jahren bereits vorgenommen.

Auf die bisher von der Bundeswehr und dem Bundesverteidigungsministerium angestrebte Wiederinbetriebnahme des Truppenübungsplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide (sog. Bombodrom) mit regelmäßigen Tiefflügen von Kampfflugzeugen über die Region ist am 09. Juli 2009 vom Bundesverteidigungsministerium endgültig verzichtet worden. Damit steht diese Bedrohung einer positiven Entwicklung des Tourismus in der Region Mecklenburgische Seenplatte nichts mehr im Wege.

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns - Chancen und Risiken -

Die durchgreifenden Veränderungen der Managementstrukturen in den Betrieben SPA und Sportanlagen, aber auch die Direktorenwechsel in den Hotelbetrieben Dorfhof und Schlosshotel sind naturgemäß erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung geeignet, positive, unternehmerische Impulse und neue Dynamik auszulösen. Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass sich diese Entwicklung im Jahr 2009 zeigen wird. Allerdings lassen sich mit Blick auf die sicher und voraussichtlich auch verstärkt noch ins Jahr 2010 reichende Wirtschafts- und Finanzkrise optimistische Prognosen nur mit Vorbehalt erstellen. Positiv könnte sich ein Trend zum Urlaub im Inland auswirken. Hingegen dürfte sich das Firmenkundengeschäft auch noch in 2010 rückläufig entwickeln.

Wie auf der Gesellschafterversammlung im September 2008 angekündigt, erarbeitet die LIGHTHOUSE Corporate Finance GmbH, Frankfurt, derzeit auf Basis der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung vom Juni 2007 eine Machbarkeitsstudie über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Kapitalstruktur des Konzerns. Auf Basis einer eingehenden Analyse der einzelnen Gesellschaften werden die unterschiedlichen Handlungsalternative - unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Gesellschafter – detailliert mit Geschäftsführung und Beirat erörtert und ein umfangreiches Informationsmemorandum über die Unternehmensgruppe Land Fleesensee erstellt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns - Chancen und Risiken - (Fortsetzung)

Gleichzeitig hat LIGHTHOUSE den Markt nach potentiellen Investoren analysiert. Trotz der bislang nicht erwartungsgemäß erfolgten Auszahlungen an die Gesellschafter liegt derzeit lediglich eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Kündigungen des Gesellschaftsverhältnisses – erstmals möglich zum 31. Dezember 2009 – vor.

Ziel der Unternehmenspolitik im Konzern bleibt es, in den nächsten Jahren die Umsatzerlöse in allen Tochtergesellschaften zu steigern und insbesondere die Ergebnissituation stetig zu verbessern, um damit auch die Werthaltigkeit des Investments langfristig zu sichern. Es gilt nach wie vor, mit den operativen Betriebsergebnissen der Hotelbetriebe ein Niveau zu erreichen, das der in den Managementverträgen vereinbarten Ergebnisgarantie entspricht. Bei den Infrastrukturbetrieben SPO und Sportanlagen sollte es im Zuge der jüngsten Veränderungen und den damit verbundenen strukturellen Einsparungen von Managementaufwendungen gelingen, den Beitrag zum Betriebsergebnis der Muttergesellschaft in den nächsten Jahren stetig zu erhöhen.

Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass die beiden TUI Hotelbetriebe Robinson Club und Dorfhotel das ihnen vertraglich eingeräumte Recht auf Sonderkündigung des 20-jährigen Betriebsführungsvertrages zum 31. Dezember 2010 nicht wahrnehmen. Die darüber aufgenommenen Verhandlungen lassen allerdings erwarten, dass die Nichtausübung der Sonderkündigung an gewisse Veränderungen des Managementvertrages geknüpft wird. Dies beinhaltet zum einen eine Reduzierung der Ergebnisgarantie bei gleichzeitiger Vereinbarung einer Vorzugszahlung an die Gesellschaft aus dem tatsächlichen Betriebsergebnis in der Höhe der eingeräumten Verringerung. Zum anderen erwartet Robinson eine Reihe von investiven Maßnahmen wie die Erweiterung des Restaurants, einen auch gesetzlichen Vorschriften geschuldeten Umbau der Küche sowie die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes.

Derzeit und in näherer Zukunft verfügt der Konzern über nur geringe Liquiditätsreserven. Die voraussichtlichen Änderungen in den Managementverträgen sowie Kündigungen seitens der Gesellschafter könnte die Liquidität zusätzlich belasten.

Die Auswirkungen aus der bestehenden Fremdwährungsfinanzierung in Schweizer Franken auf die Liquiditätslage können je nach Kursverlauf positiv als auch negativ sein.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz

	2008	2007	Verände-	2006
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Lizenzen und ähnliche Rechte	3.188.812	3.605.568	-416.756	3.978.946
Geschäftswert aus der Kapitalkonsolidierung	436.080	508.760	-72.680	581.440
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.624.892	4.114.328	-489.436	4.560.386
Grundstücke	15.651.811	19.780.451	-4.128.639	19.780.451
Gebäude	38.223.598	45.115.492	-6.891.894	47.673.110
Außenanlagen	581.972	930.064	-348.092	1.274.453
Golf- und Tennisanlagen	1.995.688	2.246.186	-250.498	2.617.173
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.296.997	981.175	315.822	1.165.636
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	95.542	8.650	86.892	24.634
Sachanlagen	57.845.608	69.062.018	-11.216.410	72.535.457
Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	18.000	43.565	-25.565	43.565
Anlagevermögen	61.488.501	73.219.911	-11.731.410	77.139.408
Lebensmittel, Getränke und sonstige Vorräte	452.684	401.629	51.055	378.563
Geleistete Anzahlungen	770	0	770	378.563
Vorräte	453.454	401.629	51.825	378.563
Forderungen aus Lieferungen + Leistungen	1.747.620	1.473.020	274.600	1.221.757
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	504	100.265	-99.761	1.018
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	43.621	0	43.621	2.197
Forderungen gegen Gesellschafter	7.150	7.150	0	7.150
Sonstige Vermögensgegenstände	488.876	227.626	261.250	107.041
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.287.772	1.808.062	479.710	1.339.164

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2008	2007	Verände-	2006
Aktiva (Fortsetzung)	in €	in €	rung in €	in €
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.298.249	1.856.482	-558.234	1.540.092
Umlaufvermögen	4.039.474	4.066.173	-26.698	3.257.819
Rechnungsabgrenzungsp.	400.852	451.211	-50.360	416.364
	65.928.827	77.737.295	-11.808.468	80.813.590
Passiva				
Pflichteinlage	96.634.168	96.634.168	0	96.634.168
Sonstige Einlagen	4.576.064	4.576.064	0	4.576.064
Entnahmen	-11.373.129	-10.953.225	-419.904	-10.121.527
Verlustvortrag	-61.094.584	-60.278.946	-815.639	-58.383.973
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-13.730.917	-815.639	-12.915.278	-1.894.973
Eigenkapital	15.011.602	29.162.423	-14.150.821	30.809.759
Sonstige Rückstellungen	885.218	710.039	175.179	774.796
Rückstellungen	885.218	710.039	175.179	774.796
Erhaltene Anzahlungen	510.625	565.848	-55.224	401.084
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.341.099	45.657.741	1.683.358	47.329.831
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	1.991.529	1.462.486	529.043	1.165.167
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0	22.303
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.417	0	10.417	17.408
Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	1.715	1.655	60	1.655
Sonstige Verbindlichkeiten	157.083	157.300	-217	209.338
Verbindlichkeiten	50.012.468	47.845.031	2.167.436	49.146.785
Rechnungsabgrenzungsp.	19.540	19.802	-262	82.250
	65.928.827	77.737.295	-11.808.468	80.813.590

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2008	2007	2006
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	28.114.489	28.369.702	27.777.392
Sonstige betriebliche Erträge	2.845.274	4.325.953	5.465.307
	30.959.763	32.695.655	33.242.699
Aufwendungen für Lebensmittel, Getränke und Sonstiges	7.480.359	7.328.505	6.960.432
Aufwendungen für bezogene Leistungen	962.765	965.349	1.014.934
Materialaufwand	8.443.124	8.293.854	7.975.366
Löhne und Gehälter	7.732.611	7.336.084	7.048.137
Soziale Abgaben	1.658.629	1.600.482	1.585.298
Personalaufwand	9.391.241	8.936.566	8.633.435
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	12.525.626	4.398.515	6.931.816
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Konzern üblichen Abschreibungen überschreiten	35.790	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.289.078	9.971.325	9.518.250
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	65.062	48.944	46.201
Abschreibung auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	98.539	0	33.129
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.854.254	1.843.245	1.973.939
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-13.612.827	-698.906	-1.777.034
Sonstige Steuern	-118.090	-116.733	-117.938
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	-13.730.917	-815.639	-1.894.973

Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

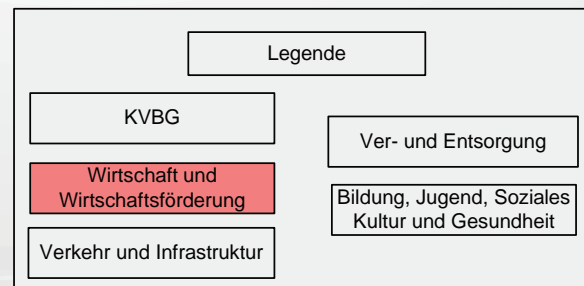
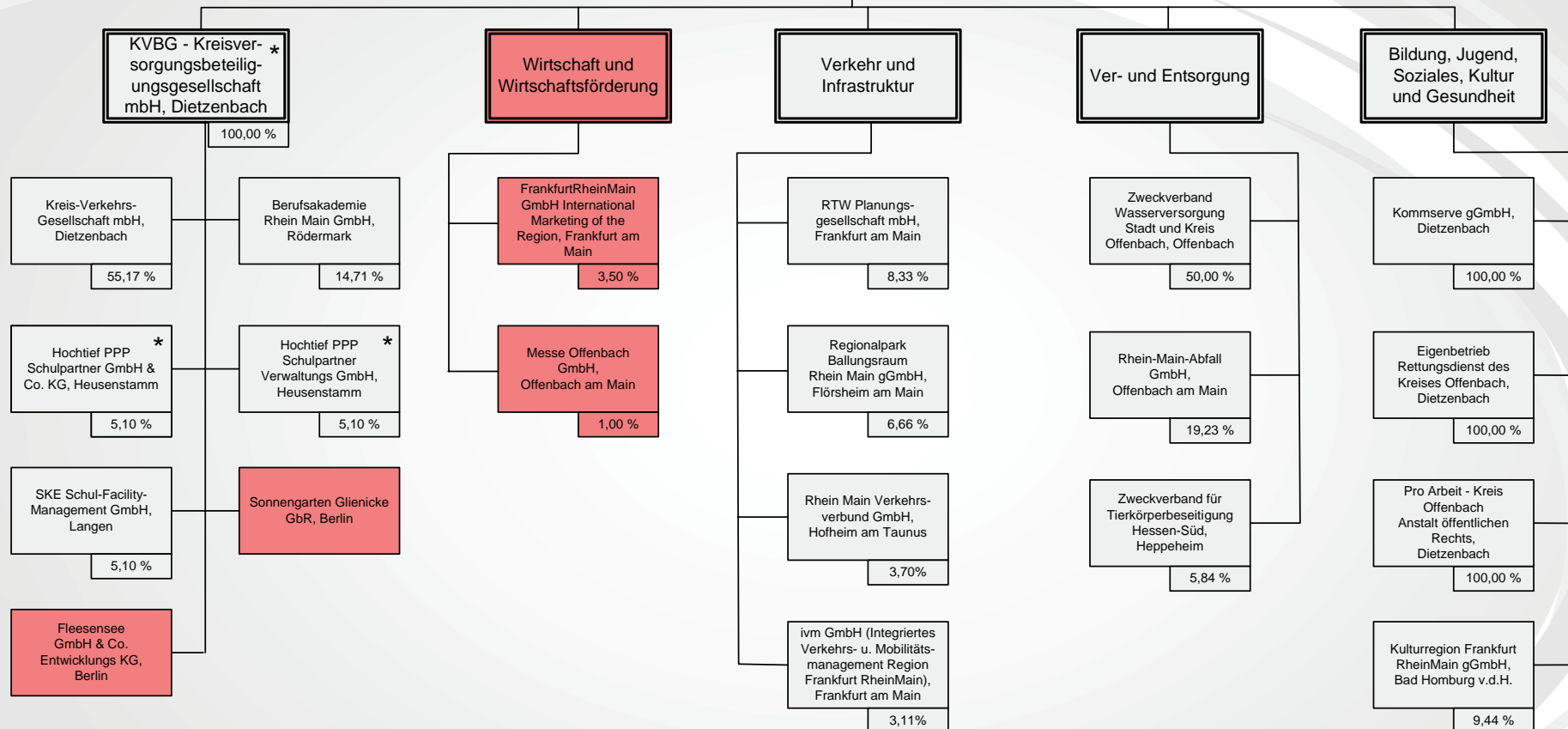
Redaktionsschluss:

31.12.2009

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Wirtschaft und Wirtschaftsförderung -

Kreis Offenbach



**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

Anschrift	Unterschweinstiege 8, 60549 Frankfurt
Telefon	069/686038-0
Telefax	069/686038-11
E-Mail	info@frm-united.com
Internet	www.frm-united.com

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	24. März 2005
Stammkapital	250.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19.12.2008.
Handelsregistereintrag	HRB 75141 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein-Main. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an einem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist ermächtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Zweck des Unternehmens zusammenhängen oder ihm dienlich oder förderlich sind. Sie kann dazu im Ausland Zweigniederlassungen errichten und sich an anderen Unternehmen und Organisationen des privaten und des öffentlichen Rechts beteiligen sowie Kooperationen eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Horst Schneider
Stellv. Vorsitzender	Herr Berthold R. Gall
Mitglied	Herr Peter Walter
-----,,-----	Herr Burkard Albers
-----,,-----	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Dr. Hans-Peter Bach ab 30.06.2009
-----,,-----	Herr Dr. Wilhelm Bender
-----,,-----	Frau Birgit Collin-Langen
-----,,-----	Herr Markus Frank ab 08.05.2009
-----,,-----	Herr Stefan Gieltowski
-----,,-----	Herr Martin H. Herkströter
-----,,-----	Herr Walter Hoffmann
-----,,-----	Herr Alfred Jakoubek bis 30.09.2009
-----,,-----	Frau Dr. Ursula Jungherr bis 17.09.2009
-----,,-----	Herr Michael Korwisi ab 18.09.2009

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2009)	
Mitglied	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Manfred Michel
-----,,-----	Herr Dr. Helmut Müller
-----,,-----	Herr Uwe Paulsen
-----,,-----	Herr Dr. Ralf-Rainer Piesold
-----,,-----	Herr Erich Pipa
-----,,-----	Herr Boris Rhein bis 07.05.2009
-----,,-----	Herr Dr. Christof Riess
-----,,-----	Herr Dr. Michael Römer bis 29.06.2009
-----,,-----	Herr Klaus Peter Schellhaas ab 01.10.2009
-----,,-----	Herr Roland Schwing
-----,,-----	Herr Enno Siehr
-----,,-----	Herr Michael von Zitzewitz
-----,,-----	Herr Stephan Wildhirt
-----,,-----	Herr Matthias Wilkes

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung oder andere Bezüge.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr. Hartmut Schwesinger
------------------------	------------------------------

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) verzichtet.

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Frankfurt am Main	37,50	93.750,00
Hessen Agentur GmbH	10,00	25.000,00
IHK Forum Rhein Main	7,50	18.750,00
Stadt Offenbach am Main	4,00	10.000,00
Stadt Wiesbaden	4,00	10.000,00
Hochtaunuskreis	3,50	8.750,00
Main-Taunus-Kreis	3,50	8.750,00
Main-Kinzig-Kreis	3,50	8.750,00
Kreis Offenbach	3,50	8.750,00
Wetteraukreis	3,50	8.750,00
Kreis Groß-Gerau	2,50	6.250,00
Rheingau-Taunus-Kreis	2,50	6.250,00
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	2,50	6.250,00
Stadt Darmstadt	2,00	5.000,00
Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main	1,50	3.750,00
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	1,00	2.500,00
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	1,00	2.500,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,00	2.500,00
Stadt Rüsselsheim	1,00	2.500,00
Stadt Hanau	1,00	2.500,00
Kreis Darmstadt-Dieburg	1,00	2.500,00
Kreis Limburg-Weilburg	1,00	2.500,00
Kreis Bergstraße	1,00	2.500,00
Handwerkskammer Rhein-Main	0,50	1.250,00

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist.

Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

**Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen
Produkt Wirtschaftsförderung 10.50.01.68610080 (früher: HHST. 7910.71506)**

Buchungsstelle 10.50.01.68610080

	2010	2009	2008
Standortmarketing	140.000	140.000	140.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	429.659	498.329	329.949

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	498.329
Zunahmen	0
Abnahmen	68.670
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	429.659

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter HRB 75141 eingetragen.

Die Gründung der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region fand am 24. März 2005 statt. Die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte am 01. August 2005 mit einem Budget von 2,25 Mio. € für das Geschäftsjahr 2005. Für das Geschäftsjahr 2006 betrug das Budget 3 Mio. €. Seit dem Geschäftsjahr 2007 beträgt das Budget 4 Mio. €. Sitz der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist Frankfurt am Main.

Satzungsmäßiger Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zu dem Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Die Aufgaben der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region spiegeln sich u.a. in folgenden Detailaufgaben wieder:

- Standortwerbung im Ausland und Unterstützung der regionalen Institutionen bei der Ansiedlung ausländischer Unternehmen
- Betreuung von Expatriates, Business Communities und ausländischen Unternehmen in der Region in Zusammenarbeit mit den lokalen Wirtschaftsförderungen
- Unterstützung lokaler Wirtschaftsförderungen bei der Ansiedlung von Institutionen und Unternehmen

Die Unternehmensziele sind wie folgt definiert:

- Förderung von Unternehmensansiedlungen
- Bekanntheit und Image von FrankfurtRheinMain im Ausland und in der Region steigern
- Attraktivität der FrankfurtRheinMain GmbH für Gesellschafter und Kooperationspartner erhöhen

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die wesentlichen Zielgebiete der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region sind folgende Länder:

- USA
- Korea
- Japan
- China
- Indien
- EU-Länder + MOE
- Russland / GUS
- Taiwan
- Asien-Pazifik

Die Länder werden durch drei Projektleiter und jeweils einen entsandten Mitarbeiter in China und USA der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region bearbeitet. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderungen nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat Ende 2008 fristgerecht seinen Austritt aus der Gesellschaft zum 31.12.2009 erklärt.

National sind vor allem München, sowie Hamburg und Düsseldorf für chinesische Firmen als Konkurrenten zu sehen, international die Regionen um London sowie Paris.

Im Jahr 2009 schaffte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region über zwei Millionen zielgruppenrelevante Medienkontakte. 20.000 Unternehmensvertreter wurden weltweit mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht. Daraus ergaben sich 217 weiterführende Gespräche zu Ansiedlungsmöglichkeiten in der Region und 73 konkrete potentielle Ansiedlungsprojekte. Insgesamt konnten im Jahr 2009 dann 30 Firmen bei der Ansiedlung in die Region FrankfurtRheinMain begleitet werden.

In Chicago, USA, wurde im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres die vom Aufsichtsrat beschlossene FrankfurtRhineMain Corp. als Tochtergesellschaft und damit Repräsentanz in den USA gegründet und eröffnet.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Finanzlage

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist ein Unternehmen, das sog. Leistungserstellungszwecken dient. Die Gesellschaft verfügt über ein Stammkapital von € 250.000. Finanzielle Grundlage der Gesellschaft sind Zuzahlungen, die die Gesellschafter nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages jährlich an die Gesellschaft leisten. In dem Geschäftsjahr 2009 betrug die Gesamtsumme, der von den Gesellschaftern zu leistenden Zuzahlungen, T€ 4.000. Zusätzlich wurden Umsatzerlöse von rd. T€ 71 generiert. Die Verfügbarkeit der Finanzmittel der Gesellschafter ist in dem Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft festgeschrieben.

Die Zuzahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2009 sind zum 17. November 2009 in voller Höhe geleistet worden.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, dem Aufsichtsrat bis zum 31. Mai jeden Jahres den Wirtschaftsplan für das kommende Jahr vorzulegen. Die Gesellschafterversammlung genehmigt den Wirtschaftsplan auf Empfehlung des Aufsichtsrates. Dieser Wirtschaftsplan umfasst neben dem Erfolgs- und Finanzplan auch eine fünfjährige Finanz- und Personalplanung. Über den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2009 hat der Aufsichtsrat am 20. Juni 2008 beraten und der Gesellschafterversammlung empfohlen, ihn zu genehmigen. Die Gesellschafterversammlung hat den Wirtschaftsplan am 20. Juni 2008 genehmigt.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2009 bzw. bis zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 100 beinhalten im Wesentlichen eine Urlaubsrückstellung in Höhe von T€ 53 und eine Rückstellung in Höhe von T€ 47 für ausstehende Rechnungen.

Ertragslage

Ihrem Gesellschaftszweck entsprechend erwirtschaftet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region Erlöse im Wesentlichen durch Beteiligungen Dritter an den Veranstaltungen und der Vermietung der Marketing-Lounge. Im Jahr 2009 wurden Umsatzerlöse in Höhe von T€ 71 erzielt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt T€ -3.945 (Vj. T€ -3.517)

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region geht im Fünfjahresplan davon aus, dass sich die Erlöse aus Beteiligungen Dritter und der Vermietung der Marketing Lounge in den nächsten Jahren steigern. Angestrebt wird, dass die Gesellschaft langfristig im Durchschnitt einen höheren Anteil der Kosten und Erlöse decken können.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt im Geschäftsjahr 2009 T€ 3.173. Das Anlagevermögen beträgt T€ 140. Es ergibt sich eine Sachanlagenintensität von 4,4% (Vj. 4,3%). Das Umlaufvermögen und der Rechnungsabgrenzungsposten beträgt insgesamt T€ 3.033 (Vj. T€ 2.867). Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 71,9%. (Vj. 73,2%). Wesentliche Rückstellungen sind für Urlaubsansprüche in Höhe von T€ 53 gebildet worden.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt positiv zu bewerten. Anzumerken ist, dass die Gesellschaft künftig - nach derzeitiger Planung - nur einen kleinen Teil der Kosten durch Erlöse decken kann. Zwar gibt es um Ansiedlungen konkurrierende Standorte, am Standort FrankfurtRheinMain gibt es hingegen keine konkurrierende Unternehmen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von wichtiger Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben, haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2009 nicht ergeben. Eine Übertragung des Geschäftsanteils des Gesellschafters Rheingau-Taunus-Kreis ist noch nicht erfolgt.

Risikobericht

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder die Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen. Es drohen auch keine Rechtsstreite, die eine Gefährdung des Fortbestehens der Gesellschaft nach sich ziehen. Die Finanzierung der Gesellschaft durch alle 23 verbleibenden Gesellschafter ist bis 2011 durch die Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag gesichert. Der Wirtschaftsplan wird durch die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat genehmigt.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Risikomanagementziele und -methoden

Der Gesellschafterversammlung, deren Aufgaben, Pflichten und Befugnisse im Gesellschaftsvertrag geregelt sind, ist innerhalb der Gesellschaft jederzeit der finanzielle Überblick gewährleistet. So wird den Aufsichtsratsmitgliedern quartalsweise ein Update über den Plan/Ist-Vergleich kommuniziert. Eventuelle Abweichungen werden den Gesellschaftern frühzeitig kommuniziert, so dass rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente der Gesellschaft umfassen zum 31. Dezember 2009 die Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände, liquide Mittel sowie die Verbindlichkeiten. Hierbei ist die Gesellschaft im Wesentlichen den folgenden Risiken ausgesetzt:

- Ausfallrisiken/Preisänderungsrisiken
- Die Werthaltigkeit der Forderungen (vor allem gegen die Gesellschafter) ist grundsätzlich gegeben. Preisänderungsrisiken liegen zur Zeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor.
- Liquiditätsrisiken und Zahlungsstromrisiken liegen zur Zeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor.

Prognosebericht

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist eine Gesellschaft, die übergeordnete Aufgaben wahrnimmt und somit nicht in Konkurrenz zu anderen Institutionen steht. Des Weiteren gibt es keine andere Gesellschaft in der Region, die eine übergeordnete Rolle wie die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region übernimmt.

Auch für 2010 und 2011 wird ein negatives Geschäftsergebnis erwartet, welches jedoch in der Kosten- und Erlösstruktur der Firma begründet ist.

Der Gesellschaft steht im Jahr 2010 ein Budget von T€ 4.000 in Abhängigkeit des Verbleibs des Gesellschafters Rheingau-Taunus-Kreis (2,5%) zur Verfügung. Der Wirtschaftsplan wurde von den Mitgliedern des Aufsichtsrates bereits im Geschäftsjahr 2009 genehmigt.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

Für die Jahre 2010 und 2011 wird erwartet, dass die Zahlungsfähigkeit jederzeit gesichert ist. Neben den vertraglich zugesicherten Zuzahlungen der Gesellschafter ist der Finanzmittelstand auch noch vorhanden und nicht verplant.

Die Chancen für die Entwicklung von Leads bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen sind positiv zu bewerten. Die Region FrankfurtRheinMain d.h. „das Produkt“ der Gesellschaft ist sehr vielseitig und bietet somit den sehr heterogenen Zielgruppen der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ein breites Spektrum an Möglichkeiten.

Eines der wichtigsten Ziele ist es weiterhin, das Produkt, die Region FrankfurtRheinMain, als einen Begriff zu etablieren, d.h. ihn nicht nur nach außen, gegenüber potentiellen Investoren, sondern auch in die Region hinein zu kommunizieren und zu leben.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit sind durch alle einfließenden Faktoren gewährleistet.

Vor dem Hintergrund der von der Stadt Frankfurt am Main betriebenen Verkürzung der Kündigungsfrist geht die Gesellschaft davon aus, dass es vier Jahre nach ihrer Gründung Überlegungen gibt, auf Grund der vorliegenden Erfahrungen Anpassungen in der Struktur der Gesellschaft vorzunehmen. Die Existenz der Gesellschaft wird dabei nicht in Frage gestellt. Der Austritt des Rheingau-Taunus-Kreises ist insoweit aus heutiger Sicht ein Einzelfall.

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

L. Bilanz

Aktiva	2009	2008	Veränderung	2007
	in €	in €	in €	in €
- Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.744	3.489	-1.745	24.061
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.744	3.489	-1.745	24.061
- Bauten auf fremden Grundstücken	8.901	18.611	-9.710	28.321
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	117.409	106.208	11.201	118.968
Sachanlagen	126.310	124.819	1.491	147.289
- Anteile an verbundenen Unternehmen	11.766	0	11.766	0
Finanzanlagen	11.766	0	11.766	0
Anlagevermögen	139.820	128.308	11.512	171.350
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	24.529	28.809	-4.279	22.451
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	169	0	169	0
- Forderungen gegenüber Gesellschaftern	0	0	0	0
- Sonstige Vermögensgegenstände	530.246	332.665	197.581	523.015
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	554.945	361.474	193.471	545.466
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.429.548	2.472.684	-43.136	1.531.343
Flüssige Mittel	2.429.548	2.472.684	-43.136	1.531.343
Umlaufvermögen	2.984.493	2.834.158	150.335	2.076.809
Rechnungsabgrenzungsposten	48.306	32.555	15.752	36.049
	3.172.619	2.995.021	177.598	2.284.208

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

L. Bilanz (Fortsetzung)

Passiva	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	250.000	250.000	0	250.000
- Kapitalrücklagen	17.325.000	13.290.000	4.035.000	9.300.000
- Verlustvortrag	-	-7.829.169	-3.518.114	-4.043.197
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	11.347.283	-3.518.114	-427.775	-3.785.972
Eigenkapital	2.281.828	2.192.717	89.111	1.720.831
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	360.702	229.847	130.855	194.528
- Sonstige Rückstellungen	100.429	74.128	26.301	38.900
Rückstellungen	461.131	303.975	157.156	233.428
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	231.905	265.749	-33.843	265.188
- Sonstige Verbindlichkeiten	197.754	232.580	-34.826	64.762
Verbindlichkeiten	429.659	498.329	-68.669	329.949
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	3.172.619	2.995.021	177.598	2.284.208

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse Erlöse Projekte und Aktivitäten	71.278	126.914	74.417
Umsatzerlöse Erlöse Marketing	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	321.542	75.871	121.665
	392.820	202.785	196.082
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.047.975	1.729.597	1.461.322
a) Löhne und Gehälter	1.126.902	1.053.609	1.135.550
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	516.038	322.414	402.563
	1.642.940	1.376.022	1.538.113
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	26.768	43.844	44.030
Sonstige betriebliche Aufwendungen	629.881	651.342	989.233
	656.649	695.186	1.033.263
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.535	82.809	50.155
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	2.211	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.945.210	-3.517.422	-3.786.462
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-1.168
sonstige Steuern	679	692	678
	679	692	-490
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-3.945.889	-3.518.114	-3.785.972

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

Der Kreis Offenbach ist seit 1979 und somit seit mehr als 30 Jahren als Gesellschafter an der Messe Offenbach GmbH beteiligt. Die Beteiligung des Kreises Offenbach an der Offenbacher Messegesellschaft mbH, wie die Messe Offenbach GmbH damals noch hieß, erfolgte nicht zuletzt, um seitens der politischen Gremien des Kreises Offenbach ein Zeichen der Verbundenheit mit den Unternehmen der im Landkreis ansässigen Lederwarenbranche zu setzen und so schon zu Zeiten, als der Begriff der Wirtschaftsförderung noch nicht so verbreitet war wie heute, sich für die Gestaltung und den Erhalt wirtschaftlicher Rahmenbedingungen einzusetzen.

Die Bedeutung der traditionell in Stadt und Kreis Offenbach stark vertretenen mittelständisch geprägten Lederwarenindustrie bzw. des Lederwarenhandwerkes mit einer entsprechend hohen Zahl an Betrieben und Arbeitsplätzen hat im Laufe der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte in starkem Maße abgenommen.

Die Messe Offenbach GmbH musste in der zurückliegenden Zeit die traditionell starke Ausrichtung auf die Lederwarenbranche aufgeben und den Standort Offenbach als Messeplatz für andere Branchen, Fachausstellungen und sonstige Veranstaltungen im Rhein-Main-Gebiet bekannt machen.

Der Messe Offenbach GmbH steht in den kommenden Jahren nach wie vor eine Phase des Umbruchs bevor, die sie vor die schwierige Aufgabe stellt, auch bei einer unter Umständen weiter rückläufigen Zahl von Veranstaltungen der Lederwarenbranche ihre Unternehmensziele erreichen zu können.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

Anschrift	Kaiserstraße 108-112, 63065 Offenbach
Telefon	069/829755-0
Telefax	069/829755-60
E-Mail	info@messe-offenbach.de
Internet	www.messe-offenbach.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	11. März 1950
Stammkapital	410.220,00 €
Gesellschaftsvertrag	<p>Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 28. August 2000.</p> <p>Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. März 1950 geschlossen.</p> <p>Änderungen wurden an folgenden Terminen vorgenommen: 3. Februar 1951, 2. Dezember 1952, 14. Dezember 1956, 27. November 1959, 28. August 1987 in Verbindung mit 30. August 1988, 31. August 1998, 25. Oktober 1999 und 28. August 2000</p>
Handelsregistereintrag	HRB 2206 Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der Veranstaltung von Messen, Verkaufs- und anderen Ausstellungen und ähnlichen Ereignissen aller Art sowie der Errichtung und Vermietung aller zum Messeanwesen gehörigen Baulichkeiten und Einrichtungen unter besonderer und vornehmlicher Berücksichtigung von Messen, Verkaufs- und anderen Ausstellungen sowie Ereignissen der deutschen und internationalen Lederwarenindustrie.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Verwaltungsrat

Zusammensetzung des Verwaltungsrates im Berichtsjahr 2009 (Ordentliche Mitglieder)	
Präsident	Herr Horst Schneider
Vizepräsident	Herr Thomas Picard
Mitglieder	Frau Eva Dude
-----,-----	Herr Dietmar Jost
-----,-----	Herr Thorsten H. Krause
-----,-----	Herr Winfried Männche
-----,-----	Herr Wolfgang Rupp
-----,-----	Herr Peter Walter

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Ursula A. Diehl
--------------------------	----------------------

Angaben zum Geschäftsführergehalt unterbleiben gemäß § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch).

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

D. Gesellschafter

	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	1,00	4.100,--
Gesamtzahl der Gesellschafter		
Anzahl der Gesellschafter, (Stand 31. Dezember 2009)	50	

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung. Der Zweck der Gesellschaft ist vorrangig die Förderung der Wirtschaft durch die Veranstaltung von Messen und Ausstellungen, insbesondere der Lederwarenmesse.

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	3.699.781	4.332.879	4.869.733

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	4.332.879
Zunahmen	0
Abnahmen	633.098
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	3.699.781

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Wie nicht anders zu erwarten, bekam auch die Messe Offenbach nach einem noch durchaus freundlichen Messejahr 2008 im Berichtsjahr die Bremswirkung der Krise nunmehr auch in ihren finanziellen Auswirkungen zu spüren.

Während das Kerngeschäft der Internationalen Lederwaren Messe sich als erfreulich stabil erwies, litten nahezu alle andere Projekte spürbar unter einem deutlich gestiegenen Konjunkturpessimismus und den damit einher gehenden Budgetkürzungen.

Deutlich wurde dies in erster Linie bei Gastgeschäft und bei den Bemühungen um die Etablierung einen neuen eigenen Messethemas. Aber auch im Kernsegment der Lederwarenveranstaltungen war Zurückhaltung bei allem festzustellen, was nicht „unbedingt sein musste“ – dazu gehörten neben dem Verzicht auf die Nutzung von Werbemitteln und –flächen der Messe oder die Teilnahme an Modeschauen leider auch die Flashtermine.

Wenn die Messe Offenbach dennoch wider ein gutes Jahresergebnis vorlegen kann, so ist dies der aktuell starken Position der I.L.M – Internationalen Lederwaren Messe Offenbach zu verdanken, die ihren Nischenmarkt erfolgreich behauptet, und dem deutschen Konsumenten, der – anders als die Bürger in den Nachbarländern – trotz Krise sein Konsumverhalten in Sachen Lederwaren im Berichtsjahr nicht wesentlich geändert hat und somit dazu beitrug, dass der deutsche Markt für Anbieter aus dem Ausland nach wie vor hochinteressant und somit eine Messebeteiligung auf der I.L.M in Offenbach unabdingbar war.

Mit einem Jahresüberschuss von T€ 690, der sich im Zwischenfeld der Vorjahre (2008: T€ 888; 3007: T€ 450) bewegt, konnte die Messegesellschaft im Geschäftsjahr 2009 die positive Ertragslage fortsetzen.

Die Messe Offenbach kann damit erneut für sich in Anspruch nehmen, zum kleinen Kreis der deutschen Messegesellschaften mit eigenem Hallengelände zu zählen, die mit einem schwarzen Jahresergebnis aufwarten können.

Zur Geschäftsentwicklung der Kernmessen in Offenbach

Schwache Nachfrage von Ausstellern und Besuchern bei den Flashorderterminen – vorerst keine Wiederholung geplant.

Bereits 2008 zeichnete sich ab, dass das Wunschkonzept der Flashordertermine im Januar und Juli bei den Einkäufern aus dem Handel nicht die Resonanz fand, die man eigentlich hätte erwarten dürfen.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Zur Geschäftsentwicklung der Kernmessen in Offenbach (Fortsetzung)

Zweifellos haben konjunkturell bedingte Sparprogramme der Aussteller mit dazu beigetragen, dass die Flashtermine als „weniger effektiv“ in den Ausstellungsbudgets gestrichen wurden. Von Seiten des Handels – und damit der für den Erfolg einer Veranstaltung letztlich entscheidenden Schlüsselgröße – dürfte nach den Recherchen der Messe aber auch die sich seit Jahren abzeichnende Unlust verantwortlich sein, mehr als zwei Branchenfachmessen im Jahr in Offenbach zu besuchen.

I.L.Ms - Internationale Lederwaren Messe Offenbach stabil erfolgreich

Für die I.L.Ms – Internationale Lederwaren Messe war 2009 in Kontinuität ein gutes Messejahr. Sowohl die I.L.M Winter Styles (20.- 22. März) als auch die I.L.M Summer Styles (26. – 29. September) waren bestens gebucht und ließen kaum Krisenstimmung aufkommen. Trotz der schwierigen globalen Wirtschaftslage zeichneten sich beide Kernmessen im Hinblick auf Ausstellierzahlen und gebuchte Flächen durch weitgehende Stabilität auf hohem Vorjahresniveau aus.

Deutlich abweichend von den Trendprognosen des AUMA (Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft), die für 2009 für die Internationalen Fachmessen mit einem durchschnittlichen Besucherminus von 8 bis 9% rechnen, profitierten die I.L.Ms im Berichtsjahr von stabilen, bei der Märzmesse mit plus 4% sogar steigenden, Besucherzahlen. Bedingt durch die schwache Position der Flashtermine entspricht dies einem Umsatzminus von 4%.

Sonstige Messen und Veranstaltungen

Das Geschäftsfeld der sonstigen Messen und Veranstaltungen in Offenbach, auf das 2009 rund 6% des Gesamtumsatzes entfielen, weist im Berichtsjahr einen Umsatz von rund 240 T€ gegenüber 392 T€ im Vorjahr aus und damit einen erheblichen Einbruch von 40%.

Ausschlaggebend für den Rückgang war die bereits im Vorjahresbericht angekündigte Einstellung der von der MFA – Messe Frankfurt Ausstellungsgesellschaft, Wiesbaden durchgeführte „Asian Living“. Zusätzlich bekam die Messe Offenbach die Krise im Automobilmarkt zu spüren – keine der üblichen Marktforschungsveranstaltungen wurde realisiert.

Opfer der Konjunkturlage wurde auch die für 2009 mit viel versprechendem neuen Anlauf gestarteten Aktivitäten zur Realisierung der Neuveranstaltung „no limits“. Trotz hohen Interesses kam es letztlich nicht zu einer hinreichenden Zahl verbindlicher Aussteller-Anmeldungen, die die Durchführung der Veranstaltung hätte rechtfertigen können.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Sonstige Messen und Veranstaltungen (Fortsetzung)

Auf dem Programm der Gast- und Neuveranstaltungen 2009 standen die IKA/KART, die „Bauen, Wohnen, Renovieren“, die „Tierexpo“, das „Maroc Forum 2009“ und eine kleine Hausmesse eines Geräteherstellers.

Investitionen

Durchführung nötiger Instandhaltungsmaßnahmen

Wie schon im Vorjahr konzentrierten sich die Aktivitäten im Facilitybereich neben den üblichen Wartungs- und Instandhaltungspositionen anhaltend um den weiteren Abbau von TÜV- und Brandschutzauflagen.

Die in die Jahre gekommenen Installationen im gesamten Gebäudekomplex der Messehallen – inzwischen insbesondere in der Halle 4 – verlangten und verlangen auch 2010 in Kontinuität umfangreiche Sanierungsaktivitäten. Insbesondere geht es dabei um Austausch- und Reparaturarbeiten an den Rohrleitungs- und Kabelsystemen. 2009 fielen zudem bei einigen Lastenaufzügen erhebliche Investitionen an.

Bau eines neuen Parkplatzes am Nordring

Nachdem 2008 keine befriedigende Lösung als Ersatz für den Ausstellerparkplatz Hafen gefunden wurde, gelang es im Berichtsjahr die Bahn frei zu machen für ein neues Parkplatzmodell am Nordring im oberen Part des Hafensareals.

Hier baut die Messe Offenbach auf eigene Kosten auf einem Grundstück der Mainviertel GmbH einen neuen Ausweichparkplatz, der wieder als Ausstellerparkplatz genutzt werden wird. Das Investment der Messe beläuft sich auf rund 350 T€ - über diese Summe wurde im Jahresabschluss 2009 bereits eine Gewinnrücklage gebildet – und ist auf 10 Jahre kalkuliert.

Personal

Im Geschäftsjahr 2009 beschäftigte die Messe Offenbach insgesamt sieben fest angestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, zwei davon in Teilzeit.

Ausschlaggebend für die 6%ige Personalkostenersparnis sind die, aufgrund der gegenüber dem Vorjahr geringeren Einsätze gesunkenen Aushilfslöhne.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Ausblick

Folgt man den Prognosen des AUMA, so gilt das Jahr 2010 für überregionale Messen als schwer einschätzbar. Keineswegs erwartet wird eine Rückkehr der Messekennzahlen (Aussteller, Fläche, Besucher) in den Plus-Bereich. Der Verband prognostiziert relativ stabile Inlandsbeteiligungen, aber Rückgänge bei der Teilnahme ausländischer Aussteller, so dass letztlich mit einem Minus bei den verkauften Flächen zu rechnen sein dürfte. Angesichts der labilen Konjunkturlage besonders schwer vorhersehbar ist die Entwicklung der Besucherzahlen. Hier dürfte sich generell ein Trend zur Stabilisierung auf dem niedrigeren Niveau des Vorjahres abzeichnen.

Für die Messe Offenbach zeichnet sich zum Berichtszeitpunkt ab, dass zu den Internationalen Lederwaren Messen 2010 in der Tat mit einer recht stabilen Inlandsbeteiligung gerechnet werden kann, die in der Regel beide I.L.M Termine umfasst. Bei den ausländischen Teilnehmern ist ein vorsichtigeres Buchungsverhalten als in der Vergangenheit zu beobachten – hier können für das zweite Halbjahr mit der I.L.M Summer Styles Überraschungen nicht ausgeschlossen werden.

Unter diesem Aspekt ist es nur vernünftig, dass die Messe Offenbach den bereits festgelegten Termin der I.L.M Summer Styles nach Kenntnisnahme einer nicht vorhersehbaren Terminänderung der in Mailand stattfindenden Lederwaren Messe Mipel so modifiziert hat, dass insbesondere die italienischen Aussteller die Möglichkeit haben, auch an der I.L.M Summer Styles in Offenbach teilzunehmen.

Durch den Wegfall der Flashs und ein gegenüber 2009 erneut ausgedünntes bzw. bislang nur optioniertes Gastgeschäft kann sich die Messe Offenbach 2010 keine Terminexperimente beim Kernthema erlauben. Denn ohne die Flashs, die 2009 knapp 6% zum gesamten Messeumsatz im Bereich Lederwaren beitrugen, und nur mit den feststehenden Gastveranstaltungen ist bereits bei erstklassiger Performance der I.L.Ms für 2010 mit einem Umsatzrückgang von ca. 10% zu rechnen.

Die aufziehenden Diskussionen um frühere I.L.M-Termine sollten aus Sicht der Geschäftsführung deshalb nur dann weiter geführt und ggf. konsequent umgesetzt werden, wenn eindeutig feststeht, dass auch die Besucher der I.L.Ms, also der Handel als Kunde der Ausstellerschaft, ein Vorziehen der Veranstaltungen befürwortet und die Messe auch ihm mit früheren I.L.M-Terminen entgegen kommt. Ohne das Plazet der Kunden läuft die Messe Offenbach Gefahr, wegen möglicherweise falscher Terminierung der Kernmessen ihre Existenzgrundlage aufs Spiel zu setzen.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

L. Bilanz

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	5	0	5
Sachanlagen				
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	6.426.918	6.906.781	-479.863	7.386.690
- Technische Anlagen und Maschinen	90.210	105.899	-15.689	123.282
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.444	20.283	29.161	0
- Anlagen im Bau	12.500	0	12.500	27.930
Anlagevermögen	6.579.076	7.032.968	-453.892	7.537.906
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	234.830	238.134	-3.304	45.227
- Sonstige Vermögensgegenstände	207.742	143.214	64.528	131.594
- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	442.572	381.349	61.224	176.821
Wertpapiere				
- Eigene Anteile	207.340	203.530	3.810	228.160
Kassenbestand, Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	2.093.764	2.007.057	86.707	1.270.125
Umlaufvermögen	2.743.676	2.591.936	151.740	1.675.106
Rechnungsabgrenzungsposten	18.277	29.957	-11.680	12.428
	9.341.030	9.654.861	-313.831	9.225.440

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2009	2008	Verände-	2007
			rung	
Passiva	in €	in €	in €	in €
Gezeichnetes Kapital	410.220	410.220	0	410.220
Gewinnrücklagen				
- Rücklage für eigene Anteile	207.340	203.530	3.810	228.160
- Satzungsmäßige Rücklagen	40.903	40.903	0	40.903
- Andere Rücklagen	4.345.000	3.665.000	680.000	2.775.000
Bilanzgewinn	18.785	13.010	5.775	14.824
Eigenkapital	5.022.248	4.332.664	689.585	3.469.107
- Steuerrückstellungen	0	172.418	-172.418	0
- Sonstige Rückstellungen	619.000	816.900	-197.900	886.600
Rückstellungen	619.000	989.318	-370.318	886.600
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.042.320	3.533.789	-491.468	4.007.709
- erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	391	91.193	-90.802	121.328
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	59.569	106.525	-46.956	156.932
- Sonstige Verbindlichkeiten	597.501	601.373	-3.872	583.764
Verbindlichkeiten	3.699.781	4.332.879	-633.098	4.869.733
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	9.341.030	9.654.861	-313.831	9.225.440

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	4.254.023	4.587.877	4.245.328
Sonstige betriebliche Erträge	143.590	135.804	35.144
	4.397.614	4.723.681	4.280.473
Messeaufwand	1.398.268	1.395.496	1.308.043
Personalaufwand			
- Gehälter	338.920	369.652	492.931
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	84.344	90.505	85.454
	423.263	460.156	578.385
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	518.786	505.269	490.836
Sonstige betriebliche Aufwendungen	948.321	920.370	953.165
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28.110	34.110	40.747
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	167.767	194.426	224.564
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	969.317	1.282.073	766.226
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	244.905	359.059	281.720
Sonstige Steuern	34.827	34.827	34.827
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	689.585	888.187	449.680
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	13.010	-9.806	14.774
Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus der Rücklage für eigene Anteile	0	24.630	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	683.810	890.000	449.630
Bilanzgewinn	18.785	13.010	14.824

Verkehr und Infrastruktur

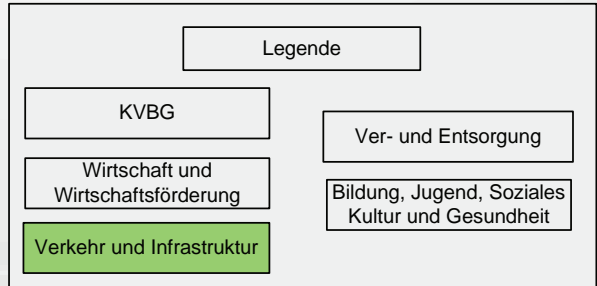
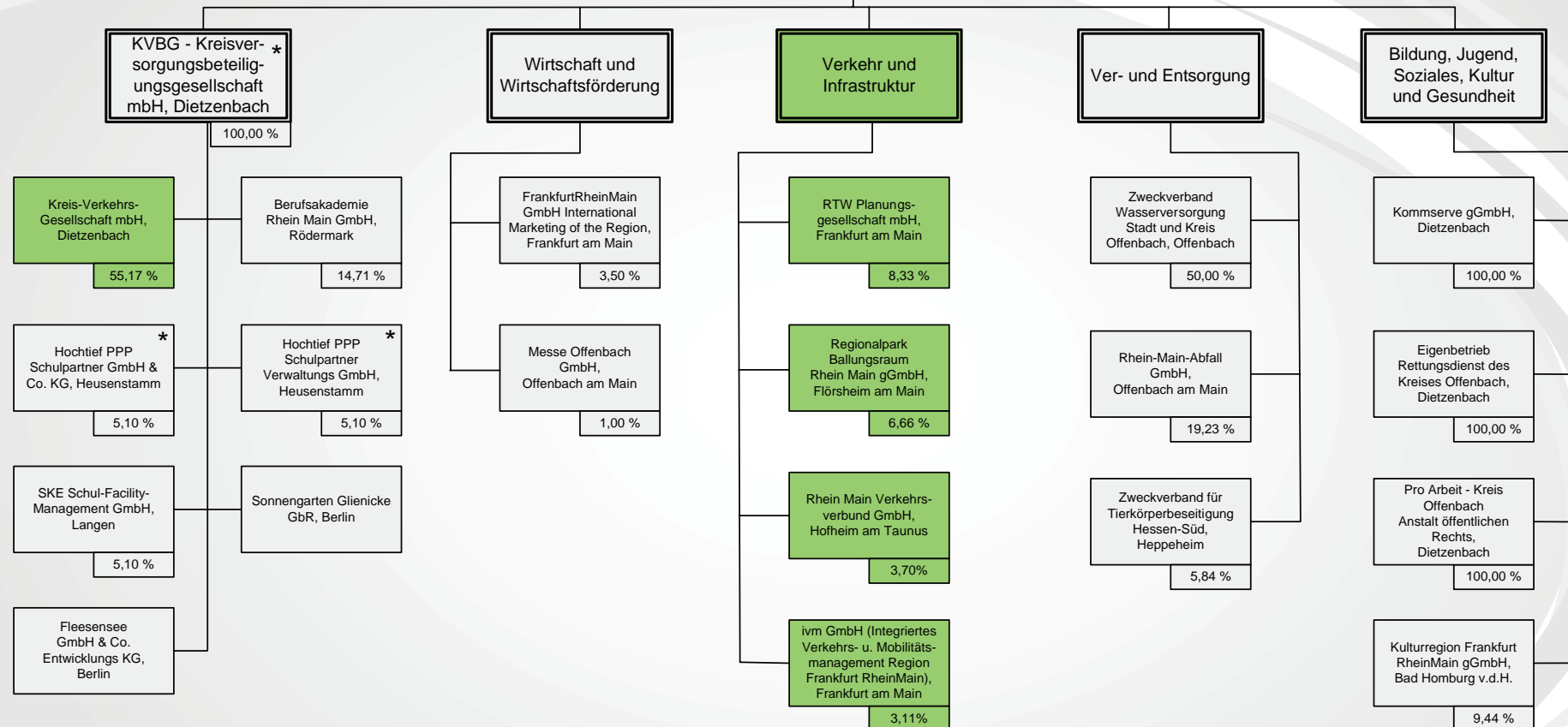
Redaktionsschluss:

31.12.2009

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Verkehr und Infrastruktur -

Kreis Offenbach



**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

Anschrift	Stiftstraße 9 -17, 60313 Frankfurt am Main
Telefon	069/212-27231
Telefax	069/212-27250
E-Mail	kontakt@RTW-Planung.info
Internet	www.RTW-Planung.info

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27.11.2008
Stammkapital	30.000,00 €
Gesellschaftervertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27. November 2008
Handelsregistereintrag	HRB 84848 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“, darunter werden folgende Aufgaben verstanden

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen,
- Steuerung der Planungsleistungen,
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger,

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zu Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen sowie Interessengemeinschaften eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2009 (Stand : 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Lutz Sikorski
Stellv. Vorsitzender	Herr Dipl.-Ing. Volker Sparmann
Mitglied	Herr Michael Cyriax
-----,,-----	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Frau Dr. Ursula Jungherr bis 17.09.09
-----,,-----	Herr Michael Korwisi ab 18.09.09
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Dipl.-Ing. Knut Ringat
-----,,-----	Herr Edwin Schwarz

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst
-----,-----	Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	33,33 %	10.000,00 €
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	33,33 %	10.000,00 €
Hochtaunuskreis	8,33 %	2.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d. Höhe	8,33 %	2.500,00 €

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

Produkt Regionalentwicklung 10.50.02/0125.84484410 Erwerb sonstiger Anteile

Buchungsstelle 10.50.02/0125.84484410

	2010	2009	2008
Erwerb des Stammkapitalanteiles	0	0	2.500

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

**Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle
Produkt Regionalentwicklung 10.50.02/0018.84081120 Auszahlung für
Investitionszuweisungen Regionaltangente West**

Buchungsstelle 10.50.02/0018.84081120

	2010	2009	2008
Auszahlung für Investitionszuweisungen Regionaltangente West	0	0	211.500

Neben den vor bezeichneten Mitteln des Wirtschaftsplans 2008 standen Haushaltsreste aus dem Haushaltsjahr 2007 in Höhe von € 105.800,-- bei der Haushaltsstelle 7921.98206 „Beteiligung des Kreises Regionaltangente West“ zur Verfügung.

Insgesamt hat der Kreis Offenbach einen Budgetanteil von € 317.000,-- an der Gesellschaft übernommen.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2009	2008
Verbindlichkeiten	654.881	126.791

Berichtsjahr 2009 (Stand :31.12.2009)	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	126.791
Zunahmen	528.090
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	654.881

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gesellschafter der RTW Planungsgesellschaft mbH sind die Stadt Frankfurt, der Rhein-Main-Verkehrsverbund, die Landkreise Main-Taunus, Hochtaunus, Offenbach und die Stadt Bad Homburg.

Geschäftsführer der RTW GmbH sind Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi und Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde am 27.11.2008 Herr Stadtrat Lutz Sikorski gewählt.

Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Der Gesellschaftsvertrag der RTW enthält in einer Anlage Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei das Land Hessen einen erhöhten Umlagenanteil leistet. Das Land Hessen beteiligt sich mit 3 Millionen € an der Finanzierung der RTW. Das Gesamtbudget der RTW für die Zeit bis zum 31.12.2011 (Lebensdauer des Unternehmens) beträgt 5,78 Mio. €.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die RTW hat sieben Personalstellen, von denen am 31.12.2009 sechs Stellen mit einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis besetzt waren.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RTW Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009

Im Jahr 2009 wurden folgende Projekte aufgelegt.

- P 1-09 Komplexitätsanalyse
- P 2-09 Umfeldverträglichkeit und Planungsgrundlagen
- P 3-09 Infrastrukturplanung nach BOStrab (Betriebsordnung für Straßenbahnen)
- P 4-09 Infrastrukturplanung nach EBO (Eisenbahn-Betriebsordnung)
- P 5-09 Planung der Energieversorgung
- P 6-09 Untersuchungen zu Fahrzeugen und Betrieb
- P 7-09 Raumentwicklung, Nachfrage und Einbeziehung zukünftiger Entwicklungen

Die Projekte konnten in die „Ausschreibungen von Planungsleistungen“ nach Gesellschaftszweck integriert werden. Damit fallen für die Gesellschaft keine zusätzlichen Kosten an.

Aufgrund der Komplexität der Abstimmung der Leistungsinhalte auf die Anforderungen der DB AG als Eigentümer der umzuplanenden Anlagen sowie der rechtssicheren Vergabe wurden von der Geschäftsführung der RTW GmbH die DB ProjektBau GmbH und die RMV GmbH mit der Begleitung des Vergabeverfahrens beauftragt. Die RMV GmbH hat Erfahrungen in der Ausschreibung von Planungsleistungen (z.B. Gateway Gardens), die DB ProjektBau GmbH schreibt für die Deutsche Bahn Ingenieursleistungen aus und betreut zahlreiche große Planungsvorhaben der DB AG. Die Geschäftsführung der RTW GmbH, die RMV GmbH und die DB ProjektBau GmbH haben sich auf jeder Stufe des Verfahrens abgestimmt. Auf Grundlage der gemeinsamen Arbeit hat die Geschäftsführung der RTW GmbH die Empfehlung zur Vergabe getroffen.

- P 8-09 Wirtschaftlichkeitsanalyse

Die Grundlagen der Wirtschaftlichkeitsanalyse wurden in Eigenregie entwickelt.

Projekte 2010

Durch die Erarbeitung einer Grundkonzeption verschiedener Projekte im Jahr 2009 und die Integration in das Projekt P9-09 Grundlagenermittlung und Vorplanung RTW wurde erreicht, dass diese Fragestellungen im Ausschreibungspaket enthalten sind (in P 9-09). Ende 2009 wurde der Zuschlag für P 9-09 erteilt und die Organisation mit den Gutachtern abgestimmt.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Ausblick auf die künftige Entwicklung

Umsetzung des Projektes P 9-09 Grundlagenermittlung und Vorplanung

Zunehmend wird die Geschäftsführung gebeten, vor politischen Gremien und Bürgerinitiativen die Unternehmensaufgabe zu vertreten. Die Resonanz kann bisher als überwiegend positiv bezeichnet werden.

Die RTW GmbH trägt kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit des Landes Hessen und einzelner Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt. Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Bei Abschluss von wesentlichen Verträgen im bestehenden Budgetrahmen wird ebenfalls kein Risiko für die künftige Entwicklung gesehen.

Es gibt keine Vorgänge besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2009	2008	Veränderung in €
Aktiva			
Sonstige Vermögensgegenstände	141.828	0	141.828
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	141.828	0	141.828
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	544.244	155.762	388.482
Umlaufvermögen	686.072	155.762	530.310
	686.072	155.762	530.310
Passiva			
Gezeichnetes Kapital	30.000	30.000	0
Verlustvortrag	-7.556	0	-7.556
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	0	-7.556	7.556
Eigenkapital	22.444	22.444	0
Sonstige Rückstellungen	8.747	6.527	2.220
Rückstellungen	8.747	6.527	2.220
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	67.044	0	67.044
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	587.437	125.750	461.687
Sonstige Verbindlichkeiten	400	1.041	-641
Verbindlichkeiten	654.881	126.791	528.090
	686.072	155.762	530.310

* = Der Zeitraum vom 27.11.08. – 31.12.08 war ein Rumpfgeschäftsjahr.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2009	2008
	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter	130.349	0
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	140.664	0
Materialaufwand, Aufwendungen für bezogene Leistungen	149.214	0
Löhne und Gehälter	24.455	816
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.199	286
Personalaufwand	31.654	1.102
Sonstige betriebliche Aufwendungen	94.558	6.489
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.413	35
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	-7.556
Jahresfehlbetrag-/überschuss	0	-7.556

* = Der Zeitraum vom 27.11. – 31.12.08 war ein Rumpfgeschäftsjahr.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Die Gesellschaft mit Sitz in Flörsheim am Main wurde am 15. Juli 2003 mit einem Stammkapital in Höhe von 37.500,-- € gegründet. Gesellschafter waren bei Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung neben dem Kreis Offenbach der Hochtaunus- und der Main-Taunus-Kreis. Die Gesellschafter waren mit je einem Drittel (= 12.500,-- €) an der Gesellschaft beteiligt.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) hatte der Hessische Landtag regionale Aufgaben neu strukturiert. Im Zuge der Neustrukturierung wurden früher vom Umlandverband Frankfurt wahrgenommene regionale Aufgaben, unter anderem die Planung, Errichtung und Erhaltung des Regionalparks Rhein-Main, übergangsweise (bis 31.12.2002) auf den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main („Planungsverband“) und den Rat der Region übertragen, bis diese von Städten, Gemeinden und Landkreisen in frei gewählter Organisationsform übernommen werden.

Innerhalb dieses neu abgesteckten rechtlichen Rahmens haben die Landkreise/die Städte zur Sicherung und Fortführung des Regionalpark-Gedankens und bereits begonnener Regionalpark-Projekte eine gemeinsame gemeinnützige Gesellschaft in Form einer GmbH gegründet. Grundgedanke der Gesellschaft war zum Zeitpunkt der Gründung, weitere geeignete Körperschaften mit gleichen Rechten und Pflichten aufzunehmen, damit die Trägerschaft für den Regionalpark Rhein-Main auf eine breite Basis gestellt wird.

Am 29. November 2006 beschloss die Gesellschafterversammlung die Änderung des Gesellschaftsvertrages und Erweiterung der bestehenden Dachgesellschaft. Wesentliche Änderungen der Neufassung des Gesellschaftsvertrages waren

- die Erhöhung des Stammkapitales der Gesellschaft von € 162.500,-- um € 12.500,-- auf € 175.000,--.
- die Aufnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesellschaftern mit einer Teilstammeinlage von je € 12.500,--.

Nach der Erweiterung der Gesellschaft im Jahre 2006 durch den Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden trat zuletzt am 21.05.2008 der Rheingau-Taunus-Kreis der Gesellschaft bei.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Anschrift	Wickerer Straße 8-10, 65439 Flörsheim am Main
Telefon	06145/93381-11
Telefax	06145/93381-20
E-Mail	information@regionalpark-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	15. Juli 2003
Stammkapital	187.500,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 15. Juli 2003, geändert am 20. Juli 2005, am 29. November 2006 sowie am 21.05.2008
Handelsregistereintrag	HRB 20927 beim Amtsgericht Wiesbaden

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO (§ 2 Abs. 1 der Satzung).

Zweck der Gesellschaft ist die Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen, dem Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main sowie dem Land Hessen, die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere wie folgt verwirklicht:

- a) Die Gesellschaft fördert das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger von Regionalprojekten und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken. Die Förderung des Regionalparks umfasst darüber hinaus

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- die Entwicklung eines Corporate Design,
 - die Erarbeitung, laufende Kontrolle und Fortschreibung und Pflegestandards,
 - die Gewährleistung einer einheitlichen Beschilderung,
 - die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen regionalparkbezogenen Öffentlichkeitsarbeit
 - die Vorbereitung und Betreuung regionalparkbezogener Veranstaltungen im Zusammenwirken mit den örtlichen Trägern von Regionalparkprojekten.
- b) Die Gesellschaft koordiniert und steuert die Projekte zum Ausbau des Regionalparks Rhein-Main im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und definiert die Standards für die Gestaltung des Regionalparks. Die Koordination und Steuerung erfolgt durch die Beschaffung von Finanzmitteln und deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken, um so die in Absatz 2 genannten gemeinnützigen Ziele zu erreichen. Die Planung erfolgt in Abstimmung mit der Landschaftsplanung bzw. der Flächennutzungsplanung / Regionalen Flächennutzungsplanung des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main bzw. den Kommunen. Insbesondere ist die Planung des Regionalparks mit der Ausgleichsflächenkonzeption dieser Pläne abzustimmen.
- c) Die Gesellschaft kann sich, um die oben genannten Aufgaben zu erfüllen, an gemeinnützigen Regionalparkgesellschaften beteiligen.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf niemand durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2009 (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellv. Vorsitzender	Herr Thomas Will
Mitglied	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Günter Frenz
-----,,-----	Herr Jürgen Hielscher
-----,,-----	Frau Dr. Ursula Jungherr bis 17.09.2009
-----,,-----	Herr Heiko Kasseckert
-----,,-----	Frau Silke Klinger
-----,,-----	Herr Michael Korwisi ab 18.09.2009
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Werner Müller
-----,,-----	Herr Karl Ottes
-----,,-----	Herr Prof. Dr. Joachim Pös
-----,,-----	Frau Dr. Manuela Rottmann
-----,,-----	Herr Horst Schneider
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr. Lorenz Rautenstrauch
	Herr Leo Fercher

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt T€ 54. Der Aufsichtsrat bezieht keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	6,66 %	12.500,00 €
Hochtaunuskreis	6,66 %	12.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Kreis Groß-Gerau	6,66 %	12.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Wetteraukreis	6,66 %	12.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Hanau	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	6,66 %	12.500,00 €
Landeshauptstadt Wiesbaden	6,66 %	12.500,00 €
Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main	6,66 %	12.500,00 €
Land Hessen	6,66 %	12.500,00 €

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Planung, Errichtung und Unterhaltung des Regionalparks Rhein-Main, § 1 Abs. 1 Nr. 7 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Regionalentwicklung 10.50.02.71260080 (früher : HHST. 7910.71301)

Buchungsstelle 10.50.02.71260080

	2010	2009	2008
Förderung von Regionalprojekten	75.000	75.000	75.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	120.530	135.406	17.272

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	135.406
Zunahmen	0
Abnahmen	14.876
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	120.530

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2009

A. Wirtschaftsbericht

I. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2009

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist der Zweck unserer Gesellschaft, in Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden, den Landkreisen, dem Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main sowie dem Land Hessen die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Tätigkeiten der Gesellschaft sind gemeinnützig, eigenwirtschaftliche Zwecke werden nicht verfolgt. Umsätze werden gewöhnlich nicht erzielt.

Auf Grund dieser Tatsache beeinflussen welt- und binnenwirtschaftliche Vorgaben unsere Unternehmenstätigkeit und damit unseren Unternehmenserfolg nur geringfügig.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um 72,8% von T€ 624 auf jetzt T€ 170 gefallen. Das hängt zum einen damit zusammen, dass in weit höherem Maße als im Vorjahr Fördermittel abgeflossen sind (T€ 1.563 nach T€ 1.254 im Vorjahr) und zum anderen damit, dass sich die Zinserträge wegen der verstärkten Geldabflüsse für Projektförderungen gegenüber dem Vorjahr um T€ 65 reduzierten. Außerdem sind Fördermittel in Höhe von T€ 1.103 bereits zugesagt aber noch nicht abgeflossen. Darüber hinaus haben wir in Höhe von T€ 139 in Sachanlagen investiert.

II. Lage des Unternehmens

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft stellt sich positiv dar. Unsere liquiden Mittel sind zwar auf Grund der verstärkten Projektförderungen im Geschäftsjahr von T€ 2.677 um T€ 281 auf jetzt T€ 2.396 zurückgegangen. Die vorhandenen finanziellen Cashmittel decken aber immer noch die bereits zugesagten Fördermittel für Projekte in 2010 in Höhe von T€ 1.103. Außerdem können weitere Projekte gefördert werden, weshalb die liquiden Mittel ausreichen, um unseren Gesellschaftszweck nachhaltig verwirklichen zu können.

Das Eigenkapital und damit auch das langfristige Kapital beträgt T€ 2.995 und macht 95,8% des Gesamtkapitals unserer Gesellschaft aus. Das kurzfristige Fremdkapital liegt bei T€ 131 (4,2% des Gesamtkapitals).

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

II. Lage des Unternehmens (Fortsetzung)

2. Finanzlage

Die Finanzlage unseres Unternehmens hat sich wegen der gestiegenen Ausgaben für Förderungen von Projekten gegenüber dem Vorjahr geringfügig verschlechtert. Sie ist aber immer noch als gut zu bezeichnen. So beträgt der Finanzmittelbestand (= liquide Mittel), noch immer T€ 2.396. Er hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 281 verringert. Die liquiden Mittel werden angesammelt, um die verschiedenen Regionalparkprojekte zu fördern.

Unser Cash-Flow ist von T€ 627 auf T€ 181 gesunken. Aus laufender Geschäftstätigkeit sind uns Mittel in Höhe von T€ 116 und aus Investitionstätigkeit Mittel in Höhe von T€ 139 abgeflossen. Fremdmittel müssen und werden wir auch in Zukunft nicht in Anspruch nehmen.

3. Ertragslage

Durch die Zuschüsse unserer Gesellschafter und von dritter Seite konnten wir betriebliche Erträge in Höhe von T€ 2.105 erwirtschaften. Von diesen Mitteln haben wir einen Betrag von T€ 1.563 im Geschäftsjahr 2009 für die Projektförderung verwendet.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei T€ 432, wovon T€ 339 auf Personalkosten und T€ 85 auf sonstige betriebliche Aufwendungen entfallen. Damit erzielten wir ein Betriebsergebnis von T€ 110.

Die Verzinsung unserer flüssigen Mittel erbrachte ein Finanzergebnis von T€ 60, so dass wir einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 170 (Vorjahr T€ 623) erzielen konnten.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

I. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Es sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik zu erwarten.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

II. Risikobericht

1. Allgemeiner Risikobericht

Da wir nicht am Markt tätig werden, sind wir keinen Konjunktur- oder Währungsrisiken ausgesetzt.

Unsere Gesellschafter sind durch Satzung verpflichtet, uns jährlich gesellschaftsrechtliche Zuschüsse von rd. T€ 1.125 zu gewähren, so dass unsere Liquiditätslage auch weiterhin abgesichert ist.

2. Spezieller Risikobericht

Unsere Liquiditätslage ist gut. Finanzielle Engpässe sind durch die Zuschussverpflichtung der Gesellschafter ausgeschlossen. Zu unseren Finanzinstrumenten zählen in erster Linie unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Ein Liquiditätsrisiko wird dadurch minimiert, dass wir Fördermittel nur dann zusagen, wenn diese von uns auch gezahlt werden können. Förderzusagen, die unseren finanziellen Rahmen übersteigen, werden nicht gegeben. Zur Sicherstellung dieser Geschäftsprämisse dienen der Wirtschaftsplan und die laufende Liquiditätsüberwachung durch unsere Geschäftsführung.

III. Prognosebericht

Auf Grund der im Risikobericht dargelegten Finanzsituation erwarten wir auch für 2010 und 2011 eine positive Entwicklung unseres Unternehmens.

Wir werden auch in zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen und entsprechend unserem Satzungsprojekt das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ zu fördern.

C. Nachtragsbericht

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres vor.

Die Geschäftsführung dankt den Gesellschaftern und den Mitgliedern des Aufsichtsrates für die konstruktive Zusammenarbeit.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

L. Bilanz

	2009	2008	Veränderung	2007
	In €	in €	in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.731	0	2.731	0
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.364	19.620	3.744	9.679
- Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	295.718	171.526	124.191	88.494
Sachanlagevermögen	319.082	191.146	127.935	98.173
Anlagevermögen	321.813	191.146	130.666	98.173
Sonstige Vermögensgegenstände	404.844	97.362	307.481	16.079
Guthaben bei Kreditinstituten	2.396.299	2.676.920	-280.620	2.100.997
Umlaufvermögen	2.801.143	2.774.282	26.861	2.117.076
Rechnungsabgrenzungsposten	2.970	3.124	-154	1.470
	3.123.195	2.968.552	154.642	2.216.719
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	187.500	175.000	12.500	175.000
- Gewinnvortrag	2.636.900	2.013.370	623.530	1.760.523
- Jahresüberschuss	169.863	623.530	-453.667	252.846
Eigenkapital	2.994.263	2.824.400	169.863	2.188.370
- Sonstige Rückstellungen	11.133	8.746	2.387	11.078
Rückstellungen	11.133	8.746	2.387	11.078
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	85.330	130.467	-45.137	17.272
- Sonstige Verbindlichkeiten	35.200	4.940	30.260	0
Verbindlichkeiten	120.530	135.406	-14.877	17.272
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	3.123.195	2.968.552	154.642	2.216.719

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	2.105.271	2.113.000	2.112.020
Betriebliche Erträge insgesamt	2.105.271	2.113.000	2.112.020
Projektförderung	1.562.825	1.253.626	1.699.500
Personalaufwand			
- Gehälter	278.070	240.997	153.989
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	61.394	37.978	37.558
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	8.072	5.767	3.795
Sonstige betriebliche Aufwendungen	85.152	75.242	71.566
Betriebsergebnis	109.758	499.390	145.613
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	60.106	124.448	107.541
Finanzergebnis	60.106	124.448	107.541
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	169.863	623.838	253.154
Sonstige Steuern	0	308	308
Jahresüberschuss	169.863	623.530	252.846

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Die RMV GmbH wurde im Juni 1994 nach erfolgreicher zweijähriger Arbeit der Gesellschaft zur Vorbereitung und Gründung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes mbH gegründet.

Das Verbundgebiet erstreckt sich flächenmäßig über etwa 14.000 km² mit rund 4,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in elf Mitgliedsstädten und 15 Landkreisen, es wird im Norden vom Landkreis Marburg-Biedenkopf, im Süden vom Odenwaldkreis, im Westen vom Rheingau-Taunus Kreis und im Osten vom Landkreis Fulda begrenzt.

Die Organisationsstruktur des RMV wurde so gewählt, dass einerseits ein Interessenausgleich aller beteiligten Partner ermöglicht wird und zum anderen die zur Verbundgründung beschlossenen fünf Grundsätze berücksichtigt und umgesetzt werden.

- **Kommunalverbund**

Der RMV konstituierte sich als Kommunalverbund auf freiwilliger Basis. Die Verbundpartner üben über die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat als Gesellschafter die gesellschaftsrechtliche Kontrolle über den RMV aus.

- **Dezentrales Prinzip – dezentrale Organisation**

Der lokale Verkehr wird auf lokaler Ebene durch die lokalen Nahverkehrsgesellschaften bzw. die Verbundverkehrsunternehmen, der regionale Verkehr auf der Ebene des RMV durch die RMV GmbH organisiert. Die Verantwortung für den Lokalverkehr verbleibt somit bei den lokalen Gebietskörperschaften bzw. Aufgabenträgern.

- **Trennungsrechnung**

Grundsatz der Trennungsrechnung ist die Transparenz der Kosten mit einer Trennung in Betriebs- und Infrastrukturkosten und einer gleichzeitigen Festschreibung der Verantwortung für die Kostenbestandteile.

- **Leistungsprinzip**

Die Einführung des Leistungsprinzips bedeutete die Abkehr vom in der Vergangenheit praktizierten Aufwandsprinzip.

- **Bestellerprinzip**

Der RMV führt im Auftrag seiner Gesellschafter auf der Regie-Ebene die Bestellerfunktion für den Regionalverkehr aus. Während früher die Vergabe von Leistungen frei verhandelt wurde, werden diese künftig nach erfolgter Ausschreibung vergeben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Anschrift	Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Telefon	06192/294-0
Telefax	06192/294-900
E-Mail	rmv@rmv.de
Internet	www.rmv.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2008

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	30. Juni 1994
Stammkapital	690.244,04 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 04. Juli 1991. Der Gesellschaftsvertrag wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 30. Juni 1994 grundlegend geändert.
Handelsregistereintrag	HRB 34128 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet die nachfolgend dargestellten Aufgaben wahr:

- Regionaler Schienenpersonen- und Buspersonennahverkehr (SPNV u. BPNV)
- Verkehrsplanung
- Verkehrskonzeption und technische Standards
- Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
- Fahrgastinformation, Vertriebssystem
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- integriertes Plandatensystem

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen errichten oder erwerben.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2008 (Stand: 31.12.2008)	
Vorsitzende	Frau Petra Roth
Stellvertretender Vorsitzender	Herr André Kawai
Mitglieder	
für das Land Hessen	Herr Klaus-Peter Güttler
-----,-----	Herr Dr. Walter Arnold
für die Kreisfreien Städte	Herr Klaus Feuchtinger
-----,-----	Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös
-----,-----	Frau Birgit Simon
für Städte mit Sonderstatus	Herr Wolfram Dette
-----,-----	Frau Dr. Ursula Jungherr
-----,-----	Frau Silke Klinger ab 10.09.2008
für Städte mit Sonderstatus	Herr Ernst Peter Layer bis 09.09.2008
-----,-----	Herr Gerhard Möller
-----,-----	Herr Thomas Rausch

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2008 (Stand: 31.12.2008)	
für Städte mit Sonderstatus	Herr Egon Vaupel
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel
für die Landkreise	Herr Burkhard Albers
-----,,-----	Herr Joachim Arnold ab 01.07.2008
-----,,-----	Herr Siegfried Fricke
-----,,-----	Herr Berthold R. Gall
-----,,-----	Herr Rolf Gnadl bis 30.06.2008
-----,,-----	Herr Alfred Jakoubek
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Manfred Michel
-----,,-----	Herr Rudolf Marx
-----,,-----	Herr Dr. Karsten McGovern
-----,,-----	Herr Enno Siehr
-----,,-----	Herr Horst Schnur
-----,,-----	Herr Wolfgang Schuster
-----,,-----	Herr Peter Walter
-----,,-----	Herr Bernd Woide

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Volker Sparmann (Sprecher der GF)
-----,,-----	Herr Knut Ringat ab 01.04.2008

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Bezüge der Geschäftsführer im Berichtsjahr beliefen sich auf T€ 442.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von € 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2008 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 4 an.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Land Hessen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Darmstadt-Dieburg	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Gießen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Groß-Gerau	3,704 %	25.564,59 €
Hochtaunuskreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Limburg-Weilburg	3,704 %	25.564,59 €
Lahn-Dill-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Kinzig-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Marburg-Biedenkopf	3,704 %	25.564,59 €
Odenwaldkreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Offenbach	3,704 %	25.564,59 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Vogelsbergkreis	3,704 %	25.564,59 €
Wetteraukreis	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Darmstadt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Frankfurt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Gießen	3,704 %	25.564,59 €

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Fortsetzung)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Hanau	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Marburg	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Offenbach am Main	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Rüsselsheim	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wetzlar	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wiesbaden	3,704 %	25.564,59 €
	100,00 %	690.244,04 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen	Anteil in %	Anteil in € gerundet
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, Hofheim am Taunus (fahma)	100,00	100.000
Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH, Hofheim am Taunus (RMS)	80,00	100.000
Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (RTW GmbH)	33,33	10.000
ZIV – Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH, Darmstadt (ZIV)	32,52	33.300
VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln (VDV)	11,11	22.500
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) bmH, Köln	0,65	2.500

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung. Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2008	2007	2006
Verbindlichkeiten	7.357.888	6.255.837	4.795.151

Berichtsjahr 2008	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	6.255.837
Zunahmen	1.102.051
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	7.357.888

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008

1. Geschäftstätigkeit

Die Basis der Geschäftstätigkeit findet ihren Ursprung im Gesellschaftsvertrag mit dem Gesellschaftszweck der primären Aufgaben zur Organisation und gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des ÖPNV im Verbundgebiet. Weitere Aufgaben und Kompetenzen sind im hessischen ÖPNV-Gesetz geregelt.

Die öffentlichen Verkehrsangebote können nachhaltig verbessert werden, wenn zum Ausgangspunkt der Entwicklung von Strategien an die Stelle des technischen Ansatzes einer Erhöhung und Verbesserung der Kapazitäten der Verkehrsinfrastruktur und der Fahrzeuge eine Sichtweise zum Ausgangspunkt wird, die die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen im Fokus hat.

Dieser in der Verkehrswirtschaft in den letzten Jahren immer stärker herausgearbeitete Ansatz wird der Weiterentwicklung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes zu Grunde gelegt. Der RMV soll sich so zum Mobilitätsverbund entwickeln.

Abgeleitet ergeben sich folgende grundlegende Unternehmensziele für die RMV GmbH:

Die Fahrgäste und potentiellen Kunden stehen im Mittelpunkt. Ihre Mobilität soll organisiert werden.

Die Zusammenarbeit der kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger im Verkehrsverbund mit einer starken Unterstützung des Landes soll weiter gestärkt werden, um den öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge nachhaltig erfüllen zu können.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund soll seine Kernkompetenzen stärken.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund soll das Dach sein, zu dem alle Akteure in der Region positiv stehen. Die RMV GmbH ist einer der Akteure.

Als Mobilitätsdienstleister der Zukunft ist es wichtig, die Mobilität in der Region RheinMain für den Kunden zu erhöhen und damit an den ÖPNV zu binden. Projekte wie „Masterplan Mobilität“ oder „Staufreies Hessen 2015“ tragen zu mobilen Problemlösungen bei. Zur Erreichung höherer Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Aufgaben ist der bargeldlose Zahlungsverkehr. Ein deutschlandweites eTicket wird mit anderen Verbänden und der VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG vorbereitet und zur baldigen Umsetzung realisiert werden.

Im Geschäftsjahr wurden im Rahmen des Wettbewerbskonzeptes Ausschreibung im Schienenpersonennahverkehr sowie im Buspersonennahverkehr vorgenommen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

1. Geschäftstätigkeit (Fortsetzung)

Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens wurde zur Sicherstellung der Qualitätsstandards ein Qualitätsmanagement notwendig.

Eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Aufgaben des RMV vom Aufgabenträgerverbund zum Mobilitätsverbund ist die zukunftsfähige Weiterentwicklung der Organisationsstruktur der RMV GmbH. Neben einer noch stärker auf die grundlegenden Unternehmensziele ausgerichteten Organisationsstruktur sind eine klare Zuständigkeitsverteilung bei gleichzeitiger Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit und eine Förderung leistungsfähiger und engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die herausragenden Organisationsziele.

Die nunmehr im Fokus stehende Neuorganisation stellt die zweite Stufe dar, die zur Mitte des Jahres 2009 in ein wesentlichen Schritt realisiert und ab 01.01.2012 mit einem ergänzenden Schritt abgerundet werden soll.

Zeitlich neben der zweiten Stufe steht die Stufe 3, die die RMV GmbH mit ihren Tochtergesellschaften im Fokus hat. Diese Arbeiten sollen in der zweiten Jahreshälfte 2009 anlaufen. Die Geschäftsführung wird detaillierte Vorstellungen entwickeln und darüber berichten.

Darüber hinaus werden durch die Aufgabenträger weitere Anforderungen und Aufgaben an den RMV gestellt. Diese müssen im finanziellen Rahmen bewältigt werden, wobei durch die steigenden Kosten die Einsparpotentiale ausgeschöpft sind.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie die Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des für ein Kalenderjahr genehmigten Wirtschaftspläne ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit.

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (RMS)

Die sich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingungen im gesamten ÖPNV wirken sich auf die RMV Servicegesellschaft mbH (rms) aus. Dies zeichnet sich durch geringere Auftragsvolumina sowie erhöhtem Preiskampf im Wettbewerb um Beratungs-, Planungs- und Serviceleistungen ab.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (RMS) (Fortsetzung)

Für die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen rücken neue Aufgaben in den Focus. Der Rückgang der finanziellen Förderungen im ÖPNV, der demographische Wandel sowie die Entwicklung neuer Technologien erfordern entsprechendes Handeln. Für die rms GmbH entstehen vor diesem Hintergrund neue Chancen am Mobilitätsmarkt, die bereits im letzten Jahr durch eine Fünfjahresstrategie entwickelt wurden. Der Umsatz mit Dritten konnte gegenüber 2007 in Folge gesteigert werden um somit die Abhängigkeit von der RMV GmbH weiter zu reduzieren. Dennoch ist es von Bedeutung, dass die rms GmbH wichtige Dienstleistungen der RMV GmbH übernimmt, um die Stabilität der rms GmbH anhaltend zu gewährleisten.

Zur Stärkung des Eigenkapitals der rms hat die RMV GmbH die für das Geschäftsjahr 2007 vereinnahmte Gewinnabführung in Höhe von T€ 88 als Einlage an die rms zurückgeführt.

Die rms schließt das Geschäftsjahr 2008 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 142 (i.Vj. T€ 132) aus.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain (fahma) GmbH

Im Geschäftsjahr 2008 wurden schwerpunktmäßig bei Bestandsfahrzeugen der Odenwaldbahn und der Taunusbahn, im Rahmen der Gewährleistungsfrist, die dort aufgetretenen Fahrzeugmängel abgearbeitet. Weiterhin von Bedeutung war die Baubegleitung der in 2007 gekauften drei ITINO Fahrzeuge für die Odenwaldbahn sowie für ein Fahrzeug zur Anbindung Pfungstads an die Stadt Darmstadt auf Basis des Werklieferungsvertrages mit Bombardier Transportation GmbH.

Zur Finanzierung der Fahrzeuge für Odenwald- und Taunusbahn liegen Darlehensverträge mit der Deutschen Verkehrsbank AG (DVB) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in der Gesamthöhe T€ 60.787 vor (i.Vj. 64.064).

Dagegen steht der Fahrzeugbereitstellungsvertrag Odenwaldbahn mit der VIAS GmbH vom 04. April 2005 und der Fahrzeugbereitstellungsvertrag Taunusbahn mit der Hessischen Landesbahn GmbH vom 27. Oktober 2006.

Das Geschäftsjahr weist ein negatives Ergebnis in Höhe von T€ 160 aus, (i.Vj. ein Jahresüberschuss T€ 615). Der Verlust des Geschäftsjahres 2008 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH ausgeglichen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

Die Gesellschaft bietet Beratungsleistungen in planerischer und konzeptioneller Art im gesamten Individualverkehr sowie im Flughafen-, Bahn- und öffentlichen Personennahverkehr an. Weiterhin werden Leistungen im Verkehrs-, Projekt- und Qualitätsmanagement erbracht.

Durch kontinuierliche Akquisitionen konnten im Geschäftsjahr ausreichende Aufträge sichergestellt werden. Somit konnte sich die in den vergangenen Jahren abzeichnende positive Geschäftslage weiter fortsetzen. Die im Geschäftsjahr 2008 erfolgten Tätigkeiten waren zum einen abzuschließende Projekte, die schwerpunktmäßig für die FRAPORT AG sowie den RMV abgewickelt wurden. Weiterhin konnte ein größeres EU-Projekt ISMAEL fertig gestellt werden.

Nennenswerte neue Projekte sind z.B. eine Verkehrsuntersuchung für Eschborn mit einem Auftragsvolumen von T€ 73, RMV Vertrieb ÖPNV III 24 mit einem Auftragsvolumen in Höhe von T€ 95, der MoMaPlan mit T€ 70 Auftragsvolumen sowie im Bereich des Projektmanagements diverse Forschungsprojekte mit einem Gesamtauftragsvolumen in Höhe von T€ 500.

Das positive Geschäftsergebnis wurde durch eine Abfindung des ausscheidenden Geschäftsführers belastet.

Der eingeräumte Kreditrahmen in Höhe von T€ 150 wurde nicht in Anspruch genommen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2008 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 17 (i. Vj. In Höhe von T€ 47) ab.

2.4 VDV-Kernapplikation GmbH & Co KG (VDV KG)

Seit 2004 ist die RMV GmbH als Kommanditist mit T€ 23 an der VDV KG beteiligt.

Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Der weitere Ausbau des eTicket Deutschland wurde auf der VDV-Jahrestagung durch den Verkehrsminister Herrn Wolfgang Tiefensee begrüßt. Gleichzeitig bestätigte der Minister die Freigabe dafür vorgesehener Gelder. Auch auf der Verkehrsministerkonferenz wurde erklärt, bei allen eTicket-Projekten, für die Fördermittel gewährt werden, die Anwendung der VDV-Kernapplikation zur Förderbedingung zu machen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.4 VDV-Kernapplikation GmbH & Co KG (VDV KG) (Fortsetzung)

Bei einer europaweiten Ausschreibung zur Chipkartenbeschaffung hat die VDV-Kernapplikation GmbH & Co. KG einen Rahmenvertrag an Firm Cardaq Deutschland vergeben. Die Auftraggeber waren 61 Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbände. Die guten Ausschreibungserfahrungen im Rahmen der Chipkarten führte dazu, dass die VDV GmbH & Co. KG beauftragt wurde, eine Ausschreibung eines interoperablen Handy/Ticket-Systems vorzubereiten und durchzuführen-

Die VDV KG konnte im Geschäftsjahr 2008 einen Jahresüberschuss von T€ 595 (i. Vj. T€ 74) erwirtschaften.

2.5 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die RMV GmbH ist an der beka mit einem Geschäftsanteil in Höhe von € 2.500 Gesellschafter.

Das Interesse der RMV GmbH als Gesellschafter in die beka einzutreten, liegt in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der Gesellschafter von Verkehrsunternehmen und Verbände in der beka.

Die beka schließt im Geschäftsjahr 2008 mit einem Gewinn von T€ 64 (i. Vj. T€ 58) ab. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den ausgewiesenen Jahresüberschuss (T€ 64) zu einem Teil in Höhe von T€ 38 an die Gesellschafter auszuschütten und der Restbetrag in Höhe von T€ 26 in die Gewinnrücklage einzustellen.

Gemäß Gesellschaftsvertrag nimmt die RMV GmbH ab 2007 an der Ergebnisverwendung teil.

2.6 Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW gmbH)

Die Gesellschaft zur Planung der Regionaltangente West (RTW) wurde zum 27. November 2008 gegründet. Die RMV GmbH hat einen Anteil in Höhe von € 10.000 (33,33%) erworben. Die Gesellschaft hat die Geschäftstätigkeit aufgenommen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

3. Geschäftsentwicklung 2008 (Fortsetzung)

Für das Geschäftsjahr 2008 sind die Kürzungen, die aus der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen für die Jahre 2005 bis 2009 hervorgegangen sind, deutlich spürbar. Insbesondere wirken sich die Kürzungen auf die Regiekosten der RMV GmbH aus. Die Kosten der RMV GmbH haben auch durch stringenten Umgang mit den Mitteln die finanzielle Grenze erreicht.

Die primären Ziele der Finanzierungsvereinbarung dienen der Sicherung und Verbesserung des lokalen ÖPNV und sind vorrangig an folgenden Aufgaben zu messen:

Steigerung der Marktreichweite:	Steigerung der Fahrgeldeinnahmen
Steigerung der Kundenzufriedenheit	Pünktlichkeit, Service und Sauberkeit
Effizienzsteigerung	Anteil der ausgeschriebenen regionalen Leistungen

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2008 lagen zum einen in den originären Aufgaben des RMV wie

- Kundeninformation und Verkaufsförderung
- Einsatz und Betrieb neuer Technologien
- Erstellung des neuen Fahrplanes 2008/2009
- Regionale und Lokale Fahrpläne
- Qualitätserfassung u. -bewertung im SPNV + BPNV
- Einnahmensicherung
- Fahrkarten- und Verkehrsinfrastrukturstandards
- Mobilitätsgarantie

und zum anderen im strategischen Bereich

- Electronic-Ticketing
- Weiterentwicklung des Internet-Services
- Konzept und Modellierung Nutzerfinanzierter Tarif
- Vergabe von SPNV- und RBNV-Verkehrsdienstleistungen im Wettbewerb
- Elektronischer Vertrieb

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2008

4.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2008 im Vergleich zu 2007 auf T€ 33.946 gestiegen (i. Vj. T€ 31.113). Zum Vorjahr lag der Anstieg bei T€ 2.833.

Im Wesentlichen betrifft dies die Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie den Personalaufwand.

Der betriebliche Mehraufwand stieg um T€ 942 auf T€ 29.235 (i. Vj. T€ 28.293). Die Betriebserträge sind um T€ 1.891 auf T€ 4.711 (i. Vj. T€ 2.820) gestiegen. Der Anstieg des Betriebsertrages ist primär auf die Akquisition im Bereich der C-Projekte zurückzuführen. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 604 gesunken. Dies resultiert aus dem negativen Ergebnis der Fahma mit T€ 160, (i. Vj. T€ 615). Der Verlust des Geschäftsjahres 2008 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH ausgeglichen.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung mit T€ 25.063 (i. Vj. 24.327) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger mit T€ 2.404 (i. Vj. T€ 2.443) ausgeglichen.

4.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um T€ 2.417 auf T€ 22.654.

Durch verstärkte Nettoinvestitionen ist das Anlagevermögen sowie der korrespondierende Passivsonderposten gegenüber dem Vorjahr um T€ 257 gestiegen.

Der Anstieg ist bei den immateriellen Vermögensgegenständen durch die in Entwicklung befindlicher Software primär für das Projekt eTicketing um T€ 96 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen..

Aufgrund des Rückkaufs der Anteile an rms, der Gewinnrückführung der rms und des gezahlten Disagios sind die Anteile an verbundenen Unternehmen weiter gegenüber dem Vorjahr um T€ 88 Auf T€ 726 gestiegen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 6.201 erhöht, da überschüssige Liquidität aus dem Regiebereich an den TH-Bereich transferiert wurde.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 14,9 (i. Vj. 15,4%) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 85,1 % (i. Vj. 84,6%) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2008 (Fortsetzung)

4.2 Vermögenslage (Fortsetzung)

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

4.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.509 auf T€ 759 vermindert. Im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen sind die Mittel des nicht verbrauchten Finanzierungszuschusses an den Treuhandbereich zu transferieren. Sie dienen der Liquiditätshilfe und der genehmigte Kreditrahmen muss nicht ausgeschöpft werden.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2008 jederzeit gewährleistet.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren 10 Zugänge und 4 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zum Teil für die neu eingestellten Projekte. Weiterhin wurde die Vorgabe des Landes Hessen, mehr Auszubildende einzustellen, weiter verfolgt. Im Geschäftsjahr sind fünf Auszubildende in der Ausbildung.

5. Ausblick

5.1 ÖPNV-Gesetz

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) löste das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen (Hess. ÖPNV-G) in der Fassung vom 19. Januar 1996 (GVBl. I. 50) ab. Es trat mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786) in Kraft und ist zunächst bis zum 31.12.2009 befristet.

Zudem tritt am 03.12.2009 die neue Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vom 23.10.2007 in Kraft, die zum einen die bisher gültige Verordnung (EWG) 1191/69 ablöst und zum anderen mehr oder weniger weit reichende Folgen für den gesamten ÖPNV und den bisherigen nationalen Rechtsrahmen haben dürfte. Nachdem der zweijährige Übergangszeitraum zwischen Verabschiedung der neuen Verordnung und deren In-Kraft-Treten nicht zu einer entsprechend qualifizierten Novellierung des nationalen Rechts (Regionalisierungsgesetz; Allgemeines Eisenbahngesetz; PBefG) genutzt werden konnte, trifft nun eine in weiten Teilen unmittelbar Geltung erlangende neue Verordnung auf einen nicht darauf abgestimmten Rechtsrahmen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.1 ÖPNV-Gesetz (Fortsetzung)

Vor diesem Hintergrund scheidet eine grundlegende Überarbeitung und Anpassung des ÖPNVG zunächst aus. Im Rahmen einer bis zum 31.12.2011 befristeten Übergangslösung sollen jedoch bereits jetzt zwei wichtige Punkte in dem ÖPNVG verankert werden.

Durch die beabsichtigte Klarstellung, dass die Aufgabenträgerorganisationen/Verbünde die zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sind, wird sichergestellt, dass diese weiterhin als Besteller zur Gewährung von Ausgleichszahlungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen befugt sind.

Des Weiteren soll nun von der 2006 zugunsten landesgesetzlicher Regelungen eingeführten Öffnungsklausel im PBefF/AEG bzgl. der Gewährung von Ausgleichsleistungen für die Beförderungen von Auszubildenden Gebrauch gemacht werden.

Sobald sich die Handlungsstarre auf bundesgesetzlicher Ebene auflöst, wird mit einer weit reichenden Novellierung des nationalen Rechtsrahmens gerechnet, die dann wahrscheinlich eine erneute Überarbeitung des ÖPNVG seitens des Landesgesetzgebers erforderlich machen dürfte.

Die Vorgaben des ÖPNV-G werden seitens des Verbundes wie in den Vorjahren stringent umgesetzt.

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009

Auf Grundlage der am 20. Dezember 2004 unterzeichneten Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2005 bis 2009 erfolgt nach den Vorgaben des Landes durch den RMV die Umsetzung des ÖPNV-G. Mit der Finanzierungsvereinbarung wird vom Land Hessen insbesondere der Weg der einheitlichen Mittelzuweisung unterstützt, um das Finanzmanagement sowohl des Landes als auch der Verbünde zu vereinfachen. Da sich die Finanzierungsinstrumente des Verbundes in ihrer bisherigen Zielsetzung bewährt, sich aber in ihrer praktischen Umsetzung als zu eng erwiesen haben, bilden diese zwar weiterhin die Grundlage der Finanzierungsvereinbarung, der Verbundgesellschaft aber werden weitere Handlungsspielräume eröffnet.

Die Zuwendungen des Landes müssen auch weiterhin in Übereinstimmung mit der sonst gängigen Zuwendungspraxis stehen. Die bereits in den Jahren 2000 bis 2004 praktizierte, einheitliche pauschale Mittelzuweisung hat sich als eine Finanzierungsform in der Praxis bewährt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 (Fortsetzung)

Auf diesen positiven Erfahrungen aufbauend wurde daher mit der Vereinbarung für 2005 bis 2009 die Finanzierungsvereinbarung vom 19. April 2000 zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in Hessen bzw. im Gebiet des RMV, in der bestehenden Qualität und Quantität, im Sinne der Erfahrungen geeignet modifiziert.

In der Finanzierungsvereinbarung zwischen RMV GmbH und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wurde für die Jahre 2008 und 2009 eine Plafondierung auf Basis der Werte von 2007 vereinbart.

Im Jahr 2006 hat der Gesetzgeber auf Initiative des Bundes im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HHBegIG2006) die Regionalisierungsmittel erheblich gekürzt. Die Kürzungen betragen für das Jahr 2007 7,7% und ab dem Jahre 2008 9,5%. Basis ist hierbei der jährlich mit 1,5% dynamisierte Betrag nach dem Regionalisierungsgesetz in der Fassung von Art. 25 Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29.12.2003 gültig ab 01.01.2004. Trotz eines Kompromisses in Folge der Verhandlungen von Bundesrat und Bundesregierung (vgl. Drucksache 16/6310), der eine teilweise Kompensation ab 2008 beinhaltet, beträgt die Reduzierung der Regionalisierungsmittel allein in den Jahren 2006 bis 2010 rund 2,8 Mrd. € bundesweit. Für den RMV bedeutet dies ab 2007 eine Mittelreduzierung von bis zu 33,4 Mio. € jährlich.

Diese Mittelkürzungen wurden im Rahmen von Nachträgen im Rahmen der gültigen Finanzierungsvereinbarung gemildert.

Übergeordneter Grundsatz des RMV bei der Kompensation dieses Kürzungsanteils ist die solidarische Umgehensweise mit den notwendigen Maßnahmen. Konkret bedeutet dies, dass es keine Streckenstilllegungen gegeben hat und jeder Aufgabenträger im Verbundgebiet einen Teil der Last tragen muss. Dieser Ansatz berücksichtigt auch das Gefälle zwischen Ballungsraum und der Region. Der RMV selbst hat mit 50% die Hauptlast getragen. Dies bedeutete im Einzelnen die fehlenden Mittel u.a. aus einer außerordentlichen Tarifierhöhung, Leistungskürzung bei der Regionalbahn sowie aus Reduzierung der Regiekosten zu kompensieren.

Oberstes Ziel des RMV ist neben dem Erhalt der Funktionalität des Verbundes auch die Reduzierung der Risiken der kommunalen Aufgabenträger durch die sich ergebenden regionalen Umlagen für den Schienenpersonennahverkehr und den Regionalbus.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 (Fortsetzung)

Solange die Effekte aus dem Wettbewerb im SPNV noch nicht voll greifen und gleichzeitig überproportional Preissteigerungen zu verkräften sind, birgt dies erhebliche Risiken für die regionalen Umlagen. Hierfür steht der RMV mit dem Land in Verhandlungen über eine Übergangshilfe. Das Land hat in den Verhandlungen positiv reagiert und bereits für das Jahr 2008 eine Übergangshilfe in Höhe von 7,5 Mio. € zur Verfügung gestellt.

In einem weiteren Schritt gilt es die seitens des Landes auch für 2009 avisierte Übergangshilfe vertraglich zu fixieren.

Die derzeitige Finanzierungsvereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2009. Aufbauend auf den positiven Erfahrungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in der bestehenden Qualität und Quantität beabsichtigen das Land und der RMV die Finanzierungsvereinbarung vom 20.12.2004 zu modifizieren. Eckpunkte einer Finanzierungsvereinbarung für die Jahr 2010 – 2019 sind die:

1. Bestandsfinanzierung
2. Finanzierung bereits beschlossener Vorhaben (zwingend notwendig)
3. Umsetzung der Koalitionsvereinbarung
4. Laufzeit von zweimal fünf Jahren
5. Fortführung der Zielwertvereinbarung
6. Schwerpunktprojekte

Die Geschäftsführung strebt an, die Verhandlungen zur Umsetzung der Verbundfinanzierung mit dem Land Hessen zügig zu einem Abschluss zu bringen. Eine weitere Zielsetzung der Geschäftsführung ist die Erhöhung der Planungssicherheit durch eine Finanzierungsvereinbarung für einen Zeitraum von zweimal fünf Jahren.

Der Fokus liegt auf der Mittelsicherung zur Fortführung derzeit bestehender vertraglicher Verpflichtungen sowie in der längerfristigen Planungssicherung der im Betrachtungszeitraum vorgesehenen Maßnahmen. Ziel der Verhandlungen ist es, die Umlagen für den Regionalverkehr auf einem Niveau sicherzustellen, das im Schienenverkehr zu keinen Belastungen führt und sich im Busverkehr an der Umlage 2006 orientiert. Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung des lokalen Verkehrs.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.3 EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV

5.3.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr nach wie vor in der wettbewerblichen Übergangsphase. Zum Stand 31.12.2008 konnten nunmehr insgesamt 11 Teilnetze (TN) mit ca. 8,2 Millionen Zugkilometer im SPNV nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben werden. Dies entspricht einem Anteil von ca. 23% der Fahrleistungen, bezogen auf den Umfang der Verkehrs-Service-Verträge mit den Altunternehmen. Der Umfang der Fahrleistung der „Vergabeverfahren in Vorbereitung“ erhöht die Vergabequote auf ca. 50%.

5.3.2 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt des Buspersonennahverkehrs (BPNV) befindet sich im Berichtsjahr am Ende der Übergangsphase, d.h. bis zum Fahrplanwechsel 2010 am 12. Dezember 2009 werden alle Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben sein.

Zum Stand 31.12.2008 wurden 44 regionale Linienbündel – inklusive Wiederholungen – im Wettbewerb vergeben. Weitere 16 regionale Linienbündel beziehungsweise Teile daraus wurden in lokale Verantwortung übertragen und ebenfalls im Wettbewerb vergeben. Dies entspricht, gemessen am Stand der Fahrleistungen gegenüber den Altverträgen im Fahrplanjahr 2003, einem Anteil von ca. 80% der Fahrleistungen.

Im Berichtsjahr wurden sechs Ausschreibungspakete mit insgesamt neun Linienbündeln und ca. fünf Millionen Nutzwagenkilometern vergeben. Die Vergabequote beträgt im regionalen BPNV einschließlich der lokalisierten Verkehre 79,5% gemessen am Umfang der Bestandsverkehre in 2003.

Zur Erzielung von Synergieeffekten wurden auch im Berichtsjahr Ausschreibungspakete mit zwei oder mehreren Linienbündeln im Buspersonennahverkehr gebildet. Dies hatte wirtschaftliche und organisatorische Vorteile, die zu einer signifikanten Reduktion der damit verbundenen Transaktionskosten führten.

Nach den wettbewerblichen Vergaben im BPNV haben die Konzerngesellschaften einen Anteil von 64%, die privaten Busverkehrsunternehmen 25%, die privat/kommunalen 5% und die kommunalen 2% an den zu erbringenden Fahrleistungen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.4 Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

5. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH – Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung – tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz

	2008	2007	Verän-	2006
Aktiva	in €	in €	derung in €	in €
Anlagevermögen				
- EDV-Software	1.760.320	1.545.951	214.369	1.765.788
- Geleistete Anzahlungen	355.650	474.512	-118.862	136.760
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.115.970	2.020.463	95.507	1.902.548
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	496.333	403.736	92.597	521.091
Sachanlagen	496.333	403.736	92.597	521.091
- Anteile an verbundenen Unternehmen	725.568	637.719	87.849	432.839
- Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	6.639	-6.639	18.911
- Beteiligungen	37.500	50.000	-12.500	50.000
Finanzanlagen	763.068	694.358	68.710	501.750
	3.375.371	3.118.557	256.814	2.925.389
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	14.992	757.041	-742.049	878.663
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	787.405
- Sonstige Vermögensgegenstände	17.308.343	11.106.740	6.201.603	8.684.850
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.323.334	11.863.781	5.459.553	10.350.918
Wertpapiere	704.056	1.604.218	-900.162	1.889.652
Guthaben bei Kreditinstituten	758.767	3.267.553	-2.508.786	2.607.664
Umlaufvermögen	18.786.157	16.735.552	2.050.605	14.848.235
Rechnungsabgrenzungsposten	492.829	383.722	109.107	252.676
	22.654.357	20.237.831	2.416.526	18.026.299
Treuhandforderungen	43.814.934	39.186.261	4.628.673	41.982.955

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2008	2007	Verän-	2006
Passiva	in €	in €	derung in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	690.244	690.244	0	690.244
- Gewinnrücklagen	1.481.386	1.481.386	0	1.481.386
- Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	2.171.630	2.171.630	0	2.171.630
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	3.375.371	3.118.557	256.814	2.925.389
- Rückstellungen für Pensionen	4.445.021	3.636.445	808.576	3.365.967
- Sonstige Rückstellungen	5.262.450	5.030.827	231.623	4.764.908
Rückstellungen	9.707.471	8.667.272	1.040.199	8.130.875
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.805.760	3.598.158	-792.397	3.241.846
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	3.848.876	1.922.944	1.925.932	1.067.357
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	326.120	346.174	-20.054	155.179
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	49.147	72.055	-22.908	56.364
- Sonstige Verbindlichkeiten	327.984	316.506	11.478	274.405
Verbindlichkeiten	7.357.888	6.255.837	1.102.051	4.795.151
Rechnungsabgrenzungsposten	41.997	25.535	16.463	3.255
	22.654.357	20.237.831	2.416.526	18.026.299
Treuhandverbindlichkeiten	43.814.934	39.186.261	4.628.673	41.982.955

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 in €	2007 in €	2006 in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	2.404.116	2.442.632	2.103.959
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	25.062.899	24.327.014	25.384.732
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	27.467.015	26.769.645	27.488.691
Erträge aus Projektzuwendungen	4.255.523	2.419.656	3.689.976
Sonstige betriebliche Erträge	1.488.211	816.752	1.497.237
	33.210.750	30.006.053	32.675.904
Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.451.209	1.484.307	1.621.527
Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.024.264	16.011.939	17.423.242
a) Löhne und Gehälter	7.407.488	6.782.184	6.885.184
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.563.106	1.814.556	1.762.805
Personalaufwand	9.970.593	8.596.740	8.647.989
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	1.194.394	1.291.139	1.098.129
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.194.394	1.291.139	1.098.129
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.496.515	5.226.468	5.763.926
Erträge aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages	141.668	746.412	380.780
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	752.869	593.129	438.655
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	19.441	29.381
Aufwendungen aus Verlustübernahme	160.140	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	4.576	8.230
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.566	2.123	1.045
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	2.566	2.123	1.045
	2.566	2.123	1.045
Jahresüberschuss	0	0	0

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

Anschrift	Lyoner Straße 22, 60528 Frankfurt am Main
Telefon	069/660759-0
Telefax	069/660759-90
E-Mail	info@ivm-rheinmain.de
Internet	www.ivm-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	13. Mai 2002
Stammkapital	241.000,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27. November 2008
Handelsregistereintrag	HRB 75042 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt Rhein-Main.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle erforderlichen Tätigkeiten durchzuführen, die der Unterstützung des Integrierten Verkehrsmanagements der Region Frankfurt RheinMain dienen. Hierzu zählen:

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Die Erarbeitung notwendiger Grundlagen zur Umsetzung eines Verkehrsmanagements in der Region.
- Die Erarbeitung von regionalen Verkehrsmanagement- und Verkehrsinfrastrukturausbauplänen für die Region.
- Die Koordinierung des Verkehrsablaufs bei ausgewählten regionalen Ereignissen.
- Dienstleistungen als Bürgerservice.
- Unterstützende Maßnahmen für die Gesellschafter, die dem Gesellschaftszweck entsprechen.
- Die Übernahme neuer, gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben im Auftrag der Gesellschafter.

Für eine detaillierte Erläuterung der Aufgaben wird eine Aufgabenvereinbarung von den Gesellschaftern beschlossen, die nur gemeinschaftlich von allen Gesellschaftern aufgelegt und geändert werden kann. Ein Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben erfordert die Zustimmung der betroffenen Gesellschafter.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2009 (Stand: 31.12.09)	
Vorsitzender	Herr Ulrich Krebs
Stellv. Vorsitzender	Herr Horst Schneider
Mitglied	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Dr. Walter Arnold bis Mai 09
-----,,-----	Herr Michael Cyriax
-----,,-----	Herr Klaus-Peter Güttler bis Sept. 09

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2009 (Stand: 31.12.09) (Fortsetzung)	
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Alfred Jakoubek bis Okt. 09
-----,,-----	Frau Dr. Ursula Jungherr bis Nov. 09
-----,,-----	Herr Dr. Lothar Kaufmann
-----,,-----	Herr Dr. André Kawai
-----,,-----	Frau Silke Klinger
-----,,-----	Herr Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös
-----,,-----	Herr Wolfgang Reichel seit Febr. 10
-----,,-----	Herr Norbert Schüler bis Nov. 09
-----,,-----	Herr Steffen Saebisch seit Sept. 09
-----,,-----	Herr Dr. Thomas Schäfer seit Mai 09
-----,,-----	Herr Klau-Peter Schellhaas seit Okt. 09
-----,,-----	Herr Lutz Sikorski
-----,,-----	Herr Peter Sothmann seit Nov. 09
-----,,-----	Herr Dieter Wenzel
-----,,-----	Herr Thomas Will
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr.-Ing. Jürg Sparmann
-----,,-----	Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit dem 25. Juni 2002 eine Aufwandsentschädigung von € 50,00 pro Person und Sitzung. Die Gesamtvergütung in 2009 des Aufsichtsrates belief sich auf € 2.650,--

Auf die Angaben der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) verzichtet.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	3,112 %	7.500,00 €
Land Hessen	25,104 %	60.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	25,104 %	60.500,00 €
Hochtaunuskreis	3,112 %	7.500,00 €
Land Rheinland-Pfalz	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Darmstadt-Dieburg	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Groß-Gerau	3,112 %	7.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,112%	7.500,00 €

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Wetteraukreis	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Darmstadt	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Hanau	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Mainz	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Wiesbaden	3,112 %	7.500,00 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes)

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Die Gründung der Gesellschaft basiert auf dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) vom 19.12.2000. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgabe gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 8 BallrG ist es Aufgabe der Gesellschaft, regionale Verkehrsplanung und regionales Verkehrsmanagement zu übernehmen.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

**Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen
Produkt Regionalentwicklung 10.50.02.71250080 (früher : HHST. 7925.71507 bzw. 504)**

	2010	2009	2008
Umlage an die IVM	44.000	43.643	43.643

Die Umlage wird Einwohner bezogen erhoben und beträgt je EW 0,13 €

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	521.411	389.729	347.353

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	389.729
Zunahmen	131.682
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	521.411

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftsführer der ivm GmbH sind Herr Dr.-Ing. Jürg Sparmann und Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde am 02. März 2006 Herr Landrat Ulrich Krebs gewählt. Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Der Gesellschaftsvertrag der ivm GmbH enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht die umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei die Stadt Frankfurt einen erhöhten Umlagenanteil leistet. Das Land Hessen beteiligt sich 1 Mio. € pro Jahr an der Finanzierung der ivm. Das Land Rheinland-Pfalz beteiligt sich in Form einer Projektfinanzierung.

Die ivm GmbH hat elf Personalstellen, von denen durch Personalwechsel am 31.12.2009 zehn Stellen besetzt waren.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ivm Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

Projekte 2009 (auszugsweise)

Wirkungen individueller Verkehrsinformationen

Hauptziel der Untersuchung war es, eine Argumentationsgrundlage zu schaffen, die die Gesellschafter der ivm GmbH zur verstärkten Teilnahme an regionalem Verkehrsmanagement für den motorisierten Individualverkehr in der Region Frankfurt Rhein-Main ermutigt. Regionales Verkehrsmanagement wird dann erforderlich sein, wenn verkehrliche Probleme mehr als einen Akteur oder eine Kommune betreffen, sich Eingriffe auch auf andere maßgeblich auswirken oder nur dann tauglich sind, wenn sie zusammen mit anderen vorgenommen werden. Hierfür wurden die zentralen Fragen

- wo und wann eine Beteiligung sinnvoll ist
- und wie diese stattfinden kann

durch die Identifikation von Problembereichen und die Formulierung von Lösungsansätzen aus heutiger und künftiger (aktuelle Forschungsansätze und –ergebnisse) Sicht beantwortet. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die zunehmende Verbreitung individueller Navigationssysteme, die bisher nicht in allgemeine Verkehrsstrategien integriert wurden, gelegt.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Stiftungsprofessur für Mobilität

Das Kompetenzzentrum für Mobilität benötigt den Dialog mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region, um die neuesten Erkenntnisse aus der Wissenschaft und Forschung in die praktische Arbeit einfließen lassen zu können. Umgekehrt wird es aus der praktischen Arbeit Impulse für die Forschung geben.

Auf dem Gebiet der Wissenschaft gibt es bei den universitären Einrichtungen der Region bereits heute eine umfassende Wissens- und Kompetenzbasis, die für das Kompetenzzentrum genutzt werden soll. Die Schwerpunkte dieser Kompetenzen liegen derzeit vorwiegend in technischen und logistischen Lösungsansätzen und weniger in verhaltensorientierten Ansätzen, die aber zukünftig eine immer größer werdende Bedeutung erlangen werden. Eine im April 2008 abgeschlossene Untersuchung über die inhaltliche Konzeptentwicklung für ein Kompetenzzentrum Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain zeigt in anschaulicher Weise den Forschungsbedarf auf, der sich aufgrund der aktuellen und der zukünftigen Entwicklungen in den Bereichen Demographie und Umwelt, aber auch im sozialen Wandel, der Raumentwicklung, der Finanzierung von Mobilität, der objektiven und subjektiven Verkehrssicherheit sowie der Mobilitätssteuerung durch Politik und Wirtschaft ergibt. Angesichts dieser vorhersehbaren Entwicklung des sich daraus ergebenden Handlungsbedarfes auf allen Ebenen, ist die Einrichtung einer Forschungseinrichtung notwendig, um die erforderlichen Grundlagen zu erhalten.

Die Universität Frankfurt am Main war bereit, im Bereich Humangeographie einen Stiftungslehrstuhl Mobilität einzurichten, der sich mit den Themenfeldern beschäftigen wird, die als noch nicht ausreichend untersucht gelten. Der Rhein-Main-Verkehrsverbund hat sich gegenüber der Universität Frankfurt am Main als Stifter erklärt. Das Land Hessen unterstützt diese Initiative, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in einer anderen Initiative derzeit ein Konzept verfolgt wird, nach dem in Gateway-Gardens ein House of Logistics and Mobility (HoLM) gegründet werden soll, dessen Schwerpunkt eindeutig im Bereich Logistik liegen wird. Um den Bereich der Mobilität in Lehre und Forschung zu stärken, ist vorgesehen, den Stiftungslehrstuhl mit dem HoLM zu verknüpfen.

Für die ivm und das Kompetenzzentrum Mobilität ist die Zusammenarbeit mit dem Stiftungslehrstuhl Mobilität von essentieller Bedeutung, um bei der Lösung regionaler Verkehrsprobleme immer die neuesten Erkenntnisse der Forschung und Entwicklung berücksichtigen zu können.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Stiftungsprofessur für Mobilität (Fortsetzung)

Um von den Aufgabenschwerpunkten her Einfluss auf die Arbeit des Stiftungslehrstuhls nehmen und um die Prioritäten mitbestimmen zu können, ist eine Mitstifterschaft Voraussetzung. Die ivm beteiligt sich an der Finanzierung des Stiftungslehrstuhls und stellt damit sicher, dass der Verkehr und die Mobilität in ihrer Gesamtheit, also integriert betrachtet werden.

Intermodale Erreichbarkeitsstrukturen

Die Erreichbarkeit von Standorten stellt sowohl für private Haushalte wie auch Unternehmen und öffentliche Einrichtungen einen wesentlichen Standortfaktor dar. Die Kenntnis über die heutigen und zukünftigen Erreichbarkeitsstrukturen und -qualitäten stellt neben der Kenntnis über die nachfrageseitige Entwicklung eine wesentliche Grundlage für strategische, planerische und investive Maßnahmen dar.

Darüber hinaus gewinnt in interkommunalen und interregionalen Vergleich zunehmend auch die Qualität von Erreichbarkeitsstrukturen für größere Raumeinheiten (Gemeinde, Landkreis, Region) an Bedeutung.

Ziel der ivm GmbH ist es, ihren Gesellschaftern ein Instrumentarium zur Verfügung zu stellen, um die Erreichbarkeit einzelner Standorte „messen“, darstellen und bewerten zu können. Aufbauend auf dieser Analyse wird es möglich sein, konkrete Verbesserungen an den Angeboten im Individual- und Öffentlichen Verkehr zu erreichen.

Die Ergebnisse des Projektes richten sich an die ivm Gesellschafter. Ihnen soll ein Indikator zur Beurteilung der jeweiligen Verkehrssysteme – auch innerhalb lokaler Teilräume – an die Hand gegeben werden. Diese Indikatoren können als Grundlage für ein Benchmarking herangezogen werden. Auf dieser Grundlage könne konkrete Ansätze für zukünftige Planungen abgeleitet werden. Die transparente Darstellung der wissenschaftlichen Diskussion zu den Determinanten von Erreichbarkeiten, deren gegenseitigen Wirkbeziehungen sowie ggf. planerischen Interventionsmöglichkeiten („Stellschrauben“) bildet einen Schwerpunkt des Projekts.

Nach der Machbarkeitsuntersuchung im Jahr 2008 konnte in 2009 die Umsetzung des GIS-gestützten Erreichbarkeitsinstrumentariums erfolgreich abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurden zu verschiedenen Fragen und Themenstellungen weitere exemplarische Themenstellungen erarbeitet.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Intermodale Erreichbarkeitsstrukturen (Fortsetzung)

Somit liegt ein regionales Instrumentarium zur Umsetzung und Anwendung in der Region Frankfurt vor, mit dem nun seitens der ivm projektbezogen Erreichbarkeitsanalysen für ihre Gesellschafter durchgeführt werden können.

Aufstockung „Erhebung zur Mobilität in Deutschland“ (MID)

Mobilität gehört zum Alltag der meisten Menschen. Unterwegs zu sein, ist für Viele ein wichtiger Tagesbestandteil – zur Arbeit oder zur Schule, auf dem Weg zu Erledigungen, in der Freizeit oder bei anderen Gelegenheiten. Obwohl in vielen Fällen mit dem Auto verknüpft, ist Mobilität mehr als der Weg mit Kraftfahrzeugen. Fuß- und Fahrradwege haben einen nicht zu vernachlässigenden Anteil. Auch ohne Busse und Bahnen ist eine funktionierende Mobilität nicht denkbar.

Die Rahmenbedingungen für dieses Geschehen verändern sich. Damit Politik, Verkehrs- und Siedlungsplanung reagieren können, muss Mobilität in ihrer aktuellen Struktur bekannt sein. Daraus ergeben sich zahlreiche Fragestellungen.

Um diese Fragestellungen anhand konkreter quantitativer Hintergrundinformationen beantworten zu können, führte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Jahr 2008 die bundesweite Erhebung „Mobilität in Deutschland – MiD“ zum alltäglichen Mobilitätsverhalten in etwa 25.000 Haushalten durch.

Aus der Stichprobe der bundesweiten Erhebung entfallen etwa 2.200 Haushalte auf Hessen. Für regionale oder lokale Auswertungen und Analysen ist diese Basisstichprobe nicht ausreichend. Im Rahmen der Aufstockung sollen hessenweit 6.655 zusätzliche Haushalte befragt werden. Hiervon werden 1.665 Haushalte durch die ivm finanziert. Weitere Aufstockungspartner sind das Land Hessen, der Planungsverband, der RMV, der NVV sowie die Städte Frankfurt/traffiQ, Offenbach und Darmstadt. Diese Aufstockung muss vom selben Auftragnehmer durchgeführt werden, der auch mit der bundesweiten Erhebung beauftragt wurde. Die Beauftragung der Firma infas, Institut für angewandte Sozialforschung GmbH, erfolgt im Dezember 2007.

Die Vorbereitung der Befragung (Auswahl der Haushalte) erfolgte bis Ende 2007. Die eigentliche Befragung wurde in 2008 durchgeführt. Das Projekt wurde im Jahr 2009 mit der Bereitstellung der Erhebungsdaten abgeschlossen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

RheinMain-Mobilitätspanel – Kohorte 2008

Das Projekt verfolgt den Aufbau des Mobilitätsverhaltenspanels und ergänzt das 2009 abgeschlossene Projekt P 060-06. Bei der Panelerhebung wird eine definierte Menge von Haushalten (Kohorte) einmal im Jahr über drei Jahre hinweg befragt. Da einzelne Haushalte im Laufe der drei Jahre nicht mehr zur Verfügung stehen, schrumpft die Anzahl der Haushalte innerhalb einer Kohorte im Laufe der drei Jahre kontinuierlich. Um diesen Verlust auszugleichen, wurde im Jahr 2008 eine zweite Kohorte mit erneut 500 Haushalten angeworben und befragt.

Die Vergabe der Leistungen erfolgte im August 2008. Die Befragung der angeworbenen Haushalte erfolgte im Herbst 2008 und im Herbst 2009. Im Rahmen des Projekts erfolgt eine weitere Befragung im Herbst 2010. Das Projekt wird mit der Bereitstellung der Befragungsdaten im Frühjahr 2011 abgeschlossen.

Entwicklung der Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain bis zum Jahr 2030

In der Region Frankfurt RheinMain wird sich mittel- bis langfristig die Bevölkerungsstruktur ändern – ein höherer Anteil älterer Bewohner wird bis zum Jahr 2030 auch in der Region deutlich spürbar. Während in den ländlich geprägten Räumen für den öffentlichen Verkehr aufgrund einer zukünftig sinkenden Verkehrsnachfrage verträgliche Angebotsanpassungen erforderlich werden, werden in den Kernstädten auch weiterhin Kapazitätsengpässe bestehen.

Aus der Betrachtung der heutigen und der zukünftigen Situation müssen daher Strategien, Entscheidungs- und Handlungsgrundlagen für die Reaktion auf die verkehrliche Entwicklung abgeleitet werden können, die den gesellschaftlichen und damit den künftigen Bedürfnissen entsprechen.

Projektziel ist die stufenweise Abschätzung der Entwicklung von Verkehr und Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain bis zum Jahr 2030. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf dem alltäglichen Personenverkehr.

Auf Basis einer Szenarienstudie wird ein Korridor für mögliche verkehrliche Entwicklungen aufgezeigt. Da davon auszugehen ist, dass sich die verschiedenen Rahmenbedingungen der regionalen Entwicklung für verschiedene Städte und Landkreise der Region unterschiedlich darstellen, erfolgt die Analyse differenziert für verschiedene Teilräume.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Entwicklung der Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain bis zum Jahr 2030 (Fortsetzung)

Diese regional gültigen Entwicklungslinien werden so weit herunter gebrochen und quantifiziert, dass hieraus explizit Eingangsdaten für ein Personenverkehrsmodell abgeleitet werden können. Per Simulation wurden das zukünftige Mobilitätsverhalten der in der Region lebenden Personen und das Verkehrsgeschehen in seiner Gesamtheit abgebildet.

Bereits in 2008 konnte die Studie in ihrer inhaltlichen Bearbeitung abgeschlossen werden und die Simulationsergebnisse wurden VDRM-konform aufbereitet. In 2009 wurden diese Ergebnisse nochmals mit einem regionalen Expertengremium reflektiert. Im Ergebnis zeigte sich, dass sich die aktuellen regionalen Entwicklungen anders als in den Szenarien angenommen entwickelt. Dies betrifft die Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung wie auch die tatsächliche Entwicklung der Fahrgastnachfrage im ÖPNV. Daher wurde beschlossen, mit der Fortschreibung der Untersuchung zu beginnen. Dies beinhaltet ebenfalls eine Überarbeitung des zu Grunde liegenden ÖPNV-Modells in der VDRM.

Das Projekt wird in Kooperation mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund und der Fraport AG durchgeführt. Die ivm GmbH hat die Federführung inne.

Schulisches Mobilitätsmanagement

Aufbauend auf den Ergebnissen der im Jahr 2008 erarbeiteten Grundlagenstudie wurde 2009 der Schritt in die Umsetzung von Maßnahmen mit dem Ziel der dauerhaften Verankerung des Themas bei den Gesellschaften vollzogen. Seit Beginn des Jahres 2009 konzentriert sich die Projektarbeit auf die Ansprache von Gesellschaftern und die Vorbereitung von Pilotvorhaben. Bislang steht die ivm dazu mit folgenden Gesellschaftern in Kontakt: Stadt Darmstadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg, Rheingau-Taunus-Kreis, Landkreis Groß-Gerau, Stadt Offenbach, Stadt Hanau, Stadt Wiesbaden. Ein erstes Ergebnis wurde im Rahmen der Unterstützung des Netzwerkes „Schule und Mobilität“ in der Stadt Darmstadt mit der Vorstellung der ersten neu erstellten Schulwegpläne erzielt. Des Weiteren wurde die ivm in hessenweite Aktivitäten zum Schulischen Mobilitätsmanagement eingebunden und eine enge Zusammenarbeit mit der Unfallkasse Hessen und dem Hessischen Kultusministerium auf diesem Gebiet begründet.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Schulisches Mobilitätsmanagement (Fortsetzung)

Außerdem wurde die ESWE Wiesbaden bei der Berichtserstellung zum Projekt Busschule unterstützt sowie im Rahmen der Aktivitäten zur Umsetzung des Integrierten Verkehrskonzeptes im Rheingau-Taunus-Kreis die Einrichtung eines thematischen Arbeitskreises beschlossen. Dort wurde außerdem für das kommende Jahr eine enge Zusammenarbeit konkret im der IGS Obere Aar in Taunusstein vereinbart.

Begleitung des Mobilitätsmanagers Offenbach

Die ivm hat die Begleitung und Beratung des Mobilitätsmanagers für das betriebliche Mobilitätsmanagement in Stadt und Kreis Offenbach fortgeführt. Hierzu stand die ivm dem Mobilitätsmanager, der Lokalen Nahverkehrsorganisation und der Kreis-Verkehrsgesellschaft Offenbach bei konkreten Einzelfragen beratend zur Seite.

Radroutenplaner Hessen

Weiterentwicklung Radroutenplaner Hessen

Die Resonanz der Nutzer auf den Radroutenplaner ist nach wie vor überwältigend. Im Jahr der Eröffnung im Mai 2007 wurden 15 Mio. Seitenaufrufe vermerkt, in 2008 folgten 36 Mio. Seitenaufrufe und in 2009 verzeichnete der Radroutenplaner 62 Mio. Seitenaufrufe. Der höchste Tageswert wurde am 23.08.2009 mit 434.000 Seitenaufrufen registriert.

Dieser Erfolg ist darauf zurückzuführen, dass der Internetplaner auch auf vielfachen Wunsch der Nutzer kontinuierlich verbessert wird und mit technisch hoch stehenden Funktionalitäten aufwarten kann.

Um den Bekanntheitsgrad weiter zu steigern, wurde der Radroutenplaner auf wichtigen Veranstaltungen vorgestellt:

- Hessentag Langenselbold
- Hessischer Tourismustag Darmstadt
- Biken-Fitness-Gesundheit, Rüsselsheim
- Sicherheitstage des hessischen Rundfunks
- Europäische Woche der Mobilität in Frankfurt
- Ökomesse Offenbach
- Fahrrad.markt.zukunft Frankfurt Messe
- 7. Hessischer Mobilitätskongress

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Radroutenplaner Hessen (Fortsetzung)

Die Schwerpunkte der Weiterentwicklung lagen im Jahr 2009 auf folgenden Themen.

Anzeige der Rettungspunkte in Hessen

In Hessen gibt es in den Waldgebieten knapp 4.000 Rettungspunkte, die mit einem Schild und einer eindeutigen Buchstaben-Zahlenkombination als Kennung versehen sind. Diese Rettungspunkte sind an markanten und gut erreichbaren Punkten im Wald oder am Waldrand festgelegt und dienen im Notfall als Treffpunkt zwischen Rettungskräften und den alarmierenden Personen.

Anzeige der Rettungspunkte in Hessen (Fortsetzung)

Die Rettungsstellen werden auf den Karten des Radroutenplaners mit einem eigenen Symbol angezeigt und mit weiteren Informationen (Nummer, Erläuterung der Funktion, Beispielfoto) versorgt.

Räumliche Erweiterung im Verbandsgebiet der Region RheinNeckar

Auf Wunsch der Metropolregion Rhein-Neckar wurde das Verbandsgebiet komplett in den Radroutenplaner Hessen integriert, um eine Kompatibilität zwischen den beiden Ballungsräumen herzustellen. Die Freischaltung erfolgte am 30. April 2009 auf dem Maimarkt in Mannheim.

Anzeige von Tourentipps

Tourentipps sind Vorschläge für halb- bis ganztägige Fahrradtouren. Ein Tourentipp besteht aus einer kurzen verbalen Beschreibung (inkl. Links zu den angefahrenen Sehenswürdigkeiten und Hinweisen zur An- und Abreise per Bahn) sowie der Darstellung auf der Karte. Dabei wird nicht der Routenverlauf gespeichert, sondern die Einstellungen, mit denen die Tour mit dem Radroutenplaner aktuell berechnet wird. Hiermit ist sichergestellt, dass die Tour (weitgehend) auf dem Radnetz verläuft und automatisch zusätzliche Informationen wie Fahrtanweisungen, Höhenprofil, GPS-Track erzeugt werden. Die Tourentipps werden üblicherweise von den Touristikorganisationen erstellt (Text, Links, gespeicherte Route aus dem Radroutenplaner).

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Radroutenplaner Hessen (Fortsetzung)

Umsetzung einer neuen Nutzeroberfläche für die Kartendarstellung

Nicht zuletzt durch die Evaluation des Radroutenplaners ist eine Überarbeitung der Nutzeroberfläche des Radroutenplaners im Hinblick auf eine weitere Steigerung der Bedienungsfreundlichkeit als notwendig erachtet worden. Die Verbesserung der Nutzeroberfläche erforderte eine technologische Erweiterung des bisherigen Systems um neue hochinteraktive Funktionen.

Kommunales Verkehrsmanagement

Einer der Aufgabenbereiche der ivm ist die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei der Erarbeitung von Verkehrsmanagementplänen bzw. bei einzelnen Verkehrsmanagementprojekten. Die ivm hat hierbei eine koordinierende, beratende und Dienst leistende Rolle inne im unmittelbaren Kontakt mit den Gesellschaftern.

ÖV-Modell Main/Wiesbaden: Die Städte Mainz und Wiesbaden sowie die in den Städten tätigen Verkehrsunternehmen wollten für den Nahbereich der beiden Städte eine gemeinsame Datenbasis schaffen. Diese Datenbasis soll es ermöglichen, die Nachfragepotenziale neuer Linien und/oder Linienveränderungen zuverlässig abzuschätzen. Die ivm unterstützt dieses Vorhaben seit Sommer 2007 aktiv. Das Projekt wurde im Sommer 2009 mit der Bereitstellung der Untersuchungsergebnisse abgeschlossen.

Zukunftsfähiger Schülerverkehr im Kreis Offenbach

Die Zusammenarbeit mit der KVG Offenbach zur Erarbeitung eines Konzeptes für einen zukunftsfähigen ÖPNV bei der Schülerbeförderung im Kreis Offenbach wurde auch im Jahr 2009 fortgeführt. Ein regelmäßig tagender Runder Tisch und begleitender Fachbeirat wurden erfolgreich eingerichtet, eine umfassende Befragung zum Verkehrsverhalten in allen weiterführenden Schulen durchgeführt sowie zusätzlich an ausgewählten Schulen Vorschläge zur Neuorganisation von Verkehrsinfrastruktur und –lenkung in deren Umfeld erarbeitet. Dabei konnten die Arbeiten im Ostkreis zum Jahresende weitestgehend abgeschlossen werden, einzelne Abstimmungsvorgänge zur Umsetzung konkreter Maßnahmen in den einzelnen Kommunen bedürfen jedoch eines längeren Zeitraums. Aufgrund des großen Erfolges ist die Ausweitung der Untersuchung auf den gesamten Kreis Offenbach fest eingeplant.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Verkehrsmanagement für Großveranstaltungen

Die ivm stand 2009 der Stadt Langenselbold für die (verkehrlichen) Vorbereitungen zum Hessentag 2009 zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützt die ivm in Abstimmung mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und der Staatskanzlei die Städte Stadtallendorf (Hessentag 2010) und Oberursel (Hessentag 2011) aktiv in Fragen der Projektorganisation und des Verkehrsmanagements. In beiden Städten gibt es einen Arbeitskreis „Verkehr“, in dem die ivm jeweils eine aktive Rolle übernommen hat.

Grundlage für diese Unterstützungstätigkeit ist in allen Fällen der „Leitfaden zum Veranstaltungsverkehr“, den die ivm für ihre Gesellschafter im Jahr 2007 im Nachgang zur FIFA Fußballweltmeisterschaft erarbeitet hat.

In Ergänzung dazu hat die ivm die FH Frankfurt beauftragt, Verkehrserhebungen während des Hessentags 2009 in Langenselbold durchzuführen und so aufzubereiten, dass die Ergebnisse als Datengrundlagen für die Planungen weiterer Hessentage und anderer Großveranstaltungen dienen können. Dies ist im Geschäftsjahr 2009 erfolgt.

Park & Ride in Hessen

Die ivm hat 2007 im Rahmen des Projektes „Staufreies Hessen 2015“ eine landesweite Bestandsaufnahme der Parkangebote an über 600 Stationen des regionalen Schienenverkehrs in Hessen beauftragt. Es wurden unter anderem Informationen zu Lage, Größe, Nutzungsentgelten, zum Verkehrsangebot und zu sonstiger Infrastruktur, zur Barrierefreiheit des Zugangs und zu Parkmöglichkeiten für behinderte Menschen sowie zu Bike-and-Ride-Anlagen erhoben.

Diese Informationen stehen als Planungsgrundlage zur Verfügung, gleichzeitig war die so entstandene Datenbank Grundlage für eine kartenbasierte Internet-Anwendung, die im Laufe des Jahres finalisiert wurde und seit Herbst 2009 unter www.pundr.hessen.de interessierten Pendlern Informationen zum P+R-Angebot an den Haltepunkten des regionalen Schienenverkehrs in Hessen anbietet. Im Zuge der Freischaltung hat sich ein hoher Aktualisierungsbedarf gegenüber der Bestandsaufnahme gezeigt. Die ivm GmbH hat im vierten Quartal 2009 bereits zahlreiche Angebote in Eigenleistung aktualisiert und auf Basis wiederkehrender Nutzeranfragen das Informationsangebot erweitert.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2009 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Mobilitätsmasterplan Region Frankfurt RheinMain (MoMaPlan)

Anlass für den MoMaPlan ist die Erkenntnis, dass es zukünftig schon allein aus finanziellen Gründen nicht möglich sein wird, alle geplanten Infrastrukturmaßnahmen in der Region zeitnah zu realisieren.

Daher müssen aus der Vielfalt aller in der Region vorgesehener Projekte diejenigen ermittelt werden, die für die ganze Region den höchsten Nutzen haben. Um ein solches Projektbündel herauszuarbeiten, wurde im Jahr 2008 ein Bewertungsmaßstab und ein Bewertungsverfahren entwickelt.

Schwerpunkte der Tätigkeit im Jahr 2009 waren

- Prüfung des entwickelten Bewertungsverfahrens auf Stabilität und Sensitivität
- Sammlung aller relevanten Daten der zu betrachtenden Maßnahmen
- Anwendung des Bewertungsverfahrens auf die einzelnen Maßnahmen
- Anwendung des Bewertungsverfahrens auf die Maßnahmenbündel (Betrachtung von mehreren Maßnahmen gemeinsam)
- Erstellung von Maßnahmendossiers
- Aufbereitung sämtlicher Ergebnisse

Neben den Maßnahmen, die einer Bewertung unterzogen werden, werden die flankierenden Maßnahmen dargestellt, die zur Mobilitätssicherung beitragen. Die Aktivitäten für die Erstellung eines Mobilitätsmasterplans für die Region Frankfurt RheinMain werden im Jahr 2010 fortgesetzt.

Projekte 2010 - Vorschau - (auszugsweise)

Regionales Mobilitätsverhalten

Im Rahmen des Projektes sollen in 2010 auf Grundlage der methodischen Vorarbeiten aus dem Jahre 2009 ein Vergleich zentraler Mobilitäts- und anderer Kennziffern vorgenommen werden und die Aussagen zur Vergleichbarkeit der regionalen Mobilitätsdatensätze empirisch überprüft und gegebenenfalls neu bewertet werden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2010 - Vorschau - (auszugsweise)

Regionales Mobilitätsverhalten (Fortsetzung)

Ergebnis des Projekts soll die Bewertung von Unterschieden bei Vergleich zentraler Mobilitätskennziffern aus den vorliegenden regionalen Mobilitätsdatensätzen sein. Außerdem sollen die Daten der Haushaltbefragungen des Mobilitätspanels und der MiD für eine konkrete Auswertung und Gegenüberstellung einzelner Mobilitätskennziffern verwendet werden.

Rhein-Main-Mobilitätspanel – Kohorte 2008

Im Rahmen des Projektes erfolgte bereits im Herbst 2008 und im Herbst 2009 eine Haushaltsbefragung. Die angeworbenen Haushalte werden im Herbst 2010 erneut befragt. Das Projekt wird im Frühjahr 2011 mit der Übergabe des Schlussberichts abgeschlossen.

Entwicklung der Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain bis zum Jahr 2030

Ziel der Untersuchung „Entwicklung von Mobilität und Verkehr in der Region Frankfurt bis zum Jahr 2030“ war die szenarienhafte Betrachtung möglicher Entwicklungspfade für die Region Frankfurt RheinMain und der Auswirkung auf das Mobilitäts- und Verkehrsgeschehen in der Region Frankfurt RheinMain. Dies erfolgte ausgehend vom Basisjahr 2005 für die Zeithorizonte 2010, 2020 und 2030 und in einer teilträumlichen Differenzierung.

Mit Vorliegen der Ergebnisse und im Rahmen eines Ergebnisworkshops vom 23.06.2009 wurde festgestellt, dass die tatsächliche Entwicklung bis zum heutigen Zeitpunkt in einigen Punkten bereits deutlich von den zu Beginn der Studie getroffenen Szenarienannahmen abweicht. Dies betrifft die Motorisierungsentwicklung in den Kernstädten, den Trend der Reurbanisierung, die Annahmen zu Bevölkerungsentwicklung sowie die Veränderungen in den Rahmenbedingungen für die individuelle Mobilität aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und des voranschreitenden Klimawandels. Darüber hinaus stellt sich die derzeit beim Rhein-Main-Verkehrsverbund zu verzeichnende Fahrgastentwicklung aktuell positiver dar und liegt damit bereits im Basisjahr und bis 2010 außerhalb des über die Szenarien dargestellten Korridors. Daher wird vermutet, dass zumindest mittelfristig ein weiterer Abbau von Kapazitätsengpässen im regionalen Schienenverkehrsangebot ein weiteres Anwachsen der ÖPNV-Nachfrage nach sich zieht.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2010 - Vorschau - (auszugsweise) (Fortsetzung)

Entwicklung der Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain bis zum Jahr 2030 (Fortsetzung)

Um eine Verwendbarkeit der Ergebnisse für weitere in der Region anstehende Untersuchungen zu gewährleisten, soll die vorliegende Studie vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und aktualisierter Strukturdatenprognosen fortgeschrieben werden und die Szenarienüberlegungen sollen angepasst werden. Die bisher zu Grunde liegenden Annahmen sind zu überprüfen und die derzeit feststellbaren Trends hinsichtlich ihrer Auswirkungen zu diskutieren. Grundlage hierfür ist zudem die Überarbeitung des ÖPNV-Modells aus der VDRM.

Rhein-Main-Mobilitätspanel – Kohorte 2009

Im Rahmen des Projektes erfolgte Herbst 2009 eine erste Haushaltsbefragung von 500 Haushalten. Die angeworbenen Haushalte werden im Herbst 2010 und im Herbst 2011 erneut befragt. Das Projekt wird im Frühjahr 2012 mit der Übergabe des Schlussberichts abgeschlossen.

Wirkungen von Mobilitätsmanagement auf Verkehr und Umwelt

Nachdem für das Projekt Ende 2009 grundsätzliche Machbarkeit gezeigt werden konnte, soll diese zudem beispielhaft anhand der beispielhaften Anwendung für ein bis zwei konkrete Planfälle in der Region belegt werden. Ebenfalls noch im Rahmen der Machbarkeitsuntersuchung soll ein Bewertungskonzept für die Ergebnisse der Abschätzungen erarbeitet werden. Endpunkt dieser ersten Projektphase ist ein Umsetzungskonzept für die Vollentwicklung des Werkzeuges, die eine Ausweitung von Modellansätzen und Datengrundlagen auf weitere Planfälle vorsieht und bei erfolgreichem Abschluss der Machbarkeitsuntersuchung noch im Jahr 2010 begonnen werden soll.

Schulisches Mobilitätsmanagement

Für das Jahr 2010 ist die Fortsetzung der bisherigen Arbeiten sowie die Ansprache und Kooperation weiterer Gesellschafter vorgesehen. Bereits im Januar wird z.B. die erste Sitzung des Arbeitskreises zum Schulischen Mobilitätsmanagement im Rheingau-Taunus-Kreis stattfinden. Erste Ziele sind die Übertragung des Pilotprojektes BusGuards Aarbergen auf weitere Schulen im Kreis (zunächst Reformschule Oestrich-Winkel), die Begleitung der IGS Obere Aar in Taunusstein bei der Umsetzung von Maßnahmen an der Schule und der Beteiligung am bundesweiten Realisierungswettbewerb „effizient mobil“.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2010 - Vorschau - (auszugsweise) (Fortsetzung)

Darauf aufbauend erfolgt die Erarbeitung von strategischen Konzepten zur langfristigen Verstetigung von Maßnahmen. Zudem wird die ivm die Stadt Hanau bei der Lösung von Verkehrsproblemen im Zuge eines Kindergartenneubaus im Bereich Nordwest, einem bereits bestehenden großen Schulstandort, begleiten und konzeptionell unterstützen. Mit der Unfallkasse Hessen wurden bereits mehrere Kooperationsfelder vereinbart, konkret soll u.a. eine Sonderauswertung MiD (Aufstockung Hessen) zum Verkehrsverhalten von Schülern in Verbindung mit den vorhandenen Unfalldaten erfolgen.

Auch die Kooperation bei dem Aufbau einer Plattform "Engineering & Education" im zweiten Hessischen Verkehrssicherheitsforum wird fortgesetzt. Da die Förderung der Vernetzung und des Informationsaustausches zwischen, Region, Land Hessen sowie weiteren Akteuren ein zentrales Ziel des Projektes darstellt, ist zudem eine Intensivierung des Kontaktes zur Landesverkehrswacht, die Teilnahme am vom HLSV organisierten ersten Hessischen Kindermobilitätstag sowie ein gesellschafterübergreifender Workshop zum Jahresende vorgesehen.

Radroutenplaner Hessen

Die ivm wird die Weiterentwicklung des Radroutenplaners Hessen u.a. mit folgenden neuen Komponenten vorantreiben:

Anzeige der „Art der Wegeoberfläche“

Die ivm hat 2009 – zunächst nur für die Themenrouten – die Art der Wegeoberfläche durch Bereisung erfasst. Dabei wurde beispielsweise in Asphalt, Beton, wasserbebundene Decke oder Naturboden unterschieden. Im Radroutenplaner soll der Nutzer auf Wunsch die Art der Wegeoberfläche auf der Karte in verschiedenen Farben darstellen können.

Anzeige der „Art der Wegeführung“ und der „Qualität der Befahrbarkeit“

Analog wurde auch die Art der Wegeführung durch Bereisung erfasst. Dabei wird beispielsweise in „vorhandene Radverkehrsanlage“, „Führung auf klassifizierter Straße außerorts“ oder „Führung auf sonstigem Weg außerorts bzw. innerorts“ unterschieden. Bei der Qualität der Befahrbarkeit wird in die Qualitätsstufen „gut“, „befriedigend“, „ausreichen“ und „mangelhaft“ eingeteilt. Das Netzmodell und die Nutzeroberfläche müssen entsprechend erweitert werden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2010 - Vorschau - (auszugsweise) (Fortsetzung)

Radroutenplaner Hessen (Fortsetzung)

Anzeige der Wegeabschnitte mit Beleuchtung

Auch eine vorhandene Beleuchtung wurde durch Bereisung erfasst. Das Netzmodell und die Nutzeroberfläche müssen entsprechend angepasst werden.

Ergänzung der Hintergrundkarten um Gebäudeumrisse

Die Karten auf den niedrigen Zoomstufen (Stadtplanniveau) enthalten bisher keine Gebäudeumrisse. Diese Daten liegen beim HLBG vor und werden für den Radroutenplaner zur Verfügung gestellt. Da die Gebäudeumrisse nicht Bestandteil der ATKIS-Daten sind, sondern als eigene Daten in einem Shape-Format vorliegen, müssen die Programme zur Kartenerzeugung erweitert werden, um diese zusätzlichen Daten nutzen zu können.

Eingabe von Rastmöglichkeiten als weitere punktuelle Karteninhalte mit Fotos

Bei der Bereisung zur Erfassung der Wegeoberfläche wurden auch Rastmöglichkeiten an der Themenroute in ihrer Lage erfasst und mit Fotos versehen. Diese Daten werden übernommen, in einer Datenbank abgelegt und in die Karte mit Icon und Infobox integriert. Zusätzlich wird das Redaktionssystem erweitert, sodass die Eingabe weiterer Punkte (inkl. Fotoupload) durch Dritte möglich wird.

Animierte Benutzerhilfe

Der Radroutenplaner bietet eine Vielzahl von Funktionen, die sich einem „neuen“ Nutzer zunächst nicht erschließen. Deshalb wird für Einsteiger eine Präsentation erarbeitet, in der die wichtigsten Funktionen in Form von Animationen und erklärenden Texten aufbereitet werden.

Erweiterung des Radroutenplaners um „Fahrradrouten zu Schulen“

Erarbeitung der Darstellung von sicheren/empfohlenen Radrouten zu Schulen mit der Möglichkeit, mit dem Radroutenplaner individuelle Routen über diese Strecken planbar zu machen. Input hierzu sind die von den Schulen mit Hilfe der ivm bereitgestellten Routenverläufe. Zusätzlich können die Daten punktbezogene Informationen (sichere Straßenquerungen, Gefahrenstellen) enthalten, die in einer Datenbank abgelegt und auf der Karte dargestellt werden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2010 - Vorschau - (auszugsweise) (Fortsetzung)

Radroutenplaner Hessen (Fortsetzung)

Um genau auf den empfohlenen/festgelegten Schulstrecken routen zu können, müssen die bisher nicht im Radnetz befindlichen Strecken ergänzt werden und alle Schulstrecken mit einer besonderen Kennung versehen werden. Dann kann analog zur Funktion „eine bestimmte Themenroute bevorzugen“ das Routing über die Schulstrecken erzwungen werden.

Zukunftsfähiger Schulerverkehr im Kreis Offenbach

Die Zusammenarbeit mit der KVG Offenbach zur Erarbeitung eines Konzeptes für einen zukunftsfähigen ÖPNV bei der Schülerbeförderung im Kreis Offenbach wird auch im Jahr 2010 fortgeführt. Da die bisherigen Aktivitäten ein außerordentlich positives Echo hervorriefen, wird das Projekt mit der bislang bereits als Option vorbehaltene Ausweitung auf den Westkreis fortgesetzt. Zusätzlich ist eine Maßnahmenpriorisierung hinsichtlich deren Umsetzung in Abstimmung mit den Aufgabenträgern vorgesehen. Die Projektbearbeitung erfolgt im Sinne der oben skizzierten Arbeitsschritte. Das Projekt wird voraussichtlich im Juli 2010 abgeschlossen sein, ggf. verbunden mit der Veranstaltung eines Workshops.

Mobilitätsmasterplan Region Frankfurt RheinMain (MoMaPlan)

Die Aktivitäten für die Erstellung eines Mobilitätsmasterplans für die Region Frankfurt RheinMain werden im Jahr 2010 fortgesetzt.

Die Ergebnisse werden im Fachbeirat mit den Vertretern der Gesellschafter und den Mitgliedern des Aufsichtsrats diskutiert und auf ihre Akzeptanz geprüft. Soweit erforderlich, werden Anregungen aus dem Fachbeirat aufgenommen und in die weiteren Betrachtungen einbezogen.

Einen Schwerpunkt der Arbeiten wird die Beschreibung von flankierenden Maßnahmen beinhalten. Diese sind Bestandteil des Schlussberichts.

Der Entwurf des MoMaPlan-Berichtes, der neben der Prioritätenreihung der Infrastrukturmaßnahmen auch die flankierenden Maßnahmen zur Mobilitätssicherung enthalten wird, wird aller Voraussicht nach im Frühsommer vorliegen. Der Abschluss des Projektes ist für Sommer 2010 vorgesehen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2010 - Vorschau - (auszugsweise) (Fortsetzung)

Anwendungshandbuch VDRM (Verkehrsdatenbasis Frankfurt RheinMain)

Die in 2007 beauftragten Leistungen sollen im Laufe des Jahres 2010 abgeschlossen werden. Das Projekt soll mit der Bereitstellung eines Handbuchs, in dem die wichtigsten Untersuchungsergebnisse zusammengestellt werden, abgeschlossen werden. Anschließend muss über die weitere Nutzung und die Weiterentwicklung des Handbuchs entschieden werden.

Entwicklung von Strategien zur Luftreinhaltung am Beispiel der Stadt Offenbach

Aufbauend auf den bereits in 2009 erarbeiteten Inhalten (aktueller Stand der Wissenschaft und Definition der Situationen, in denen Verkehrssteuerung zur Reduktion der Schadstoffbelastungen eingesetzt werden kann) soll in 2010 die Messungen im Untersuchungsgebiet sowie deren Auswertung vorgenommen werden. Aus den so ermittelten Zusammenhängen zwischen Verkehrsablauf und Immissionen werden dann geeignete verkehrliche Maßnahmen abgeleitet. In Abstimmung mit der Stadt Offenbach werden exemplarisch zweckmäßige Maßnahmenpakete mit größtmöglichem Wirkungspotenzial für die definierten Situationen zusammengestellt.

Ausblick auf die künftige Entwicklung

Die Schwerpunkte der Projektarbeit in 2010 werden auf folgenden Gebieten liegen:

- Mobilitätsmanagement
- Verkehrsmanagement
- Datenmanagement und
- Infrastrukturmanagement

Im Bereich Mobilitätsmanagement versucht die ivm zunehmend, Einfluss auf das Mobilitätsverhalten der Menschen im Rhein-Main-Gebiet zu nehmen. So betreibt die ivm weiterhin regionale Beratungs- und Informationsangebote wie beispielsweise das Pendlernetz, den Radroutenplaner oder ein P+R und P+M-Auskunftssystem. Sie fördert außerdem die Entwicklung neuer Angebotsformen wie beispielsweise Vanpooling oder flexible Mitnahmeverkehre.

Die ivm GmbH trägt kein finanzielle Risiko, da sie der Förderung der Zusammenarbeit der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, der Landkreise und Städte der Region Frankfurt RheinMain zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Projekte 2010 - Vorschau - (auszugsweise) (Fortsetzung)

Ausblick auf die künftige Entwicklung (Fortsetzung)

Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Bei Abschluss von wesentlichen Verträgen im bestehenden Budgetrahmen wird ebenfalls kein Risiko für die zukünftige Entwicklung gesehen.

Es gibt keine Vorgänge besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2009	2008	Verände-	2007
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0	0	0	5.000
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- EDV-Software	63.766	354.947	-291.181	601.765
- Geleistete Anzahlungen	61.360	35.700	25.660	0
Immaterielle Vermögensgegenstände	125.126	390.647	-265.521	601.765
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	54.029	54.526	-497	77.233
Sachanlagen	54.029	54.526	-497	77.233
	179.155	445.173	-266.018	678.998
- Forderungen gegen kommunale Aufgabenträger	126.697	46.404	80.294	26.573
- Forderungen gegen das Land Hessen	0	88.821	-88.821	203.236
- Sonstige Vermögensgegenstände	10.144	10.780	-636	20.651
	136.842	146.004	-9.163	250.460
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	635.010	528.978	106.033	372.573
Umlaufvermögen	771.852	674.982	96.870	623.034
Rechnungsabgrenzungsposten	24.007	10.494	13.513	6.716
	975.014	1.130.649	-155.635	1.313.748
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	241.000	241.000	0	241.000
Eigenkapital	241.000	241.000	0	241.000
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	179.155	445.173	-266.018	678.998
- Sonstige Rückstellungen	33.448	31.193	2.255	33.458
Rückstellungen	33.448	31.193	2.255	33.458
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	489.413	359.314	130.100	317.091
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	20	0	20	0
- Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Hessen	20	0	20	0
- Sonstige Verbindlichkeiten	31.958	30.416	1.542	30.262
Verbindlichkeiten	521.411	389.729	131.682	347.353
Rechnungsabgrenzungsposten	0	23.554	-23.554	12.939
	975.014	1.130.649	-155.635	1.313.748

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	999.980	975.932	1.303.139
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	999.980	1.263.821	986.115
Erträge aus Projektförderung	488.343	429.127	187.129
Zuwendungen	2.488.303	2.668.880	2.476.383
Sonstige betriebliche Erträge	21.968	12.348	11.944
Gesamtleistung	2.510.271	2.681.228	2.488.327
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.548.856	1.719.704	1.370.390
Rohergebnis	961.415	961.524	1.117.937
Personalaufwand			
- Gehälter	560.121	519.641	483.850
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	105.465	109.760	97.934
	665.586	629.401	581.785
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	311.396	328.308	290.185
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	311.396	328.308	290.185
Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	45.378	94.483	314.459
Sonstige betriebliche Aufwendungen	258.796	251.098	247.605
Betriebsergebnis	-8.346	-13.458	-25.912
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.366	13.766	26.220
Finanzergebnis	8.366	13.766	26.220
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	20	308	308
Sonstige Steuern	20	308	308
Summe Steuern	20	308	308
Jahresüberschuss	0	0	0

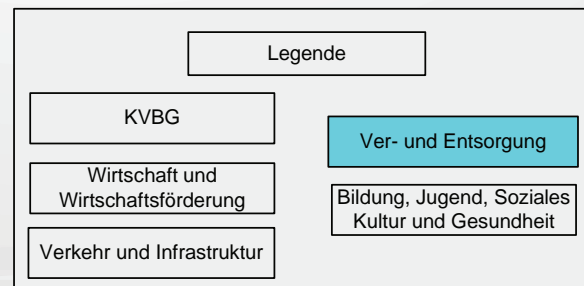
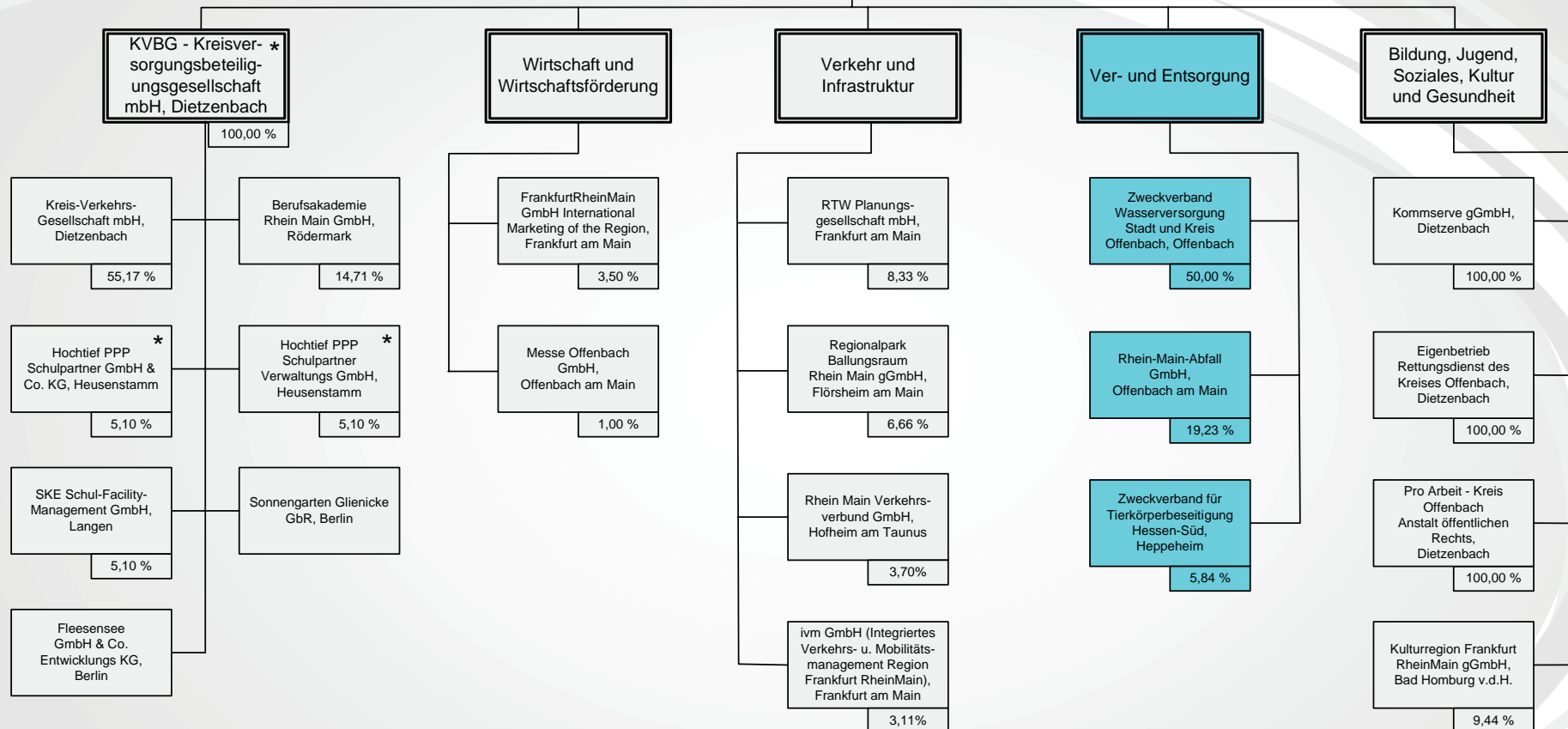
Ver – und Entsorgung

Redaktionsschluss:

31.12.2009

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Ver- und Entsorgung -



Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Der Zweckverband Wasserversorgung wurde im Jahre 1970 gemeinsam von der Stadt und dem Kreis Offenbach gegründet und besteht somit seit 40 Jahren.

Wie sich aus dem Verbandszweck ergibt, besteht dessen Aufgabe in der Beschaffung von Wasser sowie der Errichtung und des Betriebes von Wassergewinnungs- und Wasserfortleitungsanlagen – mit Ausnahme der örtlichen Verteilernetze – für die Versorgung der Stadt Offenbach und der Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach. Gemäß dem Verbandszweck tritt dieser somit nicht als unmittelbarer Vertragspartner gegenüber dem Endkunden auf, sondern beliefert kommunale Stadtwerke bzw. gemeindliche Versorgungsträger, die wiederum ihrerseits die Haushalte und Betriebe der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde mit Wasser beliefern.

Die Bedeutung des Zweckverbandes für eine sichere und reibungslose Versorgung von mehr als 300.000 Einwohnern in Stadt und Kreis Offenbach mit Wasser war in der Vergangenheit vielen Einwohnerinnen und Einwohnern im Verborgenen geblieben.

Erst in der jüngeren Vergangenheit hat sich die wichtige und komplexe Versorgungsaufgabe des Zweckverbandes in der Bevölkerung „herumgesprochen“, dies nicht zuletzt aufgrund einer starken Ausweitung der Präsenz in der Öffentlichkeit.

Denn mit der Förderung von Wasser als vorrangiger Aufgabe des Zweckverbandes ist heutzutage mehr denn je zwingend der Schutz des Grundwassers verbunden. Dies bedeutet für die im Einzugsgebiet lebenden Einwohnerinnen und Einwohner, Verbrauchsgewohnheiten so zu gestalten, dass der Rohstoff Wasser auch künftig qualitativ so den Brunnen im Verbandsgebiet entnommen werden kann, wie es gesetzliche Vorschriften bestimmen.

Nur unter den vorgenannten Bedingungen kann die zukünftige Versorgung aus dem Verbandsgebiet als gesichert und somit auch preisgünstig angesehen werden.

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

Anschrift	Am Wasserwerk 1, 63110 Rodgau
Telefon	06106/6995-0
Telefax	06106/6995-60
E-Mail	info@zwo-wasser.de
Internet	www.zwo-wasser.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gem. § 9 KGG
Gründungsdatum	1970
Stammkapital	2.500.000,00 €
Verbandssatzung	Im Berichtsjahr galt die gemäß § 9 KGG erlassene Satzung des Zweckverbandes Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach vom 9. März 1977, zuletzt geändert am 08. Oktober 2007.
Handelsregistereintrag	HRA 9671 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser sowie die Errichtung und der Betrieb von Wassergewinnungs- und Wasserfortleitungsanlagen – mit Ausnahme der örtlichen Verteilernetze – für die Versorgung der Stadt Offenbach und der Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach; der Zweckverband kann auf Wunsch von angeschlossenen Gemeinden Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen gegen Erstattung der Selbstkosten durchführen.

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

C. Organe des Verbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Erich Strüb
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Paul Scherer
Mitglied	Herr Udo Alt
-----,,-----	Herr Michael Bald
-----,,-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----,,-----	Herr Edmund Flößer
-----,,-----	Herr Peter Freier
-----,,-----	Herr Michael Rickert
-----,,-----	Herr Norbert Schultheis
-----,,-----	Herr Rolf Wenzel

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz der Verbandsversammlung wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für die Verbandsversammlung betrug insgesamt € 9.485,65

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes (Stand 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Peter Walter
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Albert von Rockenthien
Mitglied	Herr Gerd Hibbeler
-----,,-----	Herr Clemens Jäger
-----,,-----	Herr Wilfried Jungbluth
-----,,-----	Herr Hermann Schoppe

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz des Verbandsvorstandes wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für den Vorstand betrug insgesamt € 9.959,70

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

C. Organe des Verbandes (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer

Herr Bernd Petermann

D. Mitglieder

Mitglieder	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	50,00	1.250.000,00
Stadt Offenbach	50,00	1.250.000,00
	100,00	2.500.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 39 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) haben die Gemeinden in ihrem Gebiet die Bevölkerung und die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen ausreichend mit Trink- und Betriebswasser zu versorgen. Die Gemeinden können die Verpflichtung zur Wasserversorgung nach § 39 Abs. 1 HWG auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf private Dritte übertragen oder sich dieser bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bedienen; sie können dabei auch Wasser- und Bodenverbände oder Zweckverbände bilden und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.

Ein Zweckverband gemäß den Bestimmungen des Hessischen Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) ist keine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	12.707.478	12.830.663	10.689.443

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	12.707.478
Zunahmen	0
Abnahmen	123.185
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	12.830.663

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Das vom Zweckverband geförderte oder bezogene Wasser wird an die Verbandsmitglieder oder andere Träger der öffentlichen Wasserversorgung zu einem Preis abgegeben, in dem eine angemessene Eigenkapitalverzinsung (kalkulatorische Verzinsung des Eigenkapitales) angesetzt werden kann. Mit Zustimmung der Verbandsversammlung kann Wasser auch an Dritte zu gesondert festgelegten Bedingungen abgegeben werden. Zurzeit werden neben der Stadt Offenbach die meisten Städte und Gemeinden des Kreises (bzw. die zuständigen Stadtwerke) sowie die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg und die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau beliefert. Von den Gemeinden des Kreises Offenbach werden nicht vom Verband versorgt die Stadt Rödermark und nur teilweise die Städte Rodgau, Mühlheim, Dreieich, Langen und Neu-Isenburg.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

2009 betrug der Wasserverkauf 18,102 Mio. m³. Er lag damit geringfügig unter dem Verbrauch des Vorjahres (18,163 Mio. m³). Für 2010 wird ein Wasserverkauf von 18,1 Mio. m³ prognostiziert. Der Wasserverkaufspreis für 2009 beträgt endgültig 47,00 Cent/m³, im Vorjahr waren es 46,00 Cent/m³ zuzüglich MwSt. Der vorläufige Wasserpreis für das Jahr 2010 ist auf 48,0 Cent/m³ zuzüglich MwSt. festgesetzt worden.

Das 2009 abgegebene Wasser stammt mit 16,601 Mio. m³ (91,7 %) aus eigenen Brunnen im Verbandsgebiet. Darüber hinaus wurden vom Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg 1,001 Mio. m³ (5,5 %) und von der Hessenwasser GmbH & Co. KG 0,500 Mio. m³ (2,8 %) bezogen. In den Jahren 2010-2012 wird bei normalen Witterungsbedingungen mit einem jährlichen Wasserverkauf von ca. 18,1 Mio. m³ gerechnet.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Zum 01.08.2009 wurde die Verwaltung des Zweckverbandes von Seligenstadt in den Neubau im Wasserwerk Jügesheim verlegt. Gleichzeitig sind die Meister mit Arbeitsvorbereitung und Abteilungsleitung Betrieb innerhalb des Wasserwerkgeländes vom Alt- in den Neubau umgezogen. Durch entsprechende Vorbereitung und Logistik verlief der Umzug reibungslos. Die laufenden Arbeiten konnten nach kurzer Unterbrechung wieder aufgenommen werden.

Der Umzug des Labors vom Wasserwerk Hintermark nach Jügesheim schloss sich im November an. Auch hierbei ist es zu keinen nennenswerten Störungen des Betriebsablaufes gekommen.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Risikofrüherkennung

Zur Früherkennung von Risiken wurde ein Risikohandbuch erarbeitet, das allen aktiv am Risikomanagement beteiligten Mitarbeitern den Prozess des implementierten Risikomanagements verdeutlicht. Ferner soll es den Mitarbeitern helfen, die mit der Prozesseinbindung verbundenen Aufgaben und Verantwortungen erfolgreich zu bewältigen. Das Risikohandbuch stellt einen internen Leitfaden für das Risikomanagement dar und dient im Einzelnen zur:

- Beschreibung der Bedeutung der frühzeitigen Erkennung von Risiken für das Unternehmen
- Definition von Risikofeldern
- Darstellung der Methodik für die Risikoidentifizierung und –bewertung
- Festlegung von Verantwortlichkeiten innerhalb des Risikomanagements
- Regelung der Risikoverfolgung und Risikoberichterstattung
- Darstellung der wesentlichen Kontrollmechanismen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Voraussichtliche Entwicklung

Der ZWO bleibt in seiner Verbandsstruktur bestehen und hat zum 01.01.2008 zur Modernisierung die Verbandssatzung geändert. Der ZWO hat die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden intensiviert und kooperiert verstärkt mit dem ZVG Dieburg. Mit dem Abwasserverband Schleifbach wurde eine Einkaufskooperation zur Beschaffung von Strom gebildet. Die Energieversorgung Offenbach AG (EVO) hat zum 01.01.2010 die Pflege und Wartung des Fuhrparks des ZWO probeweise übernommen. Verhandlungen über die Übertragung von Laboruntersuchungen der EVO an das Labor des ZWO werden noch geführt.

Die Versorgung mit Trinkwasser durch den ZWO wurde durch die Erteilung neuer Wasserrechte mit entsprechend langen Laufzeiten für die Zukunft abgesichert. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser als Aufgabe der Daseinsvorsorge kann damit auch künftig durch den ZWO zuverlässig durchgeführt werden.

Wasserlieferungs- und Wasserbezugsverträge

Im Jahr 2005 hat der ZWO mit der Hessenwasser GmbH & Co. KG einen Vertrag über die Lieferung von 500.000 m³ Trinkwasser und mit dem Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg einen Vertrag über die Lieferung von 1.000.000 m³ Trinkwasser abgeschlossen. Der mit der Hessenwasser GmbH & Co. KG abgeschlossene Vertrag wurde wegen der stetig zurückgehenden Verkaufsmengen zum Ablaufdatum 31.12.2009 gekündigt. Mit dem Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg wurde ein neuer Vertrag über eine jährliche Liefermenge von 1.000.000 m³ mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014 abgeschlossen.

Die Liefermengen 2009 betragen:

Hessenwasser GmbH & Co. KG	500.376	m ³
Gruppenwasserwerk Dieburg	1.000.695	m ³

Die Kosten für den Wasserbezug beliefen sich auf 707.496 €.

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

L. Bilanz

	2009	2008	Verände-	2007
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	224.753	161.395	63.358	176.579
Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	4.710.581	2.816.506	1.894.075	2.931.953
Grundstücke mit Wohnbauten	33.418	36.482	-3.064	37.140
Grundstücke ohne Bauten	287.892	287.892	0	287.892
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	157.157	0	157.157	0
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	3.019.203	3.308.044	-288.841	3.496.709
Verteilungsanlagen	4.252.281	4.775.809	-523.528	5.232.976
Betriebs- und Geschäftsausstattung	743.741	599.864	143.877	646.120
Anlagen im Bau	1.151.323	1.582.642	-431.320	294.659
Sachanlagen	14.355.596	13.407.239	948.356	12.927.449
Sonstige Ausleihungen	1.221	2.506	-1.284	3.728
Finanzanlagen	1.221	2.506	-1.284	3.728
Anlagevermögen	14.581.570	13.571.140	1.010.430	13.107.756
Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	391.618	380.975	10.642	402.094
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	752.180	765.202	-13.021	6.305
Sonstige Vermögensgegenstände	285.106	192.390	92.716	221.723
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.037.286	957.591	79.695	228.027
Guthaben bei Kreditinstituten	1.236.297	2.222.141	-985.843	1.792.657
Umlaufvermögen	2.665.201	3.560.708	-895.507	2.422.779
Sonstige Abgrenzungsposten	3.658	3.946	-288	1.004
Rechnungsabgrenzungsposten	3.658	3.946	-288	1.004
	17.250.429	17.135.794	114.635	15.531.539

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2009	2008	Verände-	2007
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Stammkapital	2.500.000	2.500.000	0	2.500.000
Rücklagen	98.347	98.347	0	98.347
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	144.916	2.160	142.757	1.403
Jahresgewinn/-verlust	266.491	142.757	123.734	757
Eigenkapital	3.009.754	2.743.263	266.491	2.600.506
Sonderposten für Investitionszuschüsse zu den Sachanlagen	563.441	401.166	162.275	437.843
Rückstellung für Pensionsverpflichtungen	495.294	500.743	-5.449	525.290
Steuerrückstellungen	34.811	160.544	-125.733	118.300
Sonstige Rückstellungen	439.651	499.414	-59.764	1.159.682
Rückstellungen	969.756	1.160.701	-190.946	1.803.272
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.153.721	12.421.486	-267.766	10.386.784
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	482.429	353.818	128.611	257.397
Sonstige Verbindlichkeiten	71.329	55.359	15.970	45.263
Verbindlichkeiten	12.707.478	12.830.663	-123.185	10.689.443
Sonstige Abgrenzungsposten	0	0	0	473
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	473
	17.250.429	17.135.794	114.635	15.531.539

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	8.738.848	8.578.128	7.977.889
Andere aktivierte Eigenleistungen	183.105	63.367	75.948
Sonstige betriebliche Erträge	254.740	296.634	316.156
	9.176.694	8.938.129	8.369.993
Materialaufwand			
- für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	1.145.331	1.149.936	1.083.708
- für bezogene Leistungen	1.373.605	1.523.599	1.339.855
	2.518.935	2.673.535	2.423.563
Personalaufwand			
für Löhne und Gehälter	3.123.465	3.034.952	2.715.284
für Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	924.849	863.976	843.272
	4.048.313	3.898.928	3.558.556
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	1.325.686	1.173.772	1.146.334
Sonstige betriebliche Aufwendungen	534.970	545.661	624.366
	8.427.905	8.291.897	7.752.820
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und aus sonstigen Finanzanlagen	96	159	218
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.483	52.395	71.328
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	534.721	485.617	498.062
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	233.647	213.168	190.658
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-46.949	59.062	178.585
Sonstige Steuern	14.105	11.349	11.316
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	266.491	142.757	757

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Die RMA GmbH ist ein regionales Unternehmen der Abfallwirtschaft mit Sitz in Offenbach und wurde im Zuge der Neuordnung der Abfallwirtschaft im Rhein-Main-Gebiet am 21.12.1998 gegründet. Der Kreis Offenbach ist einer der Gründungsgesellschafter.

Die bis zum 31.12.1998 beim Umlandverband Frankfurt liegende öffentlich-rechtliche Entsorgungspflicht nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) wurde mit Wirkung vom 1.1.1999 allen Gesellschaftern der RMA rück übertragen. Die RMA ist die Dachorganisation, die als geeigneter Dritter im Sinne von § 16 des KrW-/AbfG für die Gesellschafter tätig wird und so die abfallwirtschaftlichen Maßnahmen steuert. Zur Abfallbeseitigung besitzt die RMA einen Generalentsorgungsauftrag. Die RMA betreibt selbst keine eigenen Entsorgungsanlagen; zur Entsorgung stehen ihr jedoch die Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt (Frankfurt), das Müllheizkraftwerk Offenbach, die Deponie Flörsheim Wicker und die Abfallumladeanlage im Frankfurter Osthafen zur Verfügung.

Im Zuständigkeitsgebiet der RMA fallen pro Jahr (2009) – mit dem Aufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden - etwa 531.000 Tonnen Haus- und Gewerbeabfälle an.

Zu den Hauptaufgaben der RMA gehören

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Nutzung vorhandener regionaler Abfallentsorgungseinrichtungen
- Abfallmengen- und Abfallwirtschaftsplanung
- Festlegung von Entsorgungsstandards und der Berechnung der Entgelte sowie der wesentlichen Inhalte der Abfallsatzungen

Die Gesellschafter der RMA haben sich verpflichtet

- alle Möglichkeiten der Abfallvermeidung auf regionaler Ebene zu nutzen
- bei der Abfallverwertung neue umweltschonende und wirtschaftliche Weg zu entwickeln und durchzusetzen
- die vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen im Verbundgebiet auszulasten und dadurch die Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit sicherzustellen
- weitere Gebietskörperschaften als Kooperationspartner einzubeziehen, wenn und soweit dies für das Erreichen der Ziele förderlich erscheint

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Anschrift	Ludwigstraße 44, 63067 Offenbach
Telefon	069/80052-0
Telefax	069/80052-299
E-Mail	info@rmaof.de
Internet	www.rmaof.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 1998
Stammkapital	275.900,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 12. Juli 2005
Handelsregistereintrag	HRB 11794 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern, insbesondere

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallwirtschaftsplanung
- die Abstimmung von sanierungsfondrelevanter Investitionen in die Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallmengenplanung
- die Festlegung der Entsorgungsstandards einschließlich der Berechnung der Entgelte und des wesentlichen Inhalts der Abfallsatzungen, soweit dieser die Entsorgungspflicht im engeren Sinne (nicht die Einsammlung und Transport) betrifft.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Hans-Jürgen Hielscher
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Robert Müller
-----,,-----	Herr Werner Müller
-----,,-----	Herr Oliver Quilling
-----,,-----	Herr Rolf Wenzel
für den Hochtaunuskreis	Herr Uwe Kraft
-----,,-----	Herr Hermann Maier
-----,,-----	Herr Dr. Wolfgang Müsse
-----,,-----	Herr Aribert Oehm
-----,,-----	Herr Gregor Sommer
für den Main-Taunus-Kreis	Herr Berthold R. Gall
-----,,-----	Herr Albrecht Kündiger
-----,,-----	Herr Karl Thumser
-----,,-----	Herr Dieter Wolf
für die Stadt Frankfurt	Herr Uwe Becker
-----,,-----	Herr Markus Frank bis August 2009
-----,,-----	Frau Angela Hanisch
-----,,-----	Herr Jan Klingelhöfer
-----,,-----	Herr Robert Lange ab August 2009
-----,,-----	Frau Dr. Manuela Rottmann

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand 31.12.2009) (Fortsetzung)		
für die Stadt Offenbach	Herr Michael Beseler	ab September 2009
-----,-----	Herr Edmund Flößer	ab September 2009
-----,-----	Herr Dr.-Ing. Kurt Hunsänger	bis September 2009
-----,-----	Frau Birgit Simon	bis September 2009
-----,-----	Herr Peter Walther	
-----,-----	Herr Paul Gerhard Weiß	
-----,-----	Herr Klaus-Josef Werné	
für die Stadt Maintal	Herr Rolf Sachtleber	

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Constanze Celten
--------------------------	-----------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen.

Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Gesamtbezüge des Geschäftsführers werden gem. § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen im Jahre 2008 T€ 4.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtaunuskreis	19,23	53.050,00
Kreis Offenbach	19,23	53.050,00
Main-Taunus-Kreis	19,23	53.050,00
Stadt Frankfurt	19,23	53.050,00
Stadt Maintal	3,85	10.650,00
Stadt Offenbach am Main	19,23	53.050,00
	100,00	275.900,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes (Fortsetzung)

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Abfallverwertung und -beseitigung, Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen, § 1 Abs. 1 Nr. 1 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01

	2010	2009	2008
Widerspruchsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51000010	0	50	0
Widerspruchsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51000150	50	0	0
Bußgelder Buchungsstelle 67.02.01.51500010	0	50	0
Ordnungswidrigkeitsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51500010	50	0	0
Abfallgebühren RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.53020030	17.915.000	19.831.000	15.021.451
Vermischte Erlöse Buchungsstelle 67.02.01.53099070	0	50	0
Arbeitnehmervergütungen Buchungsstelle 67.02.01.62000010	14.800	14.250	0
Beamtenbezüge Buchungsstelle 67.02.01.63000010	25.900	24.960	0

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01 (Fortsetzung)

	2010	2009	2008
Beiträge zur gesetzl. Sozialvers. Buchungsstelle 67.02.01.64000010	2.960	2.890	0
Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Unfallversicherungskasse Buchungsstelle 67.02.01.64200010	380	380	0
Arbeitnehmerversorgung ZVK Buchungsstelle 67.02.01.64700010	1.260	1.230	0
Beamtenversorgung Buchungsstelle 67.02.01.64500010	5.960	6.230	0
Zuführung z. Pensionsrückst. Beamte Buchungsstelle 67.02.01.64600010	1.940	3.720	0
Zuführung zu Beihilferückstellungen Buchungsstelle 67.02.01.64610000	470	0	0
Entsorgungsleistungen RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.61710020	17.775.000	19.675.000	15.021.451
Sachaufwand Abfallbeseitigung Buchungsstelle 67.02.01.61790040	2.235	6.000	1.613
Reisekosten EDV+fachb. Fortbildung Buchungsstelle 67.02.01.68500010	20	0	0
Fort- und Weiterbildung Buchungsstelle 67.02.01.68800010	200	0	0
Verwaltungskostenanteil Buchungsstelle 67.02.01.71720030	0	92.150	0
Altlastenfinanzierungsumlage Buchungsstelle 67.02.01.73549010	58.000	58.000	11.860

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für das Jahr 2008 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	26.755.440	28.087.681	63.256.387

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	28.087.681
Zunahmen	0
Abnahmen	1.332.241
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	26.755.440

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

A. Rahmenbedingungen

Die RMA Rhein-Main Abfall GmbH wurde in 1998 als Nachfolgerin des Umlandverbandes Frankfurt gegründet. Durch das Gesetz zur Aufgabenänderung des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) vom 17.12.1998 wurde die Abfallentsorgung im Verbandsgebiet des UVF wieder auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. Die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften hielten auch nach dieser Rückübertragung eine regionale Kooperation für notwendig. Dies war die Geburtsstunde der RMA GmbH. Durch das Vertragswerk vom 21. Dezember 1998 schlossen die Gebietskörperschaften Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Kreis Offenbach, Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach am Main und Stadt Maintal eine Grundlagvereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung und gründeten die Rhein-Main-Abfall GmbH (RMA). Die Stadt Bad Vilbel wurde im Juli 2000 als weiterer Gesellschafter aufgenommen. Dieser Stadt wurde allerdings ein Kündigungsrecht eingeräumt. Von diesem Kündigungsrecht hat die Stadt Bad Vilbel in 2005 Gebrauch gemacht. Die Gesellschafter erteilten der RMA einen Generalentsorgungsauftrag, wonach diese als „beauftragte Dritter“ im Sinne des § 16 Abs. 1 KrW/AbfG handelt. Sie hat alle von den Gesellschaftern überlassenen Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen. Sitz der Gesellschaft ist Offenbach am Main.

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern sowie die Finanzierung der Deponienachsorge, die Beschaffung und Sicherung der Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen, die Abfallwirtschaftsplanung, die Abfallmengenplanung sowie die Festlegung der Entsorgungsstandards. Die Gesellschaft nimmt hierbei Steuerungs- und Kontrollfunktionen wahr. Sie ist dazu ermächtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere ihr ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Übertragung weiterer abfallwirtschaftlicher Aufgaben an die RMA GmbH ist möglich. So ist für die Organisation der Schadstoffsammlung im Hochtaunuskreis, im Main-Taunus-Kreis, im Kreis Offenbach, in der Stadt Offenbach und Stadt Maintal die RMA zuständig. Die RMA ist zudem durch den Kreis Offenbach beauftragt, das Elektro- und Elektronikgerätegesetz umzusetzen.

Das Hauptziel der RMA GmbH ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle. Die Nutzung vorhandener Abfallentsorgungsanlagen in der Rhein-Main Region und damit die Auslastung der vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen im Gebiet des Verbundes dient der langfristigen Sicherung wirtschaftlicher Entsorgungskapazität.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

A. Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung und Deponienachsorge decken, ist eine Aufgabe der RMA GmbH. Die von der RMA GmbH berechneten Entsorgungsentgelte werden von den Gebietskörperschaften in der Kalkulation der jeweiligen Abfallgebührensatzungen berücksichtigt.

B. Geschäftsentwicklung

1. Entsorgungssicherheit

Die Entwicklung der Abfallwirtschaft war im letzten Jahrzehnt durch die Zielkonzepte des Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrW/AbfG) bestimmt: Vermeiden, Verwerten, Beseitigen. Die möglichst schadlose Deponierung war ein Teilaspekt der Beseitigung. In der Umsetzung dieser Leitlinien sind differenzierte stoffliche Verwertungswege in Kombination mit der Verbrennung geschaffen worden. Dies führte zu einer stetigen Abnahme der überlassungspflichtigen Restmüllmengen aus privaten Haushalten. Neben dieser Entwicklung bestimmt die TASI (Technische Anleitung Siedlungsabfall) und die Deponienachsorge die Handlungsfelder der Rhein-Main Abfall GmbH (RMA). In der TASI wurde die Deponierung unbehandelter Abfälle bis längstens 31.05.2005 befristet. Die RMA GmbH hast sich auf die Auswirkungen des Deponieverbotes frühzeitig vorbereitet. Da sich diese Entwicklung bereits seit 1999 abzeichnete, wurde auf den ursprünglich geplanten Ausbau der Deponie Flörsheim-Wicker zur „TASI-Deponie Klasse II“ verzichtet. Dadurch konnten Investitionen im dreistelligen Millionenbereich eingespart werden. Da die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften auch Entsorgungskapazitäten für nicht brennbare Abfälle vorzuhalten haben, wurde ein Kooperationsvertrag mit der Landeshauptstadt Wiesbaden geschlossen. In diesem Vertrag wird der Tausch freier Verbrennungskapazitäten der RMA gegen ungenutzte Deponiekapazitäten der Landeshauptstadt Wiesbaden geregelt. Der Vertrag sieht einerseits die Verbrennung von 85.000 Tonnen Abfall der Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen der Verbrennungskapazitäten der RMA vor. Im Gegenzug können jährlich bis zu 100.000 Mg Abfälle der RMA auf der Deponie der Landeshauptstadt Wiesbaden abgelagert werden. Die Sicherung ausreichender Verbrennungskapazitäten in den vertraglich verbundenen Entsorgungsanlagen MHKW Frankfurt und MHKW Offenbach ist vorhanden. Die Verträge sichern 350.000 Mg/a im MHKW Frankfurt bis 2018 und 140.000 Mg/a im MHKW Offenbach bis 2013. Durch den zeitlich verlagerten Beginn der Generalüberholungsphase der Frankfurter Müllverbrennungsanlage von ursprünglich 2002 in das Jahr 2004 und dem Eintritt des Deponieverbotes Mitte 2005 sich erhebliche Kapazitätsengpässe aufgetreten.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

1. Entsorgungssicherheit (Fortsetzung)

Zur Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit im RMA-Gebiet mussten alternative Entsorgungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Hierzu sind in den vergangenen vier Jahren zusätzliche Kontingente im MHKW Offenbach gesichert worden, im Geschäftsjahr 2009 12.933 Mg/a. Die Abfallmengen des Hochtaunuskreises und des Main-Taunus-Kreises wurden ab dem Jahr 2005 mit steigender Tendenz abgesteuert. Für das Geschäftsjahr 2009 konnte die abgesteuerte Abfallmenge auf 21.449 Mg/a reduziert werden. Diese Mengen sind im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Kooperationsvertrages in die Müllverbrennungsanlage Darmstadt geliefert worden. Die auf der Deponie Dykerhoffbruch, Wiesbaden, zwischengelagerten Abfallmengen (Endbestand 2008 23.548 Mg) konnten zum Ende des dritten Quartals 2009 vollständig abgebaut werden. Insgesamt sind rd. 530.612 Mg inklusive der Wiesbadener Abfälle, den zwischengelagerten Mengen sowie Abfallmengen aus Rückführungsverpflichtungen im Rahmen des Ausfallverbundes entsorgt worden.

Den besonderen Bedingungen der Generalsanierung der Frankfurter Müllverbrennungs-Anlage im laufenden Betrieb sind durch Nachträge in den Jahren 2006, 2007, 2008 und auch im Geschäftsjahr 2009 Rechnung getragen worden. Im Juni 2009 ist der dritte Nachtrag zum Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 unterzeichnet worden. Im Geschäftsjahr mussten 6.107 Mg/a aufgrund von Betriebsstörungen abgesteuert werden. Die abgesteuerten Abfallmengen sind zum überwiegenden Teil im zweiten Quartal des Geschäftsjahres wieder in die Frankfurter Anlage zurückgeliefert worden. Dies war über den Ausfallverbund möglich. Final mussten im Geschäftsjahr 2.575 Mg/a über die FES GmbH entsorgt werden.

2. Ausfallverbund

Die Gründungsmitglieder sind die Rhein-Main Abfall GmbH, der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS), die Müllverwertungsanlage Bonn GmbH, die Müllheizkraftwerk Kassel GmbH, die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) sowie die Rhein-Main Deponie GmbH. Der Rhein-Main Ausfallverbund ermöglicht durch einen am 01. April 2008 beginnenden und auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Kooperationsvertrag, die wirtschaftliche und sichere Entsorgung von Abfällen, die aufgrund von Betriebseinschränkungen bis hin zu geplanten, wie auch ungeplanten Stillständen in den Müllverbrennungsanlagen nicht unmittelbar verbrannt werden können. Die derzeit beteiligten Verbundpartner entsorgen insgesamt rund 1 Million Tonnen Abfall für 2,2 Millionen Einwohner. Die RMA übernimmt für den Ausfallverbund auch die Aufgabe einer gemeinsamen Geschäftsstelle.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

3. Mengenentwicklung und Entsorgungsentgelte

Die Entwicklung der überlassungspflichtigen Abfallmengen im RMA Gebiet war insgesamt rückläufig. Die Mengenentwicklung ist wesentlich beeinflusst durch den Beginn eines Hausmüllsortierversuches der Stadt Offenbach zur Abschöpfung des biogenen Anteils im Hausmüll im Januar 2009 und dem Beitritt einer weiteren Kommune des Kreises Offenbach zu diesem Versuch sowie die zunehmende Einführung der Getrenntsammlung von Bioabfällen. Das Hausmüllaufkommen hat sich im Geschäftsjahr zum Vorjahr um 13.022 Mg vermindert. Die Gewerbeabfälle und die Baustellenabfälle bleiben auf dem Vorjahresniveau. Die Sperrmüllmengen verzeichneten im Berichtszeitraum einen leichten Anstieg. Im Berichtsjahr wurden der RMA 414.324 Mg/a (410.520 in 2008) zuzüglich 85.407 Mg aus Wiesbaden und 23.557 Mg vom Zwischenlager und zuzüglich eines Rücklieferungsanspruches angedient. Die absolute Steigerung zum Vorjahr resultiert aus einer deutlichen Zunahme der Vertragsmengen inklusive Asbest, die die Minderung der Anlieferungen aus privaten Haushalten ausgeglichen hat. Hier kann allerdings nicht von der Ausnahme auf die Regel geschlossen werden. Der massive Einbruch der einnahmerelevanten Abfallmengen durch Sortierung und zunehmende Getrenntsammlung hat bei Verstetigung der Entwicklung Auswirkungen auf die Entgeltkalkulation der RMA.

Die Umsatzerlöse des Berichtsjahres lagen aufgrund der Vertragsmengen nur um 1,00% unterhalb des Wirtschaftsplans 2009.

Die RMA hat seit ihrer Gründung im Jahr 1998 die Entgelte im ersten Jahr ihres Bestehens gesenkt und erstmalig nach sieben Jahren Stabilität eine Anpassung ihrer Entgelte zum 01.01.2007 vornehmen müssen. Mit Wirkung zum 01.01.2009 musste eine weitere Entgelterhöhung beschlossen werden. Das Entsorgungsentgelt für Hausmüll wurde mit 237,50 € inkl. MwSt., für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle sowie für Sperrmüll festgesetzt. Die Entgelte für deponiefähige Abfälle wurden auf 35,70 € inkl. MwSt. gesenkt. Die Notwendigkeit der Entgelterhöhung für brennbare Abfälle resultierte im Wesentlichen aus dem Vorhaben „Sanierung des MHKW-Frankfurt“ und der rückläufigen Entwicklung der einnahmerelevanten beseitigungspflichtigen kommunalen Abfälle. Zwei bedeutende Ereignisse bestimmen seit 2007 die Entgeltentwicklung der RMA. Die Generalsanierung der Frankfurter Müllverbrennungsanlage hat im Jahr 2004 begonnen und die Technische Anleitung Siedlungsabfall ist im Juni 2005 in Kraft getreten. In der Folge dieser beiden Ereignisse musste die RMA große Anstrengungen unternehmen, um einerseits die Entsorgungssicherheit im RMA Gebiet weiterhin sicherzustellen und andererseits die Deponiestilllegungs- und -nachsorgemaßnahmen zu finanzieren als auch den

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

3. Mengentwicklung und Entsorgungsentgelte (Fortsetzung)

Entsorgungsvertrag mit der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH den sich ständig veränderten Bedingungen einer Sanierung des Müllheizkraftwerkes im laufenden Betrieb anpassen.

Die Sanierung ist im Geschäftsjahr 2009 abgeschlossen und der Entsorger FES hat im März 2010 eine Nachkalkulation der Sanierungsphase vorgelegt. Die erforderlichen Anpassungen sind im laufenden Geschäftsjahr in dem dritten Nachtrag zum Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 vorgenommen worden. Die wesentlichen Regelungsinhalte beziehen sich auf die Nachkalkulation der Generalsanierung für die Jahre 2005 bis 2009 sowie die Erprobung und Optimierung der Betriebsweise in einer Probetriebsphase, die für mindestens zwei Jahre der Regelbetriebsphase vorausgeht. Der dritte Nachtrag regelt auch die Anpassung der Jahrespauschalen an die wieder bereitgestellte Verbrennungskapazität von 350.000 Mg/a. Die operativen und finanziellen Regelungen für die weitere Vorhaltung der Abfallumladeanlage (AUA) und die Bedingungen einer Risikobeteiligung der FES an einer finalen Entsorgung sind ebenfalls im dritten Nachtrag zum Entsorgungsvertrag bestimmt worden.

4. Deponienachsorge

Die RMA hat sich im Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 verpflichtet, die Kosten für Sicherungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen für die Deponien Brandholz, Wicker und die Schlackedeponie Offenbach zu erstatten. Die Deponie Brandholz und die Schlackedeponie sind bereits stillgelegt und die Deponie Wicker steht seit dem Inkrafttreten der TASI ab dem 01.06.2005 nicht mehr zur Verfügung und die Phase der Stilllegung und Nachsorge ist eingetreten. Die Leistungsverpflichtung der RMA GmbH besteht in der Finanzierung der Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen, die durch die Deponiebetreiberin, die RMD, im Fall Wicker, bis 2046 durchzuführen sind. Die Ermittlung der Aufwendungen für die Deponienachsorge war wegen der langen Laufzeit der Nachsorge, den nur sehr allgemeinen rechtlichen Vorgaben und mangelnden technischen Erfahrungswerten außerordentlich schwierig. Die Grundlagen für die Berechnung der Nachsorgerückstellungen wurden bereits vor einigen Jahren in einem umfangreichen Gutachten, das die RMA in Auftrag gegeben hat, ermittelt. Daraufhin wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von RMD und RMA gebildet, die Investitionen und Betriebskosten für die Nachsorge der drei RMD-Deponien berechnet hat. Nach mehrjähriger Arbeit konnten Anfang 2005 die Kosten der Deponienachsorge in Höhe von 178,2 Mio. € festgestellt werden.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

Aufgrund einer Neuregelung zur steuerlichen Behandlung von Rückstellungen für die Deponiestilllegung- und nachsorge sowie der Differenzierung zwischen Deponieinhaberin (RMD) und Zahlungsverpflichteter (RMA) wurde im Geschäftsjahr 2007 ein zweiter Nachtrag zum Entsorgungsvertrag zwischen der RMA und der RMD notwendig. Der zweite Nachtrag regelt die Übertragung der bis 2006 gebildeten Rückstellungen auf die RMD, als Sachleistungsverpflichtete sowie die unterjährige Zahllast der RMA. Der zweite Nachtrag wurde nach Einholung einer verbindlichen Auskunft bei den zuständigen Finanzämtern nachträglich zum 11.02.2008 unterzeichnet. Die Bildung von Rückstellungen obliegt gemäß der steuerlichen Betrachtungsweise der Deponiebetreiberin RMD GmbH. Die RMA bleibt aber weiterhin verpflichtet, die RMD in der Weise finanziell auszustatten, dass sie jederzeit dazu in der Lage ist die finanziellen Verpflichtungen für die Deponiestilllegung und – nachsorge zu erfüllen. Zur Vermeidung bilanzieller Risiken hat die RMA ihre Ansprüche aus der Patronatsklärung der Gebietskörperschaften an die RMD abgetreten.

Die Regelungen des Hessischen Abfallrechts fordern die ausreichende Bildung der Rückstellungen für die Deponienachsorge und deren Einrechnung in die Abfallgebühren bis zum Jahr 2017, unabhängig von dem wesentlich länger andauernden Zeitraum der tatsächlichen Nachsorge. Daraus ergibt sich, dass in diesem Zeitraum für die Nachsorgeaufwendungen, die im Fall der Deponie Wicker bis in das Jahr 2046 reichen, genügend Rückstellungen gebildet sein müssen. Der aufzuwendende Betrag von 178,2 Mio. € ist durch die Zuführungen zum Sanierungsfond und der Erfüllung der Zahlungsverpflichtung seit 2005 zum 31.12.2006 auf 142,8 Mio. € gesunken. Gemäß den Bestimmungen der HAKA sind die Aufwendungen über die Entsorgungsentgelte oder Zinserträge zu erwirtschaften. Die Zinserträge werden durch die RMD erwirtschaftet und sind entsprechend den Bestimmungen des HAKA berechnet. Diese grundsätzliche Verpflichtung besteht über die gesamte Laufzeit der Patronats- und Verpflichtungserklärung. Aus Sicht der Gebietskörperschaften ist diese Verpflichtung aber analog der Tilgung eines Darlehens um die bereits geleisteten und von der RMA vereinnahmten Beträge zu mindern. Zum 31.12.2009 wird unter Beachtung der geleisteten Zahlungen grundsätzlich der verbleibende Betrag von 84,7 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer von den Gebietskörperschaften geschuldet. Dieser Betrag wird durch die Anrechnung der zu erwirtschafteten Zinsen gemindert. Somit besteht zum 31. Dezember 2009 eine kalkulierte Zahlungsverpflichtung der Gebietskörperschaften in Höhe von 52,9 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, die über einheitliche Entsorgungsentgelte der RMA erwirtschaftet werden. Nach den vertraglichen Bestimmungen des zweiten Nachtrages wird die RMA die notwendigen Beträge in jährlichen Teilbeträgen an die RMD zahlen.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

5. Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr 2008

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr ist insgesamt positiv zu beurteilen. Die Ziele der RMA, die verlässliche Entsorgungssicherheit im RMA Gebiet, der Abbau des Zwischenlagers und die Einhaltung des Wirtschaftsplanes für 2009 sind im Geschäftsjahr erreicht worden. Mit einem Jahresüberschuss von rd. 43,8 T€ hat sich das Ergebnis um 18,5 T€ gegenüber dem Vorjahr (25,3 T€) verbessert.

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2009

1. Bilanz

Im Geschäftsjahr 2009 wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes anzuwenden. Die Vorjahreszahlen wurden in Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht an die geänderten Ansatz- und Bewertungsvorschriften angepasst.

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (32,4 Mio. €) um 3,3 Mio. € auf 29,1 Mio. €. Auf der Passivseite reduzieren sich die sonstigen Rückstellungen um 1,9 Mio. € auf 1,7 Mio. € (Vorjahr 3,6 Mio. €) verursacht durch den kompletten Abbau des Zwischenlagers, weiterhin haben sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen auf 0,03 Mio. € (Vorjahr 0,08 Mio. €) verringert. Die Verbindlichkeiten haben sich um 1,3 Mio. € auf 26,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (28,1 Mio. €) verringert. Die Änderungen auf der Aktivseite betreffen das Anlagevermögen, das Umlaufvermögen den Rechnungsabgrenzungsposten sowie die aktiven latenten Steuern, diese wurden erstmals nach Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes gebildet. Bei den Finanzanlagen entfällt der Rückdeckungsanspruch im Geschäftsjahr, da dieser nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zu verrechnen ist. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 2,3 Mio. € (Vorjahr 3,1 Mio. €) sind um 0,8 Mio. € und die sonstigen Vermögensgegenstände 0,4 Mio. € (Vorjahr 1,8 Mio. €) sind um 1,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Forderungen gegen Gesellschafter 7,8 Mio. € sind gegenüber dem Vorjahr (5,5 Mio. €) um 2,3 Mio. € gestiegen. Der Kassenbestand 7,3 Mio. € (Vorjahr 8,0 Mio. €) ist um 0,7 Mio. € und der Rechnungsabgrenzungsposten 10,9 Mio. € (Vorjahr 13,6 Mio. €) ist um 2,7 Mio. € gesunken.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2009 (Fortsetzung)

1. Bilanz (Fortsetzung)

Das Eigenkapital beträgt 587 T€ (Vorjahr 543 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 2,02% (Vorjahr 1,68%). Das Anlagevermögen ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Investitionen betragen 77,7 T€ und sind damit gegenüber dem Vorjahr (72,4 T€) um 5,3 T€ gestiegen.

2. Ertragslage

Die Ertragslage hat sich verbessert. Das Jahresergebnis ist um 18,5 T€ (72,96%) gestiegen. Die zum 01.01.2009 beschlossene Entgelterhöhung führte zu einer Verbesserung des Rohertrages, dieser hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.203,5 T€ verbessert. Eine Erhöhung des Personalaufwandes (2.541,8 T€) um 898,0 T€ gegenüber dem Vorjahr (1.643,8 T€) resultiert im Wesentlichen aus der Bildung einer Rückstellung für einen strittigen Pensionsanspruch. Einsparungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie den Abschreibungen führten ebenfalls zu einer Verbesserung des Betriebsergebnisses. Das Finanzergebnis 56,3 T€ hat sich gegenüber dem Vorjahr um 295,0 T€ (-83,97%) verschlechtert.

Die Umsatzerlöse sind im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr (61,4 Mio. €) um 23,8 Mio. € gestiegen. Die Umsatzerlöse betragen im Berichtsjahr 85,2 Mio. € und setzen sich aus den Entsorgungsentgelten (74,09 Mio. €), den sonstigen Erlösen (9,3 Mio. €) und den Erlösen aus der Sonderabfallkleinmengensammlung (2,0 Mio. €) zusammen.

Beim Materialaufwand ist eine Zunahme um 22,6 Mio. € auf 82,0 Mio. € zu verzeichnen.

3. Finanzlage

Die Liquidität war vor dem Hintergrund der getroffenen vertraglichen Vereinbarungen sowie der Verpflichtungs- und Patronatserklärungen der Gebietskörperschaften immer gesichert.

4. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2009 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Lage führen können. Die im April 2010 vorgelegte Nachkalkulation der FES für die Sanierungsphase des Müllheizkraftwerkes Frankfurt wird geprüft.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

D. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die zukünftige Entwicklung der entgeltrelevanten und überlassenen Abfallmengen aus den Gebietskörperschaften und die Entwicklung der Entsorgungsstrukturen im RMA Gebiet sind die bestimmenden Größen der künftigen Erlössituation der RMA. Das Abfallwirtschaftskonzept der RMA und die fortlaufend aktualisierten internen Mengenprognosen der RMA belegen einen weiteren Mengenrückgang mit der flächendeckenden Einführung der Biotonne. Auch die Abschöpfung des biogenen Anteils im Hausmüll durch Sortierung wird zu einem weiteren kurzfristigeren Mengenrückgang führen. Die tatsächlichen Auswirkungen sind jedoch von der Umsetzung der Gebietskörperschaften und den Ergebnissen des Hausmüllsortierungsversuchs der Stadt Offenbach abhängig. Im Geschäftsjahr 2010 werden erstmals seit 2005 wieder alle überlassungspflichtigen brennbaren Abfälle in den Müllheizkraftwerken Frankfurt und Offenbach entsorgt. Alternative Entsorgungskonzepte sind damit im Zeitablauf erfolgreich beendet. Die verfügbare Jahreskapazität in 2010 von insgesamt 490.000 Mg/a in den beiden Anlagen Frankfurt und Offenbach sowie die Beistellung des Ausfallverbundes sichern die Entsorgung im RMA-Gebiet.

Die Risiken aus möglichen Nachforderungen der FES und die Aufwendungen für die Deponienachsorge sind durch Patronatserklärungen gesichert.

Eine wirksame interne Steuerung und Kontrolle wird durch eine permanente Überwachung und aktive Beeinflussung der Mengenströme im Stoffstrommanagement durchgeführt. Die Erlössituation und die Entwicklung des Materialaufwandes werden kontinuierlich überwacht. Als wichtige Instrumente der Risikoerkennung und der daraus folgenden etwaigen Notwendigkeit zu Reaktionen dienen Wochen-, Monats- und Quartalsanalysen. Ein Risikofrüherkennungssystem ist vorhanden.

Der Wirtschaftsplan für 2010 ist aufgestellt und beschlossen und weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Der Wirtschaftsplan 2010 steht unter dem Vorbehalt, dass strukturelle Anpassungen von Verbrennungskapazitäten vorgenommen werden können. Die frei verfügbaren Verbrennungskapazitäten werden den Entsorgern gegen Aufwandsentschädigungen zu eigener Nutzung überlassen. Die vorgenommenen und geplanten Anpassungen werden im Geschäftsjahr 2010 und 2011 ein ausgeglichenes Jahresergebnis ermöglichen. Eine Entgelterhöhung kann bei fortschreitender Abfallmengenreduzierung nicht ausgeschlossen werden.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

L. Bilanz

	2009	2008	Verän-	2007
			derung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
- Immaterielle Vermögensgegenstände	27.356	28.321	-965	19.349
- Sachanlagen	240.125	222.872	17.253	241.546
- Finanzanlagen	0	79.359	-79.359	94.229
Anlagevermögen	267.481	330.552	-63.071	355.124
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.336.089	3.091.268	-755.179	7.796.521
- Forderungen gegen Gesellschafter	7.830.980	5.525.056	2.305.924	5.675.560
- Sonstige Vermögensgegenstände	377.126	1.801.861	-1.424.736	25.774.893
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.544.195	10.418.186	126.009	39.246.975
- Guthaben bei Kreditinstituten	7.330.460	7.996.709	-666.249	12.572.935
Umlaufvermögen	17.874.655	18.414.895	-540.240	51.819.910
Rechnungsabgrenzungsposten	10.888.431	13.607.268	-2.718.837	16.322.204
Aktive latente Steuern	101.544	0	101.544	0
	29.132.111	32.352.715	-3.320.604	68.497.237
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	275.900	275.900	0	275.900
- Kapitalrücklage	172	172	0	172
- Verlust(-)/Gewinnvortrag(+)	267.179	241.860	25.319	164.030
- Jahresverlust(-)/-überschuss(+)	43.791	25.319	18.472	77.831
Eigenkapital	587.043	543.251	43.791	517.932
- Steuerrückstellungen	31.330	0	31.330	0
- Steuerrückstellungen	97.716	20.953	76.763	294
- Sonstige Rückstellungen	1.660.582	3.700.830	-2.040.248	4.722.624
Rückstellungen	1.789.628	3.721.783	-1.932.154	4.722.918
- Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	26.057.241	27.928.056	-1.870.815	62.955.384
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	419.548	107.656	311.892	228.495
- Sonstige Verbindlichkeiten	278.651	51.969	226.682	72.509
Verbindlichkeiten	26.755.440	28.087.681	-1.332.241	63.256.387
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	29.132.111	32.352.715	-3.220.604	68.497.237

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	85.237.168	61.441.363	67.014.295
Sonstige betriebliche Erträge	177.137	230.434	143.752
	85.414.304	61.671.797	67.158.047
Materialaufwand			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	82.040.020	59.447.747	64.959.092
	82.040.020	59.447.747	64.959.092
Personalaufwand			
- Löhne und Gehälter	1.407.017	1.270.450	1.370.146
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.134.775	373.343	374.281
	2.541.792	1.643.794	1.744.427
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	59.277	62.013	54.173
Sonstige betriebliche Aufwendungen	732.745	810.343	1.090.712
Betriebsergebnis	40.470	-292.100	-690.357
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	56.426	429.549	970.005
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	88	78.184	219.729
Finanzergebnis	56.338	351.365	750.276
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	96.808	59.265	59.919
Ertrag (im Vj. Ertrag) aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-52.525	-33.289	18.407
Sonstige Steuern	-492	-656	-495
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	43.791	25.319	77.830

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd gehören neben hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten mit dem Landkreis Aschaffenburg und der kreisfreien Stadt Aschaffenburg zwei bayerische kommunale Gebietskörperschaften sowie mit dem Rhein-Neckar-Kreis und der kreisfreien Stadt Mannheim zwei Kommunalbehörden des Bundeslandes Baden-Württemberg an.

Die bei der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben Bundesland übergreifende Zusammenarbeit kommunaler Behörden im Falle des Zweckverbandes basiert auf entsprechenden Staatsverträgen, die zwischen dem Land Hessen und dem jeweiligen benachbarten Bundesland Baden-Württemberg und Bayern bestehen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Anschrift	Außerhalb 22, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Telefon	06256/851-0
Telefax	06256/851-9731
E-Mail	tva@zakb.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf den Haushaltsplan 2010 bzw. die Jahresrechnung 2008

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gemäß § 9 KGG
Gründungsdatum	1994
Satzung des Verbandes	Im Berichtsjahr galt die erlassene Satzung des Verbandes in der Fassung vom 25.05./09.06.1994, geändert durch die Satzung in der Fassung vom 09.05.2001, zuletzt geändert durch die Satzung in der Fassung vom 08.12.2006.

B. Verbandszweck

Der Zweckverband übernimmt für die beteiligten Kreise und kreisfreien Städte die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung von Tieren, Tierkörperteilen, Konfiskaten, Schlachtabfällen und Blut sowie sonstigen Erzeugnissen tierischer Herkunft gemäß den Bestimmungen des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung und den dazu ergangenen Vorschriften.

Ab dem 01. April 2001 wurde die Beseitigungspflicht auf die Firma Süpro GmbH und die Firma A. Fischer und Söhne GmbH & Co. KG (Betriebs- und Besitzgesellschaft der Tierkörperbeseitigungsanstalt, Lampertheim-Hüttenfeld) übertragen.

Die Übertragung ist zunächst auf zehn Jahre befristet und für diese Dauer ist der Zweckverband von seinen Verpflichtungen entbunden. Während dieser Zeit wird der Zweckverband als ruhender Verband aufrechterhalten. Hierdurch ist gewährleistet, dass bei einer Beendigung der Übertragung der Aufgaben auf die beiden genannten Privatfirmen die Aufgaben nicht auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zurück fallen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

C. Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung im Berichtsjahr 2009 (Stand 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Dieter Nolte
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Volker Gerhardt

Verbandsvorstand

Vorsitzender	Herr Matthias Wilkes	Kreis Bergstraße
Stellv. Vorsitzender	Herr Christel Fleischmann	Kreis Darmstadt-Dieburg
Mitglied	Herr Klaus Eberle	Stadt Mannheim
-----,,-----	Herr Friedrich-Wilhelm Jakob	Main-Kinzig-Kreis
-----,,-----	Herr Detlev Blitz	Odenwaldkreis
-----,,-----	Herr Hans Werner	Rhein-Neckar-Kreis
-----,,-----	Frau Dr. Wiltrud Risch-Laasch	Wetteraukreis

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Hilbert Bocksnick
------------------------	------------------------

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

D. Mitglieder des Zweckverbandes

Mitglieder des Zweckverbandes	Anteil in %
Kreis Bergstrasse	14,07 %
Main-Kinzig-Kreis	13,60 %
Rhein-Neckar-Kreis	12,86 %
Stadt Mannheim	11,95 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	9,88 %
Wetteraukreis	6,92 %
Kreis Offenbach	5,84 %
Odenwaldkreis	4,98 %
Landkreis Aschaffenburg	4,70 %
Landkreis Groß-Gerau	4,24 %
Stadt Frankfurt	2,71 %
Hochtaunuskreis	2,41 %
Stadt Aschaffenburg	1,98 %
Stadt Wiesbaden	1,54 %
Main-Taunus-Kreis	1,29 %
Stadt Darmstadt	0,56 %
Stadt Offenbach am Main	0,47 %
	100,00 %

* = Das „Beteiligungsverhältnis“ wird aufgrund statistischer Zahlen zu Einwohnern, Viehbestand sowie der Zahl gewerblicher Schlachtungen ermittelt und gewichtet. Als Berechnungsgrundlage dienen die jeweils aktuellsten, verfügbaren Daten der statistischen Landesämter Hessens, Bayerns und Baden-Württembergs.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte zuständige Körperschaften im Sinne des § 3 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes. Sie haben den gesetzlichen Auftrag, die in ihrem Gebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse zu beseitigen (Beseitigungspflichtige). Sie nehmen diese Aufgabe in Selbstverwaltung wahr. Die Beseitigungspflichtigen können Tierkörperbeseitigungsanstalten und Sammelstellen selbst errichten, erwerben und betreiben oder durch vertraglich verpflichtete Unternehmer (Dritte) errichten oder betreiben lassen.

Eine Prüfung der Erfüllung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt, da die Mitgliedschaft in einem Zweckverband keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

K. Haushaltswirtschaftliche Daten

Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd hat sein Rechnungswesen mit Wirkung zum 01.01.2009 von der bisherigen Kameralistik auf Doppik umgestellt und legte somit mit Beginn des Jahres 2009 erstmalig einen doppischen Wirtschafts-/Haushaltsplan nach den Bestimmungen der GemHVO-Doppik vor.

Aus Gründen der in weiten Teilen mangelnden Vergleichbarkeit der kameralen mit den doppischen Daten, werden zum einen die Ansätze des doppischen Wirtschafts-/Haushaltsplans sowie zum anderen für eine Übergangszeit die (kameralen) Zahlen des Haushaltsplanes des Zweckverbandes der zurückliegenden Jahre (2008 – 2006) an dieser Stelle wiedergegeben.

(gemäß Haushaltsplan nach GemHVO-Doppik)

	2010	2009
	in €	in €
Ergebnishaushalt		
im ordentlichen Ergebnis		
Gesamtbetrag der Erträge	1.000	7.500
Gesamtbetrag der Aufwendungen	90.700	73.700
im außerordentlichen Ergebnis		
Gesamtbetrag der Erträge	0	0
Gesamtbetrag der Aufwendungen	0	0
Fehlbedarf	-89.700	-66.200
Finanzhaushalt		
mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-89.700	-66.200
und dem Gesamtbetrag der		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0	0
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0	0
Finanzfehlbedarf	-89.700	-66.200

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

K. Haushaltswirtschaftliche Daten (Fortsetzung)

(gemäß Haushaltsplan nach GemHVO-Kameral)

	2008	2007	2006
	in €	in €	in €
Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	73.700	74.700	94.700
Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	73.700	74.700	94.700
Fehlbedarf	0	0	0
Einnahmen des Vermögenshaushaltes	66.200	66.700	86.600
Ausgaben des Vermögenshaushaltes	66.200	66.700	86.600
Fehlbedarf	0	0	0
Gesamteinnahmen des Haushaltes	139.900	141.400	181.300
Gesamtausgaben des Haushaltes	139.900	141.400	181.300
Gesamtfehlbedarf	0	0	0
Voraussichtlicher Stand der Schulden zu Beginn des Haushaltsjahres	0	0	0
Voraussichtlicher Stand der Rücklagen zu Beginn des Haushaltsjahres	231.700	271.500	327.200

(gemäß Jahresrechnung)

	2008	2007	2006
	in €	in €	in €
Umfang des Verwaltungshaushaltes	50.761	66.232	72.530
Umfang des Vermögenshaushaltes	40.514	56.725	69.650
Fehlbetrag	0	0	0
Schulden am Ende des Haushaltsjahres	0	0	0
Rücklagen am Ende des Haushaltsjahres	191.219	231.733	288.458
Höhe der Verbandsumlage insgesamt	0	0	0
Umlageanteil des Kreises Offenbach	0	0	0

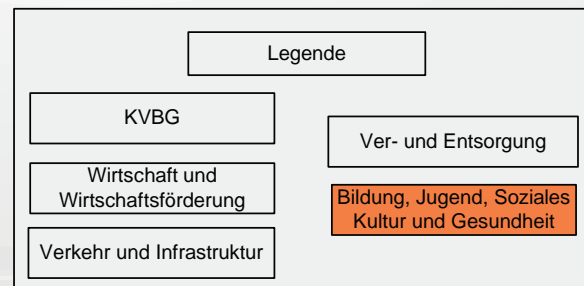
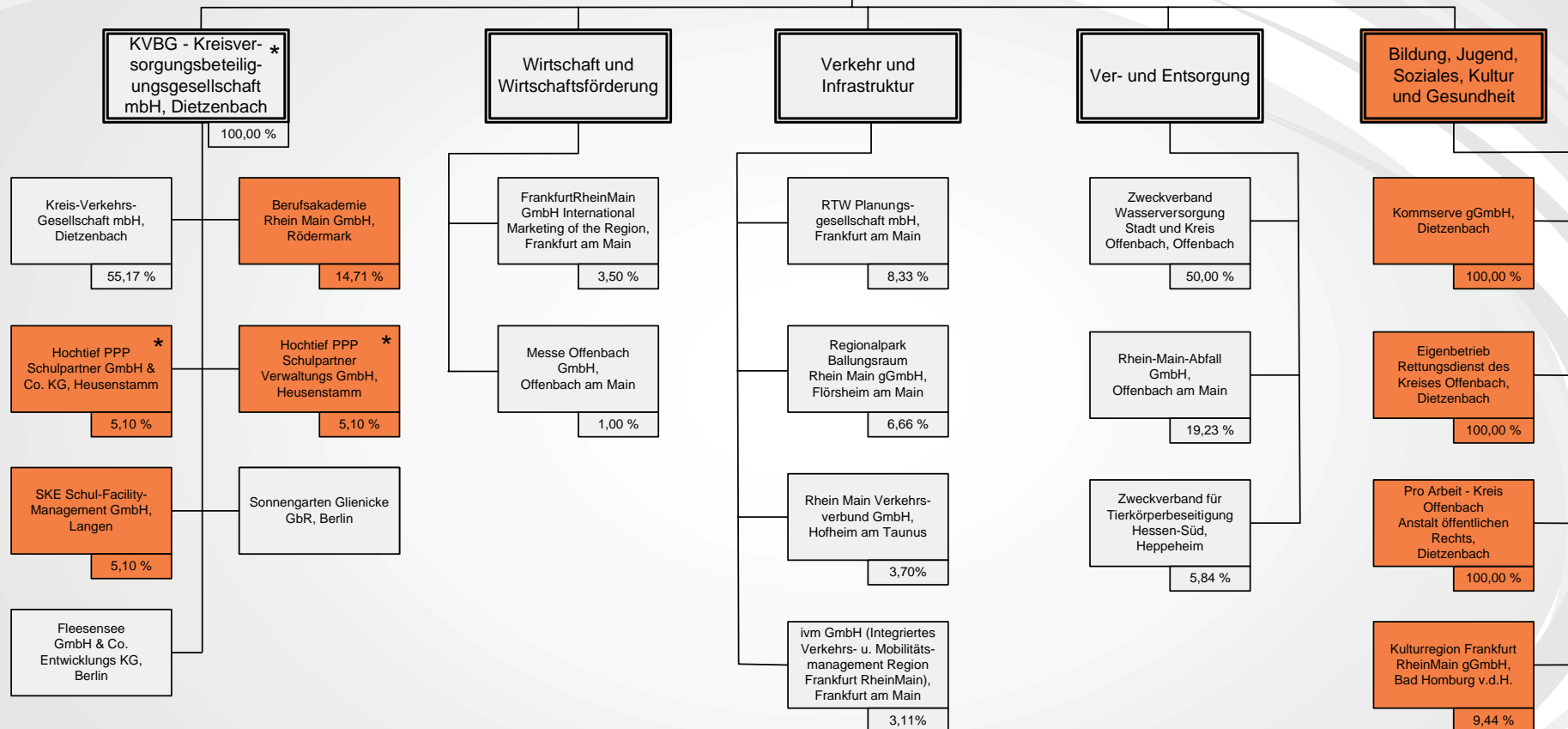
Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit

Beteiligungen
- Bildung, Jugend, Soziales,
Kultur und Gesundheit

Redaktionsschluss:
31.12.2009

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Kreis Offenbach



KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

Die Gründung der Gesellschaft geht auf den 1. Januar 1996 zurück. Zum damaligen Zeitpunkt wurden die Eigenbetriebe „Dreieich-Krankenhaus“ in Langen und „Kreiskrankenhaus Seligenstadt“ in Seligenstadt in die „Kreisklinik Langen-Seligenstadt GmbH“ umgewandelt, die am 25. November 2002 in die KJBV GmbH Kinder Jugend Bildung Völkerverständigung umfirmiert wurde. Gleichzeitig wurde der Sitz der Gesellschaft von Langen nach Dietzenbach verlegt.

Erneut wurde die Gesellschaft am 12.11.2005 umfirmiert in KOMMSERVE gGmbH.

Zum 01.01.2008 sind die Aufgaben nach SGB II weggefallen und auf die Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR) übergegangen.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

Anschrift	Werner Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-8890
Telefax	06074/8180-8899
E-Mail	h.tragesser@kreis-offenbach.de
Internet	www.Kommserve.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	1. Januar 1996 im Wege der Umwandlung der Eigenbetriebe „Dreieich-Krankenhaus“ in Langen und „Kreiskrankenhaus Seligenstadt“ in Seligenstadt in die „Kreisklinik Langen-Seligenstadt GmbH“, am 25. November 2002 umfirmiert in KJBV GmbH Kinder Jugend Bildung Völkerverständigung, am 12. November 2005 umfirmiert in KOMMSERVE gGmbH (gemeinnützige Kommunale Servicegesellschaft mbH)
Stammkapital	4.346.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 05.12.1995 letzte Fassung vom 17. Dezember 2007
Handelsregistereintrag	HRB 40097 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist die Fürsorge für Alte, Kranke und Behinderte sowie die Förderung der Gesundheitsfür- und -vorsorge für die Bevölkerung im Kreis Offenbach.

Der Zweck der Gesellschaft wird insbesondere verwirklicht durch die Verwaltung und Entwicklung von derzeit dem Kreis Offenbach gehörenden Teilen des ehemaligen Krankenhausgrundstückes in Langen sowie durch die Schaffung eines regionalen Gesundheitsinformationssystems für die Bevölkerung des Kreises Offenbach.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft wird vor allem im Landkreis Offenbach für die Bevölkerung des Landkreises tätig. In diesem Zusammenhang können auch bestimmte Dienstleistungen für die Verwaltung des Kreises Offenbach erbracht werden.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens – mittelbar oder unmittelbar – dienen. Sie kann sich an anderen Gesellschaften mit gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenständen beteiligen oder sonstige Gesellschaften übernehmen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung ist der Kreis Offenbach als Alleingesellschafter durch seinen Kreisausschuss vertreten.

Zusammensetzung des Gesellschafterversammlung (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Peter Walter
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Carsten Müller
-----,,-----	Frau Sonja Arnold
-----,,-----	Herr Heinz Eyßen
-----,,-----	Frau Heide Heß
-----,,-----	Herr Gerd Hibbeler
-----,,-----	Herr Frank Lortz
-----,,-----	Frau Margot Süß
-----,,-----	Herr Frank Taulien
-----,,-----	Herr Axel Vogt
-----,,-----	Herr Walter Winter
-----,,-----	Frau Heide Wolf

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Peter Walter
Mitglied	Frau Maria Becht
-----,,-----	Frau Tina Hobusch
-----,,-----	Herr Clemens Jäger
-----,,-----	Herr Carsten Müller
-----,,-----	Herr Werner Nickel
-----,,-----	Frau Hildegard Ripper
-----,,-----	Herr Vecih Yasaner
-----,,-----	Herr Dieter Zimmer

Im Geschäftsjahr 2009 beliefen sich die Aufsichtsratsvergütungen auf € 650,00

Geschäftsführung

Geschäftsführer/in	Herr Herbert Tragesser
--------------------	------------------------

Die Bezüge des Geschäftsführers betragen im Geschäftsjahr 2009 brutto € 45.657,60.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	4.346.000,00

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist.

Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen Produkt Beteiligungsmanagement 20.30.01.71305010 (früher: HHST. 8000.71501 und 8000.98203)

Buchungsstelle 20.30.01.71305010

	2010	2009	2008
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	392.000	621.822	1.086.151

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf die Ergebnisse der Jahresrechnung.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	11.262.498	11.636.108	13.648.861

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	11.636.108
Zunahmen	0
Abnahmen	373.610
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	11.262.498

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

Berichtsjahr 2009	in €
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 15.10.1997 in Höhe von € 2.584.324,81, valutiert per 31.12.2009 (ehemals Kreiskliniken Langen-Seligenstadt GmbH)	1.948.239,68
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 15.10.1997 in Höhe von € 2.556.459,41, valutiert per 31.12.2009 (ehemals Kreiskliniken Langen-Seligenstadt GmbH)	1.748.624,10
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 12.06.2002 in Höhe von € 7.000.000,00	7.000.000,00

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2009

1. Darstellung zum Geschäftsverlauf

Neben der Hauptaufgabe der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2009 als Trägerin von Verpflichtungen aus Darlehen der ehemaligen Kreiskliniken in Langen und Seligenstadt wurden noch die Aufgaben der Projektleitung zur Standortentwicklung des Kreisvorhabens „Röntgenstraße in Langen“, der Evaluierung von PPP-Schulprojekten sowie der Gestellung eines Qualifizierungsbeauftragten für die Kreisvolkshochschule wahrgenommen.

Darüber hinaus fand im Geschäftsjahr 2009 eine vom Finanzamt Offenbach angeordnete Betriebsprüfung der KOMMSERVE für die Jahre 2002 bis 2007 statt. Die Gremien der Gesellschaft wurden zeitnah über den Ablauf der Betriebsprüfung informiert. Bezüglich der mit der Betriebsprüfung verbundenen Kosten ist unverzüglich wegen nicht vorhersehbaren außerordentlichen Aufwendungen eine Anzeige gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Landrat Walter, erfolgt. Die Betriebsprüfung ist mittlerweile nach vorangegangener Zustimmung durch die Gremien der Gesellschaft einvernehmlich abgeschlossen. Die finanziellen Auswirkungen mit rd. 46.000 Euro an Steuernachzahlungen für die Jahre 2002 bis 2007 und für externe Beratungskosten sind im Jahresabschluss 2008 im Einzelnen dargestellt.

Die Darlehensverbindlichkeiten der KOMMSERVE konnten im Geschäftsjahr 2009 von 4.110.143,81 Euro (Stand 31.12.2008) auf 3.696.863,78 Euro zum Jahresende 2009 planmäßig verringert werden. Wie bereits in der Vergangenheit war der Gesellschaft der Schuldendienst nur durch Zuschüsse des Kreises möglich. Weil die Gesellschaft auch in Zukunft nicht aus eigener Kraft die Mittel erwirtschaften kann, um die Altdarlehen im Zusammenhang mit den ehemaligen Kreiskliniken zu bedienen, hat der Kreis sich gegenüber der KOMMSERVE verpflichtet, den Schuldendienst zu bezuschussen.

Der Kassenkredit der KOMMSERVE hat sich von 4.497.843,96 Euro (Stand 31.12.2008) auf 4.500.000,00 Euro zum Jahresende 2009 erhöht. Auch für die Zinsen des Betriebsmittelkredites leistet der Kreis einen Zuschuss.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Darstellung der Lage

2.1. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die zusammengefassten Bilanzzahlen zum 31. Dezember 2009 nach wirtschaftlichen Verhältnissen geordnet und den entsprechenden Zahlen des Vorjahres gegenübergestellt. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind hierbei als mittel- bzw. langfristig, Schulden mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr als kurzfristig klassifiziert.

	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	530	5,3	530	5,1	0	0,0
Umlaufvermögen						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0,0	246	2,4	-246	-100,0
Forderungen gegen den Kreis Offenbach	9.191	92,8	9.504	91,2	-313	-3,3
Flüssige Mittel	186	1,9	135	1,3	51	37,8
übrige Aktiva	2	0,0	4	0,0	-2	-50,0
	9.379	94,7	9.889	94,9	-510	- 5,2
Gesamtvermögen	9.909	100,0	10.419	100,0	-510	- 4,9

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2.1. Vermögenslage (Fortsetzung)

	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	-1.684	-17,0	-1.577	-15,1	-107	6,8
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	239	2,4	239	2,3	0	0,0
Mittel- bzw. langfristige Fremdmittel						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.036	81,1	8.168	78,4	-132	-1,6
Kurzfristige Fremdmittel						
Rückstellungen	92	0,9	121	1,2	-29	-24,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	165	1,7	444	4,3	-279	-62,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16	0,2	20	0,2	-4	-20,0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis Offenbach	3.000	30,3	3.000	28,8	-0	-0,0
übrige Aktiva	45	0,5	4	0,0	41	o.A.
	3.318	33,5	3.589	34,4	-271	-7,6
Gesamtkapital	9.909	100,0	10.419	100,0	-510	- 4,9

Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Rückgang der bereinigten **Bilanzsumme** um rd. € 0,5 Mio bzw. 4,9 % auf € 9,9 Mio. zu verzeichnen. Auf der **Aktivseite** sind die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch die Zahlung der letzten Kaufpreiskrate seitens Asklepios vollständig getilgt worden. Die Forderungen gegen den Kreis Offenbach haben sich durch die Übernahme des Schuldendienstes für die „Krankenhaus-Altdarlehen“ vermindert, korrespondierend sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf der **Passivseite** gesunken. Zudem hat sich das Eigenkapital um den im Berichtsjahr eingetretenen Fehlbetrag vermindert (bzw. der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag um diesen Betrag erhöht).

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2.2. Finanzlage

Die nachstehende Kapitalflussrechnung stellt den Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit sowie der Finanzierungstätigkeit der Gesellschaft und die sich daraus ergebende Veränderung des Finanzmittelbestandes dar.

		2009	2008
1.	Mittelveränderung aus laufender Geschäftstätigkeit	T€	T€
	Jahresergebnis	-107	-46
	+/- Zunahme / Abnahme von Rückstellungen	-29	-330
	+ Ausgliederungsbedingter, zahlungsunwirksamer Abgang von Anlagevermögen	0	59
	+/- Abnahme / Zunahme von Forderungen und anderer Aktiva	561	1.777
	+/- Zunahme / Abnahme von laufenden Verbindlichkeiten	37	-517
	Mittelzufluss netto / Cash-flow	462	943
2.	Mittelveränderung aus Finanzierungstätigkeit		
	+ Einzahlungen des Kreises Offenbach in die Kapitalrücklage	0	60
	+ Aufnahme von Bankdarlehen	2	0
	- Tilgung von Bankdarlehen	-413	-1.496
	Mittelabfluss netto	-411	-1.436
3.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	51	-493
4.	Finanzmittelbestand am 01. Januar	135	628
5.	Finanzmittelbestand am 31. Dezember	186	135

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2.3 Ertragslage

Die folgende Aufstellung zeigt die Ertragslage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2009 unter Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen. Bei dieser Darstellung haben wir – abweichend zur handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung – die Ertrags- und Aufwandsposten nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst. Das Betriebsergebnis beinhaltet Aufwendungen und Erträge aus dem operativen Geschäft. Im Finanzergebnis sind Zinsaufwendungen und Zinserträge sowie die Zinsübernahmen durch den Kreis Offenbach zusammengefasst. Alle Aufwendungen und Erträge mit einmaligem und/oder periodenfremdem Charakter werden im neutralen Ergebnis ausgewiesen.

	2009		2008		Veränderung in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse aus						
- Schul-Evaluierung	38	19,3	0	0,0	38	o.A.
- Personalgestellung	5	2,5	50	16,4	-45	-90,0
- Vertragscontrolling	0	0,0	60	19,7	-60	-100,0
- sonstige Dienstleistungen	74	37,6	115	37,7	-41	-35,7
	117	59,4	225	73,8	-108	-48,0
- übrige betriebliche Erträge	80	40,6	80	26,2	0	0,0
Laufende betriebliche Erträge	197	43,0	305	43,0	-108	-35,4
Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0,0	40	7,9	-40	-100,0
Personalaufwand	129	49,6	259	51,1	-130	-50,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	131	50,4	207	40,9	-76	-36,7
Laufende betriebliche Aufwendungen	260	100,0	506	100,0	-246	-48,6
Betriebsergebnis	-63	-32,0	-201	-65,9	-138	-68,7
Neutrales Ergebnis	-46	-23,4	140	45,9	-186	-132,9
Finanzergebnis	2	1,0	15	4,9	-13	-86,7
Jahresergebnis	-107	-54,3	-46	-15,1	-61	132,6

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2.3 Ertragslage (Fortsetzung)

Das Berichtsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 107, der mit T€ 63 im laufenden Betrieb und mit T€ 46 im neutralen Bereich eingetreten ist, wohingegen im Finanzbereich ein Überschuss von T€ 2 erzielt wurde.

3. Voraussichtliche Entwicklung

Im Hinblick auf die eingetretene Entwicklung der Aufgabenfelder der KOMMSERVE hat die Geschäftsführung dem Gesellschafter Kreis Offenbach im November 2009 in einem Bericht im Einzelnen dargelegt, welche Schritte für eine Auflösung oder ein Ruhen der Gesellschaft erforderlich wären. Zu gegebener Zeit ist eine Entscheidung über den weiteren Fortbestand der KOMMSERVE herbeizuführen. Dabei ist auch eine allseits befriedigende Lösung für die Altverpflichtungen der Gesellschaft als Voraussetzung einer Auflösung zu finden.

Davon unabhängig ist nach dem Stand der Entwicklung der Gesellschaft aufgrund einer Überprüfung durch die Finanzverwaltung mit einem baldigen Wegfall der Gemeinnützigkeit voraussichtlich ab dem Geschäftsjahr 2009 zu rechnen.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

L. Bilanz

	2009	2008	Verände- rung in €	2007
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	995
- Grundstücke mit Betriebsbauten	529.583	529.583	0	529.583
- Einrichtungen und Ausstattungen	230	307	-77	58.100
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0
Sachanlagen	529.813	529.890	-77	587.683
Anlagevermögen	529.813	529.890	-77	588.678
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	246.469	-246.469	667.666
Forderungen gegen den Kreis Offenbach	9.191.379	9.503.644	-312.265	10.786.975
Sonst. Vermögensgegenstände	2.258	382	1.876	77.270
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.193.637	9.750.495	-556.858	11.531.910
Kassenbestand, Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	185.900	135.219	50.681	627.571
Flüssige Mittel	185.900	135.219	50.681	627.571
Rechnungsabgrenzungsposten	0	3.654	-3.654	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.683.724	1.576.867	106.857	1.590.587
	11.593.074	11.996.124	-403.051	14.338.746

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2009	2008	Verände-	2007
Passiva	in €	in €	rung in €	in €
Gezeichnetes Kapital	4.346.000	4.346.000	0	4.346.000
Kapitalrücklagen	60.000	60.000	0	0
Verlustvortrag	-5.982.867	-5.936.587	-46.280	-5.943.345
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-106.857	-46.280	-60.577	6.758
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.683.724	1.576.867	106.857	1.590.587
Eigenkapital	0	0	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	238.571	238.571	0	238.571
Sonstige Rückstellungen	92.004	121.446	-29.442	451.314
Rückstellungen	92.004	121.446	-29.442	451.314
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.201.166	8.612.417	-411.251	10.108.981
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.356	19.883	-3.526	172.624
Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis Offenbach	3.000.000	3.000.000	0	3.164.170
Sonstige Verbindlichkeiten	44.976	3.808	41.168	203.085
Verbindlichkeiten	11.262.498	11.636.108	-373.609	13.648.861
	11.593.074	11.996.124	-403.051	14.338.746

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Kostenerstattung für die Aufgabenerledigung nach Hartz IV	0	0	17.567.089
Umsatzerlöse	117.153	225.271	0
Sonstige betriebliche Erträge	288.031	639.727	1.271.325
	405.184	864.999	18.838.414
a) Löhne und Gehälter	105.793	237.824	6.806.296
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	23.092	21.074	1.966.914
Personalaufwand	128.885	258.898	8.773.210
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	40.009	796.589
b) Aufwendungen zur Eingliederung in Arbeit nach § 16 SGB II	0	0	7.797.018
Materialaufwand	0	40.009	8.593.606
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	77	77	18.476
Sonstige betriebliche Aufwendungen	143.827	206.886	1.067.196
	143.904	206.963	1.085.672
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.397	15.049	69.473
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	211.856	420.074	448.135
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-77.063	-45.898	7.264
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13.243	0	0
Sonstige Steuern	16.500	382	506
Jahresüberschuss	-106.807	-46.280	6.758

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes von 1998 sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg- und Wasserrettung. Als Leistungserbringer bedient sich der Kreis Offenbach dem Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach.

Die Gründung des Eigenbetriebes hat der Kreistag des Kreises Offenbach am 14.12.1999 beschlossen; seine Tätigkeit nahm der Eigenbetrieb am 01. Juli 2000 auf.

Dem Eigenbetrieb obliegt die Überwachung der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Ergänzt wird dieser Sicherstellungsauftrag durch den Betrieb der Zentralen Leitstelle des Kreises Offenbach. Die Zentrale Leitstelle hat alle Hilfeersuchen entgegenzunehmen und die notwendigen Einsatzmaßnahmen zu veranlassen, zu lenken und zu koordinieren.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes erfolgt zum einen durch Personalkostenerstattungen des Landes Hessen und weiterhin über die Erhebung einer sog. Rettungsdienstgebühr. Die von den Leistungserbringern erhobene Rettungsdienstgebühr beträgt seit dem 01. September 2005 € 22,33.

Die interne Kostenstruktur des Eigenbetriebes ist aufgrund der hohen Personalintensität in starkem Maße von Personalkosten geprägt, die feste Kosten sind und somit unabhängig von der Zahl der koordinierten Rettungseinsätze als Aufwendungen des Eigenbetriebes entstehen.

Aufgrund dieser in starkem Maße von Personalaufwendungen geprägten Kostenstruktur besteht ein finanzielles Risiko für den Eigenbetrieb darin, dass - bedingt durch mögliche rückläufige Zahlen der abgewickelten Rettungsdiensteinsätze - Einnahmeausfälle entstehen könnten, die einem positiven bzw. ausgeglichenen Betriebsergebnis entgegenstehen.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

Anschrift	Gottlieb-Daimler-Straße 10, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/37107-83
Telefax	06074/37107-89
E-Mail	leitstelle@leitstelle-kreis-of.de

Die Angaben zum Eigenbetrieb beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2008

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Eigenbetriebes

Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründungsdatum	14.12.1999
Stammkapital	51.129,19 €
Eigenbetriebssatzung	Betriebssatzung vom 14. Dezember 1999, zuletzt geändert am 05. September 2001.

B. Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Sicherstellung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach. Der Betrieb kann alle den Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührende Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Unterstützung bei der Aufgabenbewältigung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach, der die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bürger des Kreises mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes überwacht.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

C. Organe des Eigenbetriebes

Kreistag des Kreises Offenbach

Kreisausschuss des Kreises Offenbach

Betriebskommission

Zusammensetzung der Betriebskommission (Stand: 31.12.2008)	
Vorsitzender	Herr Peter Walter
Mitglied für den Kreisausschuss	Herr Gerd Hibbeler
-----,,-----	Frau Margot Süß
Mitglied für den Kreistag	Frau Maria Becht
-----,,-----	Frau Hildegard Ripper
-----,,-----	Herr Dieter Zimmer
Mitglied für den Personalrat	Herr Karsten Arendt
-----,,-----	Frau Karin Sackbrook
Sachkundige Einwohner/innen	Herr Hans-Joachim Junker
-----,,-----	Herr Frank Larbig bis 11.08.2008
-----,,-----	Herr Constantin Holzamer ab 10.12.2008

Betriebsleitung

Betriebsleiter	Herr Ralf Ackermann
-----------------------	---------------------

Hinsichtlich der Angabe der Gesamtbezüge der Betriebsleitung wird von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Für die Betriebskommission sind für das Wirtschaftsjahr 2008 Sitzungsgelder in Höhe von € 770,60 angefallen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

D. Träger des Eigenbetriebes

Träger	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	51.129,19

E. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck des Eigenbetriebes bzw. dessen Aufgabenstellung.

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (§ 4) sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg- und Wasserrettung. Für den Kreis Offenbach erbringt der Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach diese Leistung.

Da es sich bei einem Eigenbetrieb nicht um eine wirtschaftliche Betätigung handelt, ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

F. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Genehmigung und Aufsicht

Buchungsstelle 37.03.01.50030010

	2010	2009	2008
Mieten und Pachten	45.000	25.534	29.554

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf die Ergebnisse der Jahresrechnung.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

F. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Genehmigung und Aufsicht

	2010	2009	2008
Kostenersatz des EB Rettungsdienst Buchungsstelle 37.03.01.54850010	34.000	27.780	29.530
Gebühren für Notarzteinsätze	0	0	401.056

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

Die Gebühren für Notarzteinsätze werden seit 2008 aus buchungstechnischen Gründen direkt über den Eigenbetrieb Rettungsdienst abgewickelt. Die in 2008 noch etatisierten Einnahmen waren Kassenreste der in 2008 abgerechneten Einsätze aus November und Dezember 2007.

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besonderer Finanzaufwendungen

Produkt Gefahrenabwehr

Buchungsstelle 37.02.01.71250010

	2010	2009	2008
Anteil des Trägers EB Rettungsdienst	150.000	155.649	143.002

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

Die Kostenerstattung der Notarztsysteme an die Leistungserbringer wird aus buchungstechnischen Gründen seit 2008 direkt vom Eigenbetrieb Rettungsdienst abgewickelt, so dass aus dem Wirtschaftsplan des Kreises keine Zahlungen mehr erfolgen, da in 2009 auch keine Einnahmen mehr entstehen.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

G. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

H. Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes

in €	2008	2007	2006
Verbindlichkeiten	381.974	336.531	187.391

Berichtsjahr 2008	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	336.531
Zunahmen	45.443
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	381.974

I. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2008

Allgemeines

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat am 14.12.1999 beschlossen, den „Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach ab 01. Juli 2000 als ein organisatorisch und wirtschaftlich eigenständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des Eigenbetriebsgesetzes zu schaffen.

Der Kreistag des Kreises Offenbach entscheidet nach § 5 der Betriebssatzung über die Grundsätze, nach denen der Betrieb des Eigenbetriebes Rettungsdienst gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Nach § 6 der Betriebssatzung beruft der Kreisausschuss eine Betriebskommission. Sie überwacht nach § 7 der Betriebssatzung die Betriebsleitung, bereitet die Beschlüsse des Kreistages vor und ist zuständig für die Geschäfte, die über die laufende Betriebsführung hinausgehen.

Als Rettungsdienststräger obliegt dem Kreis Offenbach nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz die Sicherstellung des Rettungsdienstes unter Wahrung der medizinischen Erfordernisse zu sozial tragbaren Benutzungsentgelten. Diese Aufgabe wird vom Eigenbetrieb Rettungsdienst wahrgenommen. Er überwacht die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Der Sicherstellungsauftrag umfasst in erster Linie den bodengebundenen Rettungsdienst, der durch die Berg-, Luft- und Wasserrettung ergänzt wird, den Betrieb der Zentralen Leitstelle für den Kreis Offenbach sowie den Betrieb eines Notarzteinsatzfahrzeuges in eigener Regie.

Der Bereichsplan, in dem die Rettungsmittelvorhaltung festgelegt ist, wurde im Jahr 2006 überarbeitet und angepasst. Der neue Plan wurde am 25. September 2006 vom Kreisausschuss beschlossen. Er ist zum 1. Oktober 2006 in Kraft getreten und ist bis zum 30. September 2010 befristet.

Ein NEF-Einsatzfahrzeug des ERD (Standort-Mitte – Dietzenbach) wurde im Jahr 2008 beschafft.

Rettungsassistenten haben nach einem Erlass des Hess. Sozialministeriums die Möglichkeit, ärztliche Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Patient in Lebensgefahr ist, ein Notarzt nicht in adäquater Zeit verfügbar ist und die Gefahr nicht anders abzuwenden ist. Diese so genannten „Erweiterten Maßnahmen“ des Rettungsassistenten bedürfen einer Zertifizierung durch den Ärztlichen Leiter Rettungsdienst (ÄLRD), die wiederum auf einer schriftlichen, praktischen und mündlichen Überprüfung beruht.

Mit diesen Zertifizierungen wurde eine Erhöhung der Qualität erreicht.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

Ertragslage und Geschäftsverlauf (auszugsweise)

Die Einsatzsituation und somit auch die Ertragslage im Jahr 2008 (Jahr 2007 in Klammern) – und somit der Hauptposten der Einnahmesituation hat sich aufgrund der Einsatzzahlen wie folgt entwickelt:

	2008	2007
Notfalleinsätze (Rettungsdiensteinsätze)	25.138	25.165
Qualifizierte Krankentransporte	2.654	2.972
Notarzteinsätze (alle Systeme)	<u>5.957</u>	<u>5.729</u>
	<u>33.749</u>	<u>33.866</u>

Somit gab es insgesamt 33.749 abrechnungsfähige Einsätze. Im Wirtschaftsplan 2008 waren 32.000 Einsätze die Planungsgrundlage.

Zusätzlich sind noch 60.692 Beratungen/Telefonkontakte/Vermittlungen aus der Bevölkerung zu verzeichnen.

Veränderungen durch die Gesundheitspolitik sind hier derzeit nicht zu erwarten. Allerdings ist durch die Umstrukturierung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes eine vermehrte Anspruchshaltung der Bevölkerung an den Rettungsdienst vorhanden.

Die Anzahl der Feuerwehreinsätze ist zurückgegangen, da es glücklicherweise keine besonderen Unwetterereignisse im Jahr 2008 gab.

Gemäß § 8 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes berechnet der Eigenbetrieb gegenüber den Leistungserbringern eine Rettungsdienstgebühr, die anhand der angefallenen Kosten kalkuliert ist. Die Rettungsdienstgebühr liegt für qualifizierte Krankentransporte und Notfalleinsätze bei € 22,33 und damit nach wie vor im unteren Drittel der in Hessen erhobenen Rettungsdienstgebühren. Im Wirtschaftsjahr waren als Leistungserbringer das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter Unfall Hilfe und der Malteser Hilfsdienst sowie die drei Notarzteinsatzfahrzeuge im Einsatz. Durch den Anstieg der Einsatzzahlen sind die Einnahmen aus den Rettungsdienstgebühren gestiegen.

Von den insgesamt 5.957 durchgeführten Notfalleinsätzen mit Notarzt hat der Eigenbetrieb mit den Notarzt-Einsatzfahrzeugen (NEF) 2.985 selbst durchgeführt und hierbei durch Einsatztarife in Höhe von € 229,00 pro Einsatz (zzgl. € 770,00 im Fall des Einsatzes des Medikamentes Lyse) erzielt.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2008 (Fortsetzung)

Ertragslage und Geschäftsverlauf (auszugsweise) (Fortsetzung)

Insgesamt konnten im Wirtschaftsjahr 2008 für den gesamten Eigenbetrieb Einnahmen aus den Einsätzen in Höhe von T€ 1.439 erwirtschaftet werden.

Das neue NEF System Mitte ist zum 01. Oktober 2008 in Betrieb gegangen mit seinem Standort im Gefahrenabwehr- und Gesundheitszentrum. Die Einsatzfrequenz bestätigt einerseits die Notwendigkeit und andererseits auch die finanzielle Abdeckung. Inwieweit die Zeiten ausreichen wird noch geprüft.

Das NEF Ost wurde zum 01. Januar 2009 übernommen. Hierzu waren bereits Beschaffungen im Jahr 2008 notwendig, um vollständig ausgerüstet starten zu können.

Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2008 für den gesamten Eigenbetrieb ein Überschuss in Höhe von € 17.440,32 erwirtschaftet werden. Die Zielsetzung eines über einen längeren Betrachtungszeitraum ausgeglichenen Ergebnisses bei kostendeckenden Rettungsdienstgebühren kann als erreicht angesehen werden.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Zur zeitnahen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes wird die Betriebsleitung die Entwicklung der Zahlen auch im Jahre 2009 intensiv beobachten, um gegebenenfalls zeitnah reagieren zu können.

Der Bereich der Einsatzentwicklung wird aufgrund der wichtigsten Einnahmeposition auch 2009 beobachtet werden, wobei aufgrund der Erhöhung der Einsatzzahlen Mehreinnahmen gegenüber dem Wirtschaftsplan zu erwarten sind.

In den ersten sechs Wochen des Jahres 2009 ist ein Anstieg an Rettungsdiensteinsätzen festzustellen. Nach Auswertungen haben die Erkrankungen auch den Einsatz des Rettungsdienstes indiziert und es ist andererseits festzustellen, dass sich die Hausärzte immer mehr aus dem Bereich der Hausbesuche bei Erkrankung zurückziehen.

Die Aufnahmekapazität an den Kliniken im gesamten Gebiet war zeitweise vollständig erschöpft und somit waren längere Fahrtzeiten die Folge.

Als Folge wurden im Jahr 2009 die Anzahl der vorgehaltenen Rettungswagen nach Einbindung der Kostenträger erhöht, so dass hier die Versorgung insgesamt optimiert wurde.

Durch technische Maßnahmen (Navigationssystem mit Fahrzeugstandortbestimmung) soll in 2009 die Disposition der NEF-Systeme optimiert werden.

Aus jetziger Sicht ist festzustellen, dass der Digitalfunk erst Ende 2010/Anfang 2011 eingeführt wird.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

K. Bilanz

	2008	2007	Veränderung	2006
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	280.514	304.023	-23.509	176.242
Maschinen und maschinelle Ausstattung	204.987	153.999	50.988	178.013
Betriebs- und Geschäftsausstattung	177.929	100.283	77.646	26.384
Anlagevermögen	663.430	558.305	105.125	380.639
Vorräte	13.228	0	13.228	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	275.111	113.682	161.429	105.820
Forderungen gegen den Träger	158.288	180.027	-21.740	89.584
Sonstige Vermögensgegenstände	1.991	2.000	-9	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	448.618	295.710	152.908	195.404
Kassenbestand + Guthaben bei Kreditinstituten	134.225	255.577	-121.352	226.446
Umlaufvermögen	582.843	551.286	31.557	421.849
	1.246.273	1.109.591	136.681	802.488

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

K. Bilanz (Fortsetzung)

	2008	2007	Veränderung	2006
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Stammkapital	51.129	51.129	0	51.129
Allgemeine Rücklage	68.000	63.000	5.000	23.000
Zweckgebundene Rücklage	77.600	52.600	25.000	35.000
	145.600	115.600	30.000	58.000
Gewinn-/Verlustvortrag	57.875	79.338	-21.464	59.451
Verwendung für Einstellung in Rücklagen	-30.000	-57.600	27.600	-58.000
	27.875	21.738	6.136	1.451
Jahresgewinn/-fehlbetrag	17.440	36.136	-18.696	77.888
	45.315	57.875	-12.560	79.338
Eigenkapital	242.044	224.604	17.440	188.468
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	130.880	151.957	-21.077	174.740
Sonstige Rückstellungen	491.375	396.500	94.875	251.890
Rückstellungen	491.375	396.500	94.875	251.890
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	236.880	268.363	-31.483	146.244
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	80.398	67.593	12.804	26.895
Sonstige Verbindlichkeiten	64.696	575	64.121	14.252
Verbindlichkeiten	381.974	336.531	45.443	187.391
	1.246.273	1.109.591	136.681	802.488

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

L. Gewinn- und Verlustrechnung

	2008	2007	2006
	in €	in €	in €
Erträge Leitstellengebühren	753.615	756.228	708.285
Erträge Notarzteinsatzgebühren	685.505	579.551	536.455
Erträge Bearbeitungsgebühren	6.813	6.692	6.618
Eigenanteil Kreis Offenbach	184.358	180.673	178.172
Zuschüsse Personalkostenanteil Land Hessen	108.010	108.010	108.010
Sonstige betriebliche Erträge	65.739	53.004	42.800
	1.804.041	1.684.159	1.580.340
Materialaufwand			
Aufwendungen für roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	57.722	76.761	45.681
Aufwendungen für bezogene Leistungen	235.740	196.715	194.193
	293.463	273.476	239.874
Personalaufwand			
Gehälter	907.690	835.714	831.494
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	217.046	187.935	210.811
	1.124.736	1.023.649	1.042.305
Sonstige betriebliche Aufwendungen	300.419	308.437	187.957
Zwischensumme Aufwendungen	1.718.617	1.605.563	1.470.137
Zwischenergebnis	85.423	78.597	110.204
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	91.316	63.308	69.326
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	21.077	22.783	39.482
	70.239	40.525	29.844
Betriebsergebnis	15.184	38.072	80.360
Zinsen und ähnliche Erträge	14.413	9.072	5.196
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.577	10.871	7.668
Finanzergebnis	2.836	-1.799	-2.472
Sonstige Steuern	580	136	0
Jahresgewinn/-fehlbetrag	17.440	36.136	77.888

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

Anschrift	Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-1240, -1241
Telefax	06074/8180-8930
E-Mail	info@proarbeit-kreis-of.de
Internet	www.proarbeit-kreis-of.de

Die Angaben zur Anstalt öffentlichen Rechts beziehen sich auf das Jahr 2008

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Anstalt öffentlichen Rechts
Gründungsdatum	12. Dezember 2007
Satzung	Die Satzung trat mit Wirkung vom 01. Januar 2008 in Kraft

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts

Mit der Gründung der Anstalt verfolgt der Kreis vorrangig die Ziele:

- auf kommunaler Ebene die Aufgaben als Optionskommune nach dem SGB II effektiv, wirtschaftlich und zügig umzusetzen;
- die im Feld der Beschäftigungsförderung bestehenden Finanzbeziehungen transparent darzustellen und damit den Mitteleinsatz zielgenau zu steuern und zu optimieren;
- die Personalhoheit im Bereich der Aufgabenerfüllung nach dem SGB II weitgehend in die Anstalt zu verlagern und damit eine effiziente, an den Erfordernissen der Beschäftigungsförderung ausgerichtete Personalpolitik mit der Möglichkeit der schnellen und flexiblen personalwirtschaftlichen Entscheidungsdurchsetzung zu ermöglichen.

Der Kreis überträgt der Anstalt „Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) die ihm im Rahmen des Gesetzes obliegenden Aufgaben und Zuständigkeiten als Optionskommune nach dem SGB II. Dies betrifft auch hoheitliche Aufgaben. Insoweit kann die Anstalt selbständig Verwaltungsakte erlassen. Die Führung der sozialgerichtlichen Verfahren verbleibt beim Kreis.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Insbesondere obliegen der Anstalt folgende Aufgaben:

- Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II;
- Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen, die der Beschäftigungsförderung, Sozialen Betreuung, Aus- und Weiterbildung sowie der Ein- und Wiedereingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt dienen. Zu den Maßnahmen zählen auch: Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Jugendliche; Angebote der betriebsübergreifenden Erstausbildung; Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose; unterstützende Angebote für die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit;
- Organisation und Durchführung von europäischen, Bundes- und Landes-Projekten, die dem Zwecke der Anstalt dienen.

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Verwaltungsrat

Zusammensetzung des Verwaltungsrates (Stand: 31.12.2008)	
Vorsitzender	Herr Carsten Müller
Stellv. Vorsitzender	Herr Peter Walter
Mitglied	Frau Maria Becht
-----,,-----	Herr Reimund Butz
-----,,-----	Frau Tina Hobusch
-----,,-----	Herr Clemens Jäger
-----,,-----	Herr Werner Nickel
-----,,-----	Frau Hildegard Ripper
-----,,-----	Herr Dieter Zimmer

Im Wirtschaftsjahr 2008 beliefen sich die Verwaltungsratsvergütungen auf € 1.311,90.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Vorstand

Vorstand

Frau Brunhild Constanze Kent

Die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes nach § 285 Nr. 9a HGB unterbleibt unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB.

D. Träger

Träger

Anteil in %

Kreis Offenbach

100,00

E. Beteiligungen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Trägerschaft des Kreises Offenbach an der Anstalt öffentlichen Rechts handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung.

Die rechtliche Grundlage für die Gründung der Anstalt öffentlichen Rechts ist das Hessische Offensiv-Gesetz in der Fassung vom 14.12.2006 (GVBl. I S. 666) §§ 2b ff.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Ergebnishaushalt

**Produkt Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung für die sozialen Dienste 50.10.01
Kostenersatzleistungen und -erstattungen**

	2010	2009	2008
Kostenerstattung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.54840040	80.000	59.356	141.101

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2010	2009	2008
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - für Leistungen als kostenerstattungspflichtiger Träger Frauenhaus - Buchungsstelle 50.10.01.71710010	50.000	0	0

Transferaufwendungen

	2010	2009	2008
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - für psychosoziale Betreuung Frauenhaus - Buchungsstelle 50.10.01.72710010	380.000	0	0

Produkt Wirtschaftliche Jugendhilfen nach dem KJHG 51.10.01

Transferaufwendungen

	2010	2009	2008
Kosten der Betreuung von Tagespflegekindern § 16a SGB II - Buchungsstelle 51.10.01.72500200	100.000	3.392	26.080

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Ergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration SGB II (aktive Leistungen) 52.01.01

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2010	2009	2008
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten - Buchungsstelle 52.01.01.71250040	13.109.932	12.125.045	11.333.636

Transferaufwendungen

	2010	2009	2008
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Eingliederung - Buchungsstelle 52.01.01.72740010	12.881.286	11.735.530	9.343.697
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - § 16e SGB II - Buchungsstelle 52.01.01.72740020	2.340.800	280.000	60.910
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Projekt Ü 50 - Buchungsstelle 52.01.01.72740030	1.870.000	1.200.000	1.685.140
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - § 16f SGB II - Buchungsstelle 52.01.01.72400040	0	120.000	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Passgenau in Arbeit - Buchungsstelle 52.01.01.72990020	174.000	125.200	139.829
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Ausbildung statt ALG II - Buchungsstelle 52.01.01.72990040	199.000	227.275	203.300

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Ergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II (passive Leistungen) 52.01.02

Erträge aus Transferleistungen

	2010	2009	2008
Leistungsbeteiligung bei ALG II nach §§ 19 ff. SGB II ohne Leistungen für Unterkunft Buchungsstelle 52.01.02.54721010	81.000.000	67.229.830	65.451.567

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2010	2009	2008
Erstattung SGB II-Erträge durch AöR Buchungsstelle 52.01.03.54900050	360.000	514.440	430.509

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2010	2009	2008
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten KFA Kreis - Buchungsstelle 52.01.03.71250040	1.889.647	1.925.990	1.625.076
Zuschuss AöR gemäß Verwaltungsvereinbarung - Buchungsstelle 52.01.03.71250045	87.360	0	0

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Ergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen

	2010	2009	2008
Kosten der Unterkunft - laufende Leistungen § 22 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400010	53.200.000	50.356.149	47.965.661
Kosten der Unterkunft - einmalige Leistungen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400020	450.000	356.058	589.220
Kosten der Unterkunft - einmalige Leistungen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400030	30.000	90.958	31.249
Kosten der Unterkunft - Zuschuss nach § 22 Abs. 7 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400050	90.000	0	0
Einmalige Leistungen - § 23 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72420010	1.300.000	1.183.822	1.088.214

Investitionsplan

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03

Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens

	2010	2009	2008
Rückflüsse von Darlehen aus übrigem inländischen Bereich - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386810	0	178.141	606.400
Abgang Finanzanlagevermögen § 22 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386870	0	67.173	171.045
Abgang Finanzanlagevermögen § 23 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386880	0	534	3.332

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Investitionsplan (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03 (Fortsetzung)

**Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens
(Fortsetzung)**

	2010	2009	2008
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386910	500.000	421.057	0
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 23 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386920	2.500	0	0
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 7 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386930	18.000	0	0
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 25 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386940	30.000	0	0
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386970	190.000	181.899	0
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 23 Abs. 4 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386980	2.500	12.517	0

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Investitionsplan (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03 (Fortsetzung)

Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

	2010	2009	2008
Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten an sonstigen inländischen Bereich - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486810	0	86.288	120.979
Darlehen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486820	0	339.271	738.007
Darlehen § 23 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486830	0	15.363	6.623
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486910	700.000	662.277	0
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486920	700.000	268.369	0
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 23 Abs. 4 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486930	25.000	41.948	0
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 23 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486940	25.000	0	0
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 7 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486950	180.000	0	0
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 25 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486960	150.000	0	0

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008

1. Einleitung

Ende 2007 hat der Kreistag den Beschluss gefasst, alle so genannten Hartz-IV-Aufgaben unter einem Dach zusammenzufassen. Das Kommunale Jobcenter hat am 1. Januar 2008 seinen Betrieb als Anstalt öffentlichen Rechts auf der Grundlage des SGB II aufgenommen. Nach der Vorarbeit einer zu diesem Zweck im Jahre 2007 installierten Projektgruppe, wurde am 12.12.2007 im Kreistag die Satzung der künftigen Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) verabschiedet.

Das Wirtschaftsjahr war in erster Linie durch die Bewältigung der Fusion der unterschiedlichen Organisationsformen und der Überleitung des Personals aus KOMMSERVE gGmbH und der Kreisabteilung Grundsicherung sowie der Übernahme der Finanzaufgaben geprägt. Darüber hinaus fanden viele inhaltliche und organisatorische Veränderungen und Anpassungen statt, die den Charakter einer lernenden Organisation unterstreichen. Weiterhin wurden von nahezu allen Abteilungen / Bereichen verschiedene Projekte bearbeitet, die allesamt zu den Erfolgen beigetragen haben.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

1. Einleitung (Fortsetzung)

Die Entscheidung, dass die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt die oberste Priorität darstellt, konnte trotz der hohen Belastungen erfolgreich umgesetzt werden. Das bestätigen die Ergebnisse aus dem gemeinsamen Benchmarking aller Optionskommunen, die belegen, dass der Kreis Offenbach mit 4.099 Vermittlungen rd. 200 % über dem Durchschnitt liegt und damit zu den Topvermittlern gehört.

2. Entwicklung der Fallzahlen

Zahl der Bedarfsgemeinschaften und erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

Per 31.12.2008 betreute der Kreis Offenbach 9.762 Bedarfsgemeinschaften. Im Dezember 2007 waren dies 10.278. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ist im Vergleich zu Ende 2007 um 516 (5%) Bedarfsgemeinschaften gesunken.

Innerhalb der Bedarfsgemeinschaften gab es (zum Termin der BA-Statistik gem. § 51b SGB II lt. Prosoz-Meldeprotokoll) insgesamt 15.283 erwerbsfähige Hilfebedürftige, davon sind 3.174 Hilfebedürftige im Alter von 15 bis 24 Jahren (21%), weitere 4.767 Personen sind 50 Jahre alt und älter (31%).

Zahl der Arbeitslosen

Die Bundesagentur für Arbeit weist für den Kreis Offenbach im Rechtskreis des SGB II im Dezember insgesamt 8.117 arbeitslose Personen aus. Von diesen sind 835 jünger als 25 Jahre und 1.995 Männer und Frauen 50 Jahre und älter.

Per 31.12.2007 waren noch 7.639 Personen arbeitslos (SGB II). Die Zahl der Arbeitslosen hat sich damit im Jahresverlauf 2008 um 478 Menschen erhöht. Dies entspricht einer Zunahme um 6,3% der langzeitarbeitslos gemeldeten Personen.

Kundengruppen

Am Jahresende werden von den Fallmanagern und Arbeitsvermittlern insgesamt 17.429 Personen betreut. 3.100 Personen weisen keine oder nur geringe Vermittlungshemmnisse auf und gelten damit als direkt vermittelbar. Sie werden von der Arbeitsvermittlung oder im Rahmen des Projektes 50PLUS betreut.

Bei 8.664 weiteren Personen wurden allerdings größere Vermittlungshemmnisse festgestellt, die zunächst passgenaue, auf den Einzelfall zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich machen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt

Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt

Insgesamt wurden seit Anfang des Jahres 4.099 Personen in den ersten Arbeitsmarkt integriert. Das waren durchschnittlich 342 Personen pro Monat. Gegenüber den Integrationszahlen des Jahres 2007 (4.122 Personen) ist dies ein leichter Rückgang von 0,6%.

Von den vermittelten Personen sind 4.057 Personen zwischen 25 und 64 Jahre alt, davon 3.495 im Alter von 25 bis 49 Jahren sowie 561 Personen in der Altersgruppe 50plus.

Integrationen in den zweiten Arbeitsmarkt

Bei den Integrationen in den zweiten Arbeitsmarkt wird grundsätzlich unterschieden in Vermittlungen in Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandsentschädigung/MAE) und Vermittlungen in Qualifizierungsmaßnahmen.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 4.163 Personen in den zweiten Arbeitsmarkt integriert, davon 899 Personen unter 25 Jahren und 3.264 Personen ab 25 Jahren (hiervon wiederum 25 – 49 jährige: 2.205, Personen 50plus: 1.059).

3.1 Bereich Arbeitsvermittlung

Die Abteilung ist für die so genannten arbeitsmarktnahen Kunden zuständig und hat sich zielgruppen- und branchenorientiert organisiert:

Die Einteilung hat durch die individuelle Spezialisierung sowohl im Hinblick auf die Vermittlungszahlen als auch auf die spezielle Planung und Umsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen zu sehr guten Aktivierungs- und Integrationsergebnissen als auch zu einer 100%igen Ausschöpfung des EGL-Budgets geführt. Bei Arbeitgebern wurde darüber hinaus eine gezielte Wissensvermittlung in verschiedenen Berufsbildern und Tätigkeits-bereichen/Branchen sowie eine Schulung der Diakonie zum Thema „Schuldnerberatung“ durchgeführt.

Im Bereich der Existenzgründung wurde ein Mitarbeiter spezialisiert. Auch hier ist eine deutliche Verbesserung im Hinblick auf die internen Prozesse und Verfahren als auch die Zusammenarbeit mit Trägern eingetreten. Es ist zukünftig geplant, den Bereich mit einem weiteren Mitarbeiter aufzustocken und die gesamten Existenzgründer/Selbstständigen im Alter von 25-49 Jahren in der Arbeitsvermittlung zu betreuen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Bereich Arbeitsvermittlung (Fortsetzung)

Darüber hinaus wurden verstärkt individuelle Qualifizierungen der eHB umgesetzt. Ein Fokus lag dabei in der Nutzung der Bildungsgutscheine nach § 77 SGB III sowie u. a. im Falle des Bereiches IT/Engineering auf einer individuellen, mit Trägern und Arbeitgebern abgestimmten Planung und Umsetzung von beruflichen Qualifizierungen.

Im Durchschnitt kommen die Mitarbeiter der Arbeitsvermittlung auf über 55 Vermittlungen pro Kopf und Jahr.

Im Frühjahr fand auf Initiative der Arbeitsermittlung und in Zusammenarbeit mit dem AKO bereits zum zweiten Mal eine Jobmesse zum Thema Zeitarbeit statt. Damit haben wir dem immer größer werdenden Anteil an Zeitarbeitsstellen im Gesamtarbeitsmarkt und dem der Region Rechnung getragen. Insgesamt konnten 13 Zeitarbeitsfirmen zur Teilnahme gewonnen werden. Von ca. 800 eingeladenen eHB's sind 607 erschienen. Die Jobmesse Zeitarbeit kann damit als großer Erfolg gewertet werden, hat sich etabliert und wird durch uns auch im Jahr 2009 wieder umgesetzt werden.

3.2 Arbeitgeberservice als PPP-Projekt

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Firma IMB im Hinblick auf den Arbeitgeberservice wurde auch im Jahr 2008 fortgesetzt.

Die Anzahl der akquirierten, kumulierten Ausbildungs- und Arbeitsstellen betrug 2.776, davon konnten 940 durch den AKO besetzt werden.

Rund 2.780 akquirierte Ausbildungs- und Arbeitsstellen kamen in 2008 aus der Region und verteilten sich überwiegend auf kleinere und mittlere Unternehmen sowie Zeitarbeitsfirmen. Zu 80 % wurden die Langzeitarbeitslosen in einfache Tätigkeiten vermittelt. Von diesen Stellen wurden rd. 33 % vom AKO besetzt (gezählt werden nur provisionierte Stellen). Im Job verblieben

- nach 6 Wochen 66 %
- nach 3 Monaten 52 %
- nach 12 Monaten 21 %.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.2 Arbeitgeberservice als PPP-Projekt (Fortsetzung)

Besonders hervorzuheben ist die Entwicklung der Einstellungen in den Zeitarbeitsfirmen. Das Ergebnis konnte zu 2007 nochmals um 25 % der vermittelten Personen erhöht werden. Somit wurden 715 Personen in die Zeitarbeit gesteuert. Damit wird deutlich, dass Zeitarbeit mit einem Vermittlungsanteil von 26 % aller Vermittlungen einen guten Ansatz des Wiedereinstieges für Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt bietet.

Darüber hinaus konnten die Kontakte zu den Arbeitgebern der Region erweitert werden.

3.3 Projekte des Regionalen Fallmanagements

Neben den im Rahmen der Zielvereinbarung sehr erfolgreich umgesetzten Zielen hatten die drei Regional-Bereiche jeweils einen besonderen Schwerpunkt mit Bezug auf bestimmte Zielgruppen zu verantworten, die im Folgenden beschrieben werden.

Schwerpunkt bei den Unter-25jährigen

Hauptziele 2008 waren:

1. Entwicklung und Darstellung eines passgenauen Maßnahmeportfolios
2. Ausbau der Schnittstelle zur Agentur für Arbeit
3. Ausbau der Schnittstelle zu den Schulen im Kreis Offenbach.

Die verschiedenen Maßnahmeangebote im Bereich U 25 wurden sowohl inhaltlich als auch auf der Ebene der Kapazitäten diskutiert und angepasst. Dabei wurde der Fokus auf die passgenauen Inhalte und möglichen Förderketten gerichtet. Als wichtigste Weiterentwicklung wird die Maßnahme „Anschub“ betrachtet. Diese Maßnahme beinhaltet das Aufsuchen von jugendlichen Kunden am Wohnort, sofern diese nicht zu verabredeten Maßnahmen erscheinen. Neben der Einführung des Projektes „Start.Zeit für Ausbildung“ standen die Etablierung und der Ausbau von förderlichen Arbeitsstrukturen und Netzwerken im Vordergrund. Dies stellt, neben dem hohen Engagement der Fallmanager, den Hauptgrund für die guten Vermittlungszahlen im Bereich U 25 für das Jahr 2008 dar.

Im Bereich U 25 bekommt die Schnittstelle zur Agentur für Arbeit eine enorm hohe Brisanz. Ursache hierfür ist die aktuelle Gesetzeslage. Der Gesetzgeber hat das SGB II und SGB III so gestaltet, dass unter verschiedenen Voraussetzungen eine Doppelbetreuung der Zielgruppe erfolgt oder die Zuständigkeit innerhalb kurzer Zeit zwischen der Pro Arbeit und der Agentur für Arbeit wechselt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Projekte des Regionalen Fallmanagements (Fortsetzung)

Schwerpunkt bei den Unter-25jährigen (Fortsetzung)

Dieser Herausforderung können sich beide Organisationen nur durch eine eng abgestimmte Zusammenarbeit stellen. Um den Rahmen der Zusammenarbeit und die Möglichkeit eines Datenaustausches sicherzustellen, wurde eine Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit ausgearbeitet. Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung wird Anfang 2009 erfolgen.

Die Schnittstelle zu den Schulen im Kreis Offenbach wurde über verschiedene Wege ausgebaut. Zum Ersten wurden im Herbst 2008 alle Schüler des letzten Schuljahres (08/09) eingeladen, um zu eruiieren, bei welchen Schülern der Verbleib nach der Schule geregelt bzw. ungeregelt ist. Zusätzlich wurde über diesen Weg den Schülern deutlich gemacht, dass sie sich aktiv um ihre Berufsvorstellungen bemühen müssen.

Zum Zweiten wurden Gruppenveranstaltungen für Schüler und Lehrer im Rahmen der Projektgruppe Schulkontakt entwickelt, um über das SGB II und SGB III aufzuklären. Die Veranstaltungsreihe ist erstmalig für das Frühjahr 2009 angedacht und wird im Kreistagssitzungssaal stattfinden.

Zum Dritten ist die Pro Arbeit an dem Prozess der Umsetzung des Landesprogramms „Optimierung der lokalen Ausbildungsvermittlung (OLoV)“ beteiligt. Die Zusammenarbeit erfolgt auf zwei Ebenen. Die erste Ebene ist das OLoV Steuergremium an dem Herr Stanko teilnimmt. Dort wird eng mit Frau Jung von der Berufswegebegleitung, die als Regionalkoordinatorin/OLoV eingesetzt ist, kooperiert. Im Rahmen des OLoV Programms finden regelhaft Treffen mit den 21 Schulkoordinatoren des Kreises Offenbach statt. In der Arbeitsgruppe der Schulkoordinatoren wurde die Fallmanagerin Frau Grimmel-Bruhns als festes Mitglied platziert. Somit hat die Pro Arbeit eine eigene Schulkoordinatorin.

Neben dem Ausbau und der Evaluierung der beschriebenen Punkte soll die Zielgruppe der verfestigten langzeitarbeitslosen Jugendlichen 2009 im Mittelpunkt stehen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Projekte des Regionalen Fallmanagements (Fortsetzung)

Schwerpunkt für Alleinerziehende

Das Projekt war eingebettet in einer gemeinsamen Aktion des AK Option – koordiniert vom Hessischen Landkreistag – zur Zielgruppe der Alleinerziehenden.

Im Februar 2008 begann der Projekteinstieg mit der Erfassung der Kinderbetreuungskapazitäten in den Kommunen sowie der Schaffung einer Koordinierungsstelle zur Suche eines Betreuungsplatzes. In Kooperation mit der Pädagogischen Fachberatung des Kreises Offenbach wurde hier eine Dienstleistung für das Fallmanagement geschaffen.

Kernstück des Projektes ist die Auflage einer Trainingsmaßnahme, die speziell für die Zielgruppe der Alleinerziehenden konzipiert wurde. Diese Maßnahme wird in Kooperation mit einem Bildungsträger in Teilzeit durchgeführt. Die Qualifizierung der Teilnehmerinnen wird sozial-pädagogisch begleitet und eine adäquate Kinderbetreuung wurde am Maßnahmestandort integriert. Die Teilnehmergewinnung erfolgt über Informationsveranstaltungen, in denen Fallmanagerinnen neben der Trainingsmaßnahme auch über Unterstützungsmöglichkeiten, rechtliche Rahmenbedingungen und berufliche Perspektiven informieren. In 2008 wurden insgesamt 45 Teilnehmerplätze zur Verfügung gestellt. Der Qualifizierung schließt sich ein vierwöchiges Praktikum an. Ziel dieser Trainingsmaßnahme sind die Beschäftigungsaufnahme oder die Aufnahme einer (Teilzeit-)Ausbildung in Kombination mit einer herzustellenden Sicherung der zukünftigen Kinderbetreuung. Die Vermittlungsquote lag unter Berücksichtigung von drei Durchgängen und Maßnahmeende in 2008 bei 30%.

In den ersten zwei Staffeln haben die Teilnehmerbefragungen eine nicht zufrieden stellende Bewertung der Maßnahme ergeben, so dass sich die Projektgruppe nach Prüfung dazu entschieden hat, die Maßnahme neu auszuschreiben. Der neue Träger wird von den Teilnehmerinnen zwischen gut und sehr gut bewertet. Der Maßnahmeträger kann auf bestehende Kontakte zu Praktikumsbetrieben zurückgreifen und wird darüber hinaus vom Arbeitgeberservice unterstützt. Die Zusammenarbeit des Bildungsträgers mit anderen Beratungseinrichtungen (Erziehungsberatung, Frauen helfen Frauen e.V., etc.) ist unabdingbar, um der Zielgruppe gerecht zu werden. Eine Nachbetreuung der Teilnehmerinnen ist durch das cofinanzierte Landesprogramm „Betriebliche Ausbildung Alleinerziehender“ und durch das Fallmanagement gesichert.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Projekte des Regionalen Fallmanagements (Fortsetzung)

Schwerpunkt für Alleinerziehende (Fortsetzung)

Weitere 20 Teilnehmerplätze bietet eine Ende 2008 angelaufene Maßnahme, die im Auftrag der Pro Arbeit individuell abgestimmte ganzheitliche Integrationsleistungen für die Alleinerziehenden anbietet, bei denen die Kinderbetreuung bereits gesichert ist. Darüber hinaus wurden in 2008 zahlreiche Einzelmaßnahmen gefördert (z.B. Tagesmütterqualifizierung, PKW-Anschaffung, Führerscheinerwerb).

Folgende Kennzahlen weisen wir für die Zielgruppe im Jahr 2008 aus:

- 356 Alleinerziehende wurden in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt
- 16 Alleinerziehende wurden in Ausbildung vermittelt
- 58 Alleinerziehende haben ein Praktikum außerhalb von Qualifizierungsmaßnahmen absolviert
- 40 Alleinerziehende haben eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung ausgeübt
- 258 Alleinerziehende haben eine Qualifizierungsmaßnahme durchlaufen
- Insgesamt wurden für die Zielgruppe 512.127 € an Eingliederungsmitteln investiert.

Neben der Bereitstellung von Dienstleistungen und Maßnahmen ist der Wissenstransfer in die Organisation, hinsichtlich Handlungsempfehlungen im Beratungsprozess der Zielgruppe und die damit einhergehende Sensibilisierung des Fallmanagements von großer Bedeutung. Aus diesen Gründen wurde pro Organisationseinheit eine Projektmultiplikatorin bestimmt und ein Informationsportal geschaffen.

Migrantinnen-Projekt

Bei insgesamt geringerer Integration von Menschen ausländischer Herkunft in den deutschen Arbeitsmarkt zeigt sich bei den Migrantinnen die mit Abstand niedrigste Erwerbsbeteiligung. Neben geringen schulischen und beruflichen Qualifikationen und oft nur mäßigen deutschen Sprachkenntnissen, standen die Frauen häufig aufgrund langjähriger Familienphasen für eine Berufstätigkeit nicht zur Verfügung.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Projekte des Regionalen Fallmanagements (Fortsetzung)

Migrantinnen-Projekt (Fortsetzung)

Das Ziel des Migrantinnenprojekts war und ist, an den informell, in Lebens- und Alltagskontexten, erworbenen Kompetenzen der Frauen anzusetzen und ihnen durch Vermittlung einer ausbildungsähnlichen Qualifikation einen (Neu-) Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Im Fokus standen hier küchen- und hauswirtschaftliche Fertigkeiten als zentraler Bestandteil des täglichen Familienlebens.

Im Juli 2008 wurde eine Bedarfsfeststellung durchgeführt, um für die Ausschreibung des Migrantinnenprojekts eine realistische Planungsgrundlage heranzuziehen. Die 59 vorgeschlagenen Frauen konnten sich im Rahmen einer Informationsveranstaltung über die Eingliederungsmaßnahmen, Rahmenbedingungen und berufliche Ausblicke informieren und auf dieser Basis über ihre Teilnahme entscheiden.

Das Projekt selbst konnte im November 2008 beginnen. Es wurden zunächst vier Kompetenzfeststellungsmaßnahmen mit insgesamt 35 Teilnehmerinnen durchgeführt. Im Rahmen eines ausführlichen Profilings wurden die Frauen in Hinblick auf fachliche Eignung in den Bereichen Küche, Service, Housekeeping und Rezeption, auf relevante Sprachkenntnisse sowie in Bezug auf kognitive, soziale und persönliche Kompetenzen eingeschätzt und beurteilt. Bei entsprechender Befähigung und Motivation der Teilnehmerin erfolgte dann eine Zusteuerung in eine halbjährige Eingliederungsmaßnahme, deren Schwerpunkt eine berufliche Qualifizierung in einem der o. g. Bereiche des Hotel- und Gastgewerbes darstellte. Diese geschah in realistischen Lern- und Arbeitskontexten, welche der Träger im laufenden Gastronomie- und Hotelbetrieb ermöglichen konnte. Die erarbeiteten Qualifizierungsinhalte wurden durch einfache Prüfungen nachgewiesen. Einzelne Module wurden von der IHK zertifiziert, womit erworbene Qualifikationen, insbesondere relevant im Rahmen von Bewerbungsprozessen, auch dokumentiert werden konnten.

Eine sozialpädagogische Beratung stand durchgehend zur Verfügung, um die persönliche Entwicklung der Teilnehmerinnen begleiten sowie auch aufkommende Problemkontexte und beratungs- und vermittlungsrelevante Fragestellungen bearbeiten und klären zu können.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Projekte des Regionalen Fallmanagements (Fortsetzung)

Migrantinnen-Projekt (Fortsetzung)

Im Jahr 2009 wird die Eingliederungsmaßnahme durch Kurzzeitpraktika zum Kennenlernen der betrieblichen Praxis und intensive Unterstützung bei der Vermittlung in Arbeit ergänzt. Da die Frauen zum Teil aufgrund familiärer oder gesundheitlicher Gründe nicht vollzeitig an der Maßnahme teilnehmen konnten, wurde in Absprache mit dem Träger neben einer Vollzeit- auch eine Teilzeitmaßnahme installiert. Insgesamt haben 17 Frauen an der Qualifizierungsmaßnahme teilgenommen, wovon zwei aufgrund gesundheitlicher Probleme die Maßnahme vorzeitig beenden mussten.

Eine Evaluation der Maßnahme wird nach Abschluss der ganzheitlichen Integrationsleistung im Sommer 2009 stattfinden.

3.4 Projekt „50PLUS“

Der Erfolg aus der 1. Programmphase, die Zielgruppe der über 50jährigen in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren, konnte, trotz Erhöhung des Fallschlüssels, auch in 2008 fortgesetzt werden. Ebenso die inhaltliche Weiterentwicklung des Konzeptes.

Mit Start in die 2. Programmphase war Ziel, die erfolgreich erprobten regionalen Integrationsansätze der 1. Programmphase fortzusetzen, inhaltlich weiterzuentwickeln sowie eine regionale Ausdehnung zu erreichen. So kam ab Januar 2009 als Kooperationspartner der Landkreis Darmstadt-Dieburg hinzu. Mit einem gemeinsamen Konzept, auf der Grundlage des vom Team 50PLUS der Pro Arbeit erarbeiteten innovativen Aktivierungsmodells aus der 1. Programmphase und der Weitergabe des erlangten Know-hows, konnte der Landkreis Darmstadt-Dieburg sehr schnell, wie in der Vergangenheit das 50PLUS Team der Pro Arbeit, einsteigen.

Auch in 2008 gilt das Projekt als sehr erfolgreich. So wurden die mit dem BMAS vereinbarten Ziele 2008 mit einem Zielerreichungsgrad von 137 % übererfüllt.

Gleichzeitig soll im Zuge einer internen Erweiterung der Zugang zum Projekt „50plus“ sukzessive für alle ALG II Empfänger über 50 Jahre geöffnet werden, da nicht nur arbeitsmarktnahe Kunden zielgruppenspezifisch betreut werden müssen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.4 Projekt „50PLUS“ (Fortsetzung)

Gerade für Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen scheint die zielgruppenspezifische Betreuung besonders wirksam. In einem ersten Schritt wurden dazu im Juni 2008 ca. 800 so genannte C-Kunden dem Projekt zugesteuert. Dies hatte eine Erhöhung des Fallschlüssels im Projekt „50plus“ von 1:75 auf 1:110 zur Folge. In einem zweiten Schritt wurde ab Oktober 2008 ein Ü 50 Basis-Fallmanagement in den Regionen aufgebaut. Zu diesem Anlass wurden aus den Bereichen Ost, Mitte und West jeweils vier Fallmanager benannt. Diese Ansprechpartner werden künftig verstärkt die Zielgruppe in den jeweiligen Bereichen betreuen, als Multiplikator fungieren und zusätzlich fachliche Anleitung vom Team 50PLUS erhalten. Zusätzlich wurde in 50PLUS die Fallberatung nach den Berufsfeldern gewerblich und kaufmännische Ausrichtung aufgeteilt. Auch für die Beratung in Existenzgründung fand eine Spezialisierung statt. Die potenziellen Existenzgründer werden nun von einer speziell dafür geschulten Fallmanagerin beraten, im Prozess der Gründung begleitet und auch nach der Gründung weiter betreut.

Der veränderte Kundenstamm und die Einbindung der zielgruppenspezifischen Betreuung aus den Regionen machte eine Erweiterung des 50PLUS „Werkzeugkoffers“ notwendig. Im November 2008 wurde ein niedrigschwelliges Angebot, das ethnisch verankerte Gruppenprofiling für Migrantinnen und Migranten mit geringen bzw. gar keinen Deutschkenntnissen aufgenommen. Insbesondere wendet sich diese Maßnahme an Frauen, die durch ihr familiäres, kulturelles und ethnisches Lebensprofil am (Wieder-) Eintritt ins Erwerbsleben eingeschränkt sind. Wobei der eingesetzte Bildungsträger in Zusammenarbeit mit nationalitätsspezifischen regionalen Trägern, den Kontakt zu den verschiedenen kulturellen und ethnischen Gruppen auf lokaler Ebene pflegt. Ziel der Maßnahme ist, mit den Teilnehmern ein umfangreiches Profiling in deren Muttersprache durchzuführen, die Teilnehmer rund um das Thema SGB II umfassend zu informieren und im Anschluss daran, einen Integrationsplan je Teilnehmer an die Fallmanager 50PLUS weiterzuleiten. Mit diesem Maßnahmenangebot haben die Fallmanager ein weiteres Tool, welches sie in der Arbeit mit der schwierigen Zielgruppe und bei der Integration in den 1. Arbeitsmarkt unterstützt. Die ersten Vermittlungen in geringfügige Beschäftigung konnten bereits als Erfolg verzeichnet werden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.4 Projekt „50PLUS“ (Fortsetzung)

Auch in der 2. Programmphase wird das Projekt von Rambøll wissenschaftlich begleitet. Ziel ist die Entwicklung und Etablierung eines projektinternen Steuerungs- und Controllingsystems.

Startschuss für das Evaluationstool war der 01.07.2008. Die ersten Ergebnisse konnten bereits im Steuerungskreis vorgestellt und diskutiert werden. Die Weiterentwicklung dauert an.

Auch in 2008 fand im Rahmen der Perspektive 50PLUS wieder die Kampagne „Unternehmen mit Weitblick“ statt. Zu diesem Zweck wurde vom Projekt „50plus“ eine Marketingkampagne gestartet, bei der rund 250 Unternehmen aus dem Kreis angesprochen wurden, sich als Unternehmen zu bewerben und an der Prämierungsveranstaltung teilzunehmen. Insgesamt wurden aus dem Kreis Offenbach drei Unternehmen ausgewählt und auf einer gemeinsamen, regionalen Veranstaltung mit den Kooperationspartner Darmstadt-Dieburg ausgezeichnet.

Bisherige Profilierungsergebnisse haben ergeben, dass von ca. 50% der profilierten Personen 50PLUS mittlere bis schwere Gesundheitshemmnisse angegeben werden. Vor diesem Hintergrund sind in 2009 nun die Konzeption und der Einsatz von gesundheitsfördernden Maßnahmen geplant.

3.5 Projekt „Startzeit für Ausbildung“

Start.Zeit ist ein innovatives Projekt für Erstantragssteller auf ALG II im Alter bis zu 25 Jahren. Arbeit und Ausbildung sind grundlegende materielle Voraussetzungen für ein selbst gestaltetes Leben und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das Ziel von Start.Zeit folgt deshalb dem „work-first“-Ansatz und besteht darin, die Teilnehmer/innen schnellstmöglich in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, wobei das Hauptaugenmerk auf eine Aus- oder Fortbildung gerichtet ist. Damit sollen die Teilnehmer/innen vor Langzeitarbeitslosigkeit und deren Folgen bewahrt und einem dauerhaften Sozialleistungsbezug vorgebeugt werden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.5 Projekt „Startzeit für Ausbildung“ (Fortsetzung)

Das Projekt stellt einen Paradigmenwechsel dar. Es folgt dem Prinzip Fördern und Fordern. Hatte bei Neukunden bisher die Sicherstellung des Bezugs von Leistungen nach ALG II den Vorrang, so wird ihnen mit der Einsteuerung in das Start.Zeit-Projekt innerhalb einer Woche nach Antragstellung – und damit vor Gewährung des Bezugs – verdeutlicht, dass ihr vorrangiges Ziel darin bestehen muss, eine Arbeit oder eine Ausbildung zu finden.

Start.Zeit ist ein offen gestaltetes Angebot mit verpflichtendem Charakter. Die verbindliche Teilnahmedauer ist auf acht Wochen beschränkt, wobei sie sich um entstandene – auch krankheitsbedingte – Fehlzeiten verlängert. Die Aufgabe der Jugendlichen während der Teilnahme an der Maßnahme besteht darin, mögliche Arbeits- oder Ausbildungsstellen zu finden und sich darauf zu bewerben. Dafür wird jedem/jeder Teilnehmer/in ein PC-Arbeitsplatz mit Internetanschluss zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus können die Teilnehmer/innen in den aktuellen Tageszeitungen sowie in den Jobangeboten des Arbeitgeberservices nach Stellen recherchieren. Für Anrufe bei potenziellen Arbeitgebern kann ein projekteigenes Telefon benutzt werden. Den Jugendlichen werden zur Gewährleistung ihrer Teilnahme an Start.Zeit die Fahrkosten in Form von RMV-Zeitkarten erstattet. Außerdem haben sie die Möglichkeit, Bewerbungsfotos anfertigen zu lassen.

Das Projektteam betreut die Jugendlichen bei der Realisierung dieser Aufgaben nach dem Gebot „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Probleme sollen mit den Jugendlichen gelöst werden, nicht für sie. Das Projektteam ist deshalb gehalten, sich selbst zurückzunehmen und den Teilnehmer/innen Raum zu eigenverantwortlichem Handeln zu lassen. Dazu gehört auch, die gegenseitige Unterstützung der Teilnehmer/innen untereinander zu fördern, da jede/r von ihnen über eigene Erfahrungen und Fähigkeiten verfügt.

Die Teilnehmer/innen sind aufgefordert, sich über ihre eigene Situation klar zu werden, individuelle Vorstellungen und Ziele ihrer weiteren Zukunft zu formulieren und zunächst selbst Wege zu entwickeln, wie sie diese verändern wollen, können und müssen. Dabei gilt es, sie zu befähigen, sich ihrer eigenen Stärken bewusst zu werden und diese zu nutzen. Dabei werden die Teilnehmer/innen zunehmend zu eigenem Zeitmanagement und Selbstorganisation befähigt. Das Projektteam leistet die entsprechende Unterstützung, wenn es die Situation erfordert. Die Betreuung erfolgt individuell.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.5 Projekt „Startzeit für Ausbildung“ (Fortsetzung)

Im Normalfall wird während der Maßnahme weder ein Unterricht (bspw. Bewerbertraining) durchgeführt, noch haben sich die Teilnehmer/innen an Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) zu beteiligen. Eine Doppelbesetzung mit anderen Maßnahmen ist für die Teilnehmer/innen generell ausgeschlossen.

In dem offenen Projekt selbst werden jedoch neben dem Regellauf keinerlei Alternativen ausgeschlossen. Wird in der täglichen Betreuung oder in der Gruppendynamik deutlich, dass neben der individuellen Arbeit auch Gruppenarbeit notwendig geworden ist, um Entwicklungen effizienter zu beeinflussen oder zu gestalten, entwickelt das Team entsprechende Methoden und sie wendet an.

4. Förderprogramme zur Eingliederung

Die Pro Arbeit bietet den von ihr betreuten Kunden ein umfangreiches Förderprogramm, das zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt beiträgt. Diese Förderungen werden in Einzelleistungen und in sog. Gruppenleistungen durchgeführt. Einzelleistungen werden in der Regel über Bildungsgutscheine realisiert, dies setzen die Regionalbereiche, die Arbeitsvermittlung und das Projekt „50plus“ direkt um. Neben den verschiedenen Einzelmaßnahmen für individuelle berufliche Qualifizierungen sind auch Existenzgründungsseminare möglich.

4.1 Vergabestelle

Die Rechtsstelle/Innenrevision hat als sog. Verhandlungsleiter im Sinne des Vergaberechts im Jahre 2008 insgesamt ca. 50 Vergabeverfahren bearbeitet. Nach der Einführung des Vergaberechts im Winter 2007/2008 hat die Rechtsstelle umfangreiche Ausarbeitungen vorgenommen, um eine rechtskonforme Umsetzung der inhaltlichen Vorstellungen der jeweiligen Organisationseinheiten zu gewährleisten. Dabei hat die Rechtsstelle die Vergabeverfahren von der Erstellung und Veröffentlichung der Verdingungsunterlagen über die Submission und Auswertung der Angebote geleitet. Dies umfasst auch die Einführung und Umsetzung der veröffentlichten Verdingungsunterlagen im Internet und in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank sowie die Ausarbeitung der entsprechenden Vergabeunterlagen (§ 30 VOL/A).

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

4. Förderprogramme zur Eingliederung (Fortsetzung)

4.2 Gruppenmaßnahmen

werden durch das Team EGL betreut. In Abstimmung mit dem Vorstand und den Bereichsleitungen werden die Inhalte und Ziele dieser Leistungen geplant und vom Team EGL operativ umgesetzt. Die Angebotspalette ist breit gefächert, so dass dem Fallmanagement die passenden Hilfen für ihre Beratungsarbeit zur Verfügung stehen.

So gibt es z.B. niederschwellige Hilfeprodukte für Personen, die in ihrer aktuellen Lebenssituation den Anforderungen und Belastungen des Arbeitsmarktes noch nicht Rechnung tragen können (Beispiel: externes beschäftigungsorientiertes Fallmanagement: hier ist der Kunde ein „Betreuungskunde“, der sich im Laufe der Maßnahme mit Unterstützung des Bildungsträgers zum „Marktkunden“ entwickeln soll und kann). Andererseits ist für Kunden mit stabiler Persönlichkeit und guter Berufsbiographie eine Bewerbungsunterstützung oft ausreichend.

Weitere Leistungen sind Fachqualifikationen für verschiedene Berufsbereiche und Zielgruppen, Hilfen bei Existenzgründungen, Vermittlungscoaching, außerbetriebliche Ausbildung für Jugendliche, Arbeitsgelegenheiten und Nachbetreuungshilfen für Arbeitgeber nach Vermittlung, Trainingsmaßnahmen mit und ohne begleitende Kinderbetreuung, Bewerbungsunterstützung. Die Angebote sind inhaltlich orientiert (Fachqualifikationen) oder zielgruppenorientiert (MigrantInnen, Jugendliche, Alleinerziehende), sie ergänzen sich jedoch auch.

In den mit Stand Ende Dezember 2008 vertraglich vereinbarten Qualifizierungsmaßnahmen stehen 759 Plätze für erwerbsfähige Hilfebedürftige ab 25 Jahren sowie 354 Plätze in besonderen Qualifizierungsmaßnahmen für erwerbsfähige Hilfebedürftige unter 25 Jahren zur Verfügung. Aufgrund der Rahmenvereinbarung zwischen der Pro Arbeit und der Kreisvolkshochschule Offenbach (KVHS) können ferner Einzelplätze belegt werden. Außerdem existieren Rahmenvereinbarungen zu den Leistungen Bewerbungsservice und Deutsch-Feststellungstest, die ebenfalls nach anfallendem Bedarf von der KVHS für die Pro Arbeit angeboten werden. Zu den Qualifizierungsmaßnahmen für über 25-jährige zählen:

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

4. Förderprogramme zur Eingliederung (Fortsetzung)

4.2 Gruppenmaßnahmen (Fortsetzung)

- Qualifizierungen in diversen Arbeitsbereichen, z.B.: kaufmännischer Bereich, Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe, Pflege, Hauswirtschaft, Lager, Metall, Elektro und Sicherheitsdienst
- Bewerbungstraining, Einzelberatung bei Bewerbungen, Unterstützung bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen
- Integrationskurse (BAMF), Deutschfeststellungstests
- Wiedereingliederung allein erziehender Frauen
- Qualifizierende Arbeitsgelegenheiten

Qualifizierungsmaßnahmen für unter 25-jährige sind:

1. Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)
2. Maßnahmen zur Berufsorientierung und Qualifizierung
3. Qualifizierende Arbeitsgelegenheiten
4. Maßnahmen zum Erwerb des Hauptschulabschlusses
5. Sozialpädagogische Begleitung junger Mütter in Ausbildung

Insgesamt haben 11.292 Kunden in 2008 verschiedene Gruppenmaßnahmen durchlaufen, für die rd. 5.806 T€ aufgewendet wurden.

4.3 Arbeitsgelegenheiten

im weiteren AGH genannt, sind ein weiteres Instrument, um Kunden „den Arbeitsmarkt näher zu bringen“. Sie werden nach „Einzel-AGH“ und „qualifizierende AGH“ unterschieden. Qualifizierende Arbeitsgelegenheiten richten sich an Kunden, die durch die AGH eine Tages- und Arbeitsstruktur entwickeln sollen und dafür enge begleitende Hilfe in Form einer sozialpädagogischen Betreuung benötigen. Daher werden qualifizierende AGHs durch einen Bildungs- und Beschäftigungsträger umgesetzt. Dieser garantiert die enge Begleitung und Förderung der teilnehmenden Kunden.

Einzel-AGH dagegen sind nicht sozialpädagogisch betreut, hier steht der Arbeitseinsatz im Vordergrund. Die max. Arbeitszeit in einer AGH ist mit 30 Wochenstunden festgelegt, einschließlich evtl. Qualifizierungsanteil.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

4. Förderprogramme zur Eingliederung (Fortsetzung)

4.3 Arbeitsgelegenheiten (Fortsetzung)

Werden von Organisationen neue AGH-Stellen beantragt, wird vor einer Zustimmung die rechtliche Grundlage und die Übereinstimmung mit der sog. Positivliste geprüft. Die Positiv-Liste, eine Vereinbarung zwischen der Pro Arbeit, der IHK und der Handwerkskammer regelt, dass keine Stellen genehmigt werden, die reguläre Arbeitsplätze am Markt verdrängen können. Jeder Kunde in einer AGH erhält für seine Arbeitsleistungen eine Mehraufwandsentschädigung in Höhe von € 1,25 pro geleisteter Arbeitsstunde. Dies hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verändert.

Per Ende Dezember standen 274 Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung, von denen 101 (37%) besetzt waren.

5. Einführung einer Balanced Scorecard

Die Zielvereinbarungen zur Umsetzung des SGB II im Kreis Offenbach wurden für das Jahr 2008 grundlegend überarbeitet und weiterentwickelt.

Der Vorstand der Pro Arbeit (AöR) hat in gemeinsamen Planungsrunden mit dem Führungsteam eine strategische Planung auf Basis einer Balanced Scorecard vorgenommen. Dem Ansatz folgend wurden für vier verschiedene Zieldimensionen

- Kunden/öffentlicher Auftrag
- Strukturen/Prozesse
- Finanzen/Wirtschaftlichkeit
- Mitarbeiter/Lernen und Entwicklung

Strategien formuliert und darauf aufbauend Kennzahlen und Indikatoren als Grundlage für die vorliegenden Zielvereinbarungen festgelegt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

6. Grundsicherung

Insgesamt wurden seit Mitte August 2008 1.743 Neuanträge zur Bearbeitung in die Regionen gesteuert. Gegenüber dem Jahr 2007 war der Eingang von Neuanträgen leicht rückläufig (minus 0,8%).

Im Bereich Grundsicherung wurde zum August 2008 die „Grundsicherung aus einer Hand“ eingeführt, d.h. die Neuanträge werden nunmehr direkt nach Prüfung des Antrages auf Vollständigkeit durch das Servicecenter an den Bereich weitergeleitet. Sieben der bisher im Servicecenter eingesetzten Mitarbeiter des Bereichs Grundsicherung wurden in die Sachbearbeitung der Regionen eingegliedert. Aufgrund des „erweiterten Aufgabenbereiches“ wurden insgesamt die Personalschlüssel in den Regionen vergrößert.

Der einzelne Sachbearbeiter verfügte im Jahr 2008 im Durchschnitt über einen Gesamtbetrag von 1.963.430,- €. Dieser umfasst 1.165.139,- € Regelleistung und Sozialgeld, 18.269,- € einmalige Leistungen und 780.022,- € Kosten der Unterkunft und Heizung (KDU/KDH).

Die durchschnittlich pro Bedarfsgemeinschaft ausgezahlten Wohnkosten betragen (Stand Dezember 2008) monatlich 456,- €, wovon 321,- € auf Kaltmiete, 82,- € auf Nebenkosten und 53,- € auf Heizkosten entfielen.

Von den in 2008 durchschnittlich betreuten ca. 9.700 Bedarfsgemeinschaften verfügten insgesamt 64,9 % über mindestens ein Einkommen.

Seit 01.03.2008 verfügt die Pro Arbeit über eine eigene Widerspruchs-Abteilung, bestehend aus drei Mitarbeitern. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 1.187 Widersprüche bearbeitet. In 42% der in 2008 bearbeiteten Widerspruchsfälle erfolgte eine Abhilfe, in 58 % der Fälle wurde der Widerspruch zurückgewiesen.

Das Team Grundsatz/Unterhalt besteht seit dem 01.06.2008 aus drei Personen. Dessen Aufgaben bestehen in der Geltendmachung und Durchsetzung der auf die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) übergegangenen (Dritt-) Ansprüche gem. § 33 ff. SGB II. Im Jahr 2008 wurden 1.239 Fälle zur Bearbeitung gemeldet.

Der Verein „Frauen helfen Frauen“ Kreis Offenbach e.V. bietet als einziger Träger im Kreis Schutz und Beratung für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder durch den Betrieb eines Frauenhauses einschließlich einer Frauenberatungsstelle an. Es kann festgestellt werden, dass alle Zu- und Abgänge von Frauen mit Kindern in oder aus dem Frauenhaus Leistungen nach dem SGB II erhielten. Es wurden 47 Fälle betreut.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

6. Grundsicherung (Fortsetzung)

Im Jahr 2008 wurde ein zentrales Beschwerdemanagement der Pro Arbeit durch zwei Mitarbeiterinnen und die Rechtsstelle aufgebaut. Die beiden Mitarbeiterinnen des Beschwerdemanagements haben ihre Arbeit als zentrale Anlaufstelle im Sommer 2008 aufgenommen. Sie bearbeiten alle Beschwerdefälle, um eine einheitliche Bearbeitung und eine systematische Auswertung zu gewährleisten. Die Rechtsstelle/Innenrevision fungiert nach erfolgreicher Implementierung des Beschwerdemanagements neben der Leitung der Grundsicherung als Ansprechpartner in rechtlichen und fachlichen Fragen. Im Jahr 2008 gingen insgesamt 239 Beschwerden ein.

6.1 Ermittlungsdienst

Die Hauptaufgabe des Ermittlungsdienstes besteht darin, Verdachtsfälle auf Leistungsmisbrauch zu erkennen und zu beseitigen – und insbesondere zu überprüfen, ob die Anspruchsvoraussetzungen von Personen, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen (oder bezogen haben), vorliegen. Dabei sollen in erster Linie Sachverhalte überprüft werden, die nicht allein aufgrund der Aktenlage beurteilt werden können.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt des Ermittlungsdienstes bildet die Bedarfsfeststellung bei beantragter Wohnungserstausstattung. Im Wege einer Inaugenscheinnahme wird vom Ermittlungsdienst der tatsächliche Bedarf des Hilfeempfängers vor Ort (in der Regel in der Wohnung) festgestellt, indem die beantragten Gegenstände mit den tatsächlich vorhandenen Gegenständen abgeglichen – und ggf. nicht beantragte, jedoch tatsächlich (lebens-)notwendige Gegenstände zusätzlich (von Amts wegen) dem Bedarf hinzugerechnet werden.

Darüber hinaus werden Strafanzeigen gestellt und strafrechtliche Erkenntnisse an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet, sowie eine Erfolgs- und Kostenkontrolle der veranlassten Maßnahmen geführt.

Im Jahr 2008 gingen bei dem Ermittlungsdienst insgesamt 718 Fälle als „Neueingänge“ ein, davon 296 gemeldete Verdachtsfälle auf Leistungsmisbrauch sowie 422 Anträge auf Bedarfsüberprüfung (Wohnungserstausstattung). Von den insgesamt 144 abgeschlossenen Fällen im Jahr 2008 konnte sich der Verdacht auf Leistungsmisbrauch in insgesamt 33 Fällen bestätigen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

6.1 Ermittlungsdienst (Fortsetzung)

Sofern man diese Zahl mit der durchschnittlichen Jahresdurchschnittszahl der SGB II-Bedarfsgemeinschaften des Landkreises Offenbach (2008 = 9.904 BGs) ins Verhältnis setzt, so ergibt sich hieraus eine Leistungsmisbrauchsquote von 0,33 %. Zu berücksichtigen ist jedoch hierbei, dass die Zahl der gemeldeten Verdachtsfälle weit geringer ist als die tatsächliche Zahl der Leistungsmisbrauchsfälle. Da der Ermittlungsdienst nur dann die Ermittlung aufnimmt, wenn ein Verdacht auf Leistungsmisbrauch (vom Sachbearbeiter oder aus der Bevölkerung) gemeldet worden ist, kann die „Dunkelziffer“ der nicht gemeldeten Fälle folglich auch nicht ermittelt und aufgeklärt werden – und bleibt in der Statistik unberücksichtigt.

Im Rahmen des im Jahre 2008 erfolgreich gestarteten Projekts „START.ZEIT ... für Ausbildung & Job“ hat der Ermittlungsdienst übergangsweise Aufgaben des „aufsuchenden Fallmanagements“ übernommen. So wurden Jugendliche unter 25 Jahren, die unentschuldig zu den (individuell) vereinbarten Pflichtterminen bei START.ZEIT nicht erschienen sind, umgehend vom Ermittlungsdienst zu Hause aufgesucht, um diese zu motivieren, an der Maßnahme (weiter) teilzunehmen. Auch im Jahr 2009 wird der Ermittlungsdienst die unterstützende Außendiensttätigkeit für das START.ZEIT Projekt fortsetzen.

Besondere Erwähnung verdient auch das Projekt „Begleitung bei Bedarfsüberprüfungen“, welches bereits im Jahr 2007 eingeführt wurde: Interessierte Mitarbeiter/innen der Pro Arbeit haben die Möglichkeit, insgesamt einmal im Jahr ganztags den Ermittlungsdienst bei den vorzunehmenden Bedarfsüberprüfungen im Außendienst zu begleiten. Das Projekt dient zum einen der personellen Entlastung des Ermittlungsdienstes. Darüber hinaus bietet der eintägige Arbeitsplatzwechsel den Mitarbeitern/-innen jedoch auch einen Blick über den Abteilungsrand hinaus und fördert das Verständnis für die notwendigen Schnittstellen in der Organisation und die Bereitschaft zur Kooperation. Auch erhalten die Mitarbeiter/innen durch die Begehung einen vertiefenden Einblick in die Sozial- und Wohnsituation der Hilfeempfänger und werden dadurch auch in ihrem eigenen Aufgabenbereich hierfür stärker sensibilisiert.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

6.2 Qualitätssicherung

Die Rechtsstelle/Innenrevision ist im Jahr 2008 rechtlicher Ansprechpartner des Fallmanagements und der Arbeitsvermittlung gewesen, um die Tatbestandsvoraussetzungen der Gewährung von Eingliederungsleistungen zu prüfen. Insgesamt wurden im Jahr 2008 durch die Rechtsstelle/Innenrevision 117 Ablehnungsbescheide und 22 Widerspruchsbescheide erstellt bzw. bearbeitet.

Soweit durch diese Bearbeitung „übergreifende“ Sachverhalte festgestellt wurden, konnte eine entsprechende einheitliche Umsetzung der rechtlichen und fachlichen Vorgaben durch Ausarbeitung von Handlungsanweisungen, Formularen und Mustern gewährleistet werden.

Ferner hat die Rechtsstelle gemeinsam mit dem Team „Eingliederungsleistungen“ und den Leitungen „Controlling“ und „Arbeitsvermittlung“ eine systematische Zusammenfassung der im Datenbestand hinterlegten Hilfeprodukte vorgenommen und einen Arbeitskreis zur ordnungsgemäßen Meldung der Datenübermittlung an die BA (§ 51b SGB II) aufgebaut. Dadurch können bestehende und neue Hilfeprodukte rechtlich zutreffend zugeordnet und statistisch korrekt gemeldet werden.

Virtuelles Arbeitshandbuch

Im Intranet ist ein virtuelles Arbeitshandbuch für die Mitarbeiter der AöR eingerichtet, das umfangreiche Umsetzungsrichtlinien, Arbeitshilfen, Berechnungstools zum SGB II und darüber hinaus eine Vielzahl von Links zu Gerichtsurteilen und weiteren nützlichen Informationsquellen im Internet bietet. Das Handbuch wurde im Jahre 2008 in erheblichem Umfang aktualisiert und erweitert. Als „lebendiges“ Medium, an dem die Mitarbeiter der Grundsicherung und des Fallmanagements mit zahlreichen Ergänzungen fortlaufend mitwirken (im Jahr 2008 wurden ca. 180 Änderungen eingestellt), erfuhr dieses Handbuch einen stetigen Anstieg der Anzahl der monatlichen Zugriffe. Alleine auf den Bereich „Umsetzung des SGB II“, der eine Übersicht über die einzelnen Vorschriften des SGB II (inkl. der oben beschriebenen Materialien) bietet, wurde in 2008 ca. 900 x pro Monat, mit steigender Tendenz, zugegriffen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

7. Personal

Die Umsetzung des Kreistagsbeschlusses zur Errichtung einer AöR fand am 01.01.2008 statt. Für den Bereich Personal bedeutete dies, die Übernahme von 27 Tarifangestellten sowie 15 Beamten des Kreises Offenbach. Damit war es Aufgabe des Bereichs Personal, für die korrekte Umsetzung des Tarifrechts des TVöD, des Beamtenrechts, des Kindergeldrechts sowie des Hessischen Personalvertretungsrechts Sorge zu tragen. Eine Herausforderung in der Sachbearbeitung ist dabei, den Personalkörper zusammenzuführen und die unterschiedlichen arbeitsvertraglichen Bedingungen nicht außer Acht zu lassen.

Neben der Zusammenführung der ehemaligen Beschäftigten der Kreisverwaltung Offenbach und der Kommserve gGmbH zu einem Personalkörper in eine Anstalt des öffentlichen Rechts, stand die Organisation und Umsetzung des Führungskräftecoachings. Ziel der Fortbildung war die Weiterentwicklung von Fähigkeiten, die nötig sind, um Gruppenprozesse personen- und zieladäquat steuern zu können. Dazu wurde ein gruppenspezifischer Ansatz gewählt, der dazu beitrug, dass bei den Führungskräften das Verständnis für Person und Rolle bezogen auf das System, in dem sie arbeiten, vertieft wurde.

Im Kalenderjahr 2008 wurden von der Personalabteilung 24 Weiterbildungen für 596 Teilnehmerinnen mit insgesamt 196 ganztägigen Veranstaltungen geplant und organisiert. Diese betrafen das gesamte Spektrum des SGB II. Außerdem wurden interne Schulungen durch Mitarbeiter durchgeführt. Im Bereich Grundsicherung fanden diese hauptsächlich im Programm Prosoz und zum Thema SGB II statt. Im Bereich Integration wurden Fortbildungen zum Programm comp.ASS durchgeführt. Zusätzlich wurden der Wahlvorstand, der Personalrat und die Schwerbehindertenvertretung geschult. Neben den dargestellten Gruppenveranstaltungen bestand die Möglichkeit an Einzelschulungsmaßnahmen teilzunehmen.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2008 (Fortsetzung)

8. Bereich Finanzen

Das Wirtschaftsjahr 2008 war geprägt durch die am dem 01.01.2008 eingetretenen Veränderungen nach Gründung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR).

Die aufgebauten Strukturen in der Finanzbuchhaltung (Kontenrahmen innerhalb der Finanzbuchhaltung sowie die Gliederung der Kostenrechnung) ist die Basis für die erforderliche Nachweispflicht hinsichtlich der Verwendung von Bundesmitteln gegenüber dem Kreis Offenbach. Der Kreis Offenbach ist für die Gesamtabrechnung der Mittel mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales verantwortlich.

Nach der Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2007 der Vorgängergesellschaft KOMMSERVE gGmbH im August 2008 durch die Gremien des Kreises Offenbach, wurde im Bereich Finanzen nach umfangreichen Abstimmungen mit der Finanzverwaltung des Kreises Offenbach eine Eröffnungsbilanz für die Pro Arbeit erstellt, die vom Verwaltungsrat der Pro Arbeit mit Datum vom 19.12.2008 festgestellt wurde.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

L. Bilanz

	31.12.08	01.01.08	Verände- rung
Aktiva	in €	in €	in €
- EDV-Software	22.849	995	21.854
Immaterielle Vermögensgegenstände	22.849	995	21.854
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	65.383	58.100	7.283
- Geleistete Anzahlungen	23.003	0	23.003
Sachanlagen	88.386	58.100	30.286
Anlagevermögen	111.235	59.095	52.140
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.180.146	0	2.180.146
- Forderungen gegen den Träger Kreis Offenbach	4.301.043	4.699.788	-398.746
- Sonstige Vermögensgegenstände	15.590	68.728	-53.138
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.496.778	4.768.517	1.728.262
- Guthaben bei Kreditinstituten	580.119	0	580.119
Umlaufvermögen	7.076.898	4.768.517	2.308.381
Rechnungsabgrenzungsposten	36.744	0	36.744
	7.224.877	4.827.612	2.397.266
Passiva			
- Gezeichnetes Kapital	0	0	0
- Jahresüberschuss	0	0	0
Eigenkapital	0	0	0
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	844.223	1.052.962	-208.739
- Sonstige Rückstellungen	5.521.661	3.341.083	2.180.577
Rückstellungen	6.365.884	4.394.046	1.971.838
- gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
- aus Lieferungen und Leistungen	337.917	67.311	270.607
- verbundenen Unternehmen	0	232.860	-232.860
- Sonstige Verbindlichkeiten	521.076	133.396	387.681
Verbindlichkeiten	858.994	433.566	425.428
	7.224.877	4.827.612	2.397.266

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	31.12.08	01.01.08
	in €	in €
Kostenerstattungen für die Aufgabenerfüllung nach SGB II	133.784.569	0
Sonstige betriebliche Erträge	1.339.461	0
Materialaufwand		
a) Aufwendungen für die Gewährung passiver Leistungen nach SGB II	110.238.136	0
b) Aufwendungen zur Eingliederung in Arbeit nach § 16 SGB II	9.504.903	0
	119.743.038	0
Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.866.425	0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 699.107,94	2.355.330	0
	11.221.755	0
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	30.323	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.182.404	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	53.577	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	87	0
Sonstige Steuern	87	0
Jahresüberschuss	0	0

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

Anschrift	Rathausplatz 1, 61343 Bad Homburg v.d. Höhe Geschäftsstelle: Poststrasse 16, 60329 Frankfurt
Telefon	069/2577-1700
Telefax	069/2577-1750
E-Mail	info@krfrm.de
Internet	www.Kulturregion-Frankfurt-RheinMain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	gGmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 2005
Stammkapital	29.650,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2005 in der Fassung vom 19.12.2008.
Handelsregistereintrag	HRB 10260 beim Amtsgericht Bad Homburg v.d. Höhe

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Fortführung und Durchführung bisher beispielhaft veranstalteter und begonnener Projekte wie die Route der Industriekultur, Garten Rhein-Main, Freiheit des Geistes – Geist der Freiheit und weiterer, bisher noch nicht begonnener Kulturprojekte und Veranstaltungen,
- die Pflege der interkommunalen Zusammenarbeit in Form von Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte innerhalb der Kulturregion Frankfurt Rhein-Main mit dem Ziel, das Interesse an den vielfältigen Kulturangeboten der Rhein-Main Region zu fördern,
- die Unterstützung regional und überregional bedeutsamer kultureller Projekte gemeinnütziger Träger und Veranstalter, wobei die Grenze hierfür bei maximal 50% der Eigenmittel der Gesellschaft liegt,
- eine übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen kulturbezogenen Öffentlichkeitsarbeit,
- die überregionale und internationale Präsentation der Kulturregion.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Jahre 2009 (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Prof. Dr. Felix Semmelroth
2. Vorsitzender	Herr Thomas Will ab 09.12.2009
2. Vorsitzende	Frau Dr. Ursula Jungherr bis 09.12.2009
Mitglieder	Herr Bardo Bayer
-----,,-----	Herr Jo Dreiseitel
-----,,-----	Herr Burkhard Fleckenstein

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Jahre 2009 (Stand: 31.12.2009) (Fortsetzung)	
Mitglieder	Frau Beate Fleige ab 27.10.2009
-----,,-----	Herr Hans Franssen
-----,,-----	Herr Berthold Gall
-----,,-----	Frau Elisabeth Haindl
-----,,-----	Herr Walter Hoffmann
-----,,-----	Herr Claus Kaminsky
-----,,-----	Herr Michael Keller
-----,,-----	Herr Joachim Kolbe
-----,,-----	Herr Dr. h.c. Peter Krawietz
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Frau Renate Nettner-Reinsel ab 06.10.2009
-----,,-----	Herr Erich Pipa bis 05.10.2009
-----,,-----	Herr Horst Schneider
-----,,-----	Herr Dr. Thomas Stöhr
-----,,-----	Herr Peter Walter
-----,,-----	Herr Stephan Wildhirt

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Konrad Dörner
------------------------	--------------------

Für die freiberufliche Beratungstätigkeit des Geschäftsführers im Geschäftsjahr erhielt er eine Brutto-Vergütung von € 46.800,00 (Vorjahr € 46.800,00). Die Vergütung besteht zu 80% aus einem Fixum und zu 20% aus einer halbjährlichen erfolgsabhängigen Komponente.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand:31.12.2009)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	9,44 %	2.800,00
Hochtaunuskreis	5,40 %	1.600,00
Landkreis Groß-Gerau	5,73 %	1.700,00
Main-Kinzig-Kreis	9,78 %	2.900,00
Main-Taunus-Kreis	5,73 %	1.700,00
Wetteraukreis	6,41 %	1.900,00
Stadt Alzenau	0,68 %	200,00
Stadt Aschaffenburg	2,02 %	600,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,69 %	500,00
Stadt Bad Nauheim	1,01 %	300,00
Stadt Bad Vilbel	1,01 %	300,00
Stadt Bischofsheim	0,51 %	150,00
Stadt Bingen	0,84 %	250,00
Stadt Darmstadt	4,38 %	1.300,00
Stadt Dieburg	0,51 %	150,00
Stadt Dreieich	1,35 %	400,00
Stadt Eschborn	0,68 %	200,00
Stadt Frankfurt am Main	20,24 %	6.000,00
Stadt Friedberg (Hessen)	0,84 %	250,00
Stadt Friedrichsdorf Taunus	0,84 %	250,00
Stadt Ginsheim Gustavsburg	0,51 %	150,00
Stadt Hanau	2,70 %	800,00

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Stand:31.12.2009)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Hattersheim	0,68 %	200,00
Stadt Langen	1,01 %	300,00
Stadt Mainz	5,73 %	1.700,00
Stadt Miltenberg	0,34 %	100,00
Stadt Offenbach am Main	3,71 %	1.100,00
Stadt Rüsselsheim	1,86 %	550,00
Stadt Seligenstadt	0,68 %	200,00
Gemeinde Niederdorfelden	0,34 %	100,00
Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main	3,37 %	1.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung, § 1 Abs. 1 Nr. 5 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

**Produkt Förderung des Ehrenamtes, Sport und Kultur 10.60.01.69100010
(früher: HHST. 7910.66100 bzw. 3001.66100)**

Buchungsstelle 10.60.01.69100010, anteilig bezogen auf die Gesellschaft

	2010	2009	2008
Mitgliedsbeitrag Kulturregion Frankfurt Rhein-Main gGmbH	24.100	24.077	24.199

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2008 und 2009 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	28.025	38.590	2.752

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	38.590
Zunahmen	0
Abnahmen	10.565
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	28.025

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Lagebericht 2009

1. Geschäftsverlauf und Lage

Der Geschäftsverlauf war geprägt durch die Intensivierung der Projektarbeit. Erstmals wurde das internationale Kinder- und Jugendtheaterfestival „Starke Stücke“ geführt. Zusätzlich begonnen wurden die Projekte „Burgen, Schlösser und Paläste“ sowie die Museumsbroschüre „Sonderausstellungen FrankfurtRheinMain“. Insbesondere in den Projekten „GartenRheinMain“, „Starke Stücke“, „Sonderausstellungen Schlösser und Paläste“, „Zu Gast in der Region“ und „Route der Industriekultur RheinMain“ wurden öffentlichkeitswirksame und attraktive Veranstaltungen durchgeführt (z.B. Festakt GartenRheinMain, Festakt Route der Industriekultur, Wanderausstellung „Geist der Freiheit - Freiheit des Geistes“). Im Geschäftsjahr wurden verstärkt Außen- und Repräsentationstermine bei den Gesellschaftern vor Ort und bei anderen kulturellen Institutionen wahrgenommen. Die Festspielbroschüre wurde erfolgreich fortgeführt, wobei das Layout aktualisiert wurde.

Die Vermögenslage zum Bilanzstichtag war gekennzeichnet durch einen hohen Finanzmittelbestand von 3 308.250 im Umlaufvermögen, der sich in einem vergleichbar hohen Eigenkapitalbestand von € 334.667 widerspiegelt. Das Stammkapital erhöhte sich um € 150,- und wurde im Geschäftsjahr 2009 eingezahlt.

Die Finanzlage stellte sich positiv dar. Ein Cash Flow von € 177.178 führte letztlich zu einer Erhöhung des Finanzmittelbestands um € 156.042. Gelder werden kurzfristig zu bestmöglichen Marktkonditionen bei örtlichen Sparkassen angelegt.

Bei sehr guter Ertragslage wurde ein Jahresüberschuss von € 160.387 ausgewiesen. Dieser resultierte im Wesentlichen aus einem Gewinn des ideellen Bereiches von € 544.960, dem ein Verlust von € 405.053 aus dem Zweckbetrieb gegenübersteht. In 2009 wurden Projektfördermittel des Landes Hessen von € 252.000 bewilligt und gezahlt sowohl für das laufende Geschäftsjahr als auch für das Jahr 2008.

2. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Um dem Gesellschaftsauftrag nach einer stärkeren Vernetzung, Bündelung und Vermarktung der regionalen Elemente nachkommen zu können, und damit einen kulturellen Mehrwert für die beteiligten Gesellschafter zu erzielen, müssen weitere Projekte entwickelt und umgesetzt werden. Zu den notwendig weiter zu entwickelnden Projekten gehören „Wegekultur RheinMain“, „Kulturkalender RheinMain“, „Museumsleitertreffen RheinMain“ sowie „Musikdatenbank RheinMain“ etc.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Fortsetzung)

Mit einer zu erwartenden Zusammenarbeit mit der Gemeinnützigen Kulturfonds FrankfurtRheinMain GmbH ab 2010 können neue Möglichkeiten, Chancen und Herausforderungen für die Kulturregion Frankfurt RheinMain genutzt werden. Mit der Erarbeitung und der Entwicklung neuer Projekte kann das Kulturprofil Frankfurt RheinMain deutlicher und die Region stärker herausgestellt werden. Die Kulturkonturen werden schärfer und können eindrucksvoll das polyzentrisch entwickelte Kulturgut unserer Region widerspiegeln.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

In der Aufsichtsratssitzung vom 16. Juni 2010 wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrates mitgeteilt, dass die beiden Aufsichtsratsvorsitzenden mit dem Geschäftsführer Konrad Dörner aufgrund unterschiedlicher programmatischer Vorstellungen von der Zielrichtung der Gesellschaft in gegenseitigem Einvernehmen übereingekommen sind, den am 26. Januar 2011 auslaufenden Geschäftsführervertrag nicht zu verlängern.

Die Stadt Bad Nauheim hat im Juni 2010 form- und fristgerecht den Gesellschaftsanteil zum 31. Dezember 2010 gekündigt.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz

	2009	2008	Verän-	2007
			derung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	17.384	16.277	1.107	2.182
Sachanlagen				
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.558	31.476	-8.918	2.064
	39.942	47.753	-7.811	4.246
Umlaufvermögen				
Vorräte				
- Fertige Erzeugnisse, Waren	14.612	16.698	-2.086	1.576
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.276	1.771	5.505	28
- Sonstige Vermögensgegenstände	8.462	3.850	4.612	2.884
	30.350	22.318	8.031	4.488
Flüssige Mittel				
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	308.250	152.209	156.041	277.393
	338.599	174.527	164.072	281.881
Rechnungsabgrenzungsposten	0	40	-40	0
	378.541	222.320	156.222	286.127

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2009	2008	Verän- derung	2007
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Eigenkapital				
- Gezeichnetes Kapital	29.650	29.500	150	27.150
- Kapitalrücklagen	154.979	154.979	0	154.979
- Ergebnismrücklagen	0	37.846	-37.846	82.916
- Verlustvortrag	-10.349	0	-10.349	0
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	160.387	-48.195	208.582	-45.070
	334.666	174.130	160.537	219.975
Rückstellungen				
- Sonstige Rückstellungen	15.850	9.600	6.250	63.400
	15.850	9.600	6.250	63.400
Verbindlichkeiten				
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	26.226	37.508	-11.281	945
- Sonstige Verbindlichkeiten	1.799	1.083	716	1.807
	28.025	38.590	-10.565	2.752
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	378.541	222.320	156.222	286.127

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Ideeller Bereich			
Nicht steuerbare Einnahmen			
- Mitgliedsbeiträge	313.657	342.744	321.297
- Zuschüsse	291.927	56.000	5.000
	605.583	398.744	326.297
Nicht anzusetzende Ausgaben			
- Personalkosten	16.791	9.403	0
- Reisekosten	0	0	0
- Übrige Ausgaben	41.149	32.707	21.339
	60.623	101.040	121.757
Gewinn/Verlust Ideeller Bereich	544.960	297.704	204.540
Ertragsteuerneutrale Posten			
Ideeller Bereich (ertragssteuerneutral)			
1. Steuerneutrale Einnahmen			
Spenden	2.150	0	0
2. Nicht abziehbare Ausgaben			
Gezahlte/hingegebene Spenden	-600	-50	0
Sonstige Zweckbetriebe (ertragssteuerneutral)			
Nicht abziehbare Ausgaben	0	0	-172
Gewinn/Verlust ertragsteuerneutrale Posten	1.550	-50	-172
Vermögensverwaltung			
Einnahmen			
Ertragsteuerfreie Einnahmen			
Zins- und Kursenerträge	2.287	7.514	11.364
Ausgaben			
Abschreibungen	0	4.288	5.007
Sonstige Ausgaben	0	90	46
	0	4.378	5.053
Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung	2.287	3.136	6.311

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

M. Gewinn- und Verlustrechnung (Fortsetzung)

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Sonstige Zweckbetriebe			
Sonstige Zweckbetriebe 1 (umsatzsteuerpflichtig)			
Umsatzerlöse	24.535	16.124	29.086
Bestandsveränderung	-2.086	15.122	-14.708
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	2.087
	22.449	31.246	16.464
Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen	90.544	170.952	97.864
Sonstige betriebliche Aufwendungen	256.536	216.148	177.935
	427.502	387.100	275.799
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-405.053	-355.854	-259.335
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	1.800
Außerordentliches Ergebnis	0	0	-1.800
Gewinn/Verlust Sonstige Zweckbetriebe 1	-405.053	-355.854	-261.135
Gewinn/Verlust Sonstige Zweckbetriebe	-405.053	-355.854	-261.135
Sonstige Geschäftsbetriebe			
Sonstige Geschäftsbetriebe 1			
Umsatzerlöse	16.643	7.289	5.387
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16.643	6.869	5.387
Gewinn/Verlust Sonstige Geschäftsbetriebe 1	16.643	6.869	5.387
Gewinn/Verlust Sonstige Geschäftsbetriebe	16.643	6.869	5.387
Jahresfehlbetrag/-überschuss	160.387	-48.195	-45.069

Mitgliedschaften

Mitgliedschaften 2009

Unfallkasse Hessen
Hessischer Landkreistag
Kulturregion Frankfurt Rhein-Main
Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST), Köln
Hess. Verwaltungsschulverband Frankfurt, Frankfurt
Tourismus und Congress GmbH, Frankfurt
Kultursommer Südhessen e.V.
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände
Hessischer Volkshochschulverband
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Heidelberg
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Fremdenverkehr Stadt und Kreis Offenbach
Förderverein Fritz-Bauer-Institut
Kommunale Arbeitsgemeinschaft "Flughafenausbau Frankfurt/Main"
Rat der Gemeinden Europas, Sektion Mühlheim
Landesfilmdienst e.V., Frankfurt
Kreisarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben
Rockenbergverein, Dreieich
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frankfurt
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt/Rhein-Main e.V.
Deutsches Jugendherbergswerk
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE)
Verein Naturlandstiftung Hessen e.V., Bad Nauheim
Deutsches Volksheimstättenwerk
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen
Hessischer Museumsverband (für Dreieich-M. + Landschaftsm. Seligenstadt)
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Frankfurt
Landesverkehrswacht Hessen e.V.
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Seligenstadt
Verein "PPP in Hessen e.V."
Förderverein des MRE-Netzwerkes Rhein-Main (Multiresistente Erreger)
Soziale Hilfe Darmstadt e.V., Straffälligenhilfe
Kinderhilfestiftung e.V., Frankfurt
Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros
Freundschaftsverein Hessen-Wisconsin
Verein Behindertenhilfe für Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter
Gesicht zeigen - Aktion weltoffenes Deutschland e.V.
Hessische Gesellschaft für Ostbeziehungen
Vereinigung der Freunde des Klingspormuseums, Offenbach
Europa-Union
West-+ Süddt. Verband für Altertumsforschung Reiss-Engelhorn Museum
Fliedner-Verein Rockenberg
Archäologische Gesellschaft Hessen

